B67-3998

Bismarck und Rußland.

Enthüllungen

über die

Beziehungen Deutschlands und Rußlands von 1859 bis heute.

* * *

Berlin.
Richard Eckstein Nachfolger
(Hammer & Runge).

Inhalt:

	Seite
Bismarck in Petersburg	1
Der polnische Aufstand	25
Die russischen Ostseeprovinzen	53
Eine geheime russische Denkschrift . . .	71
Eine preußisch-russische Kartell-Konvention	83
Rußland während des deutsch-französischen Krieges	97
Eine preußische Denkschrift	113
Eine russisch-französische Komödie . . .	145
Der Berliner Kongreß	167
Das französisch-russische Bündniß . . .	211

Bismarck in Petersburg.

Der Krimkrieg hatte in rauher Weise den Nimbus der russischen Macht zerstört, und gezeigt, wie wenig entwickelt zur Zeit noch die Kräfte des weiten Reiches im Vergleich mit den westlichen Staaten waren. Der übermächtige Einfluß Rußlands war für den Augenblick gebrochen. Mit seiner Führerschaft waren die letzten Traditionen der heiligen Allianz geschwunden. Seit dem Pariser Frieden standen sich die europäischen Mächte fast isolirt gegenüber. Es war nirgends auf einen Zusammenhang, nirgends auf eine gemeinschaftliche Aktion zu rechnen. Insbesondere hatte das Jahr 1854 Rußland und Oesterreich unheilbar entzweit, und kaum minder das Band zwischen England, das bis zum Krimkriege in sehr freundlichen Beziehungen mit Rußland gestanden, und dem letzteren zerrissen. Sehr bald entwickelte sich aus dieser Weltlage eine engere Verbindung Rußlands mit Frankreich, das so eilig und fast verrätherisch gegen Englands Willen den Pariser Frieden herbeigeführt. Wenn die Russen den Friedensversuch Englands, das zwar den Italienern das Ihrige gönnte, aber Anstoß an Napoleons Umsichgreifen nahm, vereitelten, als dieser den Krieg mit Oesterreich wollte, wenn sie ihn in Italien gewähren ließen und die französische Occupation in Syrien unterstützten, so mußten wohl vorher Verabredungen getroffen und einige Sicherheit künftiger Vergeltung solcher Dienste gegeben sein. Man schrieb damals der russischen Politik die Devise zu: „Nur Frankreich kann

Rußland den Orient geben und Rußland wird Frankreich den Rhein geben." Indessen zeigte sich Rußland in den europäischen Angelegenheiten noch sehr zurückhaltend. Seine Staatsmänner hatten erkannt, daß es erst einer vollen Entwicklung im Innern des Landes bedürfte, wenn es auswärts erfolgreich mit den älteren Kulturvölkern rivalisiren sollte. Immerhin kam wenige Jahre nach der schweren Niederlage in der Krim, und aller ihrer heimischen Bedrängnisse ungeachtet, die russische Regierung wieder in die Lage, mit einem gewissen Glanze aufzutreten.

Im Frühjahr des Jahres 1859, kurz vor dem Ausbruch des französisch-österreichischen Krieges, kam Herr von Bismarck aus Frankfurt a. M. nach Petersburg als Gesandter.

Drei Jahre, Frühjahr 1859 bis Frühjahr 1862, hat er daselbst verweilt. Sie sind für das Werk, das er später unternommen und durchgeführt hat, von entscheidender Bedeutung geworden. Am preußischen Hofe herrschte damals eine „ziemliche Verstimmung", wie Herr von Bismarck noch in neuerer Zeit, nach 1870, sich einmal ausdrückte, gegen die nordische Macht. Man hatte in Berlin nicht die Selbstmacht vergessen, mit welcher Kaiser Nikolaus 1853 in den Krieg gegen die Türkei zog und gegenüber dem Vertreter Englands, als er demselben seine Disposition über die Länder der hohen Pforte auseinandersetzte, auf die Frage, was Preußen dazu meinen würde, die Zustimmung desselben als sich von selbst verstehend voraussetzte. Die preußischen Diplomaten, die mit der neuen Aera des Jahres 1858 aufkamen, und mit denen Bismarck selbst bis in die Zeiten des norddeutschen Bundes wirthschaftete, hatten sich seit dem Jahre 1851 an dem von Bethman-Hollweg gegründeten „Preußischen Wochenblatt" betheiligt und dessen antirussischen Liberalismus in die neue Aera verpflanzt. Er allein brachte „persönlich bessere Traditionen in Bezug auf Rußland aus Petersburg mit nach Berlin", verlor sein Ziel mitten in den Stürmen des parlamen-

tarischen Conflikts „nie aus den Augen" und befestigte an seinem Hofe „jene besseren Beziehungen" zu Rußland 1863 durch den Vertrag gegen den polnischen Aufstand.

Herr von Bismarck hatte in Frankfurt als Bundestagsgesandter in stetem Kampfe mit seinen Kollegen aus den Kleinstaaten und Oesterreich gelebt. Für seine Ideen über die Neugestaltung Deutschlands traf er fast nirgends auf ein Verständniß. In Petersburg bahnte er bald ein solches an. Er knüpfte wieder an die traditionellen Beziehungen zwischen Preußen und Rußland und namentlich an die aufrichtige Neutralität des ersteren im Krimkriege an. Für die Nichttheilnahme Preußens an diesem Kriege gegen Rußland war auch Bismarck thätig gewesen. Von König Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1854 von Frankfurt nach Berlin berufen, rieth er dem König, an der Konvention, welche die Westmächte mit Preußen und Oesterreich abzuschließen wünschten, nicht Theil zu nehmen, indem er ganz richtig voraussagte, daß Oesterreich doch nicht entschieden handeln, sondern England und Frankreich hinhalten werde, und hatte als Vertrauensmann des Königs die Depeschen in diesem Sinne auszuarbeiten. In Berlin gab es damals einen interessanten Kampf zwischen der russenfreundlichen Kreuzzeitungs-Partei und den westmächtlich Gesinnten am Hof, zu denen Manteuffel und der Polizeipräsident Hinkeldey gehörten. Namentlich der letztere war durchaus westmächtlich. Nun ist es ja öfter in der Welt vorgekommen, daß sich nach näherer Bekanntschaft der Scharfrichter in sein Schlachtopfer verliebt hat. Ein Aehnliches fand faktisch zwischen Hinkeldey und der Volkszeitung statt. Er hatte sich so viele Leitartikel vorlesen und sie so reichlich konfiszíren lassen, daß er sich in der Epoche des Krimkrieges nicht blos zu ihr bekehrte, sondern auch ihr Beschützer wurde. In jenen Tagen führte die Volks-Zeitung — wie der Kladderadatsch einmal bemerkte und in einem Bilde illustrirte — einen gefährlichen Eiertanz

zwischen den leicht zerbrechlichen Paragraphen des Preßgesetzes auf. Gleichwohl wurde sie fortdauernd von dem Abgeordneten Herrn von Gerlach und von der Kreuzzeitung „der Urwähler" genannt, obwohl die Urwähler-Zeitung, ihre Vorgängerin, von Hinkeldey hingerichtet wurde und ihm dafür auch der Rang eines General-Polizei-Direktors zu Theil wurde. Inmitten des Krimkrieges indessen gefiel ihm die Volkszeitung sehr. Auch Manteuffel mochte ihr jetzt nicht gern etwas anhaben, wenngleich sie gerade nicht zärtlich mit ihm umging. Aber der Minister des Innern, Herr von Westphalen, war vom Scheitel bis zur Sohle russisch und hörte nicht auf, den General-Polizei-Director mit Rescripten gegen die Volkszeitung aufzuhetzen, weil sie die befreundete Macht (Rußland) schmähe und in sehr gefahrvoller Zeit zum Haß gegen dieselbe aufreize. Hin und wieder hatte der Verleger der Volkszeitung, Herr Franz Duncker, Gelegenheit, sich über diese von keinem Gesetz gestützten Verfolgungen bei dem Ministerpräsidenten Herrn v. Manteuffel zu beklagen. Aber dieser hatte für Alles, was er nicht billigte, nur ein Achselzucken. Er konnte gegen die Russenpartei in der That nicht viel ausrichten. Da war Hinkeldey ein anderer Mann. Er war wüthend gegen die Kreuzzeitung, und ganz besonders gegen seinen Chef, den Minister von Westphalen. Er ließ zuweilen Herrn Franz Duncker wissen, daß sich die Volkszeitung für einige Zeit in Acht nehmen müsse, weil wieder Etwas gegen sie im Werke sei. Eines schönen Tages ließ er ihn sogar durch einen reitenden Schutzmann eiligst holen, zeigte ihm in großer Aufregung ein neues Rescript Westphalens, das ihn anwies, die Volkszeitung zu konfisziren, die fortdauernd eine befreundete Macht beschimpfe. „Nehmen Sie sich ein paar Tage in Acht", rief er aus, „schimpft mir aber heute die Kreuzzeitung auf die uns befreundeten Westmächte, so laß ich sie wahrhaftig konfisziren." Und richtig, die Kreuzzeitung ging gerade an diesem Tage in

die Falle und wurde konfiszirt. Solche Merkmale der inneren Anarchie steigerten sich dermaßen, daß sich sogar im Jahre 1855 Herr von Gerlach in der Kammer darüber beklagte und — eine merkwürdige Rede für die Freiheit der Presse hielt.

Ich komme auf Herrn von Bismarck zurück, der damals zur Kreuzzeitungspartei gehörte und nur mühsam die entgegenstehenden Einflüsse am Hofe überwand. Desto mehr schätzte man ihn damals schon in Petersburg. Ueber seine Politik von 1854 sagte er in der Reichstagssitzung vom 19. Februar 1878: „Ich weiß, welche Kämpfe der Ueberredung, der Drohung bei Preußen angewendet wurden, um uns hineinzutreiben wie einen Hatzhund in einen fremden Krieg, und es war nur der persönliche Widerstand, den der König dagegen leistete, der verhindert hat, daß dieser Mißgriff damals begangen wurde, daß wir einen Krieg führten, der von dem Augenblicke an, wo wir den ersten Schuß thaten, der unsrige geworden wäre, und alle hinter und neben uns hätten eine gewisse Erleichterung empfunden und uns gesagt, wann es genug war."

Der Umstand, daß Herr v. Bismarck ein aufrichtiger Verehrer des verstorbenen Kaisers Nikolaus gewesen, so wie seine Abneigung gegen Oesterreich, das die zweideutige Rolle in dem Krim-Kriege so verhaßt in Petersburg gemacht hatte, waren die beste Empfehlung, die er dorthin mitbringen konnte. Kaiser Alexander fand bald besonderes Wohlgefallen an der freien, ungezwungenen Haltung, dem feinen, vornehmen Takte des deutschen Edelmannes, den er gleichsam unter die Hausfreunde der kaiserlichen Familie aufnahm. Bismarck war es, der durch sein persönliches Verhalten und seine kundgegebenen Gesinnungen den Kaiser Alexander mit dem Gedanken vertraut machte, daß gerade ein mächtiges selbstständiges Preußen ein zuverlässiger Verbündeter für Rußland sein werde. Auf derselben Seite, wo bereits am Petersburger Hof eine volle Sympathie für Italien in seinem

Unabhängigkeitskampfe gegen Oesterreich bestand, fand Herr v. Bismarck bald auch ein Verständniß für die Loslösung Preußens von Oesterreich. Man begreift, welches Aufsehen die Auszeichnung und die Erfolge des preußischen Gesandten, die nicht unbemerkt bleiben konnten, namentlich bei seinen Kollegen machen mußten. Einer derselben erinnerte an eine Scene aus dem Jahre 1855, der er beigewohnt hatte: „Es war am Tage nach Kaiser Nikolaus Tode. Das diplomatische Korps hatte sich im Winterpalast zu St. Petersburg versammelt, um dem todten Kaiser zum letzten, dem lebenden zum ersten Male zu huldigen. Der Krim-Krieg zog sich in die Länge und die Erniedrigung Rußlands warf schon ihre Schatten voraus. Alexander II. war durch Nesselrode in die Mitte des diplomatischen Korps geleitet und obwohl er zeitweise die Thränen über den Tod seines Vaters und die Lage seines Reiches nicht zurückzuhalten vermochte, vergaß er in seinem Gespräch doch nicht sein überkommenes Verhältnis zu Deutschland. Er redete den österreichischen Botschafter an, wie ein gekrönter Schulmeister einen ungehorsamen Schulknaben anfahren würde, er spielte auf die österreichische Undankbarkeit gegenüber dem russischen Beistande in der Unterdrückung des ungarischen Aufstandes an, auf seine Treulosigkeit gegen die heilige Allianz, und dies Alles im Tone eines Mannes, der gewohnt war, Oesterreich Befehle zu ertheilen und diese befolgt zu sehen. Darauf wandte er sich zum preußischen Gesandten und sprach mit ihm, wie derselbe Schulmeister mit einem ungehorsamen, aber gelehrigen Schulbuben gesprochen haben würde."

Mußte es nicht scheinen, daß dieselbe Begierde, sich in deutsche Angelegenheiten zu mischen, von Nikolaus auf Alexander II. übergegangen war? Und wie vertrug sich damit der Gedanke an ein mächtiges Preußen, an ein geeintes, starkes Deutschland?

Von jeher war nur eine Stimme darüber gewesen, auch

schon vor seiner Thronbesteigung, daß den zweiten Alexander ähnlich wie den ersten, aber auch von diesem verschieden, die Eigenschaft der Güte und des Wohlwollens schmücke. Man muß daran erinnern, daß sich einst sogar besondere Gerüchte daran knüpften, daß er nicht in dem Rufe stand, seinem Vater Nikolaus zu gleichen. Der Vater starb mitten in einem, von ihm veranlaßten, für sein Reich äußerst gefährlich gewordenen großen Kriege, zu dessen Fortsetzung, wie eine Partei in Rußland meinte, ein Mann von seiner Art gehöre. Da wurde von Neuem gesprochen, der Verstorbene habe schon vor Jahren daran gedacht, die Thronfolge seinem zweiten Sohne, Konstantin, zuzuwenden und der neue, gemäßigter und friedlicher gesinnte Czar fand sich vielleicht durch diese Umstände bewogen, in seinem Thronbesteigungs-Manifeste Wendungen zu gebrauchen, welche keineswegs geeignet waren, die Wiener Friedensverhandlungen oder Friedensstiftungsversuche zu unterstützen; er wollte zeigen, daß ihm ebenso sehr wie irgend wem darum zu thun war, die Ehre Rußlands, wie sie aufgefaßt wurde, zu vertreten.

Gleich im nächsten Jahre, bald nach dem wirklich erfolgten Friedensschlusse machte Kaiser Alexander seinen ersten Besuch in Berlin, auf welchen dann so viele andere, meistens ebenfalls im Monat Mai, gefolgt sind; Besuche, die je länger, je mehr auch unser Volk zu Befriedigung, Theilnahme und Zuneigung anzuregen pflegten. Zur Zeit jener ersten Anwesenheit stand man vor der besonderen Uebereinkunft, die Frankreich, England und Oesterreich noch außer dem Pariser Friedensvertrage zum Besten der Türkei und ihrer Sicherheit kürzlich unterzeichnet hatten, freilich ohne den Spruch, daß doppelt nicht reißt, damit irgendwie zu bewahrheiten. Immerhin enthielt jener Schritt der genannten drei Mächte eine gewisse Gegenstellung gegen Rußland und Preußen, so daß wir nicht mit Unrecht in das Frühjahr von 1856 den Anfang der seltenen persönlichen und politischen Freund-

schaft setzen werden, die zwischen den Kaisern Wilhelm und Alexander stets bestanden hat.

Alexander II. folgte seiner Naturanlage und den Bedürfnissen seines Staates, als er nach seinem Regierungsantritt nicht länger als geboten war, säumte, der innern Entwicklung der Nation Raum zu gönnen und Raum zu schaffen. Er hatte nicht blos nachzuholen und gutzumachen, was vor ihm in langen Jahren versäumt und gefehlt worden war; er traf auch den Staat in einem Zustande förmlicher Auflösung an. Durch den fortdauernden Krieg war Alles im Begriffe, aus Rand und Band zu gerathen, die bürgerliche Ordnung verschwand und man verlor sie aus den Augen und den Gedanken, man lebte und handelte allein nur für den Krieg. Die ganze Nation war durch die anbefohlene allgemeine Volksbewaffnung aus ihren Sitzen gerufen und in Bewegung gesetzt worden; es konnte nicht mehr gearbeitet, nicht mehr der Lebensunterhalt gewonnen werden; aus dem Verwalten der Regierungsbehörden wurde ein bloßes Rüsten und Aufbringen von Mitteln für den Kampf, wobei die Grundsätze und Gebräuche der Verwaltung sich diesem Zwecke unterzuordnen hatten und mehr oder weniger von ihm verschlungen wurden. Von der Unordnung und Willkür, die so entstanden, wollte der neue Zar nicht zu der alten Wirthschaft zurückkehren, was unmöglich war, sondern zu Verbesserungen und Fortschritten übergehen, was sich von selbst gebot. Die Zeit machte ihn zu einem Reformator, was er sehr lange gewesen und zunächst wenigstens nicht ohne Einwirkung auf die auswärtige Politik geblieben ist. Kaiser Nikolaus hatte einige Stunden vor seinem Tode zu seinem Thronfolger gesprochen: „Alle meine Anstrengungen waren auf das Wohl Rußlands gerichtet, ich wollte Dir das Reich in fester Ordnung gegen außen gesichert und vollkommen glücklich und ruhig hinterlassen; aber Du siehst, unter welchen Umständen ich sterbe, Du wirst es schwer haben.“ Die

Unternehmung des Krieges gegen den Sultan oder richtiger gegen Europa war allerdings ein sonderbares Mittel, um vorschwebende Zwecke von dieser Art zu erreichen. Alexander II. hatte ohne Frage nicht bloß mit einem guten und ehrenwerthen, sondern auch mit einem erleuchteten Willen angefangen zu regieren und namentlich den äußeren Frieden zu erhalten gesucht. Für Deutschland hatte diese Politik die Bedeutung von coudées franches für seine nationale Wiedergeburt, deren erster Vertreter nur wenige Jahre nach dem Regierungsantritt Alexanders II. an dessen Hof als Gesandter Preußens kam. Von einem „ungehorsamen, aber gelehrigen Schulbuben" war nicht mehr die Rede.

Der preußische Gesandte nahm in Folge der verwandtschaftlichen Verbindung der beiden Höfe von Petersburg und Berlin herkömmlich eine bevorzugte Stellung vor seinen Kollegen ein. Herrn v. Bismarcks Verkehr mit den Mitgliedern der kaiserlichen Familie war ein intimer; in der Petersburger Gesellschaft genoß er, obwohl er es weder dem englischen, französischen und österreichischen Gesandten, noch der russischen Aristokratie an Aufwand gleichthun konnte, hohes Ansehen und große Beliebtheit. Dem specifischen Russenthum schmeichelte auch das Interesse, welches der deutsche Edelmann für die russische Sprache an den Tag legte. Er gab sich die Mühe, dieselbe gründlich zu erlernen, und wendete sie gelegentlich statt der französischen an.

Mehr als die blendenden Feste seiner Kollegen fesselten die behaglichen, offenen Abende im Stenbock'schen Hotel, der Residenz des preußischen Gesandten, wo die gute Laune des Wirthes und der Wirthin ihren unwiderstehlichen Reiz auf die Besucher ausübten. Zu den häufigsten Gästen gehörten die Landsleute, der preußische Militär-Bevollmächtigte, General von Loën, der damalige russische Hauptmann von Erckert, der Legationsrath von Schlözer und der Jugendfreund Bismarcks, Graf Kayserlingk, damals Kurator an der Universität zu Dorpat, welche ihn auch

„à la fortune du pot“ zum Mittagsessen besuchten. Herr von Schlözer ist derselbe, der heute Preußen im Vatikan vertritt. In Petersburg fand Herr von Bismarck auch den Grafen Emerich Széchenyi wieder, den er in Frankfurt a. M. kennen gelernt hatte. Derselbe, zuerst Attaché bei der österreichischen Botschaft in Rom, dann Gesandtschafts-Sekretär in Stockholm, war später in ähnlicher Eigenschaft zur Bundestags-Gesandtschaft nach Frankfurt a. M. versetzt. Herr v. Bismarck setzte den vertraulichen Verkehr, den er dort mit ihm anknüpfte, in Petersburg fort, wohin Graf Széchenyi aus Frankfurt fast gleichzeitig als erster Sekretär und Geschäftsträger der österreichischen Botschaft gekommen war. Von St. Petersburg aus ging derselbe nach Neapel, dann wieder nach Rom, worauf er in Disponibilät trat. Erst Graf Andrassy zog ihn wieder in den Dienst, um Oesterreich-Ungarn am Berliner Hofe zu vertreten. Aus der russischen Gesellschaft sei Fürst Orloff als einer derjenigen erwähnt, denen Herr von Bismarck in Petersburg näher trat. Es ist derselbe Orloff, der 1872 als Botschafter nach Paris, später nach Berlin kam. Wie Bismarck über ihn urtheilte, ersehen wir aus einem an den Grafen Arnim, der 1871 nach Paris als deutscher Botschafter gegangen war, gerichteten Schreiben aus dem Januar 1872, worin gesagt war: „Ich bitte Ew. 2c. sich durch den Ruf französischer Sympathien, der dem Fürsten Orloff, wie Sie bemerkten, vorangegangen ist und durch die Aeußerungen des Herrn Remusat nicht irre machen zu lassen, sondern ohne Rücksicht darauf, den Fürsten Orloff mit vollem Vertrauen als einen zuverlässigen Freund Deutschlands anzusehen und zu behandeln. Die Befürchtung, daß die Adulationen, welche ihm vermuthlich in Paris entgegenkommen werden, eine Aenderung darin bewirken könnten, theile ich nach meiner langjährigen Bekanntschaft mit ihm nicht. Fürst Orloff ist sehr bereit, Schmeicheleien, soweit sie zur Dekoration gehören, baar und gut zu bezahlen. Aber

politisch zugänglich dafür ist er nicht, weil er ein sehr starkes und vornehmes russisches Nationalgefühl hat, welches ihn, seiner Ansicht nach, auf gute Beziehungen mit uns anweist."

Oft weilte Herr v. Bismarck in Peterhof zum Besuche bei der Kaiserin-Mutter Charlotte, der Schwester des damaligen Prinz-Regenten, für die er gleichsam einen Zug kindlicher Pietät hegte und deren „tiefer Stimme, ihrem ehrlichen Lachen und Schelten" er gern stundenlang zuhören mochte, während die hohe Frau, schwarz angezogen, an einem weiß und rothen wollenen Shawl mit langen Stäben strickend, auf dem Balkon in ihrer Chaiselongue ruhte, vor sich die Aussicht über „die grünen Wipfelmeere des Parks bis hinaus an das blaue, wirkliche Meer mit Segeln und Möven." Dort sah er sie noch an ihrem letzten Geburtstage (2. Juli 1860), als die feierlichen Begrüßungsklänge der Musik aus dem Parke zu ihr aufstiegen. In den gastlichen Salons der Großfürstin Helene, welche Herrn v. Bismarck schon seit der Frankfurter Zeit gewogen war, traf er mit den angesehensten Staatsmännern, Künstlern und Gelehrten, nicht allein aus der Newaresidenz, sondern auch aus andern Hauptstädten, welche die hohe Frau in ihren Zauberkreis zog, zusammen und knüpfte freundschaftliche Beziehungen mit denselben an. Die verwittwete Großfürstin Helene war eine geborene Württembergerin, die Kaiserin Marie eine Hessin, die Großfürstin Constantin eine Sachsen-Altenburgerin, die Großfürstin Nicolaus eine Oldenburgerin, die Großfürstin Michael eine Badenserin, die Kaiserin-Mutter, wie bereits erwähnt, eine Preußin. So war eine ganze Reihe deutscher Staaten in dem kaiserlichen Hause vertreten. Es war das aber auch die Zeit, wo die deutschen Mittelstaaten und ihre Herrscherhäuser bereits anfingen, von der Berufung des Herrn von Bismarck aus Petersburg nach Berlin das Schlimmste zu befürchten. In Deutschland suchten sie dadurch ihn blos zu stellen, daß sie von ihm sagten, er arbeite

auf eine preußisch-russisch-französische Allianz hin. Herr von Bismarck erwiederte darauf: „Wenn ich einem Teufel verschrieben bin, so ist es ein teutonischer, kein gallischer.“ In Petersburg trat demselben bei den höchsten Damen zum Theil ein gleiches partikularistisches Mißtrauen entgegen, das sich mit dem russischen Nationalgefühl der hohen Gemahle verband, welches nicht bei Allen „auf gute Beziehungen zu uns hinwies“. Herr von Bismarck überwand persönlich und gesellschaftlich jede politische Kluft. In der gesammten Petersburger Gesellschaft war nur eine Stimme darüber, wie angenehm sich das offene, sichere Wesen des neuen Gesandten von der berechneten Abgemessenheit und nichtssagenden Wichtigthuerei mancher anderer Staatsmänner des Auslandes unterschied.

Ich komme nun zum amtlichen Verkehr des Herrn v. Bismarck in Petersburg. Der Leiter der russischen Politik war damals Fürst Gortschakow. Auf seinen Platz berufen nach Beendigung des Krimkrieges, hatte er für Rußland den Fehlschlag jenes Krieges wieder gut machen wollen und eben diesem stets vorschwebenden Endzweck waren seine Haltung und alle seine Thätigkeit dienstbar und blieben während seiner ganzen Amtsdauer unter der Herrschaft dieses Gedankens. Hierdurch wurde Fürst Gortschakow von Anfang an im Zarenreiche ein gern gesehener Minister. Seine Landsleute hielten ihn auch für einen großen und stellten ihn in eine Reihe mit den bedeutendsten Staatsmännern der Zeit.

In weiteren Kreisen machten ihn zuerst näher bekannt die Wiener Konferenzen mitten im Krimkriege, in welchen er als Verfechter der unbeugsamen Ansprüche seiner Regierung erschien, die im Augenblick noch keine Friedensstiftung zuließen. Während er noch Gesandter in Wien war, ging auch schon der Ruf von seiner bittern Feindseligkeit gegen das österreichische Staatswesen, dem er gewissermaßen die Anerkennung verweigerte und das

Recht auf das Dasein absprach; und da sich viele Russen zu der Zeit über die „Undankbarkeit" Oesterreichs wundern und beklagen zu dürfen vermeinten, so war schon jetzt ein Band geknüpft zwischen ihnen allen und dem Diplomaten, der zum Rächer des Vaterlandes bestimmt schien und dessen Ernennung zum Minister des Auswärtigen sofort auch die neue Zeit einweihte.

Dem Fürsten Gortschakow war der preußische Gesandte, als derselbe nach Petersburg kam, nicht unbekannt. Beide hatten, bis der erstere im Sommer 1854 als Botschafter nach Wien kam, am Sitze des Bundestages verkehrt, und den Vertreter Rußlands wird die Ungenirtheit, mit welcher sein preußischer Kollege in Frankfurt Oesterreich gegenüber trat, höchlichst ergötzt haben. Von Wien, wo Gortschakow bis 1856 den Gesandtschaftsposten bekleidete, kam dieser voll Geringschätzung für Oesterreich nach Petersburg zurück. Er machte dort Glück mit seinem Urtheil: „Oesterreich ist gar kein Staat, das ist nur ein Gouvernement." Die Gesinnung, welche beide, Bismarck und Gortschakow, gegen Oesterreich hatten, war somit kein Hinderniß, daß sie die besten Beziehungen zu einander unterhielten. Im Uebrigen soll der russische Kanzler von den Ideen Bismarck's wie von „politischen Schwänken" gesprochen und darüber gelacht haben. Mochte wirklich der preußische Gesandte seinem Selbstgefühl in humoristischen oder gewagten Bildern Luft machen und den russischen Kanzler belustigen, so wird der Ernst des Geschäfts dadurch nicht gelitten haben.

Das Lachen hat im Leben des Fürsten Gortschakoff öfter eine bedenkliche Rolle gespielt. Herr v. Bismarck hat die Sachen stets ernster genommen, wenn er auch mit seiner Sprache und Haltung, und nicht blos zu der Zeit, wo er den Posten an der Newa bekleidete, dem Petersburger diplomatischen Nestor Anlaß zum Lachen gab. In einer späteren Zeit hat Herr v. Bismarck einmal von dem letzteren gesagt: „C'est notre maître à tous."

Noch nach Jahren fragte Gortschakow, nach Berlin kommend: „Nennt sich Herr v. Bismarck noch immer meinen Schüler? Nun, wenn ich sein Lehrer gewesen bin, war ich es doch nur der Art wie Petro Perugino der Lehrer des Rafael Sanzio war."

Fürst Gortschakow theilte nicht die Sympathien des Kaisers für Preußen; es war in vielen Stücken nur Selbstverleugnung, wenn er die offizielle Politik im Sinne seines Souveräns ausführte. Zwischen der russischen Regierung, d. h. dem Zaren, und dem russischen Volke zu unterscheiden, das hat uns insbesondere Fürst Gortschakow gelehrt, der die antideutschen Tendenzen vertrat. Preußen hat die Freundschaft des Kaisers Alexander besessen, nicht aber die des russischen Volkes, das zumal seit unserem Kampfe um Schleswig-Holstein bis auf den heutigen Tag niemals mit seinem Kaiser eines Sinnes gewesen ist. Der eigentliche Ursprung der Antipathie gegen Preußen beim Volke geht noch weiter zurück. Wenn dieses schon dem Vater Alexanders II. vorwarf, daß er nicht für Rußland und dessen slavischen Beruf, sondern daß er für Europa und besonders für Preußen lebe — was uns freilich nur wunderlich vorkommen kann — so dachte es dabei nicht an die auswärtigen Angelegenheiten allein, sondern sehr stark auch an die inneren. Es nannte des Vaters Alexanders Regierungsweise, die bekanntlich keine sanfte, wohlthuende war, eine preußische, und erklärte sie sich aus seiner Liebe zu Preußen. Es ist in dieser Beziehung eine Denkschrift des Kaisers Nikolaus sehr merkwürdig. Der Kaiser nennt darin Preußen eine große Militärkolonie, mit Begeisterung preist er unsern Zustand bis 1840 und unser Glück, wobei er nur zu bedauern hat, daß bei uns Schule und Unterricht ihren eigenen Gang gehend, hinter unserer sonstigen Musterhaftigkeit etwas zurückgeblieben. Kein Wunder daher, wenn er nichts Schöneres kannte, als aus seinem eigenen Lande gleichfalls eine Militär-

kolonie zu machen; aber damit war schon zu seiner Zeit den Russen nicht gedient; es war ihnen vielmehr aufs Aeußerste zuwider. Als nun der Sohn und Nachfolger die Regierungsweise des Vaters verließ, erschien das seinen aufgeklärten Unterthanen als eine Abschüttelung der preußischen Regierungsweise. Sie wurden frei, oder wenigstens etwas freier, sind aber heute noch lange nicht am Ziele ihrer Wünsche. Unsere deutsche Presse würde jetzt ohne Zweifel gut thun, die Freiheitswünsche der Russen nicht altklug zu tadeln und die Erlangung freierer Einrichtungen ihnen zu gönnen. Mit unserm Tadel kann nichts ausgerichtet, es kann damit keine Reform in Rußland verhindert werden; jener Tadel erzeugt nur den Schein, als wenn die Aufrechterhaltung des russischen Absolutismus in unserem Vortheil läge und zieht uns dadurch ganz unnöthiger Weise den Haß des russischen Volkes noch mehr zu.

Herr v. Bismarck fand bereits in Petersburg die Anfänge der Wirksamkeit jener politisch-litterarischen Partei vor, deren unausgesetztes Streben es gewesen und noch ist, die Beziehungen zwischen Deutschen und Russen systematisch zu verbittern. Statt des Dienstes, den Preußen durch seine Weigerung, sich 1854 den Westmächten anzuschließen, Rußland erwies, indem es den Krieg auf jenen weltverlorenen Winkel um Sebastopol beschränkte, erhob sich gerade wenige Jahre nach dem Pariser Friedensschluß von 1856 jene Partei, welche das aufsteigende Gestirn deutscher Macht und Herrlichkeit von dem Augenblicke an, wo Herr v. Bismarck in Petersburg war, zu ahnen und zu fürchten schien. Bis dahin hatte in allen Betrachtungen und Erwägungen des Panslavismus über die russische Angriffsmacht und die etwaigen Kräfte des Widerstandes, die ihm Europa in einem Kampfe mit der Türkei und Oesterreich um die Herrschaft über die ganze slavische Welt entgegensetzen könnte, Deutschland so gut wie keine Rolle gespielt. Preußen galt halbwegs für einen vorgeschobenen

Vasallenstaat Rußlands und die übrigen mittleren und kleinen Staaten Deutschlands fielen nicht ins Gewicht. Durch die Verwandtschaften und Verschwägerungen ihrer Fürstenhäuser mit der russischen Herrscherfamilie schienen sie derselben von vornherein mehr oder minder unterworfen zu sein. Das Protektorat über Deutschland war von Napoleon auf Nikolaus übergegangen. So hat auch, wie Jeder weiß, Goethe die Umwälzung der Jahre 1812—1815 verstanden. Als nun Alexander II. den mehr inneren Reformen sich zuwandte, und, gegenüber der nationalen Bewegung Deutschlands, die nach dem Scheitern von 1848 an die „Neue Aera" in Preußen ihren Halt knüpfte, Rußland sich mehr auf sich selbst zurückzuziehen anfing, da wuchs mit dieser Selbstbeschränkung die feindselige Stimmung gegen Deutschland. Herr v. Bismarck fand bereits, wie bemerkt, in gewissen Kreisen ein erregtes Nationalgefühl vor, das gegen Deutschland durchaus feindlicher Art war. Männer wie Katkow und Aksakow begannen im Jahre 1861 ihre publizistische Thätigkeit für ein neues Rußland. Katkow pachtete von der Universität in Moskau die „Moskauer Zeitung", die er bis zu seinem Tode redigirte. Iwan Aksakow verfolgte in seinem Journal Denj (Der Tag) die panslavistischen Tendenzen. Beide gehörten einem Kreise von Politikern an, die aus den geheimnißvollen Formeln der Hegel'schen Philosophie, die in Moskau seit 1826 an der Universität Eingang gefunden, die Begeisterung für ihre Ideen sogen. Bakunin war zu der Zeit, von der wir sprechen, bereits als Verbannter im Auslande, wo er auf seinen Rundreisen das Bild eines großen Slavenreiches entwarf, welches sich vom Ural bis nach Böhmen, Ungarn und Lemberg erstrecken sollte, oder verkündigte von London aus die zukünftige Größe der Romanows, wenn sie nach seinem Programm sich in Bauern-Zaren und Rußlands Grund und Boden in Kollektivbesitz verwandelten. Herzen, seit 1847 im Auslande, suchte, während er in seiner Zeitschrift

Kolokol („Die Glocke" 1856—1865) als Strafrichter Rußland geißelte, das Centrum, wo die Slaven sich sammeln und ihre Banner entfalten sollten. Dabei lenkte er den Blick zuerst auf das von Slaven umgebene Wien, aber es war ihm nur ein „Deutsches Rokoko", Petersburg verwarf er als „modern deutsch", Warschau als katholisch, Moskau als „ausschließlich russisch." Alle diese Städte hatten für ihn nur Werth als Provinzialstädte des geeinigten Slavenreiches, als dessen Hauptstadt er allein Konstantinopel anerkennen wollte. Es war ihm das Rom des Ostens, heilige Stadt der orientalischen und zugleich Gravitationspunkt für die Griechen und zersplitterten Bekenner derselben Kirche. Erst spät erreichten die beiden anderen Genossen des Moskauer Philosophenkreises den höchsten Punkt ihrer Wirksamkeit. Als Herzen und Bakunin sich 1863 durch ihr Eintreten für den polnischen Aufstand für Rußland ruinirten, entflammte Katkow in seiner „Moskauer Zeitung" die aufgeregte Jugend zum Fanatismus gegen die Polen und diktirte den leitenden Staatsmännern die Maßregeln, welche dem Lande die letzten Lebensadern unterbanden. Er forderte eine gewaltsame Russifizirung nicht nur Polens und Litauens, sondern auch der deutschen Ostseeprovinzen und vertheidigte seinen reaktionären und panslavistischen Bundesgenossen zu Liebe Steuerprivilegien, den Agrarkommunismus und dergl. Der Vierte des Bundes, Aksakow, griff in denselben Paroxismus ein, zu welchem sich die panslavistische Tendenz der russischen Nationalität eben erhoben hatte.

Indem Herr von Bismarck an höheren Stellen seine Hebel anzusetzen hatte, um gute Beziehungen zu Preußen herzustellen, schuf er insofern nichts Originales, als solche Beziehungen, kurze Trübungen abgerechnet, fast ein Jahrhundert schon bestanden, insbesondere seitdem das Jahr 1815 die Freundschaft für die Könige Friedrich Wilhelm III. und IV. zum Grundsatze

der russischen Politik gemacht hatte. Erkauft war allerdings diese Freundschaft durch Mißachtung auf der russischen Seite und durch den Mangel an Selbst- und Staatsgefühl in zahl- und einflußreichen preußischen Kreisen, der den russischen Zar als den Vater unseres Vaterlandes bezeichnete und im Jahre 1854 ein Mitglied des preußischen Herrenhauses sagen ließ: „Wir gehören zu Rußland.“ Russische Staatsmänner wie ein Gortschakow, glaubten sich auf diesen Mangel an Selbstachtung als auf das Normale einrichten zu können. Kaiser Nikolaus wollte Preußen nur wohl, so lange sich dieses ihm völlig unterordnete. Das Wohlwollen Kaiser Alexander II. war uneigennütziger Natur. Beide Monarchen aber standen stets, dies darf man nicht vergessen, mit ihrem Wohlwollen im Gegensatz zu ihrem Volke, namentlich zu dem gebildeten Theile desselben. Die russische Gesellschaft verachtete Preußen. Das Lustlager von Kalisch vom 11. bis 22. September 1835 hat jüngst in den Aufzeichnungen Louis Schneiders den Darsteller gefunden, der mit einer unbeschreiblichen Naivetät die Innigkeit der persönlichen Beziehungen der Herrscher und gleichzeitig die Inferiorität schilderte, in welcher das preußische Staatswesen dabei erschien. Wir werden jetzt mit einem höhnischen und übermüthigen, ja frechen Spottgedicht bekannt gemacht, welches ein russischer Offizier gegen den „preußischen Zaren“ gelegentlich dieser Zusammenkunft dichtete, das dem Dichter die Beförderung zum Flügeladjutanten des Kaisers Nikolaus eintrug und den Grund zu seiner glänzenden Karrière legte. Die Spottverse auf Friedrich Wilhelm III. wurden, nachdem sie den Kaiser Nikolaus ungemein erheitert, in zahlreichen Exemplaren in der russischen Armee verbreitet und von den Kompagniesängern den Soldaten vorgesungen; das geschah, während Schneiders „Soldatenfreund“ sich in Huldigungen gegen Rußlands Kaiser und dessen Armee erschöpfte.

Dem Buche „Berlin und Petersburg“, welches im Jahre

1880 erschien, entnehmen wir Folgendes: „Louis Schneiders Verhalten während der Jahre der deutschen Krisis war nicht das Vorgehen eines einzelnen durch royalistischen Uebereifer mißleiteten Mannes — es war typisch für die Auffassung russischer Beziehungen, welche in einer weit verbreiteten und einflußreichen Klasse preußischer Patrioten Geltung hatte. Wie Schneider dachte die gesammte Partei der Leute, denen die Partei über das Vaterland, das scheinbare Interesse der Krone über das dauernde und wahre Interesse des Staates ging. In dem Berlin der letzten 40er und ersten 50er Jahre ist es ein öffentliches Geheimniß gewesen, daß die Fraktion, welche sich die konservative nannte, ihre Parole an den Vorabenden wichtiger Entscheidungen fast regelmäßig aus dem russischen Botschaftshotel holte und daß der Herr dieses Hauses, Baron Meyendorff, trotz seiner notorisch österreichischen Gesinnung (er war ein Schwager des Grafen Buol) auf Beamtenthum und Gesellschaft der preußischen Hauptstadt seiner Zeit Einflüsse geübt hat, wie russische Minister sie seit den letzten Tagen der königlichen Republik Polen in fremden Ländern nicht mehr besessen hatten. Gerade in den höchsten Kreisen der Berliner Gesellschaft wußte man am genauesten, daß dieser Herr die Zeiten der Verwirrung und Rathlosigkeit des Hofes, bei welchem er akkreditirt war, zu einem Verhalten ausgenutzt hatte, das in der Geschichte der Diplomatie einzig dastand. Von einem „roi . . . .“ zu reden, — die unter den Schutz Preußens genommenen Schleswig-Holsteiner als „Kanaillen“ zu bezeichnen, — Männern wie Radowitz und General von Willisen geringschätzige Epitheta anzuhängen, den Militärbevollmächtigten v. Rauch als den Schutzengel des Königs am „Throne Sr. Majestät“ zu feiern und aus seiner Entrüstung über das Zustandekommen einer Verfassung und eines Preßgesetzes nicht das geringste Hehl zu machen, waren Freiheiten, die sich eben nur der russische Gesandte nehmen durfte und die er sich nahm, weil

er die Empfindung hatte, als Repräsentant einer höheren Macht über den für andere Sterbliche geltenden Rücksichten zu stehen. Dem Repräsentanten des Kaisers von Rußland Rechenschaft abzulegen, hatte der aus Schleswig-Holstein zurückgekehrte General v. Rauch (16. März 1850) für seine erste Pflicht gehalten und es damit so eilig gehabt, daß er sich zu Fuß vom Hamburger Bahnhofe in das Hotel Unter den Linden begab, — Herr von Meyendorff hatte früher als sonst irgend Jemand in Berlin gewußt, daß der König die ihm von dem Erfurter Parlamente angetragene Centralgewalt ausschlagen werde, — ihm war gestattet gewesen, den offiziellen Leiter der auswärtigen Angelegenheiten Preußens in einer Kapital-Angelegenheit (der Einladung nach Warschau) zu umgehen und diese Frechheit damit zu motiviren, daß der betreffende Minister (v. Radowitz) nicht im Vertrauen Sr. kaiserlichen Majestät stehe. Hatte doch schon 1848 der russische Gesandte Budberg bei einer wichtigen Veranlassung unserem Minister des Auswärtigen mit dem Erscheinen von Kosaken gedroht! Im Oktober 1850 wurde dann der preußische Ministerpräsident, Graf Brandenburg, in Warschau mit Beleidigungen überhäuft, die einem Höheren zugedacht waren. Schimpflicher ist nie ein preußischer General und Abgesandter seines Königs behandelt worden. Graf Brandenburg überlebte diese Schmach auch nicht."

Der Mangel an Selbstachtung, der der Verachtung von der anderen Seite gegenüberstand, konnte nur durch eine nationale Politik wieder in sein Gegentheil verkehrt werden, wie sie Herr von Bismarck, der schon ein halbes Jahr nach seinem Aufenthalt in Petersburg am Ruder der Geschäfte in Berlin stand, sehr bald einzuschlagen begann.

Es ist von Interesse zu erfahren, wie später der Fürst von Bismarck sich über das Urtheil geäußert hat, zu welchem der Verfasser des Buches „Berlin und Petersburg" über die be-

kannteſten Träger und Vermittler der preußiſch-ruſſiſchen Beziehungen gelangt. Er vermuthet, daß der Verfaſſer mit den Männern, welche in jenem Zeitabſchnitt der preußiſchen Politik ihren Stempel aufdrückten, nicht die gleichen Jugenderinnerungen gehabt habe, ſondern einer ſpäteren Generation angehöre. Man müſſe jene Zeiten ſelbſt durchlebt haben, um ganz gerecht darüber urtheilen zu können. „Die leitenden preußiſchen Politiker jener Zeit hatten ihre bleibenden Jugendeindrücke in den Kämpfen zur Befreiung von der franzöſiſchen Fremdherrſchaft und in der Kameradſchaft mit Rußland, einem gemeinſamen Feind gegenüber, empfangen. Die Erinnerungen der ruſſiſchen Waffengemeinſchaft waren ihnen geblieben, diejenigen der ruſſiſchen Diplomatie von 1814, 1815 und ſpäter vielleicht niemals zum vollen Bewußtſein durchgedrungen. Man darf aber bei der Beurtheilung der für Rußland günſtigen Stimmung in jener Zeit nicht vergeſſen, daß das damalige Rußland ein ganz anderes war als das heutige. Alle Elemente, mit denen wir in Berührung kamen, boten uns Eindrücke deutſcher Geſittung auf politiſchem und konfeſſionellem Gebiet. Die Umgebung des Kaiſers Alexander wies vielleicht noch nicht ſo vorwiegend deutſche Namen auf, wie diejenige des Kaiſers Nikolaus, aber dafür um ſo vorwiegender die Reſultate deutſcher Bildung. Der Norddeutſche hatte im Verkehr mit ihnen den Eindruck des vornehmſten und eleganteſten Typus der eigenen Landsleute. Wer jene Zeiten durchlebt und die Ereigniſſe aus der Nähe beobachtet hat, der muß ſich geſtehen, daß zwiſchen dem preußiſchen und dem ehemaligen ruſſiſchen Hofe und Heere eine Art von landsmannſchaftlicher Empfindung neben den Traditionen der Kameradſchaft in glücklichen Kriegen, und neben dem Gefühl, auf gegenſeitige Bundesgenoſſenſchaft angewieſen zu ſein, zum Träger eines gegenſeitigen Wohlwollens wurde, welches für uns keine verletzende Beimiſchung hatte, ſo lange die Perſönlichkeit Friedrich Wilhelms III., die Verehrung des Kaiſers

Nikolaus für denselben und die anscheinende Sicherheit Preußens in seinem deutschen Bundesverhältniß das Gefühl der Gleichheit im Verkehr unter einander erhielten. Der Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. brachte die erste Trübung in dieses Verhältniß. Zwischen dem König Friedrich Wilhelm III. und dem Kaiser Alexander I. kann man Anklänge einer Familienähnlichkeit des Charakters finden; der Kaiser Nikolaus und Friedrich Wilhelm IV. waren inkommensurable Naturen. Ohne die Revolution von 1848 würde dieser Umstand kaum erheblich ins Gewicht gefallen sein. Als aber in diesem Jahre Preußen und der deutsche Bund zusammenbrachen, mehr aus Ungeschicklichkeit als aus Schwäche, da hörte der Fuß der Gleichheit zwischen Berlin und Petersburg auf, und die starke und herrische Natur des Kaisers Nikolaus accentuirte und benutzte die Ungleichheit um so schonungsloser, als der Kaiser den Verfall Preußens wesentlich als ein Ereigniß des Abfalls von der früher befolgten, gemeinsamen Politik betrachtete. Man begeht aber eine Ungerechtigkeit, wenn man alle die tapferen und treuen Offiziere und Rathgeber des Königs, welche damals, nachdem sie einen Blick in den Abgrund der Barrikadenherrschaft geworfen hatten, in Rußland ebenso wie von 1807—1813 und trotz der Zweideutigkeit Alexanders I. im Frieden von Tilsit die Stütze erblickten, an welcher das ihrer Meinung nach zusammengebrochene Preußen sich werde wieder aufrichten können. Jene Männer mögen geirrt und des richtigen Blickes ermangelt haben, den uns ein Vierteljahrhundert später die Geschichte eröffnet, aber sie verdienen nicht, daß man ihren Patriotismus bezweifelt und sie im Lichte russischer Höflinge auffaßt."

Der polnische Aufstand von 1863.

Über die Bedeutung der Stellung Preußens zum polnischen Aufstande von 1863 für die russisch-preußischen Beziehungen hat sich Fürst Bismarck in einer sehr viel späteren Zeit (Januar 1886) im preußischen Abgeordnetenhause folgendermaßen ausgesprochen: „Ich hatte in Petersburg die russischen Verhältnisse Polen gegenüber aus nächster Nähe beobachten können, in Folge des großen persönlichen Vertrauens, welches mir der hochselige Kaiser Alexander schenkte. Ich hatte die Ueberzeugung gewonnen, daß im russischen Kabinet zwei Prinzipien thätig waren: das eine, ich möchte sagen, das antideutsche, welche das Wohlwollen der Polen und Franzosen zu erwerben wünschte und welches hauptsächlich vertreten war durch den Reichskanzler Fürsten Gortschakow und in Warschau durch den Marquis Wielopolski, das andere, das hauptsächlich in dem Kaiser und anderen seiner Diener seinen Sitz hatte, das auf dem Bedürfniß beruhte, die freundschaftlichen Beziehungen mit Preußen unter allen Beziehungen festzuhalten — und man kann sagen: eine preußenfreundliche, antipolnische und eine franzosenfreundliche polnische Politik kämpften um den Vorrang im russischen Kabinet. Die Konvention vom 8. Februar hat militärisch kein Resultat gehabt, aber sie hatte ihre Bestimmung erfüllt in dem Moment, wo sie in Petersburg unterzeichnet wurde, das heißt: sie entschied über die Parteinahme der kaiserlich russischen Politik für Preußen gegen die

polnischen Bestrebungen, die bis dahin sehr zweifelhaft war. Deshalb war meine Stellung als auswärtiger Minister dem russischen Kabinet gegenüber einigermaßen vorbereitet, und von allen europäischen Kabineten damals konnte man nur von diesem, ich will nicht sagen: eine Unterstützung, aber doch eine tolerari posse unserer deutschen Politik allenfalls erwarten. Ich hatte deshalb das Interesse, die Beziehung zu Petersburg besonders zu pflegen. Die damaligen Verhandlungen in diesem Raume der Volksvertreter liefen darauf hinaus, die übrigen europäischen Kabinette gegen uns zu verhetzen, ihnen gewissermaßen Anzeige zu machen von unseren Schwächen und von Fehlern, die diesseits begangen wären, und ich kann es nicht anders nennen — in Paris und in London zu verklagen wegen der russenfreundlichen Politik, die wir machten, und es war nicht ohne Erfolg. Ich habe auch durch einen Zufall, der im Jahre 1870 stattfand, in dem eine Anzahl geheimer französischer Papiere in unsere Hände fiel, Indizienbeweise in die Hand bekommen für die Verbindungen, die damals von Mitgliedern der Opposition mit der hiesigen französischen Gesandtschaft stattgefunden haben. Beim Beginn der polnischen Insurrektion fand ich in Paris noch eine so ziemlich wohlwollende Beurtheilung; man war dort mehr antirussisch, als antipreußisch. Aber, nachdem die Verhandlungen im Abgeordnetenhause stattgefunden hatten, die gewissermaßen ein Appell des Hauses an das Ausland waren in dem Sinne, wie das englische Sprichwort sagt: Hit him, he has no friend — haut ihn, er hat keinen Freund, — in der Art wurden wir denunzirt in Paris. Da wechselte die Auffassung des Kaisers Napoleon, und er fing an, auf uns zu drücken in einer unfreundlichen Weise. Und daß wir nicht in Folge dieser Verhandlungen in diesen preußisch-deutschen Räumen nachher unter die Schraube einer diplomatischen Pression genommen worden sind, bei der England, Frankreich und Oesterreich vereinigt waren, und die nur

entweder mit einem schmählichen Rückzug oder mit der Aufgabe des Krieges, zu dem Rußland 1863 geneigt war, als Verbündete Rußlands endigen konnten, das danken wir nur den deutschfreundlichen Regungen, die schließlich der alte Lord Russel in England noch hatte; England lehnte es ab, sich den Ansichten Frankreichs anzuschließen."

An diese Worte des Fürsten Bismarck reihen wir das Schreiben eines hochgestellten Diplomaten aus dem Monat Juni 1863, welches sich über den Kaiser Napoleon und dessen polnische Ideen zu jener Zeit ausläßt. Es heißt darin: „Nach Tisch kam der Kaiser (Napoleon III.) an mich heran und ließ sich mit mir in eine längere Unterhaltung ein. Nachdem er sich sehr angelegentlich nach Sr. Majestät dem Könige erkundigt hatte, fragte er mich, ob ich wieder ganz nach Paris zurückgekehrt wäre, und wie lange ich bleiben würde. Darauf brachte er unsere inneren Zustände zur Sprache und sagte, was ihn besonders frappirt habe, sei die Adresse des Berliner Magistrats, welche wahrscheinlich in den anderen großen Städten wiederholt werden würde. Er kannte den Inhalt derselben ganz genau, und als ich ihm erwiderte, alle diese Demonstrationen hätten nicht diejenige Bedeutung, welche man ihnen in der demokratischen Presse des In- und Auslandes beilegte, erwiderte er mir, er glaube wohl, daß daraus der Regierung keine Gefahr erwachsen werde, indessen sei der Eindruck, den diese Demonstrationen auf das Ausland machten, bedenklich, und würde dadurch der Einfluß Preußens nach außen leiden, indem man allgemein glauben müsse, daß durch den Konflikt der Krone mit dem Lande Preußens Kraft geschwächt sei. Es sei ganz wie hier mit den Wahlen in Paris; diese seien ihm für das Innere vollkommen gleichgültig; indessen hätten sie ihre Bedeutung wegen des Eindrucks, den sie auf das Ausland machen müßten . . .

Der Kaiser fuhr fort, Preußens Einfluß und Bedeutung

hätte größtentheils darin bestanden, daß es in Europa als Träger und Repräsentant der deutschen Nationalität und der liberalen Ideen dagestanden habe. Dies hätte ihm seine Superiorität in Deutschland selbst gegeben, und auch außerhalb der deutschen Grenzen hätte man gewußt, daß Preußen die ganze Nation hinter sich habe, und darin habe der Einfluß gelegen. Diese Stellung sei außerdem sehr bequem für Preußen gewesen, da es gar nicht nöthig gehabt, viel zu thun, sondern nur diesen Eindruck zu erhalten und zu pflegen. Er bedauere diese Wendung, die nothgedrungen durch die neue Richtung eintreten müsse, er bedauere es, weil er sich immer für Preußen interessirt, und namentlich des Königs wegen.

Ich suchte dem Kaiser auseinander zu setzen, daß, wenn er glaube, die innere Kraft Preußens sei geschwächt worden durch die Vorgänge der letzten Monate, so sei das ein gefährlicher Irrthum . . . Ich bemerkte dabei, daß sich die Deputirten namentlich durch ihre Parteinahme für Polen und ihre hierauf bezüglichen hochverrätherischen Reden den Hals gebrochen hätten. Die große Masse des Volks beschäftige sich nicht viel mit auswärtiger Politik, und seien ihr nur einige Fragen sehr klar, u. A. die polnische, und hier sei eine Antipathie gegen die Polen durchaus vorherrschend, daher habe die Haltung der Deputirten sehr mißfallen . . .

Der Kaiser hatte mir, namentlich als ich von der Haltung der Kammern in der polnischen Frage sprach, aufmerksam zugehört. Er erwiderte mir auf meine letzte Bemerkung: Er sähe wohl ein, daß die Regierung hätte etwas thun müssen, indessen, wenn er an der Stelle des Königs gewesen wäre, so wäre er im vorigen Jahre, als der Konflikt über die Militärverfassung ins Leben getreten war, vor das Land getreten und hätte sich zum Motto die Worte Arndt's gewählt: „Das Vaterland muß größer sein!“ (das sagte er auf deutsch), gebt mir eine starke

Armee und Ich werde Euch ein starkes Vaterland geben! Dann wäre er vorwärts gegangen und hätte sicher auf Unterstützung des Landes und der ganzen liberalen und nationalen Partei in Deutschland rechnen können. Freilich wäre es schwierig gewesen, diesen Weg mit den Verträgen in Einklang zu bringen, indessen wäre dies schon zu arrangiren gewesen. Und dann, wenn man zu Resultaten gelangt wäre, hätte man sich des Instruments, nämlich der Demokratie, wieder entledigen können. Statt dessen schwankte die preußische Politik und hatte kein rechtes Ziel, wonach sie strebte: J'ai dit cela à Monsieur de Bismarck l'année dernière qu'en politique on n'effectuerait rien si on n'avait pas un but précis où l'on voulait en arriver.

Der Kaiser sagte mir hierauf: Les affaires de Pologne sont très désagréables et je ne sais pas du tout, comment cela finira. Ich erwiderte ihm, wenn er mir erlauben wollte, ganz freimüthig zu reden, so müsse ich ihm sagen, daß ich nicht begreife, wie er um den Preis, sich mit seinen Freunden zu brouilliren, so entschiedene Partei für die polnische Frage genommen habe, welche doch für Frankreich gar kein praktisches Interesse habe und ihm nichts einbringen könne. Außerdem sei die Leidenschaft für Polen in Frankreich gar nicht so groß, wie man dies hätte glauben machen wollen. — Dieses bewiesen ja die letzten Wahlproklamationen, worin fast nicht von Polen, sondern immer nur vom Frieden die Rede gewesen sei. Der Kaiser erwiderte mir, ich hätte vollkommen Recht, und das mache eben die Sache so unangenehm. Er habe nur sehr ungern die Intimität mit Rußland aufgeben müssen; den Grund seiner Politik in Bezug auf Polen wolle er mir aber in wenigen Worten auseinandersetzen: Die Regierung Louis Philipps sei seiner Ansicht nach die schlechteste gewesen, die Frankreich je gehabt habe, dessen Ansehen und Interesse dabei vollständig ruinirt sei. Er habe sich daher von Anfang seiner Regierung an zur Aufgabe

gestellt, nicht so zu handeln, wie sein Vorgänger auf dem Throne Frankreichs. Louis Philipp habe nun in der polnischen Frage die größte Sympathie geheuchelt, ohne je irgend etwas für Polen zu thun. Dies Verhalten habe die Folge gehabt, daß die Polen Sympathien in Frankreich genährt und die Hoffnung auf Frankreich in Polen immer wach gehalten worden sei. Besser wäre es gewesen, damals gleich zu erklären, man könne sich nicht mit Polen befassen, dann sei die Sache ein für alle Mal todt gewesen, und das würde ihm heute das Liebste sein. Dies sei nun aber nicht der Fall. Die Polensympathie hätte er vorgefunden, und wäre es ihm des Inlandes wegen unmöglich gewesen, sie ganz zu ignoriren. Um daher nicht in die Fußtapfen Louis Philipps zu treten, hätte er Partei ergreifen müssen, und das wäre selbstredend auf Kosten seiner russischen Freundschaft geschehen. Er hätte dies vorausgesehen, und um dies zu vermeiden, hätte er dem Kaiser Alexander in Stuttgart gesagt, die einzige Frage, die möglicher Weise im Stande sein könnte, ihre guten Beziehungen zu stören, sei die polnische. Er bäte ihn daher dringend, dort etwas zu thun, was die öffentliche Meinung in Europa befriedigen würde, und was ihn (den Kaiser Napoleon) in die Lage setzte, sich nicht mehr um Polen kümmern zu brauchen . . . Der Kaiser Alexander habe wohl in gewisser Weise seinen Rath befolgt und viel für Polen gethan, aber nicht in geschickter Weise: S'il avait pris alors une feuille de papier, s'il y avait inscrit un manifeste, dans lequel il n'y aurait eu que ce qu' il a donné après, savoir: la lieutenance à son frère, le Conseil d'Etat, les employés Polonais, la liberté des cultes etc. etc., cela aurait produit un effet énorme et l'Europe entière aurait applaudi. Cela aurait eu un autre côté très important, c'est que si les Polonais (ce qui serait probablement arrivé) s'étaient montrés mécontents et avaient exigé davantage, personne ne leur

aurait donné raison. Car en politique il y a une maxime qui est de la plus haute importance de suivre, c'est qu'il ne faut pas seulement être, mais paraître. Vous comprenez que si l'Empereur Alexandre avait agi dans ce genre alors, où je venais de faire la paix avec lui, je n'aurais pas songé à recommencer, même si les Polonais avaient été aussi mécontents que possible."

Was die Sympathien in Frankreich anbetreffe, so wisse er sehr wohl, daß Jedermann die Unabhängigkeit Polens wolle, aber Niemand deshalb gesonnen sei, einen Krieg zu führen. Ich warf ein, dies sei eine wohlfeile Sympathie, und darauf könne er doch unmöglich viel geben, und fragte ihn darauf, was er nun eigentlich wolle, daß Rußland thun solle. Er erwiderte, es gebe nur eine Lösung der Frage; das sei: Polen unabhängig zu erklären. Er sage immer den Russen, sie möchten sich dies arrangieren, so wie es ihnen am besten passe, da es ihnen doch lieber sein müsse, eine Unabhängigkeit, auch wenn sie nur scheinbar wäre, zu geben, als einen fortwährenden Herd der Revolution und Anarchie an ihren Grenzen zu haben. Daß der Kaiser Freiheiten gebe, könne gar nichts helfen. Es sei dies analog mit Venetien, so lange diese Provinz noch bestimmt sei, zu Oesterreich zu gehören, dort habe der Kaiser und Schmerling immer Freiheit geben wollen. Wozu dies? Dort wie in Polen würde die Nation die Freiheit nur dazu benutzen, sich ganz loszureißen. Deshalb müsse man es so einrichten, daß die Länder unabhängig erklärt würden, aber ohne Freiheit. Auf meine Frage, wie er sich die Ausführung seiner Pläne für Polen denke, erwiderte er mir: man müsse durch feierlichen Akt erklären, Polen sei ein unabhängiges Königreich in seinen jetzigen Grenzen, Großfürst Konstantin König unter dem Schutze Rußlands, mit einer Verfassung, die alle möglichen Freiheiten gebe, aber der Volksvertretung sehr enge Grenzen ziehe, um alle Uebergriffe zu vermeiden. Bis zur

Herstellung einer polnischen Armee bleibe die russische im Lande. Die polnische Armee wird durch russische Offiziere gebildet, welche ihr verblieben u. s. w. Auf diese Weise behalte Rußland stets einen überwiegenden Einfluß auf Polen. Alle Welt würde zufrieden sein. — „Excepté les Polonais" warf ich ein. — „Qu'est ce que cela fait? On leur donnera tort", antwortete der Kaiser „et on n'aurait plus à s'en ocouper." Ich bemerkte, ob er sich der Illusion hingäbe, daß die Polen in dem engen Kongreßpolen ohne Häfen nicht ein stetes Drängen nach Vergrößerung haben und dadurch stets den Frieden bedrohen würden. Er erwiderte, man müsse dann die Flügel so beschneiden, daß sie nicht drängen könnten.

Er sprach darauf noch über die jetzigen Zustände in Polen, die unglaubliche Lässigkeit der Russen, die Gewalt der Nationalregierung, die dem Großfürsten ein sauf-conduit gegeben habe, avec lequel il se promène depuis des mois etc.

Ich erzählte ihm von den Gräueln der polnischen Regierung, welche durch ihre politischen Morde den Schrecken im Lande verbreite, ihre Todesurtheile sogar ins Ausland u. A. an Herrn v. Bismarck schicke und sich nicht scheue, in barbarischer Weise alle Gesetze der Menschlichkeit mit Füßen zu treten. Die Geschichte des abgeschnittenen Ohres eines geheimen Agenten der russischen Regierung, welches seitens der National-Regierung an Wielopolski geschickt worden ist, kannte der Kaiser nicht, und machte sie ihm einen peinlichen Eindruck.

Von der diplomatischen Lage der Frage sprach der Kaiser garnicht, erwähnte auch mit keinem Worte die Stellung Preußens zu den polnischen Angelegenheiten, wiewohl ich ihm durch meine Bemerkungen Gelegenheit hierzu gegeben hatte."

Dieser Bericht stammt aus einer Zeit, wo der polnische Aufstand im vollen Gange war. Wenn Fürst Bismarck in der oben zitirten Rede aus dem Jahre 1886 dem Fürsten Gort-

schakow ein gleiches Wohlwollen für die Polen und Franzosen zuschreibt, so gingen doch solche Sympathien nicht so weit bei dem praktischen Staatsmann, um deswegen sich zu der Politik seines Gebieters in Gegensatz zu bringen. Er kam sogar in einen gewissen Gegensatz zu dem Grafen Kisselew, der als Botschafter Rußlands während der Herrschaft des dritten Napoleon in Paris war, und diesen bewegen zu können glaubte, seine polnischen Ideen aufzugeben, und eine Allianz mit Rußland einzugehen, die er sich zu einer russisch-französisch-preußischen erweitert dachte. Fürst Gortschakow berichtete in einer viel späteren Zeit in seinem Spezialorgan, dem „Journal de St. Pétersbourg", selber über zwei Annäherungsversuche zwischen Napoleon und Alexander II.

Erwähnen wir zuerst der Zusammenkunft in Stuttgart im Jahre 1857. Die Gortschakow'sche Mittheilung sagt darüber: „Für jeden, dem die Art und Weise bekannt ist, in welcher die große Politik unter Souveränen behandelt wird, ist es klar, daß weder von einer Allianz noch von einem geschriebenen Vertrag die Rede sein konnte. Die Kourtoisie der Zusammenkunft genügte, um die Vergangenheit auszulöschen. Was die Zukunft betraf, so konnte es sich nur um einen Austausch allgemeiner Ideen handeln. Es wurde konstatirt, daß die beiden Souveräne den Vortheil anerkannten, sich zu verständigen und behufs Aufrechterhaltung des Friedens und des europäischen Gleichgewichts im gemeinsamen Interesse gleichmäßig vorzugehen. Jede revolutionäre Politik war mit diesem Programm unverträglich und mußte ausgeschlossen bleiben. Napoleon III. bezeichnete den Zustand Italiens als eine beständige Ursache von Beunruhigung. Oesterreich hatte die Grenzen der Verträge von 1815 verlassen; es handelte sich darum, die Dinge auf einen normalen Fuß zu setzen. Alexander II. begnügte sich mit der Antwort, er werde das Jahr 1849 nicht wiederholen. Napoleon III. berührte weiter die aufgeregte Situation in Polen. Alexander erwiderte

ihm, daß niemand mehr als er diesem Lande Ruhe und Gedeihen wünsche, daß aber jede fremde Einmischung nur seine guten Absichten schädigen würde, da sie unrealisirbare Hoffnungen bei den Polen errege. Das war alles, aber es war genug, um die großen Linien der Politik beider Länder zu fixiren. „Auf dieser Basis entwickelte sich das Verhältniß der beiden Mächte und trotz einer Verstimmung Napoleons über das Ausbleiben einer russischen Truppenaufstellung während des italienischen Krieges, um 100,000 Oesterreicher in Galizien festzulegen, bewegte sich das Einverständniß in aufsteigender Linie. Fürst Gortschakow glaubte in Frankreich die Macht zu erkennen, die am meisten geeignet und geneigt sei, an der „Emanzipation der Christen im Orient" mitzuarbeiten; man gelangte auch eine Zeit lang in fast allen schwebenden Fragen zur Gemeinsamkeit des Vorgehens, wie z. B. Rußland die syrische Okkupation durch Frankreich unterstützte. Auf ihren Höhepunkt gelangte diese Situation, als Herr v. Thouvenel auswärtiger Minister des dritten Napoleon wurde. Die Gortschakow'sche Veröffentlichung besagt darüber: „Als Herr v. Thouvenel das auswärtige Amt übernahm, erhielt Herr v. Kisselew den Auftrag, die Grundlagen eines Einverständnisses mit ihm zu legen. Man kam über Folgendes mit ihm überein: Wechselseitiger Wunsch der Aufrechterhaltung des ottomanischen Reiches so lange dies möglich und Verpflichtung, jeden auswärtigen Stoß zu vermeiden, der doch diesen Sturz beschleunigen könnte. Im Falle einer entscheidenden Krisis wechselseitige Verpflichtung für jede Macht, keinen ausschließlichen Vortheil zu verfolgen. Versprechen einer gemeinsamen Aktion, um zu hindern, daß irgend eine Großmacht die Krisis benutze, um sich Vortheile anzueignen, die dem europäischen Gleichgewicht und den Interessen Rußlands und Frankreichs entgegengesetzt sind. Endlich Einverständniß über die in solchem Falle zu erfolgende Lösung mittelst Bildung kleiner unabhängiger Staaten innerhalb

ihrer natürlichen Grenzen und verbunden durch das gemeinsame Band einer Föderation, deren Sitz das zur freien Stadt gemachte Konstantinopel sein soll." Fürst Gortschakow konstatirt, daß trotz dieses Einverständnisses Frankreich seinen Traditionen des Hasses und des Mißtrauens gegen Rußland im Orient nicht habe entsagen können, es habe den Schutz der kleinen Staaten im Orient an sich zu ziehen gesucht, und diesem Protektorat eine genaue, zu Rußland feindliche Tendenz gegeben, indem es erklärte, in Griechenland, Armenien und den Donaufürstenthümern ein Bollwerk gegen das Slaventhum errichten zu wollen. Das Mißtrauen, das Gortschakow erfaßte, wurde durch Kisselew nicht getheilt und hier liegt, wie uns der Artikel mittheilt, der Boden, auf dem sich die Gegnerschaft zwischen dem Minister und dem Botschafter entwickelte. Im Jahre 1860, gelegentlich der Warschauer Zusammenkunft zwischen Alexander und Kaiser Franz Josef, kam es dann zum Bruche. Die russischen Botschafter aus Berlin, Wien und Paris waren nach Warschau berufen; Kisselew erschien mit einem Memoire des Herrn v. Thouvenel und einem Schreiben Napoleons. Er selbst überreichte Gortschakow ein Memoire über die Vortheile eines Defensiv-Bündnisses Rußlands mit Frankreich. Kaiser Alexander schrieb an den Rand des Memoires die zwei Worte: „Gegen wen?" Fürst Gortschakow setzt jetzt auseinander, daß die „Defensiv-Allianz" der Natur der Bestrebungen Frankreichs nach nur einen offensiven Charakter hätte haben können. In dem gleichen Augenblick aber traten die polnischen Tendenzen Napoleons III. deutlicher hervor; Frankreich fand dabei die Unterstützung der Großmächte mit Ausnahme Preußens, wie Gortschakow bemerkt, wohl in der Absicht, zwischen Frankreich und Rußland einen Abgrund zu graben und in diesem Abgrund ist auch Herr v. Kisselew mit seinem russisch-französischen Defensiv-Traktat verschwunden.

In Warschau brach der Aufstand von 1863 zuerst aus;

eine geheime Nationalregierung rief die polnische Nation zu den Waffen; Mieroslawski wurde zum Diktator ernannt; bald folgte ihm in dieser Eigenschaft Langiewicz; einzelne russische Abtheilungen wurden überfallen und geschlagen. Die preußische Regierung hegte die Besorgniß, daß dieser Aufstand von Posen aus unterstützt oder auch geradezu nach Posen hinüber getragen würde. In der Convention vom 8. Februar einigte sie sich daher mit Rußland darüber, daß die Truppen jeder der beiden Staaten die Grenzen des Nachbargebietes überschreiten und die Insurgenten auf demselben verfolgen dürften. Es war begreiflich, daß bei Abschluß dieser Konvention noch ein anderes Motiv seinen Einfluß ausübte. Die schleswig-holsteinische Frage trat eben damals in den Vordergrund der Politik, und die deutsche Frage, mit ihr eng verknüpft, folgte ihr. Einer günstigen Entscheidung derselben konnte Bismarck nur dann entgegensehen, wenn er des Wohlwollens Rußlands sicher war. Die neutrale Haltung Preußens während des Krimkrieges und die eventuelle Mitwirkung zur Bewältigung des polnischen Aufstandes verpflichteten Rußland zum Dank, zumal wenn dieses das Verhalten der anderen Großmächte damit verglich. Die französische Regierung forderte England und Oesterreich auf, in einer gemeinsamen Note gegen das Vorgehen Preußens zu protestiren Dieser Aufforderung wurde nicht entsprochen. Dagegen schlug die englische Regierung Frankreich und Oesterreich vor, in Petersburg gemeinsame Schritte zur Wiederherstellung einer nationalen Vertretung und Verwaltung in Polen zu thun. Bismarck, an welchen die Einladung erging, sich diesem Schritte anzuschließen, lehnte es ab. In seiner Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord Buchanan, machte er darauf aufmerksam, daß die Nachbarschaft eines unabhängigen Polens Preußen nöthigen würde, seine Armee um 100,000 Mann zu vermehren; daß die von England vorgeschlagene Konzession den Polen nicht genügen, vielmehr sie nur

zu weiteren Forderungen und zu dem Streben ermuthigen würde, die polnischen Provinzen von Rußland, Preußen und Oesterreich loszureißen. Die diplomatische Intervention Englands, Frankreichs und Oesterreichs zu Gunsten Polens ging vor sich; Rußland, seines westlichen Nachbarn sicher, wies sie entschieden zurück; der Aufstand wurde unterdrückt.

Der in Warschau lebende russische Schriftsteller Berg hat 1879 in einer russischen Monatsschrift einen längeren Artikel veröffentlicht, unter dem Titel: „Beiträge zur Geschichte des letzten polnischen Aufstandes". Der Verfasser hat sich in diesem Artikel weit weniger durch Feindschaft gegen das Polenthum, als gegen das Deutschthum leiten lassen. Aus diesem Grunde verkleinert er Preußens Verdienste um die Bewältigung des Aufstandes von 1863 geflissentlich und stellt die Dinge so dar, als sei die berühmte Februar-Konvention weder geschlossen noch in Ausführung gebracht.

Wenn Fürst Bismarck, laut der oben citirten Rede, der Februar-Konvention kein militärisches Resultat zuschreibt, so mag er wohl an die direkte Theilnahme preußischer Truppen an der Bewältigung des Aufstandes gedacht haben.

Aus der eigenen Darstellung Bergs erhellt, daß die verhältnißmäßig rasche Bewältigung des bewaffneten Aufstandes in Polen nur durch den Vorschub möglich geworden ist, den die preußischen Behörden der russischen Regierung leisteten; daß namentlich die Strenge, mit welcher preußischerseits über die Sicherheit der Westgrenze des Königreichs Polen gewacht wurde, den Russen die halbe Arbeit abgenommen und dieselbe in die Lage versetzt hat, ihr Hauptaugenmerk auf den in der That ernstlich gefährdeten Süden zu richten.

Obgleich dem bewaffneten Aufstande eine mehrjährige halb öffentliche Agitation vorhergegangen war, wurden die Russen von dem Ausbruch desselben fast allenthalben überrascht. Unter dem

ersten Eindruck der von allen Seiten auf ihn einstürmenden Aufstandsnachrichten hatte der Oberbefehlshaber der im Königreich stationirten Truppen, General Baron Ramsey, den Kopf so vollständig verloren, daß er die Ordre gab, sämmtliche kleinen Truppenabtheilungen, einschließlich der Grenzwache, sollten ihre Standquartiere verlassen und sich auf die strategisch wichtigeren Punkte begeben. In Folge dessen standen die Grenzdistrikte dem Zuzuge aus Oesterreich und Preußen offen und die Insurrektion versuchte anfänglich das an der preußischen Grenze belegene Gouvernement Plock zu einem Hauptmittelpunkt der Bewegung zu machen. Wenige Wochen später hatte sich die Scene vollständig verändert. Die Pünktlichkeit, mit welcher die preußische Regierung ihre in der Februar-Konvention übernommenen Verpflichtungen in Ausführung brachte, den Zuzug aus Posen hemmte und die auf ihr Gebiet übergetretenen Banden unschädlich machte, veranlaßte die Aufständischen, ihre Hauptmacht nach Süden und Südosten zu werfen und die österreichische Grenze zum Ausgangspunkte fast sämmtlicher größerer Operationen zu machen. Indirekt wird das von Berg selbst bezeugt.

Die Aufzählung derjenigen Landschaften, welche die Haupttummelplätze der Insurrektion bildeten, reicht zu dem Erweise aus, daß, wie gesagt, die Strenge, mit welcher preußischerseits über die Sicherheit der Westgrenze des Königreichs gewacht wurde, den Russen die halbe Arbeit abgenommen und dieselben in die Lage versetzt hat, ihr Hauptaugenmerk auf den Süden des Königreichs zu richten, der im Norden und Nordwesten aufgetauchten Banden aber so gut wie anstrengungslos Herr zu werden.

Berg läßt diese Seite der Sache außer Betracht; er erwähnt ebenso wenig die in den preußischen Ostseeprovinzen vorgenommenen beträchtlichen Zusammenziehungen von Truppen, als die guten Dienste, welche die nach Warschau kommandirten preußischen Stabsoffiziere der russischen Sprache erwiesen, indem sie

über die Vorgänge in Posen Auskunft gaben. Alles das prägt seiner Darstellung den Charakter einer Parteilichkeit auf, die für die jetzt in Rußland herrschende Stimmung bezeichnend ist. Die Absicht liegt auf der Hand; dem größeren russischen Publikum sollte jede Erinnerung daran, daß der Petersburger Regierung durch die preußische Allianz zur Zeit des letzten polnischen Aufstandes Dienste von unvergänglichem Werthe erwiesen worden, ferngehalten werden, und das Märchen von der Sendung des Generaladjutanten von Treskow an den Insurrektionsagenten Klobukowski diente dazu, von der vermeintlichen Perfidie des ehemaligen Alliirten Zeugniß abzulegen und zugleich den Polen, um deren Sympathien man wirbt, zu schmeicheln, indem man ihnen jener angeblichen Perfidie gegenüber eine Großherzigkeit andichtet, von welcher sie selbst nichts wissen.

Berg erzählt die folgende Geschichte: „Im Jahre 1865, als Rußland die letzten Funken des Aufstandes dämpfte, sandte Herr v. Bismarck den General-Adjutanten von Treskow nach Dresden an den dort lebenden Agenten der polnischen National-Regierung Klobukowski, und ließ ihm sagen, Herr v. Bismarck würde in Kurzem nach Petersburg reisen und könnte dort in den höchsten Sphären über das Loos Polens sprechen. Es frage sich, ob es die Polen nicht an der Zeit fänden, sich Preußen zuzuneigen und zu erklären, daß sie sich von Rußland losreißen und der preußischen Regierung unterwerfen wollten. Auf eine solche Thatsache gestützt, würde er (Bismarck) eine politische Kombination vorschlagen, in Folge deren Rußland gewiß den Theil Polens bis an die Weichsel an Preußen abtreten würde; zum mindesten würde durch die Erklärung der Polen die Möglichkeit geboten werden, diesen Vorschlag zu machen. Klobukowski hörte die Vorschläge des Herrn v. Treskow ruhig an, begab sich zum bekannten Schriftsteller Kraszewski und suchte diesen zu der vorgeschlagenen Demonstration zu bewegen, die damals wegen

der ungeheuren Erbitterung gegen Rußland leicht auszuführen war. Kraszewski erklärte jedoch, daß er durchaus nicht bevollmächtigt sei, im Namen irgend einer Partei zu handeln, da er nicht an der Spitze einer solchen stehe (er stand an der Spitze der von den Warschauern die „gelbe" genannten Partei), und deshalb auch in der bezeichneten Richtung keinen Schritt thun könne; indeß rieth er Klobukowski, nach Paris zum Fürsten Czartoryski zu reisen, um ihm die Sache vorzustellen. Er seinerseits gab Klobukowski einen Brief an den Fürsten. Klobukowski reiste sofort nach Paris und begab sich ins „Hotel Lambert". Czartoryski überflog den Brief Kraszewski's und sagte, ohne sich einen Augenblick zu besinnen: „An die Deutschen uns anschließen? Um keinen Preis!" Hiermit war die ganze Sache abgethan und Bismarck hat in Petersburg der „Knesebeck'schen Grenze" nicht erwähnt."

Als diese Angaben veröffentlicht wurden (1879), herrschte in den meisten Kreisen Berlins die Neigung, sie, wenn auch nicht für buchstäblich wahr, doch auch nicht als aus der Luft gegriffen anzusehen. Man erinnerte sich eines Gespräches des Herrn von Bismarck mit dem Danziger Abgeordneten Herrn Behrend aus dem Jahre 1865. Die Sendung des Generals von Alvensleben nach Petersburg, die Mobilisirung von vier Armee-Korps, die deutsch-russische Konvention wegen des polnischen Aufstandes, die drohende Sprache der Westmächte schienen ernste Stürme zu verkünden. Im Abgeordnetenhause folgten sich die Interpellationen und Anträge über diese Vorgänge, welche zu stürmischen Szenen führten. Da ging durch die Blätter folgende Notiz:

„Herr von Bismarck traf dieser Tage ein hervorragendes Mitglied des Abgeordnetenhauses auf einem Hofballe. Eine Unterhaltung knüpfte sich an, man kam auf die polnische Frage und der preußische Ministerpräsident äußerte im wesentlichen

Folgendes: Es gebe zwei Wege, die polnische Frage zu behandeln; entweder den Aufstand sofort in gemeinsamer Kooperation mit Rußland zu unterdrücken, und somit rasch ein fait accompli zu machen, gegen welches die Westmächte dann vergebens protestieren würden; oder aber, man könne die Sache sich weiter entwickeln, die Russen und Polen sich fester verbeißen lassen, dann, falls die Russen Hilfe erbäten oder gar hinausgeschlagen würden, in Polen einmarschieren und es — für Preußen in Besitz nehmen. Als Herr von Bismarck so weit gekommen, äußerte der mit solcher Mittheilung beglückte Abgeordnete seine Freude über den guten Humor des Ministers, der ihn mit solchem exquisiten Ballscherz regaliere. Im Gegentheil, replizierte Herr von Bismarck, er spreche ernsthaft von ernsthaften Dingen, spreche als preußischer Ministerpräsident; Rußland sei längst Polens müde; Kaiser Alexander habe ihm selbst in Petersburg gesagt, die uncivilisiertere Nation der Russen könne die civilisiertere der Polen nicht beherrschen, die Deutschen würden es können. Wir würden Polen in drei Jahren germanisieren, sagte Herr von Bismarck und gleichzeitig fügte er hinzu, es dürfe nur Personal-Union eintreten und die polnischen Abgeordneten würden nicht länger hier in Berlin, sondern in Warschau tagen."

Als an diese Unterredung bei Gelegenheit der Enthüllungen des Herrn Berg erinnert wurde, erklärte die Norddeutsche Allgemeine die letzteren für vollständig erfunden. „Es ist nicht wahr," sagte sie, „daß der General-Adjutant v. Treskow 1865 oder zu anderer Zeit nach Dresden oder überhaupt irgend wohin an einen Agenten der polnischen Nationalregierung gesandt worden wäre. Die preußische Regierung hat niemals Unterhandlungen mit irgend einem Agenten der polnischen Nationalregierung geführt oder gesucht und niemand hat im auswärtigen Ministerium um die Existenz eines Herrn Klobukowski gewußt. Im preußischen Ministerium ist das Maaß von Unbekanntschaft

mit den Thatsachen niemals vorhanden gewesen, welches erforderlich wäre, um zu glauben, daß man die Mitwirkung der polnischen Revolutionspartei zu dem Zwecke erlangen könne, um die Abtretung irgend eines Theiles von Russisch-Polen an Preußen herbeizuführen. Die Möglichkeit einer solchen Abtretung ist allerdings seit dem Tode Kaiser Alexanders I. wiederholt angeregt worden, aber nur durch russische Initiative in antipolnischem Sinne, zur Erleichterung der Beherrschung der Polen. Namentlich ist von Seiten des Kaisers Nikolaus der Gedanke einer Abtretung nicht nur des linken Weichselufers, sondern auch Warschaus dem hochseligen Könige Friedrich Wilhelm IV. gegenüber mehr als einmal und zuletzt im Laufe des Krimkrieges angeregt worden, aber stets ohne Anklang zu finden, weil der König nicht geneigt war, das Verhältniß seiner polnisch sprechenden Unterthanen den deutschen gegenüber zu verstärken. Auch in späterer Zeit, bei dem Mißlingen der Versuche, die durch den Grafen Lambert, den Großfürsten Konstantin und den Marquis Wielopolski gemacht wurden, wurde in russischen gouvernementalen Kreisen die Frage einer „neuen Theilung Polens" ventilirt, um einen Theil der Schwierigkeiten der Regierung des Weichsellandes auf Preußen zu übertragen und die Aufgabe Rußlands um soviel zu erleichtern, Warschau aber als einen beliebten Garnisonort und mit Rücksicht auf die fortifikatorische Bedeutung zu behalten. Aber auch diesmal fanden die darüber nach Berlin gelangenden Mittheilungen dort an höchster Stelle kein Entgegenkommen, da der Glaube an den deutschen Beruf Preußens mindestens derselbe geblieben war, wie zur Zeit des Krimkrieges, und ein Zuwachs an polnisch redenden Preußen demselben nicht förderlich erachtet wurde. Ob und inwieweit der Minister-Präsident v. Bismarck schon im Jahre 1863 diese persönliche Auffassung getheilt hat oder nicht, darüber aus den einseitigen Angaben des damaligen Danziger Abgeordneten Behrend Gewißheit schöpfen zu wollen,

scheint uns gewagt, noch mehr aber der Versuch, die Erzählungen polnischer Verschwörer, die jetzt mit russisch schreibenden, panslawistischen deutschen Redakteuren in Verbindung stehen, dem deutschen Publikum als glaubwürdig aufbinden zu wollen."

Kaiser Alexander I. hatte im Tilsiter Frieden seinem zu Boden geworfenen Bundesgenossen noch den Bialystocker Kreis entrissen; er hat bei Abschluß des Kalisch-Breslauer Bündnisses im Jahre 1813 von den zum Todeskampf gerüsteten Preußen die Abtretung des größten Theiles der preußischen Erwerbungen in Polen trotz der patriotischen Bemühungen v. d. Knesebecks erzwungen, der Wiener Kongreß war auf dem Punkte, wegen der polnischen Angelegenheit im Zusammenhang mit der damit in Verbindung gebrachten sächsischen auseinander zu gehen, die ganze weitere Ordnung der deutsch-preußischen Angelegenheiten hat an die Begierde Alexander I. angeknüpft, ein möglichst großes Stück Polen zu erwerben. Die Zusage des Kalischer Vertrages, wonach Preußen eine Grenze erhalten solle, die in jeder Beziehung sowohl militärisch als geographisch Ostpreußen mit Schlesien verbinde, ist unausgeführt geblieben. Alexander I. wollte seine dem Fürsten Czartoryski gegebene Zusage auslösen, seine eigenen polnischen Träume verwirklichen. Nunmehr werden wir authentisch belehrt, daß seine Nachfolger ihre Mühen darauf verwendet haben, diese selbe polnische Erwerbung wieder los zu werden.

Für die bismarck'sche Politik hat immer der Grundsatz gegolten, den wir auch in der an einer späteren Stelle zu erwähnenden preußischen Denkschrift finden: „Die preußischen und russischen Interessen dürfen als für alle Zeiten fest verbunden angesehen werden durch die unwandelbare Stellung, welche Preußen nicht minder wie Rußland wider alle Pläne, Ränke und Intriguen, die auf eine Herstellung des weiland polnischen Reiches abzielen, einzunehmen veranlaßt ist."

Im Jahre 1861 hatten die polnischen Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses den folgenden Antrag eingebracht:

„das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

in Erwägung, daß selbst die auf dem Wiener Kongresse paciszirenden Mächte, als sie sich zu der ursprünglich beabsichtigten Wiederherstellung Polens nicht hatten erheben können, doch darüber einig waren, daß der Friede und die Ruhe Europas unabweisbar erfordern, den Polen wenigstens ihr Bewußtsein als ein besonderes Glied in der europäischen Völkerfamilie zu belassen und die einzelnen Theile des ehemaligen Polens, ungeachtet ihrer Vertheilung unter drei Szepter, unter Zusicherung ihrer Nationalität als ein zusammengehöriges nationales Ganze anzuerkennen;

in Erwägung, daß die durch diese Stipulationen dem polnischen Volke in der europäischen Staatenfamilie zuerkannte eigenthümliche Staats- und völkerrechtliche Stellung als ein Minimum der politischen Existenz eines Volkes angesehen werden muß;

in Erwägung, daß auch dieses zuerkannte Minimum des positiven Rechts den Polen immer mehr verkümmert werde;

in Erwägung endlich, daß die zahllosen Opfer und das stets sich erneuernde Märtyrerthum der Polen für ihre nationale und politische Lebenskraft die lautesten Zeugnisse geben, welche das Rechtsgefühl Europas an die Sühne des ihnen widerfahrenen Unrechts, wenigstens aber an die Erfüllung der ihnen im Interesse der Ruhe und des Friedens Europas nothwendig zuerkannten Zugeständnisse unabweisbar mahnen;

die Königliche Staatsregierung aufzufordern, dahin zu wirken:

daß endlich wenigstens die nach dem positiven Völkerrechte garantirte territoriale Einheit des ehemaligen polnischen Gesammtstaates vom Jahre 1772, sowie die den Polen innerhalb dieser Grenzen zustehenden nationalen politischen Rechte zur vollen

Geltung und Ausführung gelangen, und daß dieselben nicht fernerweit willkürlich von den verpflichteten Mächten, denen auf Grund des Wiener Traktates Theile Polens unter den stipulirten Bedingungen zugetheilt wurden, verkümmert werden."

Herr v. Bismarck war damals noch in Petersburg. Er hat später erst, als Minister in Berlin, und als Kanzler des norddeutschen Bundes, Gelegenheit genommen, seine Gedanken über die Wiederherstellung Polens zu entwickeln. Hier folgt seine Ausführung darüber:

„Den Gedanken der Wiederherstellung der Republik Polen in den Grenzen von 1772 — braucht man nur auszudenken, um sich von seiner Unausführbarkeit zu überzeugen. Es ist eine Unmöglichkeit aus dem einfachen Grunde, weil es dazu nicht Polen genug giebt; es giebt sehr viel weniger Polen in der Welt, als man gewöhnlich glaubt; man spricht von 16 Millionen Polen. Das Gebiet der ehemaligen Republik Polen von 1772 ist — auch wenn man ganz von dem durch die Friedensschlüsse von 1660 an Schweden verlorenen, früher eroberten Livland und von dem durch den Frieden von Andrussow an Rußland jenseits des Dniepr abgetretenen Gebiet mit der Stadt Kijew ohne das heutige Gouvernement gleichen Namens abstrahirt — heut von etwa 24 Millionen Menschen bewohnt, unter diesen befinden sich 7½ Millionen Polen, mehr giebt es in der ganzen Welt nicht, und davon sind 1½ Millionen zerstreut in weiten Gebieten, welche die westlichen Gouvernements des russischen Reiches ausmachen, unter Völkerschaften, die nicht nur keine Polen sind, sondern es auch gar nicht sein wollen, die um Alles in der Welt nicht unter die polnische Herrschaft zurück wollen; man sehe nur in Galizien die Feindschaft der Ruthenen gegen die Polen, denen sie früher unterworfen waren, gleich den Westpreußen. Daran hat man den Maßstab, welches die Gefühle der über 10 Millionen Nicht-Polen sind, die mit 1,500,000

Polen den Westen des russischen Reiches bewohnen. In den westrussischen Provinzen stehen gegenüber den 10 Prozent Polen, die in ihnen zerstreut wohnen, als frühere Herren, die mit der Eroberung gekommen sind und Land an sich gebracht haben oder als Renegaten ihres Volkes polnische Sitte und Sprache angenommen haben, 90 Prozent andere Völker, zum größten Theil russischen Stammes, Ruthenen und Weißrussen, diese sprechen nur russisch, beten russisch, weinen russisch, wenn sie unter polnischer Herrschaft sind, sie sind Russen und wollen Russen bleiben, und stehen der russischen Regierung bei im Kampfe gegen den polnischen Adel. Die übrigen sind Littauer, Letten und Deutsche, und eine ganz erhebliche Anzahl von Juden. Da hat man also von 24 Millionen 12 Millionen, wo es doch die äußerste Ungerechtigkeit wäre, wenn man den 10 Prozent unter ihnen eine gefürchtete und verhaßte Herrschaft über die übrigen 90 Prozent beilegen wollte. In Galizien, wie bekannt ist, hat man 2 Millionen Ruthenen gegen 2 Millionen Polen in Westgalizien, im Königreich Polen 3,400,000 Polen, außerdem eine Viertel-Million Russen im Südosten vom Gouvernement Lublin und eine Viertelmillion Littauer vom Niemen bis ungefähr nach Suwalki im nordöstlichen Zipfel des Königreichs; ferner giebt es 300,000 Deutsche und 600,000 Juden und dann den Rest von 3,400,000 Polen. Man weiß auch, daß wir in der Provinz Posen deren 800,000 haben, in der Provinz Westpreußen etwa 350,000. Zählt man diese Alle zusammen (nur diejenigen aber, die kompakt genug wohnen, um ein Gemeinwesen zu bilden, und die bei sich zu Hause doch wenigstens in der Majorität sind), dann erhält man 6½ Millionen Polen heraus, und im Namen dieser 6½ Millionen Polen fordert man die Herrschaft über 24 Millionen zurück mit einem Tone, einem Gefühl, als ob es die tiefste, unwürdigste Knechtung und Erniedrigung wäre, daß man die Leute nicht noch ferner unter seiner

Herrschaft hat und knechten kann, wie es leider Jahrhunderte lang, ja ein halbes Jahrtausend lang geschehen ist. Das Ganze verschwindet in Utopie, namentlich wenn man zur Verwirklichung der Utopie darauf ausgehen muß, zunächst drei große Reiche zu zerstören, Oesterreich, Preußen, Rußland, drei unter den fünf oder sechs europäischen Großmächten in die Luft zu sprengen, um auf den Trümmern derselben eine neue phantastische Herrschaft von 6 Millionen Polen über 18 Millionen Nicht-Polen zu begründen. Ja, es ist nicht einmal glaublich, daß diese 6 Millionen Polen polnisch beherrscht sein wollen; sie haben zu trübe Erfahrungen gemacht. Wodurch ist die polnische Bewegung in Westgalizien zum Stillstand gekommen? Weil der polnische Adel sich überzeugte, daß der Bauer durchschaute, wohin er zielte, nämlich zur Wiederherstellung Polens; da hat der polnische Bauer einen Schreck bekommen und hat sich weggewendet von der Bewegung und von den Vorspiegelungen, die ihm von Seiten des Adels gemacht worden. Auch der Adel hat einen Schreck bekommen, wenn er an die furchtbaren und verbrecherischen Blutthaten der Bauern im Jahre 1846 dachte, er hat den Säbel eingesteckt und lebte einstweilen in Frieden mit der österreichischen Regierung. Man braucht das nur anzuführen, um die Behauptung zu unterstützen, daß selbst die 6½ Millionen Polen nicht die Absicht haben, von ein paarmal Hunderttausend polnischen Edelleuten von Neuem beherrscht zu werden. Auch der Verlauf der Insurrektion in Rußland zeigt dies. Man darf die russische Herrschaft nicht als eine besonders milde rühmen, aber der polnische Bauer hat zu ihr doch mehr Zutrauen, als zu der Herrschaft seines adligen Landsmannes. Wo die Russen hinkamen und die Hänge-Gensdarmen verschwanden, fanden sie 1863 die bereitwilligste Unterstützung, soweit die Furchtsamkeit der eingeschüchterten Bevölkerung es gestattete."

Mit dieser Auffassung des Fürsten Bismarck ist die gleiche

Stellung Preußens und Rußlands zur sogenannten polnischen Frage konstatirt.

Noch ein Wort von dem polnischen Aufstand von 1863, an den sich bereits die große europäische Auseinandersetzung, die sich an die schleswig-holstein'sche Angelegenheit anschloß, leicht hätte anknüpfen können. Frankreich, Oesterreich und England vereinigten sich, wie bemerkt, zu gemeinschaftlichen diplomatischen Schritten gegenüber Rußland und es entspann sich der berühmt gewordene Notenwechsel zwischen Fürst Gortschakow und jenen Mächten. Andererseits schloß Preußen mit Rußland eine Convention zum Schutze der Grenze ab, die im preußischen Abgeordnetenhause Gegenstand lebhafter Debatte wurde. Im französischen Senate trat Prinz Napoleon am 17. März offen mit der Ansicht hervor, daß Frankreich werkthätig die Polen unterstützen müsse. Einige Tage noch vor jener Rede, deren kriegerische Spitze sich gegen Preußen rtchtetete, sandte Lord Palmerston, der damalige englische Minister des Auswärtigen, ein Schreiben an den König von Belgien ab, das jedenfalls dazu bestimmt war, in Berlin zu wirken; dieses, unseres Wissens nach nicht bekannte interessante Schriftstück lautete: „Ew Majestät wird erfahren haben, daß wir es abwiesen, in die Falle zu gehen, welche der französische Kaiser uns durch seinen Vorschlag einer gleichlautenden identischen Note legte, die der preußischen Regierung übergeben werden sollte. Es lag augenscheinlich in der Absicht, in der rückweisenden oder ausweichenden Beantwortung einer solchen Note einen Vorwand für die Besetzung der preußischen Rheinprovinz zu erlangen, und das Mißlingen dieses Vorschlags hat die französische Regierung in sehr üble Trauer versetzt. Aber die Gefahr für Preußen und die übrigen Staaten ist noch nicht vorüber. Wenn die polnische Revolution weiter geht und Preußen sich veranlassen läßt, in irgend einer Weise feindlich gegen Polen vorzugehen, so wird der französische Kaiser

ganz sicher früher oder später und auf einen oder den andern Vorwand hin die Rheinprovinzen besetzen, um Preußen zur Neutralität zu zwingen. Ew. Majestät würde Preußen und Deutschland einen wesentlichen Dienst erweisen, wenn Sie Ihren Einfluß bei dem Könige von Preußen verwenden wollten, um ihn zu bewegen, von jeder Aktion, welche sie auch immer sein möge, jenseits seiner Grenzen Abstand zu nehmen. Es ist Thatsache, daß die Haltung Napoleons III. gerade um dieselbe Periode in eine feindliche umschlug, und es ist nicht undenkbar, daß der Palmerston'sche Brief zu diesem Wechsel geführt hat.

Eine geheime russische Denkschrift.

Als kurz nach dem Tode Friedrich's II. von Dänemark die Zollvereinsbevollmächtigten um Herrn von Bismarck versammelt waren und ihn mit Bitten bestürmten, den Krieg mit Dänemark zu beginnen, da erwiderte er: „Ich will den Krieg, wie Sie, aber ich will ihn führen Zwei gegen Drei, nicht Einer gegen Vier".

Herr von Bismarck war damals also nicht sicher, daß Rußland, im Falle Preußen allein Dänemark besiegte, neutral bleiben würde. Er sah einen Kampf mit dem gesammten Europa voraus. England, Rußland, Frankreich, Oesterreich standen aus verschiedenen Gründen, aber mit demselben Grade des Interesses, gegen Preußens Unternehmen. Als Preußen im Jahre 1848 in Jütland einrückte, war Rußland dagegen aufgetreten, während es gegen die Besetzung Holsteins und Schleswigs und die Zurücktreibung des dänischen Heeres durch die preußischen Truppen keinen Protest erhob. Nachdem Preußen und Oesterreich sich in der dänischen Frage verbunden hatten, legte es Deutschland auch keine Hindernisse in den Weg, als dieses 1864 sich anschickte, seinen berechtigten Forderungen Dänemark gegenüber mit dem Schwert in der Hand Gehör zu verschaffen. Es war also nur das Betreten des dänischen Territoriums, die Gefährdung des dänischen Staates, was Rußland verhindern wollte, während es die Ordnung der deutschen Angelegenheiten in den Elbherzog-

thümern den deutschen Mächten durchaus überließ, obwohl Rußland sehr leicht Gründe zur Einmischung hätte finden können. Es geschah aber nichts Derartiges von Seiten Rußlands, und es erhob nicht einmal Einsprache, als Preußen sich in den Besitz des Kieler Hafens setzte und mit der Anlage großartiger Marine-Etablissements an der Ostsee begann, so daß Preußens Absicht, sich zu einer Seemacht ersten Ranges zu entwickeln, klar zu Tage trat. Die russische Regierung zeigte sich der Eifersucht und den krämerhaften Berechnungen Englands völlig fremd, sie erblickte in der maritimen Kräftigung Preußens, und mit ihr Deutschlands kein Attentat auf die russische Machtstellung an der Ostsee, sondern zeigte sich vielmehr der Einsicht zugänglich, daß zwei Mächte neben einander an denselben Gestaden gedeihen können, und daß es nicht darauf ankömmt, sich einander auszuschließen. Allerdings verdankte ja Rußland seinem westlichen Nachbar, daß es die gefährliche Lage von 1863 mit fester Haltung abwehren konnte. So konnte Bismarck seinerseits England Trotz bieten und dem unbesonnenen Palmerston am Ende seiner von Scheinlorbeern umgebenen Laufbahn eine wohlverdiente Niederlage bereiten. Mit durstigen Lippen sog das nach nationaler Ehre und nach nationalem Erfolg verschmachtende Deutschland dieses Labsal ein. Von Napoleon, welcher in Italien die Rechte der Nationalitäten verheidigte, und in Folge des Abschlusses des preußisch-französischen Handelsvertrages gegen Preußen freundliche Gesinnungen hegte, war nichts zu fürchten.

Rußland zeigte sich in der deutsch-dänischen Frage so enthaltsam, daß, während die offiziellen Aktenstücke anderer Mächte zur Geschichte dieser Frage dicke Bände füllen, man in den Sammlungen kaum zwei oder drei Noten der russischen Regierung an ihre Vertreter im Auslande begegnet. Als im März 1863 König Friedrich VII. eine Verordnung erlassen, wonach die verfassungsmäßige Verbindung Holsteins mit Schleswig gelöst und

letzteres eine tributpflichtige Provinz Dänemarks werden sollte und darauf der deutsche Bund sich zu dem Beschlusse ermannte, die Rücknahme jenes Patents durch Exekution zu erzwingen, richtete der Staatskanzler Gortschakow an den kaiserlichen Botschafter in London folgende Worte: „Das französische und das englische Kabinet werden von der Erklärung Kenntniß genommen haben, welche die dänische Regierung soeben dem deutschen Bundestage hat zugehen lassen, als Antwort auf das Votum dieser Versammlung vom 9. Juli d. J. Es scheint, daß das Kopenhagener Kabinet, wiewohl es die Absicht ausdrückt, sich mit dem Bundestage über das, was das königliche Patent vom 30. März etwa zu wünschen läßt, zu verständigen, die Furcht nicht verhehlt, die für das Herzogthum Holstein angekündigten Exekutionsmaßregeln die Schranken der legalen Kompetenz des deutschen Bundes überschreiten zu sehen. Wir theilen diese Ansicht nicht. Zwar haben die Abmachungen von 1852 in Bezug auf Schleswig einen Keim der Zwietracht geschaffen, den die späteren Unterhandlungen nicht beseitigt haben und der seitdem die öffentliche Meinung in Deutschland sehr aufgeregt hat. Auch kann die Sendung von Truppen nach Holstein dem Bunde die Mittel einer außerhalb seiner Befugnisse liegenden Pression auf die Angelegenheit des benachbarten Herzogthums bieten. Andererseits weiß aber Deutschland sehr wohl, daß die Schleswig'sche Angelegenheit einen internationalen Charakter trägt, und daß die nicht deutschen Mächte, Rußland, Frankreich, England, an der Aufrechterhaltung und der Unabhängigkeit und Integrität der dänischen Monarchie ein gleiches Interesse haben. Ich richte an unsern Minister in Kopenhagen die abschriftlich beigefügte Depesche, welche Ew. Excellenz ermächtigt ist, dem Herrn Staatssekretär Ihrer brittischen Majestät mitzutheilen. Wenn das Londoner Kabinet es für zweckmäßig halten sollte, seinerseits die dänische Regierung über die Eventualität eines Kriegsfalles zu

beruhigen, würde ihr Vertreter in Kopenhagen Seitens des Barons von Nicolay die freimüthigste Mitwirkung zu erwarten haben."

Die in diesem Schreiben erwähnte Note an den russischen Gesandten in Kopenhagen erläuterte dann weiter in dem angegebenen Sinne die Absichten der russischen Regierung. Seitdem hat man von Rußland in der deutsch-dänischen Sache nichts wieder vernommen. Auf der Londoner Konferenz verhielt sich der russische Gesandte, Herr von Brunnow, ziemlich reserviert und bot der Kritik weniger Stoff als sonst, die einst in Frankfurt a. M. Herr von Bismarck von dem Wesen dieses Diplomaten mit den Worten gemacht hatte: „Herr von Brunnow, dessen Geschicklichkeit als Redakteur ich auf Grund der Piecen, die er mir vorlas, fast ebenso hoch stelle, als er selbst, macht als Diplomat im mündlichen Verkehr nicht den Eindruck, der dem vorangegangenen Rufe entsprochen hätte. Er trägt zu stark auf in seiner Bewerbung um persönliches Wohlwollen, und verräth seine Meinung durch die Absichtlichkeit, mit der er sie verstecken will; er näht, wie die Franzosen sagen, mit weißem Faden, und verspricht sich zu leicht sachliche Vortheile von dem Gewinn einer Person. Man merkt die Absicht, wenn man auch nicht verstimmt wird, und er war naiv erstaunt, wenn seine Zuvorkommenheit gegen einen meiner Kollegen gar keinen Einfluß auf dessen Abstimmung hatte."

Bei Brunnow hatte es, beiläufig gesagt, ein interessantes Gastmahl im Jahre 1862, zur Zeit der Londoner Ausstellung, gegeben. Unter den fürstlichen Persönlichkeiten, welche die Welt-Ausstellung besuchten, befand sich auch der Großherzog von Sachsen-Weimar. Letzterem gab der russische Gesandte Baron Brunnow ein größeres Diner. Unter den Geladenen befand sich der preußische Gesandte in Paris, Herr von Bismarck-Schönhausen. Derselbe hatte nach Tisch eine längere Unterredung mit

Disraeli. Der Führer der Opposition theilte später darüber Folgendes mit: „Ich werde, so ungefähr hatte sich der preußische Staatsmann geäußert, binnen Kurzem genöthigt sein, die Leitung der preußischen Regierung zu übernehmen. Meine erste Sorge wird sein, mit oder ohne Hilfe des Landtages die Armee zu reorganisiren. Mit Recht hat sich der König diese Aufgabe gestellt, er kann sie jedoch mit seinen bisherigen Räthen nicht durchführen. Ist die Armee erst auf Achtung gebietenden Stand gebracht, dann werde ich den ersten besten Vorwand ergreifen, um Oesterreich den Krieg zu erklären, den deutschen Bund zu sprengen, die Mittel- und Kleinstaaten zu unterwerfen und Deutschland unter Preußens Führung eine nationale Einheit zu geben. Ich bin hierher gekommen, um dies den Ministern der Königin zu sagen." Disraeli's Kommentar zu diesem seitdem Zug für Zug ausgeführten Programme lautete: „Take care of that man! He means what he says." (Nehmt Euch vor diesem Manne in Acht. Er meint was er sagt.)

Auf der Londoner Konferenz von 1863 erfuhr allerdings England bereits, daß der neue Minister in Berlin „meant what he said."

Eine geheime russische Denkschrift aus dem Jahre 1864, von der wir gleich Näheres mittheilen wollen, berührt auch die schleswig-holsteinische Angelegenheit. Die Noten gegen den demagogischen Geist in den Herzogthümern, die Herr von Bismarck damals schrieb, haben die Vorstellung des Memoirenverfassers vollständig bestimmt. Ueber den preußischen Staatsmann, der doch die russische Diplomatie so vollständig auf den Holzweg zu führen verstand, heißt es: „Was Herrn v. Bismarck's Geschicklichkeit betrifft, so erinnert sie einigermaßen an diejenige, welche Graf Buol im Jahre 1851 bewies; Geschicklichkeiten dieser Art können sehr weit führen und sehr theuer zu stehen kommen." „Aus höheren Rücksichten, sagt das Memoire, haben wir unsere

alten Rücksichten gegen Dänemark zum Schweigen bringen müssen; Dänemark ist die Beute der Demokratie geworden." Es wird durch diese Publikation manches bisher ganz Unverständliche auch in der schleswig-holsteinischen Sache ins richtige Licht gestellt.

Die geheime russische Denkschrift, von der wir sprechen, stammt, wie schon bemerkt, aus dem Jahre 1864 und führt den Titel: „Politique du présent". Ihre erhebliche Wichtigkeit beruht darin, daß gewisse, für die Nachbarn des Zarenreiches bedrohliche Auffassungen und Ziele, die man zwar aus Arbeiten russischer Schriftsteller hinlänglich kennt, hier auch von amtlicher Seite förmlich eingestanden werden. Denn diese Denkschrift wurde, gleich einer Reihe von andern, im Auftrage des Reichskanzlers Fürsten Gortschakow, wie man anzunehmen hat, für den Kaiser Alexander verfaßt. Sie sollte rechtfertigen, daß der Kanzler sieben Jahre lang die Freundschaft Napoleons III. gepflegt hatte, bis ihn dessen Verhalten bei dem polnischen Aufstande andere Seiten aufzuziehen nöthigte.

Die russische Politik hatte sich im Jahre 1863 in Folge des polnischen Aufstandes und anderer peinlicher Erfahrungen, welche die russische Diplomatie, namentlich mit ihren Bewerbungen um die Bundesgenossenschaft Napoleons III. gemacht, sowie in Hinblick auf die das Europa von 1864 bedrohenden Umwälzungen veranlaßt gesehen, zu den alten, seit der Mitte der fünfziger Jahre verlassenen Traditionen der russischen Politik zurückzugreifen. Der Verfasser der Denkschrift stellt sich daher die Aufgabe, diese Schwenkung zu motiviren und die Unveräußerlichkeit derjenigen Prinzipien zu predigen, zu denen sich Rußland während der Regierungszeit des Kaiser Nikolaus bekannt hatte. Zu diesem Behufe sucht er die damalige politische Situation und die Interessen, welche die Aktion des kaiserlichen Cabinets hinfort bestimmen müssen, präzise darzulegen und gelangt zu folgenden Resultaten:

„Das Hauptinteresse Rußlands ist zur Zeit (1864) die Ruhe. Rußland bedarf, um sich die Ruhe zu sichern, der Einkehr in sich selbst; es hat seine Institutionen, Hilfsquellen und Kräfte durch Entwickelung des Nationalgenies zu verdoppeln. Die Politik muß daher in ihrem Prinzip konservativ, in Bezug auf ihre Ziele defensiv sein. Wenn Rußland die Entwicklungsphase, in der es sich gegenwärtig befindet, durchgemacht haben, — wenn es seinen Wohlstand durch Ermuthigung der Arbeit, des Bevölkerungszuwachses und des Credits, diese Quellen des Nationalreichthums gehoben — seine Grenzprovinzen durch Entwickelung des Verkehrswesens und der durch dasselbe bedingten Interessen fester angeschlossen und endlich sein Finanzwesen auf normalen Grundlagen konsolidirt haben wird, — dann wird der Wille Sr. Kaiserlichen Majestät uns vielleicht eine andere Politik vorschreiben. Bis dahin wird die Politik so beschaffen sein müssen, die gegenwärtigen Interessen sicher zu stellen, ohne die zukünftigen zu kompromittiren."

Als diejenigen Interessen, welche die Politik des Zarenreiches augenblicklich unmittelbar berühren, bezeichnet der Verf. im Norden die politische Lage der skandinavischen Gruppe, im Centrum Polen, die Beziehungen zu Preußen, Oesterreich und zur Türkei. Er fürchtet die Verwirklichung der skandinavischen Union, falls Dänemark auf Jütland und die Inseln beschränkt werden sollte, und räth jeder Antastung der Integrität von Dänemark, wenn auch ohne direktes Eingreifen, entgegenzuarbeiten. Als das wirksamste Mittel gegen die Umtriebe der Polen erscheint ihm die Erhaltung der Interessensolidarität, welche die Politik der Kaiserin Katharina zwischen Oesterreich und Preußen durch das Theilungssystem begründet hat. Mit Bezug auf Preußen wünscht der Verfasser, daß dieser Staat sich befestige; dieser Wunsch soll aber nicht so weit gehen, daß Rußland im Falle eines Angriffs auf den Rhein die Waffen ergriffe. „Die Sicherheit, welche es

Rußland bieten würde, Preußen mit den Waffen zu unterstützen, würde durch die Opfer eines solchen Beistandes nicht aufgewogen werden. Preußen darf aber immerhin auf diplomatische Unterstützung Rußlands rechnen, da es eine Schutzwand gegen Frankreich bildet. Ohne es darin zu bestärken, hat Rußland keinen Grund, seinen Vergrößerungen Widerstand entgegenzusetzen, so lange dieselben die direkten Interessen Rußlands nicht schädigen.

So lange Oesterreich existirt, liegt es im russischen Interesse, die heterogenen Elemente, aus denen es besteht, in einem Aggregat-Zustande zu erhalten, da er Rußland vor jeder anarchischen Beunruhigung schützt. Diese Nothwendigkeit mag uns widerwärtig sein, sie ist aber einmal da. Wenn Oesterreich in Ungarn angegriffen wird, ohne daß solche Krisis auf Polen einwirkt, so kann man es sich selbst überlassen. Auch wenn der Angriff auf Venetien stattfindet, braucht Rußland nicht dazwischen zu treten, obgleich es in seinem Interesse liegt, daß Oesterreich nicht aus Italien vertrieben wird. Die Verlegenheiten Oesterreichs in Italien hindern es, Rußland im Orient gefährlich zu werden. So lange Oesterreich am Mincio und Po beunruhigt ist, werden wir an der Donau um so ruhiger sein können. Die Beziehungen Rußlands zu Oesterreich sind immer unsicherer Natur gewesen. Dieser Staat wird immer der russischen Entwickelung Widerstand leisten, daher hat Rußland ein Interesse an seinem Zerfall, ohne ihn direkt zu beschleunigen. Derselbe muß sich von selbst vollziehen. Es besteht aus einem Gemisch von untereinander nicht zusammenhängenden Nationalitäten, unter denen die herrschende die numerisch schwächste ist. Die slavischen Stämme können Rußland nicht gleichgültig sein. Der größte Dienst, den Rußland ihnen z. Z. leisten kann, besteht darin, daß es sich zunächst selbst kräftigt. Mangel an gutem Willen ist es nie gewesen, der Rußland verhindert hat, die verwandten Stämme zu befreien. Rußland wird einstweilen die moralischen Elemente

entwickeln, welche seine Bande mit den Stammesgenossen befestigen. Bis dahin werden seine Beziehungen zu Oesterreich eine Gestalt annehmen müssen, welche den Anforderungen der Gegenwart Genüge leistet, ohne die Zukunft zu schädigen. Die nämlichen Grundsätze sind auf die Türkei anzuwenden. Rußland würde gern zu einer Befreiung der Christen schreiten; aber zur Zeit vermag es ihren Ansprüchen nicht gerecht zu werden, da sie zu leidenschaftlich sind, um praktisch zu Werke zu gehen. Das kaiserliche Kabinet weiß, daß und wie weit jeder im Orient gethane Schritt auf die politische, von da auf die innere Stellung und namentlich auf die Finanzen zurückwirkt: mit Rücksicht darauf kann es einstweilen keinen anderen Weg einschlagen.

Die nur mittelbaren Interessen Rußlands zur dermaligen Zeit beziehen sich auf Deutschland, Frankreich, England und die südlichen Staaten. Zwischen Deutschland und Rußland besteht kein unmittelbarer Antagonismus der Interessen. Die einzigen Punkte, auf welchen ein Gegensatz Platz greifen könnte, sind 1) die Prinzipienfragen, insofern man Rußland für einen Feind des konstitutionellen Liberalismus ausgiebt und 2) die slavische Frage, von welcher man fühlt, daß sie dereinst am Horizont der europäischen Politik auftauchen werde. Rußland hat Deutschland nur Dienste erwiesen und wird dafür mit blinder Abneigung belohnt. In Folge seiner Uneinigkeit hat der deutsche Bund für Europa jede Bedeutung verloren. Die Deutschen erstreben deshalb die nationale Einheit an, und diese Eventualität muß Rußlands ernste Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen. An der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen abnormen Zustandes ist es nicht interessirt, da Deutschland für Rußland nie etwas zu thun vermocht hat. Andererseits erscheint es wahrscheinlich, daß wenn die deutschen Einheitsbestrebungen je verwirklicht werden sollten, Deutschland seinen inoffensiven Charakter verlieren würde. Im Jahre 1848 hat es selbst Livland zurückgefordert, im ähn-

lichen Falle und wenn die slavische Frage einmal auf die Tagesordnung gesetzt sein wird, dürfte Deutschland ein erhebliches Gewicht und zwar gegen die russischen Interessen in die Wagschale werfen. Rußland wird sich daher auf den Wunsch beschränken müssen, daß Deutschlands Einigkeit genugsam befestigt werde, um äußeren Angriffen Widerstand zu leisten. Führt die natürliche Entwicklung der Dinge dahin, daß die Umgestaltung der Bundesakte die Zersplitterung Deutschlands mindert, so daß die größeren Staaten sich auf Kosten der kleineren vergrößerten, Macht und Ansehen der Centralregierung sich erhöhten, so würde Rußland sich dem nicht zu widersetzen brauchen. Es hat aber keinen Grund, dazu die Initiative zu ergreifen. Am besten thut es, wenn es die Wagschalen Oesterreichs und Preußens balancirt, um sie je nach Umständen nach der Seite sinken zu lassen, welche den augenblicklichen Interessen Rußlands entspricht. Nach diesem System ist Kaiserin Katharina verfahren, dadurch wird das Vertrauen allerdings gestürzt, diese Empfindung ist aber längst aus der modernen Politik ausgeschlossen."

Als gleiche Macht, mit welcher Rußland auf dem Fuß der Ebenbürtigkeit rechnet, erscheint in dieser Denkschrift nur England und immer wieder England. „Wir haben das größte Interesse daran, Englands Rückkehr zu dem konservativen System zu begünstigen. Seit sieben Jahren, sagt die Denkschrift, arbeiten wir daran, Frankreich zu uns herüberzuziehen, aber nur in der Absicht, es von England zu trennen, um desto leichter mit diesem zur Verständigung zu kommen." Die Denkschrift stellt fest, daß zwischen Frankreich und Rußland nur theoretische Mißverständnisse herrschen können, nichtsdestoweniger sei ein Verhältniß zu Frankreich schlechterdings nicht aufrecht zu erhalten. Der Grund wird darin gesucht, daß die französische Nation von einem beständigen Verlangen nach gewaltsamen Umwälzungen heimgesucht wird, während die russische Nation vor Allem Ruhe verlangt. „Mit

Frankreich werden wir uns voraussichtlich erst verständigen, wenn wir in Europa das Bedürfniß fühlen sollten, das Unterste zu oberst zu kehren, aber auch dann wird das auf unsere Unkosten geschehen."

Die allgemeine Politik, die Rußland zu befolgen hat, soll darin bestehen, den destruktiven Tendenzen der Gegenwart entgegen zu arbeiten. „Die gekrönte Revolution ist durch Napoleon repräsentirt, er stützt sich auf Elemente, die sich gegen jede Regierung und Autorität auflehnen. So lange dieser Zustand fortdauert, wird in Europa nichts Normales und Feststehendes möglich sein, denn diese Combination ist die für die allgemeine Ruhe denkbar unheilvollste. Heute macht Napoleon mit Hilfe seiner Erfolge immer neue Proselyten. Victor Emanuel und Cavour sind Napoleons erste Schüler gewesen; in Preußen kostet das Verlangen nach der Erwerbung ähnlicher trauriger Lorbeeren Herrn von Bismarck den Schlaf. An Rußland wird es sein, zur Besserung der Verhältnisse beizutragen, ohne sich deshalb Gefahren auszusetzen. Symptome einer Veränderung machen sich bereits bemerkbar; verhehlen darf man sich aber nicht, „daß die gegenwärtige revolutionäre Krisis tiefe Spuren zurücklassen wird, um so tiefere, als die innere Lage derjenigen Staaten, welche sich demokratisiren, diese Krisis perpetuirt."

„Worauf es vor allem ankommt, ist die Vergrößerung unserer Macht; wir brauchen Straßen, Waffen und Geld, lauter Dinge, die wir nur im Zustande des Friedens erwerben können und die uns zur Zeit des Krimkrieges fehlten. Es giebt im Zarenreiche eine Schule, laut welcher Rußland nur nöthig hat, sich auf seine über ganz Europa verbreiteten, bis in das Herz Deutschlands und der Türkei verstreuten Stammes- und Glaubensgenossen zu stützen." Dieser Ansicht, bemerkt der Staatsmann in der Denkschrift, will die kaiserliche Regierung gern ihr Recht widerfahren lassen. Sie will nur daran erinnern, daß es

niemals Mangel an gutem Willen, sondern allezeit Mangel an Macht gewesen ist, der sie die verwandten Stämme zu befreien abgehalten und auf halbem Wege stehen zu bleiben genöthigt hat. Nach ihrer Ueberzeugung wird Rußland erst nach vollständiger innerer Entwickelung das Gewicht besitzen, um alle slavischen Stämme unter seinen Schutz nehmen zu können; der größte Dienst, den es den übrigen Slaven jetzt leisten kann, besteht darin, daß es zunächst sich selbst kräftigt."

Diese Ankündigungen lassen an Bestimmtheit und Offenheit gewiß nichts zu wünschen übrig. Während Oesterreich und Rußland in vollem Friedenszustand sich befanden, noch nicht einmal ein diplomatischer Streit untergeordneter Art vorhanden war, erwog eine an die höchste Stelle in Rußland gerichtete amtliche Denkschrift die planmäßige Zerstörung eines großen europäischen Reiches wie eine selbstverständliche Thatsache, bei der man nur bezüglich der Wahl der Mittel schwankend sein könnte. Der Verfasser der Denkschrift fühlt sich der Nothwendigkeit überhoben, irgend einen Grund der Rechtfertigung oder nur der Beschönigung für eine solche Politik vorzutragen; er mußte daher wohl von der Ansicht ausgehen, daß man einen solchen Grund nicht von ihm erwarte. Oesterreich und Rußland haben noch niemals einen Krieg gegen einander geführt, denn die militärischen Vorgänge des Jahres 1812 wird man nicht als Krieg bezeichnen können, sie waren vielmehr in einer Reihe von großen Fragen Verbündete. Nichts desto weniger gestattet sich ein hervorragender Staatsmann des jungen russischen Reiches, eine althergebrachte Staatsorganisation ohne Weiteres auf den Aussterbe-Etat zu setzen. Daß eine solche grundstürzende Politik, die von dem Nihilismus generisch nicht verschieden ist, mit den hergebrachten konservativen Phrasen ausgestattet wurde, kann den abstoßenden Eindruck eines solchen beispiellosen Aktenstückes nur erhöhen.

Es ist bei dieser Denkschrift allerdings in Erwägung zu

ziehen, daß es sich nur um eine einseitige Aeußerung handelt, die zwar von einer dem Throne nahestehenden Seite ausging, über deren Aufnahme aber an der Stelle, für welche sie bestimmt war, nichts verlautet hat. Gleichviel, wir haben es mit einem Programm zu thun, das als ein Ideal weiten Kreisen in Rußland vorschwebte und noch vorschwebt. Oesterreich und die Türkei fallen für die Denkschrift absolut unter gleiche Gesichtspunkte. In Oesterreich wie in der Türkei hat Rußland die Aufgabe, die nationalen, d. h. die slavischen Fragen, zur Reife kommen zu lassen und von „unserer Seite die moralischen Elemente zu entwickeln, welche unsere Lande mit unseren Stammes- und Glaubensgenossen befestigen." Es gilt Oesterreich und die Pforte durch Maßhalten sicher zu machen; die Politik der Zukunft bleibt vorbehalten, sie ist deutlich genug schon durch die vollständig gleiche Behandlung von der Türkei und Oesterreich vorgezeichnet. Oesterreich, heißt es, bildet einen merkwürdigen Gegensatz gegen Rußland. Oesterreich, ein Gemisch von unter einander nicht zusammenhängenden Völkerschaften, ist ein im Verfall begriffenes Reich, dessen Fortbestehen Staunen erregen muß, weil sein Sturz unvermeidlich ist, Rußland enthält dagegen eine mächtige, einheitliche, in der Blüthe ihrer Kraft stehende Nation, welcher eine ungeheuere Zukunft vorbehalten ist. Wiederum werden die ungeduldigen Panslavisten belehrt, daß es vorläufig noch im Vortheile Rußlands liege, daß Oesterreich seine verschiedenen Völkerschaften in ihrem losen Gefüge erhält und daß es darin nicht gestört wird. Diese Nothwendigkeit könne einem Russen widerwärtig erscheinen, sie sei aber einmal da. Innere Unruhen in Oesterreich würden sofort auf Rußland, zumal auf Polen zurückwirken. Das könne sich mit der Zeit und unter Umständen ändern; jetzt aber sei es so, und Rußland müsse sich nach dem Bestehenden richten.

Wenn der Petersburger Staatsmann von einer stufenweisen

Entwickelung der Völker Oesterreichs zu politischem Leben spricht, verkennt er nicht, daß es eine Zeit lang wohlthätig war und noch eine Zeit lang wohlthätig bleiben wird, wenn sie von einer Regierungsmacht zusammengehalten werden. Metternich erhielt sie bei ihren Eigenthümlichkeiten; als Bach sie alle deutsch machen wollte, scheiterte er mit seinem Versuche; und jetzt kann die Reichsregierung nicht mehr umhin, die Völkerschaften anzuerkennen und ihnen in der Reichsvertretung ihre Stelle einzuräumen. Die stufenweise Entwickelung besteht sonach darin, daß die Völkerschaften gelernt haben sich zu fühlen und daß sie allmälig immer größere Ansprüche erheben. Auf diesem Wege aber werden sie dahin kommen, das Reich zu sprengen, und an Rußland, so vernehmen wir, wird es sein, diese Fragen zur Reife kommen zu lassen, indem es einstweilen die moralischen Kräfte bei sich entwickelt, welche dienlich sind, seine Bande mit seinen Stammes- und Glaubensgenossen in Oesterreich zu befestigen.

Was ferner die Slaven in der Türkei angeht, so war die Denkschrift von 1864 auch ihnen gegenüber vorläufig für Abwarten und Ruhe. Sie hielt sich daran, daß sich ganz selbst das Uebergewicht der Christen über die Türken herstellt, indem die Türken zur Gesittung unfähig sind, durch Polygamie zur Entvölkerung geführt werden und im Kriegsdienst, den sie als Vorrecht sich vorbehalten, ihre Männer vertilgen. Andererseits war man in Petersburg empfindlich darüber, daß die Lateiner sich vorgesetzt hätten, die orthodoxe Kirche zu stürzen. Man beschuldigte sie, unter den Bulgaren für den Katholizismus zu werben; der Rumänenfürst Kusa, Napoleon's „Nachahmer", wurde derselben Hinneigung bezichtigt; die Einziehung der griechischen Klostergüter in Rumänien beschäftigte sogar die Großmächte, die damals den neuen Staat an der unteren Donau aus ihrer Vormundschaft noch nicht entlassen hatten. England kam in den Verdacht, den Slaven die Hellenen entgegen zu stellen.

Die Pforte muß selber einsehen, hieß es in der „konservativen" Sprache zu Petersburg, daß die europäische „Revolution" begonnen hat, ihren Einzug in ihrem Reiche zu halten. Die Staatsmänner an der Newa nannten es darum nicht weniger einen leeren Traum der Pforte, wenn sie sich Rußland und Oesterreich nähern wolle, um mit vereinten Kräften das Nationalitätsprinzip zu ersticken. Sie blieben eingedenk, daß im Orient die nationalen Unterscheidungen mit den religiösen beinah zusammenfallen. Aber sie befreundeten sich unter diesen Umständen und Gährungen vor der Hand mit dem Pariser Friedensvertrage. Wie unvortheilhaft er sonst auch für Rußland war, er befestigte die Stellung der Christen, und es wurde ihm deshalb bis auf weiteres nachgesehen, daß er auch den Türken die ihrige sicherte.

Wie steht es aber drittens um die Slaven in Deutschland? Soll ihnen auch nur, gleich den österreichischen und den türkischen, eine Galgenfrist gewährt werden, bis die Zeit gekommen, daß Rußland seinen Schutz ihnen ertheilen kann und daß sie reif geworden, ihn zu empfangen? Wir lesen in der Denkschrift einige Urtheile über Deutschland, die uns kalt lassen. Ohne den russischen Diplomaten ihren Fleiß als Weltbeobachter zu bestreiten, finden wir doch, daß sie nicht immer in die innersten Tiefen hineinsehen. Alles durch ihre moskowitische Brille anschauend, dringen sie mitunter in das Eigenleben anderer Völker und Staaten, in die Ernsthaftigkeit ihrer Bestrebungen und Bedürfnisse nicht sonderlich ein. Von oberflächlichen und schiefen Blicken sind sie bei aller Klügelei und allem Klugthun nicht frei; es würde nicht schwer sein, ihnen nicht blos für die Zeit des Kaisers Nikolaus ein langes Verzeichniß von gemachten Fehlrechnungen vor Augen zu halten. Im Jahre 1863 waren sie sehr ergriffen von der polnischen Frage. Neben dem Heranwachsen des rumänischen Einheitsstaats, das sie bitterböse machte, hat sie damals der polnische Aufstand am meisten beschäftigt und beunruhigt. Daß

Napoleon III. Rußlands „wunden Punkt", daß er Polen berührte, war ein Erlebniß, das sie um keinen Preis noch einmal erleben wollten. Unsere Politik, sprachen sie, muß stets so berechnet werden, daß wir uns einem Angriff an dieser Stelle nimmermehr aussetzen. Die Wunde, sprachen sie weiter, kann durch innere Maßregeln geheilt werden, und es wird uns vielleicht gelingen, die Beschaffenheit der polnischen Frage zu verändern; aber so lange das nicht erreicht ist, müssen unsere bisherigen Verbindungen mit den Nachbarn Preußen und Oesterreich gepflegt werden. Unter den inneren Maßregeln ist deutlich zu verstehen, daß jenes Polenland, welches der Sitz des Aufstandes war, in ein russisches Land verwandelt werden soll. Dies würde allerdings eine wesentliche „Veränderung" der polnischen Frage mit sich führen, zumal wenn man den Satz hinzunimmt, daß alle Staaten bis in das Herz Deutschlands hinein dereinst einmal unter russischen „Schutz" treten sollen. Der preußische Staat und das deutsche Reich würden hierbei betheiligt sein mit Westpreußen, Posen, Schlesien.

Die russischen Ostsee-Provinzen.

Herr von Bismarck hatte in Petersburg bei seinen Landsleuten hohes Ansehen genossen, nicht allein bei den Preußen, sondern bei allen dort lebenden Deutschen, die in dem preußischen Gesandten ihren „Advokaten, Richter, Landrath", ihre „Polizei- und Aushebungsbehörde" erblickten. Ohne es zu Zerwürfnissen mit den schwerfälligen russischen Verwaltungsbehörden kommen zu lassen, wußte es Bismarck doch dahin zu bringen, daß seinen Reklamationen zu Gunsten seiner Schutzbefohlenen stets die vollste Berücksichtigung zu Theil wurde und daß die Deutschen in Petersburg eine mindestens ebenso geachtete Stellung hatten, als die Briten oder Franzosen. So geschah es, daß Bismarck unter den Deutschen in Rußland früher populär wurde, als in Deutschland selber.

Es ist begreiflich, daß die Klagen über die damals schon beginnende oder drohende Vergewaltigung des deutschen Elementes in den russischen Ostsee-Provinzen auch das Ohr des Herrn von Bismarck erreichten und seine Aufmerksamkeit gewannen. Er erforschte genau die Einflüsse, die von Petersburg aus dabei bestimmend waren, und sollte bald genug, als preußischer Minister, in die Lage kommen, seine Erfahrungen zu Gunsten der Bedrückten zu verwenden. Wie wir sehen werden, blieb der gute Erfolg nicht aus, so sehr Fürst Gortschakow die „Einmischung in innere Angelegenheiten Rußlands" zurückwies.

Als der Einfluß der Moskauer Slavophilenpartei den Versuch einer gewaltsamen Russifizirung der Deutschen und der Be-

kehrung zur Orthodoxie in den baltischen Provinzen in Scene setzte, nahm Herr von Bismarck sich der bedrängten Deutschen an und wirkte nicht unwesentlich auf die spätere Haltung Kaiser Alexanders II. ein. Daß das der Fall gewesen, geht aus folgendem Briefwechsel hervor, welcher im März 1865 zwischen dem russischen Botschafter in Berlin, Herrn v. Oubril und dem Reichskanzler Fürsten Gortschakow stattgefunden hat.

Der erste Brief rührte von Herrn von Oubril her und lautet:

Berlin, den 1./13. März 1865.

„Mein Fürst!

Herr von Bismarck kam heute auf die Klagen zurück, deren er mir gegenüber kürzlich bezüglich der protestantischen Kirche in unsern Ostseeprovinzen erwähnt hatte. Er sprach mir von zahlreichen Petitionen evangelischer Geistlicher, die sich ihrem Seelenheil und Gewissen nach für verpflichtet hielten, ihre Stimme zu Gunsten ihrer Glaubensgenossen zu erheben. Sie gehören der „International Society“ an, wollen sich an die Oeffentlichkeit wenden, wie auch an die Parlamente von Preußen und England, um die Aufmerksamkeit Europas auf die Verfolgungen zu lenken, welche der Protestantismus dort erfährt. Indem er mir diese Thatsache mittheilte, betonte Herr von Bismarck von neuem, wie erschütternd die Nachrichten seien, welche er über jene Zustände in unsern Ostseeprovinzen erhalte. Als ich ihm von der offenbaren Uebertreibung der ihm gewordenen Mittheilungen sprach, hielt er mit Lebhaftigkeit deren unbedingte Zuverlässigkeit aufrecht.

Er ging selbst noch weiter und äußerte: „Man eifert gegen den Papst und den kleinen Mortara; aber bei Ihnen ist von 60,000 Mortaras die Rede. Es ist unmöglich, in unserem Zeitalter Gesetze und Verfügungen aufrecht zu erhalten, welche eben nicht mehr zeitgemäß sind. Man wird über Barbarei schreien, und was kann ich auf Interpellationen dieser Art erwarten?“

Ich erwiderte Herrn von Bismarck, daß er unrecht habe, den Erzählungen von Geistlichen Glauben beizumessen, welche in allen Ländern dieselben seien, nämlich Fanatiker; daß die Regierungen sich nicht durch so trübe Betrachtungen beeinflussen lassen dürften, und endlich, wie die Oeffentlichkeit in dieser Beziehung das Allerschlimmste sei, indem sie bei uns die öffentliche Meinung aufrege. Was aber den Tadel der Barbarei betreffe, so wisse man uns gegen dieses Epitheton ziemlich abgebrüht, umsomehr als dieses uns nicht verhindere, oft ziviliſirter zu sein als andere.

„Ich weiß das," erwiderte Herr von Bismarck, „aber was soll ich immerhin auf Interpellationen antworten, welche sicherlich aus Feindschaft gegen Sie erfolgen werden, sei es auch nur, um eine pathetische Rede zu halten?" „Sie werden ihnen antworten," entgegnete ich, „daß sie falsch unterrichtet seien, und daß es nicht ihre Sache sei, wie Sie auch selbst bereits bemerkt haben, sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes zu mischen." Zu gleicher Zeit hob ich die Ernennung des Grafen Schuwalow hervor, desselben glückliches Beginnen in seiner neuen Stellung, seine duldsamen Grundsätze und die Hoffnung, welche man von jetzt ab auf dessen Thätigkeit in seinem neuen Amte setzen könne. Herr von Bismarck entgegnete mir, daß solche Verhältnisse nicht von den Lokalbehörden abhingen, sondern von den Maßregeln der Centralregierung und von deren Verfügungen, welche man in Einklang bringen müsse mit dem Fortschritt der Geister, den Anforderungen des Jahrhunderts, der Stellung, welche Rußland heute in Europa einnehme, mit den aufgeklärten und liberalen Ansichten der russischen Regierung. Er schloß endlich mit den Worten: „Sicherlich werde ich in dem von Ihnen angedeuteten Sinne antworten, aber niemand wird mir glauben. Man wird Thatsachen und Beweise des Gegentheils anführen, und es werden öffentlich höchst peinliche Vorgänge be-

leuchtet werden, erschütternder Natur und dazu geeignet, alle anständigen Herzen in Harnisch zu bringen (de nature à soulever tous les cours honnêtes)." Ich erhob mich, um nicht unnütz diese Diskussionen zu verlängern, und sagte Herrn von Bismarck zum Schluß: „Bringen Sie Ihre Geistlichen zur Ordnung und ziehen Sie in Erwägung, daß die Oeffentlichkeit die von Ihnen mitgetheilten Thatsachen nur verschlimmern könnte."

Dieser Art, mein Fürst, war die von mir Herrn von Bismarck gegenüber geführte Sprache. Er war augenscheinlich befangen (gêné), indem er sich zum Organ jener Beschuldigungen machte, aber durch und durch überzeugt und sogar bewegt. Ich habe meinerseits vollkommen Ruhe bewahrt, aber unsere Unterhaltung war, obwohl sie sich durchaus in den Grenzen der Höflichkeit bewegte, weniger freundschaftlich als gewöhnlich. Auch fand ich, daß die Anspieglungen auf den kleinen Mortara und das Wort Barbarei überflüssig waren."

Am folgenden Tage, den 2./14. März 1865 schreibt Herr v. Dubril:

„Als ich heute Morgen von Neuem auf unsere gestrige Unterhaltung über die Geistlichkeit der „International Society" zurückkam, äußerte Herr von Bismarck plötzlich: „Ich werde hierüber an Redern schreiben, aber nur, daß er den Fürsten Gortschakow benachrichtige von der schwierigen Lage, in welcher ich mich befinde, wie auch von der bevorstehenden Interpellation, welche ich nicht verhindern kann." Ich wies ihn darauf hin, daß er hierin Unrecht habe und besser thäte, allen seinen Einfluß anzuwenden, um die beabsichtigte Interpellation zu hintertreiben. „Das ist mir nicht möglich," antwortete er, „das hängt nicht von mir ab." Als ich somit seinen Entschluß unabänderlich sah, ging ich weiter und lüftete etwas den Schleier über die Mittheilungen, welche ich dem Wohlwollen Ew. Durchlaucht verdanke. „Sie würden besser thun," sagte ich ihm, „sich auf die

etwaigen Entschlüsse meines erhabenen Souveräns zu verlassen, dessen edles Herz Ihnen bekannt ist. Ich weiß, daß diese Fragen augenblicklich der Gegenstand von Verhandlungen sind, warten Sie doch deren Ausgang ab." Aber Herr von Bismarck wollte davon nichts hören und äußerte: „Das sind ad calendas graecas vertagte Verhandlungen, ich kann nicht warten und bin verpflichtet so zu handeln. In derartigen Fragen bin ich Fatalist und sage mir: „Thue, was Du sollst, möge daraus werden, was will" (fais ce que dois — advienne que pourra). Ich beeile mich, Ew. Durchlaucht von diesen Thatsächlichkeiten zu benachrichtigen, um Sie rechtzeitig über den bei Rodern gethanenen Schritt aufzuklären. Ich hoffe, daß Ihre Antwort ihm die Lust nehmen wird, noch einmal anzufragen, und unsern Freund beruhigen wird, der mir wirklich manchmal den Eindruck eines „illuminé" macht.

Von hohem Interesse ist die Antwort, welche Fürst Gortschakow auf jene Briefe des Herrn v. Oubril ertheilt, namentlich das vernichtende Urtheil des russischen Reichskanzlers über die Proselytenmacherei in den Ostsee-Provinzen. Der Fürst schreibt:

„Die Aeußerungen Herrn v. Bismarcks über die konfessionelle Frage in den Ostsee-Provinzen bedürfen einer Antwort. Diese Frage hat zwei Seiten, was Herrn v. Bismarck entgangen ist, weshalb er auch jene übertriebene Sprache (excès de langage) gebraucht, in welcher wir ihn zurückweisen müssen. Die erste Seite der Frage besteht in der Haltung unseres Gouvernements gegenüber der orthodoxen Bevölkerung. Sie ist eine rein innere, behandelt nur die Beziehungen der russischen Regierung zu ihren widerwilligen griechisch-orthodoxen Unterthanen und duldet weder, noch rechtfertigt irgend eine Einmischung, sei es von der lutherischen Geistlichkeit oder von den westlichen Regierungen. Die zweite Seite bezieht sich auf die gemischten Ehen und könnte

äußersten Falles die Aufmerksamkeit der Geistlichkeit wie der evangelischen Parlamente Europas erregen.

Was nun die erste Seite der Frage betrifft, so hat die von unserer Regierung eingenommene Haltung keinen glücklichen Erfolg gehabt, im Gegentheil eine beklagenswerthe Lage geschaffen. Ich halte eine Klarlegung dieser Angelegenheit für nothwendig. Ich will nicht näher auf die Beweggründe eingehen, welche eine Bevölkerung von über 100,000 Seelen dazu gebracht haben, unsere Religion anzunehmen. Ich betrachte diese Verhältnisse als eine vollendete Thatsache, die der Kaiser bei seiner Thronbesteigung vorfand. Es ist natürlich, daß diese neuen Anhänger des orthodoxen Glaubens durch die gebildeten Klassen und die ihrem alten Glauben Treugebliebenen von oben herab angesehen werden. Dieser Gegensatz hat sich besonders in den letzten Jahren gezeigt, dank dem Patriotismus, der sich namentlich in den Ostsee-Provinzen verbreitete, durch Einflüsse vom Westen und eine neuere und strengere Richtung der lutherischen Theologie. Die orthodox gewordenen Bauern überzeugten sich bald, daß sie durch ihren Religionswechsel in weltlicher Beziehung nichts gewonnen hatten, und daß sie zudem eine gebildete Geistlichkeit und schöne Kirchengemeinschaften gegen eine unwissende Geistlichkeit und eine Gemeinschaft eingetauscht hatten, welche man als unwürdig jedes Kultus noch zu milde bezeichnet. Daher bedauerten sie auch bald ihre unüberlegte Handlung, und von daher hat der Wunsch, zu ihrem früheren Ritus zurückzukehren, nicht aufgehört, die Massen zu bewegen.

Es ist kein Zweifel, daß diese Bewegung durch die lutherische Geistlichkeit und die Gutsbesitzer hervorgerufen ist. Damals hat sich die Regierung, gestützt auf mit dem Zeitgeist vereinbare Gesetze, öffentlich gegen diese Bewegung erklärt und hat versucht, zum Schlechten beeinflußt durch die russische Geistlichkeit, mit Gewalt den Vorrang der orthodoxen Kirche aufrecht zu erhalten. Die Be-

völkerung, nicht wissend, welche Haltung sie einnehmen solle, hat sich mit ihrem, wie sie es nennt, traurigen Schicksal zufrieden gegeben, aber zu einem energischen Mittel gegriffen. Die um die Zukunft ihrer Kinder besorgten Eltern beschlossen, diese nicht fürderhin in der russischen Religion taufen zu lassen, sondern in dieser Beziehung die Hülfe der lutherischen Geistlichen in Anspruch zu nehmen. Diese, durch ihren Eid gebunden und die Folgen einer so offenen Gesetzesverletzung fürchtend, mußten allerdings sehr gegen ihre eigene Ueberzeugung die Tauffeier versagen, aber sie wandten die sogenannte „Nothtaufe" (auch im Original deutsch geschrieben) an, ein Mißbrauch, welcher mehr und mehr eine größere Verbreitung annimmt. Andererseits haben die im orthodoxen Glauben getauften und erzogenen Kinder, als sie reif für die Konfirmation waren, die Solidarität mit ihren Eltern aufgegeben und den orthodoxen Glauben verlassen. Ich sagte oben bereits, daß die Regierung dieser Sachlage Gewalt entgegensetzte. Der General-Gouverneur, selbst deutsch und lutherisch, beeilte sich, etwaige Mißbilligung der Regierung befürchtend, allen Forderungen der russischen Geistlichkeit nachzukommen; die Polizei begann, den Eltern ihre nicht rechtmäßig getauften Kinder mit Gewalt zu entreißen, sie orthodoxen Predigern zu übergeben und wenn die Eltern sich widerspenstig zeigten, diese den Gerichten zu übergeben. Dies war in der That der Anfang einer religiösen Verfolgung, die Gedanken über Märtyrerthum aufkommen lassen und die Thätigkeit der lutherischen Geistlichkeit neu beleben mußte, welche nicht ihre Absicht verheimlichte, ihre Fahne zu erheben zur Vertheidigung des gefährdeten Glaubens."

Der Reichskanzler erwähnt nun der dem neuen General-Gouverneur Grafen Schuwalow gegebenen milden Weisungen, die er aber allerdings nur als ein Palliativmittel betrachtet. Er betont aber nochmals, wie diese Frage eine innere sei, welche weder der lutherischen Geistlichkeit, noch fremden Regierungen

eine Einmischung gestatte, spricht jedoch unumwunden die Ansicht aus, daß der Bevölkerung der Ostsee-Provinzen die ihr im Nystedter Frieden verbürgten religiösen Freiheiten gewährt werden müßten. Endlich giebt Fürst Gortschakow dem Gesandten am Berliner Hofe anheim, Herrn v. Bismarck auf die religösen Erleichterungen aufmerksam zu machen, welche durch Kaiser Alexander II. für die lutherischen Bewohner der Ostsee-Provinzen verfügt worden seien.

Diese Erleichterungen traten auch wirklich ein. Wie weit hierbei der Einfluß der preußischen Regierung von Belang war, lassen wir dahin gestellt; jedenfalls aber entsprachen sie ganz dem Willen und edlen Herzen Kaiser Alexanders II. und fast 20 Jahre hindurch erfreuten sich die Ostsee-Provinzen religiöser Ruhe, bis der Regierungsantritt Kaiser Alexanders III. diesem friedlichen Zustande ein Ende machte.

Die politische Machtstellung des heutigen deutschen Reiches gestattet nicht mehr dieselbe Intervention für die deutsche Kultur unter fremdem Scepter. Nachdem das deutsche Sprachgebiet durch die Magyarisirungs-Politik der ungarischen Regierung innerhalb des Gebietes der Stephans-Krone in anderthalb Jahrhunderten ungeheure Verluste erlitten hat, ist es durch den russischen Sprachen-Ukas von 1885 wieder um fast 2000 Quadratmeilen ärmer geworden; die deutsche Sprache hat ihre fast 700jährige Herrschaft verloren und ist zu dem Range eines geduldeten Nebenidioms herabgesunken; selbst in dieser Aschenbrödelstellung aber ist sie noch bedroht. Der Zeitpunkt ist vorauszusehen, wo es in Riga, Dorpat und Reval nicht minder verboten sein wird, ein deutsches Wort zu reden, wie in Wilna und Kowno zeitweise kein polnisches gesprochen werden durfte. Man hat gesagt, solche Thatsachen ständen in einem seltsamen Gegensatze zu der Machtstellung des deutschen Reiches. Es sei eine eigene Art von nationalem „Aufschwung", den wir genommen.

Man vergißt dabei, daß gerade diese neue Vertheilung der Macht unter den Staaten die Eifersucht und die Spannung erhöht hat, welche überall darauf auszehen, das eigene nationale Element auf Kosten des fremden zu verstärken. Die Mächte sind gleichzeitig empfindlicher geworden gegen jede Tendenz, die auf Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten deutet. Bei Rußland tritt diese Eifersucht jetzt ganz besonders hervor, und Fürst Bismarck, der schon auf dem Gebiete der auswärtigen Angelegenheiten das Interesse Deutschlands möglichst zurückdrängt, wird um so weniger dasselbe bis zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer und sehr empfindlicher Mächte ausdehnen.

Eine preußisch-russische Kartell-Konvention.

Im Jahre 1857 hatte Herr v. Manteuffel mit Rußland eine Kartell-Konvention abgeschlossen, die wiederholt der Gegenstand von Beschwerden im preußischen Abgeordnetenhause wurde. Da dieselbe im Jahre 1869 ablief, so richtete der Abgeordnete Löwe im Dezember 1868 eine Interpellation an die Staatsregierung: ob dieselbe beabsichtige, die Konvention zu erneuern oder durch einen ähnlichen Inhalt zu ersetzen.

Der Minister-Präsident Graf Bismarck wies die Beantwortung dieser Frage damit ab, daß er es für nicht thunlich erklärte, sich über die Absichten der Regierung in dieser Frage auszusprechen. Er erklärte:

„Die Königliche Regierung ist außer Stande, diese Interpellation zu beantworten, und ich erlaube mir, die Gesichtspunkte, welche sie zur Ablehnung einer Antwort bestimmen, in Kürze anzudeuten.

Daß die Interpellation überhaupt gestellt werden konnte, ist mir ein Beweis von dem großen Unterschied, der zwischen der Auffassung der Herren Interpellanten über die Pflichten und Aufgaben des auswärtigen Dienstes dieses Landes herrschen muß und zwischen der meinigen. Denn ich kann nicht annehmen, daß mir die Herren mit vollem Bewußtsein eine — ich könnte fast sagen, strafbare Handlung zumuthen; ich würde es als eine solche ansehen müssen, wenn die Intentionen der Königlichen Regierung über den fraglichen Fall bereits feststänben, und ein

Beamter des auswärtigen Ministeriums, dem sie bekannt geworden wären, erlaubte sich, sie zu verrathen, oder gar zu veröffentlichen. Ich würde ohne Zweifel genöthigt sein, gegen einen solchen Beamten im Wege des Disziplinarverfahrens vorzugehen, oder vielleicht sogar die Gerichte gegen ihn anzurufen: nichtsdestoweniger muthet mir die Interpellation etwas Aehnliches zu, mir, dem Chef dieses auswärtigen Dienstes, der vor allen Dingen darauf zu sehen hat, daß aus dessen Handhabung und aus der Verletzung der — nicht bloß Amtsverschwiegenheit, sondern der im politischen Interesse des Landes gebotenen Verschwiegenheit keine Schädigung der Interessen des Landes entstehe, und verlangt, daß ich über bevorstehende Verhandlungen mit auswärtigen Mächten mich mit aller Oeffentlichkeit hier erklären soll. Ich kann bei den Herren Interpellanten in ihrer Gesammtheit nicht annehmen, daß sie mit der Stellung einer solchen Frage indirekt entweder meiner Einsicht oder meiner Pflichttreue ein Mißtrauensvotum haben geben wollen, indem sie mir eine, wie ich glaube, strafbare Pflichtwidrigkeit zumutheten; ich schiebe vielmehr die Schuld des ganzen Mißverständnisses, durch welches eine solche Interpellation hervorgerufen sein kann, lediglich auf die allerdings sehr große und weite Verschiedenheit unserer Auffassung über die Möglichkeiten, die Pflichten und die Obliegenheiten des auswärtigen Dienstes. Ich muß es im Prinzip ein für allemal — die Ausnahmefälle können nur sehr selten sein — ablehnen, über schwebende Verhandlungen mit auswärtigen Mächten öffentlich Auskunft zu geben; denn es liegt ja auf der Hand, daß, wenn man vorher und in verpflichtender Weise die Stellung der Königlichen Regierung zu den zu verhandelnden Fragen festgelegt, von eigentlichen Unterhandlungen in dem einen oder dem anderen Sinne, von irgend einer Verwerthung der Sache für das Interesse des Landes nicht mehr die Rede sein kann.

Kommt die Sache zur Entscheidung, so wird die Königliche Regierung dasjenige thun, was sie im Interesse dieses Landes nach bester Ueberzeugung für angemessen hält, und wird sich bemühen, diese Interessen so zur Anerkennung und zur Verwerthung zu bringen, wie es die Umstände irgend gestatten. Das Maaß davon aber in diesem Augenblick zu bestimmen und zu veröffentlichen, lehne ich — wie ich hoffe mit Ihrer Zustimmung — ab; ich würde mich an dem Interesse des Landes schwer versündigen, wenn ich auf die Interpellation einginge."

Es wurde darauf eine Diskussion über diesen Gegenstand eröffnet, in welcher Dr. Löwe eingehend die Nachtheile entwickelte, welche diese Konvention für Preußen habe. „Die Konvention verpflichtet uns, jeden russischen Unterthan, den Rußland verfolgt, auszuliefern, ohne daß wir die Auslieferung von der Untersuchung des Grundes abhängig machen dürfen, die Rußland für seine Forderung anführt. Weicht diese Konvention schon in dieser Beziehung von allen ähnlichen Verträgen ab, die wir mit andern Staaten haben, so wird die Sache dadurch noch schlimmer, daß wir jeden Deserteur, ja, jeden Militairdienstpflichtigen ausliefern müssen. Wer kann nicht als Militärdienstpflichtig bezeichnet werden? Diese Maßregel ermöglicht Rußland eine furchtbar strenge Grenzbewachung, die wieder nur dazu dient, um die Handelssperre, durch welche unsere Grenz-Provinzen verarmt sind, aufrecht zu erhalten. Für uns also ein schwerer materieller Nachtheil und eine drückende politische Frage ohne einen anderen Vortheil, als den, uns die sehr zweifelhafte politische Allianz mit Rußland zu erhalten. Jetzt sei es aber die rechte Zeit, wo die Kammer sich gegen diesen Vertrag aussprechen könne, denn wenn der Vertrag erst wieder abgeschlossen sei, so werde man jeder Einrede gegen denselben mit den Worten begegnen: Ihr tretet in einen großen Konflikt ein, wenn Ihr einen perfekt gewordenen Vertrag angreift." Löwe

schloß dann mit der Erklärung, daß er trotz der großen und unbestreitbaren Nachtheile, die der Vertrag für uns habe, doch so wenig geneigt sei, jetzt auswärtige Fragen mitten unter den andern Geschäften zu behandeln, daß er nicht weiter in die Sache eingegangen sein würde, wenn der Minister-Präsident bei seiner Abweisung der Beantwortung zugesagt hätte, daß der Vertrag, wenn er abgeschlossen werde, der preußischen Volksvertretung oder dem Reichstage des norddeutschen Bundes werde vorgelegt werden. Da dies nicht geschehen sei, so halte er es für seine Pflicht, einen dahin gehenden Antrag einzubringen.

Dieser Antrag lautete:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen zu erklären: die Erneuerung der mit Rußland unter dem 8. August 1857 geschlossenen Kartell-Konvention oder der Abschluß einer anderen solchen Konvention, welche in der Weise, wie die jetzt noch bestehende Konvention, dem Staate Lasten auferlegt, bedarf zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung des Landtags."

Graf Bismarck erwiderte:

„Mir scheint, daß der Herr Vorredner im gegenwärtigen Augenblick seiner Interpellation eine wesentlich andere Richtung gegeben hat, als ich nach dem Wortinhalt und nach der sehr kurzen Motivirung derselben annehmen konnte. Er hat ihr jetzt hauptsächlich die Spitze dahin gegeben, als ob die Königliche Staatsregierung sich befugt hält, einen Vertrag der Art ohne Mitwirkung des Landtages abzuschließen oder nicht. Daß diese Frage hier in den Vordergrund treten würde, darauf konnte ich gar nicht gefaßt sein. Es ist das eine wesentlich staatsrechtliche Frage, deren Erörterung und Entscheidung hier aus freier Hand und brevi manu ich nicht herbeiführen mag. Ich mache darauf aufmerksam, daß nicht etwa, wie aus den Reden und Andeutungen, die hier heut und früher gefallen sind, gefolgert werden könnte, dieser Vertrag mit Rußland ganz isolirt steht.

Wir haben ja ähnliche Verträge mehr oder weniger modifizirt mit den meisten andern Staaten und auch mit den Nordamerikanischen Freistaaten wegen Auslieferung von gemeinen Verbrechern, die in der russischen Konvention einen der Hauptpunkte bildet. Wir haben die ganze analoge Konvention mit Oesterreich und ich habe nie gefunden, daß diese dem Herrn Abgeordneten besonders unbequem gewesen sei; sie müßte meines Erachtens doch auch in den schlesischen Grenzkreisen ähnliche Uebelstände hervorrufen, namentlich da sie durch eine Zoll-Konvention, die sehr viel weiter und tiefer in das Privatleben hineingreift, komplizirt ist. Also warum richtet sich die Klage immer mehr nach dieser einen Seite hin? Ist die schlesische Bevölkerung an der österreichischen Grenze geduldiger und weniger zur Kritik geneigt, ist sie von größerem Vertrauen zu der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten beseelt, als die an der russischen Grenze? Ich muß es fast glauben; denn über die ganz analogen Verhältnisse in dieser Richtung ist noch nie eine Klage erhoben oder zur Basis einer Tendenzpolitik hier gemacht worden, während diese russische Kartell-Konvention allein diese Ehre genießt, von allen Auslieferungsverträgen, die wir mit so vielen Staaten haben, einzig die Basis einer solchen — ich wiederhole das Wort — Tendenzpolitik zu bilden. Ich möchte vor Tendenzpolitik wiederholt warnen. Wer hat nicht die früheren Regierungen, und zwar vom Standpunkte der Landeswohlfahrt aus mit Recht, getadelt über die Tendenzpolitik, die vor etwa 40 Jahren über das ligitimistische Prinzip mit Spanien und anderen Ländern getrieben wurde, wo nicht das objective Landesinteresse, sondern, ich möchte sagen, das Urtheil über die Regierungsform, die ein fremdes Land sich gegeben hat, die Basis der politischen Beziehungen bildete. Hüten wir uns, das Land zu schädigen durch eine ähnliche Tendenzpolitik. Wir sind für die Art, wie die anderen Länder regiert werden, Gott sei Dank,

nicht verantwortlich, weder Sie, noch ich; wir sind aber Alle einigermaßen verantwortlich dafür, wie wir die Wohlfahrt der deutschen und preußischen Bevölkerung in richtiger Schonung der Beziehungen zu fremden Ländern wahren, ohne daß wir, wie es auch der Herr Vorredner zu meiner Freude abgelehnt hat, uns auf den Standpunkt der Kritik fremder Regierungen zu stellen haben."

Die Motive, welche dem erwähnten Antrage beigefügt waren, lauteten: „Die bestehende Konvention ist für Preußen lästig und nachtheilig, wie die zahlreichen und wohlbegründeten Klagen der dabei am nächsten betheiligten Grenzbezirke beweisen. Die Königliche Staatsregierung hat sich früher nicht für verpflichtet gehalten, die jetzt bestehende Kartell-Konventioon der Landesvertretung zur verfassungsmäßigen Genehmigung vorzulegen, obgleich diese Konvention dem Staate unzweifelhaft Lasten auferlegt. Der Art. 48 unserer Verfassung bestimmt aber, daß Verträge mit fremden Regierungen: „„wenn dadurch dem Staate Lasten oder einzelnen Staatsbürgern Verpflichtungen auferlegt werden,"" der verfassungsmäßigen Zustimmung der Landesvertretung bedürfen. Daher erscheint es geboten, daß das Abgeordnetenhaus rechtzeitig vor dem Abschluß einer neuen Konvention sein verfassungsmäßiges Recht ausdrücklich in Anspruch nimmt, nach welchem ein solcher Vertrag der Landesvertretung vorgelegt werden muß und zu seiner Gültigkeit der Zustimmung derselben bedarf."

Der Abgeordnete Gneist wurde zum Referenten über diesen Antrag ernannt; er beantragte die Ablehnung desselben und verlangte an Stelle desselben die Annahme folgender Resolution:

„Das Haus der Abgeordneten erklärt der Königlichen Staatsregierung, daß die mit Rußland abgeschlossene Kartelkonvention vom 8. August 1857 durch ihre Ausdehnung auf alle Militärpflichtigen und auf alle irgend eines Vergehens bezichtigten

Personen, in Verbindung mit der Zollgesetzgebung Rußlands und der bisherigen Handhabung des Grenzverkehrs, die Handels- und Verkehrsinteressen der östlichen Grenzprovinzen Preußens benachtheiligt."

Der Abgeordnete Gneist bestritt nicht, daß die Konvention dem Lande Lasten auferlege, er bestritt auch nicht, daß der Artikel 48 existire, und daß seine Bestimmungen für die vorliegende Konvention passen, aber er hielt den Artikel 48 selbst für nicht zweckmäßig, und deshalb war er der Meinung, daß das Abgeordnetenhaus auf das Recht, das er ihm gewährt, verzichten solle. Das Haus kam nicht in die Lage, sein Votum über diese Auffassung abzugeben: der Antrag war zwar am 18. Dezember 1868, unmittelbar nach der Beantwortung der Interpellation gestellt, aber das Präsidium des Hauses hatte ihn erst am 3. März 1869 auf die Tagesordnung gesetzt. Auf den Antrag der Frei-Konservativen beschloß aber das Haus, ihn an diesem Tage nicht zur Verhandlung zu bringen, weil Graf Bismarck krank sei und ein solcher Antrag nicht in Abwesenheit des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten verhandelt werden könne.

Man beklagte das in der Fortschritts-Presse mit den Worten:

„Trotz der Versicherungen der offiziösen Presse, daß Verhandlungen über die Annahme der Konvention noch gar nicht stattgefunden, haben wir dennoch vielen Grund zu fürchten, daß die Kartellkonvention doch wieder und zwar in einer Form erneuert wird, welche Rußland abermals die Möglichkeit gewährt, einen Tarif aufrecht zu erhalten, welcher unseren Export nach Osten hin vollständig lähmt und so unserer Industrie und unserem Wohlstand den größten Schaden zufügt. Da materielle Vortheile uns die Konvention, wie gesagt, gar nicht bietet, so muß man annehmen, daß es politische Vortheile sind, welche unsere Regierung zur Abschließung eines solchen Vertrages bestimmten. Ist aber die Allianz mit Rußland diejenige, die wir für Preußen

und für den neuen deutschen Staat wünschen müssen? Hat diese Allianz nicht Preußen an der Erfüllung „des deutschen Berufs“ auf das nachhaltigste verhindert? Hat nicht Rußland noch nach 1866 seinen Einfluß zu Gunsten des Großherzogs von Hessen gegen Preußen geltend gemacht? Und ist irgend ein Grund, anzunehmen, daß Rußland sich für die Einheit Deutschlands jetzt günstig zeige? Gewiß nicht. Im Gegentheil, die russischen offiziösen Organe speien Feuer und Flamme gegen Alles, was deutsch ist und besonders gegen die deutsche Politik Preußens und Alles, was seit 1866 geschehen ist. Die russische Regierung selbst unterdrückt aber die deutsche Nationalität und die an sie geknüpfte protestantische Kirche in den Ostsee-Provinzen mit derselben Energie, mit der sie ihr Werk in Polen gethan hat und thut, und nimmt dabei nicht die mindeste Rücksicht auf die Gefühle, die sie damit bei ihrem deutschen Alliirten erweckt. Die zarte Rücksicht, die der preußische Ministerpräsident und mehr noch auf seinen Wunsch das preußische Abgeordnetenhaus auf die Empfindlichkeit Rußlands nimmt, steht dazu in einem auffallenden Gegensatz.“

Im September desselben Jahres brachte der Preußische Staats-Anzeiger fast überraschend die folgende Nachricht: „Die Kartell-Konvention zwischen Preußen und Rußland, welche vornehmlich zur gegenseitigen Auslieferung von Verbrechern u. s. w. im Jahre 1857 auf zwölf Jahre abgeschlossen worden ist und namentlich wegen mannigfacher Uebelstände, mit welcher die Ausführung derselben verknüpft war, seit Jahren Anlaß zu vielen Beschwerden und Angriffen auch innerhalb der Landesvertretung gegeben hat, ist bei dem bevorstehenden Ablauf nicht erneuert worden und tritt mit dem 2. Oktober d. J. außer Kraft.“

Auf die Empfindlichkeit Rußlands hatte Herr v. Bismarck also nicht die gefürchtete zarte Rücksicht genommen. Erst im Jahre 1885 wurde ein Auslieferungsvertrag zwischen Preußen

und Rußland geschlossen. Er enthielt nur die Verpflichtung beider Theile zur Auslieferung derjenigen Angehörigen des ersuchenden Theiles, welche von den Gerichten des ersuchenden Landes wegen Verbrechen oder Vergehen gegen den Landesherrn oder die Mitglieder von dessen Familie verurtheilt sind oder verfolgt werden und sich der Strafe durch die Flucht entzogen haben.

Rußland während des französischen Krieges.

Fürst Gortschakow, der über „die politischen Schwänke“ des Herrn v. Bismarck bisher gelacht, forderte in den ersten Tagen des August 1866 mit einer sehr ernsten Note die Betheiligung der europäischen Mächte an der Regulirung der nach dem Ereigniß von Königgrätz sich aufdrängenden politischen und territorialen Fragen. Die freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland hatten dem Herrn v. Bismarck den Schlag gegen den deutschen Bundestag und die Kriegserklärung gegen Oesterreich erleichtert. Aber der Tag von Königgrätz machte den Fürsten Gortschakow, dem bis dahin die „Einbildung“ der Preußen, welche aus eigener Macht die politische und territoriale Gestalt des Festlandes umändern wollten, lächerlich erschienen war, sehr gedankenvoll und trübte seine Stimmung. Er hatte sich wie Napoleon III. verrechnet, wenigstens, wenn keine preußische Niederlage, doch einen langen Kampf zwischen den beiden Gegnern des Jahres 1866 erwartet, eine diplomatische Intervention Rußlands für unausbleiblich gehalten und am Schlusse dieser Phantasie stand ihm das Bild, in welchem Rußland als Ordner eines neuen Europas und als wohlwollender Protektor eines mäßig arrondirten Preußens glänzte. Bismarck beschwor diesen Sturm durch die Beschleunigung der Friedensunterhandlungen und durch die Sendung des Generals v. Manteuffel, der als Bote seines Königs und als vertrauter Dolmetscher von dessen Gesinnungen den Zaren in

Petersburg von den Diensten überzeugte, die ihm eine Erweiterung der deutschen Macht Preußens leisten könne. Der Sieg des preußischen Premier-Ministers über einen Diplomaten, mit dem er seit 1859 an der Newa die zukünftige Gestalt Europas erwogen und den er in den politischen Wirren unterstützt hatte, bildete den Schluß einer hundertjährigen Geschichte und zugleich die Einleitung zu einer neuen Phase der gegenseitigen Verhältnisse zwischen Preußen und Rußland. Die Erfahrung, welche der König von Hannover mit seinem Hilfsgesuch beim Kaiser Alexander II. nach den Nikolsburger Festsetzungen machte, beweist, daß Rußland ein sichtbares Herantreten seines früheren Einflusses in deutsche Verhältnisse gegenüber der Bismarck'schen Politik für unfruchtbar und nutzlos hielt. Ihm genügte als Ersatz die Ueberwachung Oesterreichs durch Preußen; für diese Unterbindung seines Rivalen an der unteren Donau und in Stambul opferte es gerne eine Einwirkung auf die deutschen Mittelstaaten, die bei den erweiterten politischen Verhältnissen doch nur zu kleinen Triumphen führen konnte, und vergalt Preußen seine Dienste in Oesterreich durch die Bewachung desselben im Kriege des Jahres 1870.

Kaiser Alexander von Rußland kam am 13. Mai nach Berlin, hielt sich dort zwei Tage auf und begab sich dann in das Bad Ems. Am 2. Juni machte König Wilhelm seinem kaiserlichen Neffen dort einen Besuch. Es fiel allgemein auf, daß der Bundeskanzler Graf Bismarck, welcher seit dem Jahre 1864, wo er gemeinschaftlich mit dem König in Gastein war, letzteren nicht mehr auf seinen Badereisen begleitet hatte, in dem Gefolge des Königs war und daß der russische Gesandte in Berlin, Herr v. Oubril, sich in Ems befand. Die Höfe von Wien und Paris nahmen Akt von diesem Kuraufenthalt. Authentisches über die Unterredungen, welche in jenen Tagen in Ems gepflogen wurden, liegt nicht vor. Es läßt sich daher nicht mit Gewißheit sagen,

daß Bismarck für den Fall des Krieges zur Abkühlung der Beust'schen Kriegsphantasieen die Rücken-Deckung durch Rußland sich erbeten und für den Fall des Sieges als Gegenleistung die Revision des Pariser Friedensvertrages von 1856 angeboten habe. Nachdem dies oder anderes in Ems verhandelt war, kehrten König und Bismarck am 5. Juni nach Berlin zurück. Bismarck begab sich von da am 8. nach seinem Tusculanum Varzin, König Wilhelm am 20. wieder nach Ems, um dort die Badekur zu gebrauchen, und zwar diesmal, ohne von einem Minister begleitet zu sein.

Graf Andrassy hatte nach dem Kriege im ungarischen Unterhause den Vorwurf der Linken abzuwehren, daß er aus Furcht vor Rußland neutral geblieben sei. Der Minister wies nach, daß für jede der drei Arten der diplomatischen Intervention zwischen den kriegführenden Mächten, den Schiedsspruch, die Vermittlung und die Anerbietung der guten Dienste die thatsächlichen Voraussetzungen gefehlt hätten. Gegen sonstige auf ihn gemachten Angriffe brauche er die Regierung nicht weiter zu vertheidigen; allein nicht mit gleichem Stillschweigen könne er über das Motiv hinweggehen, welches man der Haltung der Regierung unterschieben wolle. „Wenn die Regierung sich wirklich von der Furcht hätte berathen lassen, so hätte sie die Monarchie unvermeidlich in den Krieg geschleudert. Denn in der Regel bestimmen zwei Ursachen einen Staat, freiwillig Krieg zu beginnen: Angriffs- und Eroberungsabsicht, oder Furcht. Der erstere Beweggrund birgt weit weniger Gefahren in sich als der letztere. Denn wenn man erobern will, so benützt man den günstigen Moment für sich; wenn man dagegen einen Krieg beginnt, weil man fürchtet, daß der betreffende Staat nach einem noch wüthenden Kriege von Seiten des Siegers Gefahren ausgesetzt sein werde, so ist das sehr gefährlich, weil man da in der Regel nicht den günstigen Moment wählen kann, sondern das Schwert

ziehen muß, wenn man dazu vielleicht am wenigsten vorbereitet ist. Die Regierung hat sich aber nicht von der Furcht bestimmen lassen, sondern von der Politik des Selbstgefühls und des Vertrauens in die Kraft der Nation. Dieses Vertrauen hat ihr die Kraft gegeben, mit Ruhe die Ereignisse und sogar die Eventualität des Krieges abzuwarten. Herr Simonyi hat sich übrigens nicht darauf beschränkt, von Furcht zu sprechen, sondern er hat ganz konkret gesagt: „Die Regierung habe sich durch die Furcht vor Rußland zur Unthätigkeit verdammen lassen." Dieses soll auch Herr Cremieux dem englischen Gesandten in Frankreich gesagt haben, mindestens steht es in einer Depesche des englischen Blaubuches. Nun, dem gegenüber will ich Fakta anführen. Rußland konnte unsere Monarchie nicht zur Unthätigkeit zwingen, es konnte uns nicht verhindern, am Kriege theil zu nehmen, weil man zunächst nur den an etwas verhindern kann, der etwas thun will. Da aber die österreichisch-ungarische Monarchie von dem Augenblick an, wo ihre Neutralitäts-Erklärung veröffentlicht wurde, niemals auch nur einen Augenblick an die Intervention dachte, so konnte man sie auch nicht an dieser hindern. Ferner aber hatten wir gar keine Ursache, Rußland zu fürchten; denn wir waren zwar nicht gerüstet, das ist wahr, allein wir wußten auch fortwährend, und ich konstatire es hier, daß Rußland noch viel weniger kriegsbereit war; es fehlte also die physische Bedingung, die uns Schranken ziehen konnte. Im Verlaufe des Kriegs wurden wir von Rußland aufgefordert, im Interesse der Homogenität des Vorgehens unsere damals sehr geringe bewaffnete Macht weder um einen Mann noch um ein Pferd zu vermehren. Wir waren nicht in der Lage, diesen Vorschlag annehmen zu können. Wir antworteten also: Rußland könne dies allerdings thun, denn der größte Theil seiner Grenzen sei durch asiatische Wüsten gedeckt, welche niemand angreifen wolle. Allein wir seien in Folge unserer geographischen

Lage gezwungen, zu rüsten, nicht als hätten wir die Absicht, uns in den Krieg zu mischen, sondern um unserer eigenen Sicherheit willen, und wenn Rußland gleichfalls rüsten wolle, so werde bei uns niemand darin eine gegen uns gerichtete Provokation sehen, sondern sich nach dem Grundsatze beruhigen, daß jeder Staat selbst am besten beurtheilen könne, welche Rüstungen zu seiner eigenen Sicherheit unumgänglich nothwendig sind."

Mag dem sein, wie ihm wolle: Rußland nahm während des deutsch-französischen Krieges eine Haltung an, die Deutschland zu Gute kam, indem sie auf den Eifer der „neutralen", aber jeden Augenblick zur Einmischung geneigten Mächte Oesterreich, Italien, England temperirend wirkte. Nach der üblichen Lesart soll Rußland durch den Verlauf des Krieges dieselbe Enttäuschung erfahren haben, „die es mit Napoleon III. im deutschen Krieg von 1866 erlitten hatte. Die schnellen Siege der deutschen Waffen und der Sturz des Kaisers der Franzosen in den ersten Wochen des Feldzugs machten durch seine Rechnung einen Strich. Es hatte Frankreichs militärische Kraft überschätzt, einen langen Feldzug und eine Ermattung der beiderseitigen Kräfte erwartet, die ihm an der Spitze der Neutralen den Schiedsspruch übertragen hätte. Schon nach der Königgrätzer Ueberraschung und nach dem Scheitern seines Versuches, den Folgen derselben durch eine diplomatische Intervention Halt zu gebieten, hatte Gortschakoff in einem Rundschreiben vom 30. August 1866 angesichts des Zerfalls der europäischen Solidarität für Rußland die Freiheit in Anspruch genommen und das nationale Interesse zur einzigen Richtschnur seines Verhaltens erhoben. Jetzt holte er nach, was er damals noch nicht leisten konnte und in seinem Rundschreiben vom 31. Oktober 1870 kündigte er die Bestimmung des Pariser Vertrages von 1856, welche Rußlands Macht auf dem schwarzen Meere einschränkte. Preußen wurde, wie sich Bismarck gegen den englischen Bevoll-

mächtigten in Versailles erklärte, durch diesen Schritt „unangenehm überrascht", es hatte keine vorhergehende Anzeige von diesem Bruch der Verträge erhalten. Gleichzeitig schickte der russische Kanzler an die republikanische Regierung zu Tours eine Note und ließ deren Freundschaftsversicherungen durch den Geschäftsträger vor dem damaligen Leiter der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen Chaudordy, dahin erläutern, daß die Interessen Frankreichs und Rußlands dieselben seien und nothwendig zu einer dauerhaften Allianz führen müßten.

So ward damals schon, unter den Mauern von Paris, der spätere Zwist zwischen Gortschakow und „Bismarck eingeleitet. Nach Königgrätz wurde er angekündigt und durch den Kaiser von Rußland noch beigelegt; in diesem Augenblick hat er den Schein eines Bruchs zwischen Preußen und Rußland angenommen."

Es ist hiergegen zu bemerken, daß nach neueren Zeugnissen das russische Vorgehen in Bezug auf den Pariser Vertrag im großen Hauptquartier in Versailles keineswegs „unangenehm überrascht" zu haben scheint. Fürst Bismarck sagte in einem Privatgespräch: „Man ist immer der Meinung gewesen, daß die russische Politik eine ganz ausnehmend schlaue wäre — voll Winkelzüge, Schliche und Kniffe, das ist aber nicht wahr." — — — „Wenn sie unredlich wären, so hätten sie solche Erklärungen unterlassen, ruhig Kriegsschiffe gebaut im Schwarzen Meere und gewartet, bis man darüber anfragte. Dann sagten sie, daß sie nichts davon wüßten, man wolle sich aber erkundigen, und so zogen sie's hinaus. Das konnte bei den russischen Verhältnissen lange dauern, und zuletzt hätte man sich daran gewöhnt." — Bucher bemerkte: „Sie haben ja jetzt schon Kriegsschiffe im Schwarzen Meere; die von Sebastopol sind gehoben, und sie könnten, wenn man sagte: ihr dürft hier keine haben, antworten: nun, wir können sie ja nicht hinausbringen, da 1856

die Passage von Kriegsschiffen durch die Dardanellen verboten worden ist."

Später sprach dann Fürst Bismarck von seinen Verhandlungen mit Odo Russel und den Forderungen Gortschakows. „Die in London," äußerte er u. A., „möchten nicht gern pure Ja sagen zu dem Vorschlage, Rußland und den Türken das Schwarze Meer und die volle Souveränetät an den Küsten wiederzugeben. Sie fürchten die öffentliche Meinung in England und Russel kommt immer wieder darauf zurück, daß sich ein Aequivalent finden lassen möchte. Er fragte, ob wir uns nicht z. B. dem Abkommen vom 6. April 1856 anschließen wollten. Ich entgegnete, daß Deutschland daran kein rechtes Interesse hätte. Oder ob wir uns nicht verpflichten wollten, neutral zu bleiben, wenn es dort einmal zu einem Konflikt käme. Ich sagte ihm, ich wäre kein Freund von Konjekturalpolitik, in die eine solche Verpflichtung fiele; das käme ganz auf die Umstände an. Für jetzt sähen wir keinen Grund, uns bei der Sache zu betheiligen. Das sollte ihm genügen. Uebrigens wäre ich nicht der Meinung, daß Dankbarkeit in der Politik keine Stelle hätte. Der jetzige Kaiser hätte sich immer freundlich und wohlwollend gegen uns bewiesen, Oesterreich dagegen wäre bisher wenig zuverlässig und zuweilen sehr zweideutig gewesen; England — er wüßte ja, was wir dem zu verdanken hätten. Die Freundlichkeit des Kaisers wäre ein Rest des alten Verhältnisses, welches zum Theil auf verwandtschaftlichen Beziehungen beruhte, sie gründe sich aber auch auf die Erkenntniß, daß unsere Interessen mit den seinen nicht kollidirten. — Wie das künftig werden würde, wüßte man nicht, und so ließe sich darüber auch nicht reden. Unsere Lage wäre jetzt eine andere als früher. Wir wären die einzige Macht, die zufrieden zu sein Ursache hätte, wir brauchten Niemand einen Gefallen zu thun, von dem wir nicht wüßten, daß er uns einen Gegendienst leisten wolle. — Er kam immer

wieder auf ein Aequivalent zurück und fragte zuletzt, ob ich ihm nicht etwas vorschlagen könnte. Ich sprach von der Oeffnung der Dardanellen und des Schwarzen Meeres für Alle. Das könnte Rußland angenehm sein, da es dann vom Schwarzen Meer ins Mittelmeer könnte und der Türkei auch, da sie dann ihre Freunde gleich bei sich hätte, auch den Amerikanern, denen man damit einen der Wünsche entzöge, die sie mit Rußland verbänden, den Wunsch nämlich nach ungehinderter Schifffahrt auf allen Wasserstraßen. Er schien das einzusehen." — „Die Russen", so setzte der Kanzler hinzu, „hätten übrigens nicht so bescheiden fordern sollen, sondern mehr; dann hätten sie ohne Schwierigkeit die Sache mit dem Schwarzen Meere bekommen."

Daß Fürst Bismarck sich „unangenehm" überrascht gezeigt habe, hat allerdings Odo Russell, der den Auftrag hatte, sich zu beklagen, Aequivalente zu verlangen und vor allem seine Regierung über die Natur und Tragweite der Vereinbarungen des Berliner Hofes mit dem Petersburger aufzuklären, amtlich nach London berichtet. Jenen Äußerungen Bismarcks entspricht aber fast wörtlich der folgende Bericht: „Auf Russel's Frage: „Wie aber wird Ihre Haltung sein, wenn ein Konflikt ausbrechen sollte?" antwortete Herr von Bismarck, daß er kein Verehrer der Konjekturalpolitik sei, daß er seine Haltung nach den Umständen bestimmen werde, und daß er an diesem Tage, zu dieser Viertelstunde keine Veranlassung habe, sich in eine Sache zu mischen, die Deutschland nur indirekt berühre. Er fügte hinzu, daß, wenn auch Dankbarkeit und Politik zwei unversöhnbare Begriffe seien, er nichtsdestoweniger gezwungen sei, anzuerkennen, daß Kaiser Alexander sich immer Deutschland gegenüber außerordentlich sympathisch gezeigt habe, während die Haltung Oesterreichs zweideutig, die Englands nichts weniger als liebenswürdig war. Was die Zukunft betrifft, so kenne er sie

nicht, und ziehe vor, nicht von ihr zu reden. Uebrigens finde er, daß man sich bezüglich der Geschicklichkeit der russischen Politik in sonderbaren Uebertreibungen ergehe; man betrachte sie als von subtiler Freiheit, voll von List, Umwegen und Kunstgriffen, während sie ganz einfach harmlos (candide) ist; wäre sie gewitzigter, sie hätte den Pariser Vertrag vollständig zerrissen, dann hätte man ihr Dank dafür gewußt, wenn sie einige Stücke davon wieder aufgenommen und sich mit der Herstellung ihrer Souveränetät im Schwarzen Meere begnügt hätte."

Die Antworten, welche damals Rußland von England, Oesterreich und von Italien erhielt, zeigen, wie es den leitenden Ministern in den Fingern zuckte und wie sie Mühe hatten, die innere Erregung niederzukämpfen, welche ihnen vielleicht noch mehr wie der Hohn der „Aufkündigung" eines europäischen Vertrages der unverhüllte und beleidigende Spott der Motivirung einflößte. Fürst Bismarck definirte die Stellung der deutschen Politik näher in der Parole, die er der offiziösen Presse in Berlin gab, und die dahin lautete: „Was unsere Stellung betrifft, so darf man nicht außer Acht lassen, daß Preußen, welches während des Krieges der Westmächte gegen Rußland eine neutrale Haltung beobachtet hatte, auch an den Vereinbarungen des Pariser Friedens nicht in gleicher Ausdehnung, wie Oesterreich, England und Frankreich betheiligt ist. Diese drei Mächte haben durch den Vertrag vom 15. April 1856 eine besondere Bürgschaft für alle Bestimmungen des Friedensvertrages übernommen und sich verabredet, jede Verletzung desselben als einen Kriegsfall zu betrachten, während Preußen lediglich dem allgemeinen Friedensvertrage beigetreten ist, welcher im 7. Artikel die Theilnehmer blos verpflichtet, die Unabhängigkeit und den Besitzstand des ottomanischen Reiches zu achten. Von Seiten Preußens ist also eine Bürgschaft nur für diejenigen Grundsätze des Vertrages übernommen, welche durch die jüngste Kundgebung Rußlands

nicht in Frage gestellt, sondern vielmehr ausdrücklich bestätigt werden. Durch ihre Stellung zu den betheiligten Parteien ist augenscheinlich der preußischen Regierung Gelegenheit geboten, nach allen Seiten hin einen versöhnlichen, ausgleichenden Einfluß geltend zu machen, und um so berechtigter erscheint die Hoffnung, daß es gelingen werde, den Austrag des Streites auf dem Wege friedlichen Meinungsaustausches und Einverständnisses herbeizuführen."

An die Mitunterzeichner des Pariser Friedensvertrages vom 30. März 1856 richtete Fürst Bismarck den Vermittlungsvorschlag, „daß dieselbe ihre Vertreter in London autorisiren möchten, zu einer Konferenz zusammenzutreten, um in derselben die Fragen zu erwägen, welche sich an die von dem kaiserlichen russischen Kabinet durch dessen Cirkular vom 19. (31.) Oktober gemachten Eröffnungen knüpfen." Dieser Vorschlag fand die allseitige Zustimmung und die preußische Regierung gab hiervon dem Londoner Kabinet mit dem Ersuchen Kenntniß, den Zusammentritt der Konferenz in London einzuleiten.

Nach wiederholter Verschiebung trat die Konferenz am 17. Januar zum ersten Male zusammen. In dieser ersten Sitzung stellte der türkische Gesandte den Antrag, daß Lord Granville den Vorsitz übernehme, als ein Zeugniß für das Vertrauen aller Mächte auf dessen erlauchtete Fürsorge, eine Lösung anzubahnen, welche mit der Gerechtigkeit und dem allgemeinen Wunsche nach Erhaltung des Friedens im Einklange sei. Lord Granville nahm den Vorsitz dankend an und sprach zugleich sein Bedauern aus, daß kein Vertreter Frankreichs zugegen sei. Er schlägt vor, die Resultate der Verhandlungen dem französischen Geschäftsträger jedesmal konfidentiell mitzutheilen, und die Versammlung stimmt dem bei. Hierauf stellt Lord Granville den Antrag, ein besonderes Protokoll zu unterzeichnen, des Inhalts, daß die Konferenz von allen den Mächten, welche den Vertrag

von 1856 unterzeichneten, angenommen sei, um ohne vorgefaßte Beschlüsse, und mit vollkommener Freiheit die Modifikation jenes Vertrages zu berathen, welche Rußland in Beziehung auf die Neutralisierung des Schwarzen Meeres wünsche, und im Einklange mit dem wesentlichen Grundsatze des öffentlichen Rechtes, welches alle Mächte anerkennen, daß „keine derselben sich von den Verpflichtungen eines Vertrages lossagen oder dessen Bestimmungen modifiziren kann, es sei denn mit Zustimmung der kontrahirenden Parteien auf dem Wege freundlicher Verständigung." Hierüber wird ein Protokoll ad hoc unterzeichnet und die Vertreter der Pforte, der österreichisch-ungarischen Monarchie und Italiens erklären ihre formelle Zustimmung zu dem Grundsatze. Dann las der Vertreter Rußlands ein Memoire vor über die Thatsachen und Umstände, welche seit dem Vertrage von 1856 die Wirkungen desselben modifizirt und den Zaren veranlaßt haben, eine Revision der Artikel, welche sich auf das Schwarze Meer beziehen, zu beantragen, da diese nicht länger verträglich sind mit den guten nachbarlichen Beziehungen zwischen den beiden Ufermächten. Er beantragt dieses im doppelten Interesse für die Sicherheit sowohl als für die Würde seines Staates und mit der festen Absicht, die allgemeinen Grundsätze des Vertrages von 1856, durch welchen die Stellung der Türkei im europäischen Concerte festgestellt wurde, aufrecht zu erhalten. Der Vertreter der Pforte erkennt den versöhnlichen Geist der russischen Erklärung an und spricht den Wunsch des Sultans aus, mit dem Zaren in den freundlichsten nachbarlichen Beziehungen zu bleiben und seine friedlichen Gesinnungen bei dieser Gelegenheit durch seine Mitwirkung zur Verhinderung von Komplikationen zu beweisen. Er beantragt dann einen Aufschub der nächsten Sitzung, um die russischen Vorschläge reiflicher erwägen zu können. Der Vertreter von Norddeutschland wünscht die erste Gelegenheit zu ergreifen, um zu bestätigen, daß die Re-

gierung des Königs eine Konferenz vorgeschlagen habe im Sinne der Versöhnlichkeit, der Billigkeit und des Friedens; er sei in demselben Sinne beauftragt, eine ernstliche Erwägung der russischen Wünsche nach einer Revision solcher Klauseln des Vertrages von 1856 zu empfehlen, welche die nachbarlichen Beziehungen der beiden Ufermächte zu berühren scheinen, die so wesentlich für die Ruhe des Orients seien. Er würde seinen Instruktionen gemäß mit völliger und aufrichtiger Unparteilichkeit auf die Diskussion eingehen, lediglich in der Absicht, durch das Einverständniß aller Vertragsmächte die Sicherheit des Orients und die Integrität der ottomanischen Pforte zu wahren. Zum Schluß giebt Lord Granville den Gesinnungen seine Anerkennung, welche Preußen veranlaßten, eine Konferenz in Anregung zu bringen, halte es aber für nöthig, zu bemerken, daß ursprünglich vorgeschlagen war, die Konferenz in Petersburg zu halten, und daß sie nur angenommen wurde unter der Bedingung, daß sie an einem andern Orte und ohne vorher gefaßte Beschlüsse gehalten werde.

In der zweiten Sitzung am 24. Februar zeigt der preußische Bevollmächtigte an, daß sein Souverain den kaiserlichen Titel angenommen habe, und der russische Gesandte beeilt sich anzukündigen, daß er Instruktionen erhalten habe, diesen neuen Titel des Königs von Preußen anzuerkennen. Alle anderen Vertreter schließen sich dieser Anerkennung an. Er vergleicht den gegenwärtigen Zustand Europas mit dem zur Zeit des Endes des Krimkrieges. Dann auf die Frage wegen des Schwarzen Meeres kommend, wird darauf hingewiesen, daß die Navigationsfreiheit ein wesentliches Recht beider Uferstaaten sei, daß eine gesunde Politik den Mächten empfehle, einem Zustande ein Ende zu machen, der die Unabhängigkeiten beider Staaten beschränke und die Keime von Unruhe und Zwietracht enthalte, und es wird der Pforte die Initiative zu solchen Modifikationen vorbehalten, wie Rußland sie wünscht. Der türkische Bevollmächtigte will die

Bestimmungen von 1856 nicht als nachtheilig für die Unabhängigkeit der Uferstaaten anerkennen, noch auch, daß sie durch die Begebenheiten der letzten fünfzehn Jahre wesentlich berührt seien; er bedauert, daß Rußland darin ein Hinderniß für den Frieden im Orient erblicke, jedoch habe seine Regierung in versöhnlichem Sinne ihn instruirt, solchen Modifikationen zuzustimmen, welche die andern Vertragsmächte für äquivalente Garantien und für verträglich mit der Sicherheit des ottomanischen Reiches anerkennen. Diesem Prinzipe der Aequivalente stimmt der österreichische Vertreter bei. Lord Granville lobt den versöhnlichen Sinn der türkischen Erklärung, bemerkt aber, daß schon zur Zeit des Vertragsschlusses politische Personen in England sich gegen die Neutralitätsklauseln des Vertrages erklärt hätten. Er selbst glaube zwar, daß sie zur Zeit wichtig und nützlich für die Sicherheit des türkischen Reiches gewesen seien, er wäre jedoch bereit, Namens seiner Regierung eine Konvention im Sinne der russischen Wünsche zu unterzeichen, unter der Bedingung, daß die Aequivalente für die Neutralitätsklauseln erlangt würden.

Am 3. März war wiederum Sitzung, und die Artikel eines neuen Vertrages als Ersatz für den von 1856 wurden diskutirt. Der Vertreter der Türkei macht Einwürfe gegen den Ausdruck „Nichtufermächte" (pouvoirs non riverains) in dem Artikel, welcher dem Sultan erlaubt, in dringenden Fällen die Dardanellenstraße fremden Kriegsschiffen zu öffnen, und wünscht anstatt dessen „befreundete Mächte" zu setzen, da jener Ausdruck eine Beschränkung der souveränen Rechte der Pforte einschließe und den Schein habe, gegen Rußland allein gerichtet zu sein. Baron von Brunnow ergeht sich weitläufig über die durchaus friedliche Politik seines Souverains und spricht das Vertrauen aus, daß die Einstimmigkeit aller Mächte die beste Garantie sei für die Ruhe, die Sicherheit und die Wohlfahrt der Türkei. Lord Granville be-

tont alle die freundlichen Gesinnungen noch mehr, kann aber den Einwürfen des türkischen Vertreters wegen des Ausdruckes „Nichtuferm ächte“ nicht beistimmen, da dieser Ausdruck in dem Vertrage von 1856 gebraucht sei. Musurus Pascha besteht aber darauf, aus dem neuen Vertrage jeden Unterschied zwischen den Mächten zu entfernen, welche alle gleichmäßig die Integrität und die Unabhängigkeit des ottomanischen Reiches garantirt haben und beruft sich auf den Bevollmächtigten Deutschlands, welcher wiederholt, daß das wesentliche Ziel seiner Regierung sei, ein gemeinsames Einverständniß zwischen den Unterzeichnern des Vertrages von 1856 herbeizuführen. Dann werden die Klauseln über die Donau in Betracht gezogen und Lord Granville schlägt vor, die internationale Kommission für 26 Jahre beizubehalten, obgleich er eine unbeschränkte Verlängerung ihres Bestehens wünschen möchte. Graf Bernstorff hätte auch einer unbeschränkten Fortdauer zugestimmt, da jedoch Oesterreich und Rußland nur einen Zeitraum von 12 Jahren zugeben wollen, so nimmt er diesen an und Lord Granville stimmt vorläufig zu.

Die vierte Sitzung der Konferenz war sehr kurz. Alle Bevollmächtigten, außer Musurus Pascha, waren bereit, die Artikel des vorgeschlagenen Vertrages anzunehmen, aber der Vertreter Frankreichs war noch nicht eingetroffen.

Bei Eröffnung der fünften Sitzung am 13. März stellte der Vorsitzende den Herzog de Broglie der Konferenz als Bevollmächtigten für Frankreich vor. Der Herzog de Broglie erkennt die Worte Lord Granville's als voll Freundschaft und Wohlwollens für Frankreich an, bezieht sich auf die Ursachen, welche verhindert haben, daß ein Vertreter Frankreichs bei den früheren Sitzungen gegenwärtig war; bemerkt, daß die französische Regierung vielleicht vorgezogen haben würde, bis zu Ende abwesend zu bleiben, jedoch gefürchtet habe, dadurch ihrem Bewußtsein von der Wichtigkeit, die Harmonie zwischen den beiden Groß-

mächten zu bewahren oder herzustellen, nicht genügenden Ausdruck zu geben. Er ergreift mit Eifer die Gelegenheit, um sich zu dem heilsamen Grundsatze der europäischen Gesellschaft zu bekennen, „daß keine wesentlichen Veränderungen in den internationalen Beziehungen stattfinden sollten ohne die Einstimmung aller Großmächte". Die französische Regierung habe keinen genügenden Grund zur Abänderung der Bestimmungen des Vertrages von 1856 finden können, und würde vorgezogen haben, ihn beizubehalten; da jedoch die Pforte als Haupt-Interessent die Wünsche Rußlands zugestehe, so stimme die französische Regierung gern den Beschlüssen der Konferenz zu. Der Vertreter Italiens schlägt vor, in dem zweiten Artikel des neuen Vertrages die Worte „befreundet und alliiert" an die Stelle von „Nichtufer" (non riverain) zu setzen, womit Musurus Pascha einverstanden ist. Dann werden noch verschiedene Aenderungen einzelner Ausdrücke in Vorschlag gebracht, wie „Konvention" für „Vertrag", „Kriegsschiffe" für „Flotten" und ein Schlußsatz hinzugefügt, welcher das Recht des Sultans, nöthigenfalls in Friedenszeiten die Dardanellenstraße zu öffnen, mit der Nothwendigkeit, die Ausführung des Vertrages von Paris zu wahren, identifizirt. Diese Amendements werden angenommen. Bezüglich auf die Dauer der internationalen Donau-Kommission wird der österreichische Vorschlag von 12 Jahren angenommen; Graf Apponyi hätte eine längere Dauer gewünscht, wenn die die andern Mächte zugestimmt hätten, Graf Bernstorff und Baron Brunnow sind nur zur Annahme der 12jährigen Frist ermächtigt; die Vertreter Frankreichs und Italiens hätten eine unbestimmte Verlängerung angenommen. Dann melden die Bevollmächtigten Rußlands und der Türkei, daß sie ermächtigt, eine besondere Konvention zu unterzeichnen, wodurch die speziellen Klauseln des Vertrages von 1856 bezüglich auf die Zahl der Kriegsschiffe, welche jede Macht im Schwarzen Meer halten darf,

beseitigt werden. Dann wird die Urschrift des Vertrages von allen sieben Bevollmächtigten unterschrieben und am folgenden Tage die sieben Abschriften gebührend unterzeichnet und besiegelt, worauf der türkische Bevollmächtigte für sich und alle Theilnehmer den Dank der Konferenz an ihren Vorsitzenden, Lord Granville, ausspricht.

Während dieser Verhandlungen, in denen die preußische Regierung den russischen Ansprüchen jede mögliche Förderung entgegenbrachte, war die russische Diplomatie bereits bemüht, mit schmeichelnden und gönnerhaften Versicherungen das republikanische Frankreich für sich zu interessiren. Die Note, welche der russische Geschäftsträger in Tours übergab, zeichnete sich durch ihre feindselige Haltung gegen Napoleon III. zu einer Zeit aus, während Deutschland sich noch die Möglichkeit eines Friedens mit diesem offen halten mußte. Noch interessanter sind jedenfalls die Eröffnungen, die Herr Okonneff damals dem Grafen Chaudordy mündlich machte. Er entwickelte ihm, daß die Interessen Rußlands und Frankreichs identisch seien. Als Graf Chaudordy entgegnete, daß die gegenwärtige Lage eine geradezu einzige Gelegenheit biete, um diese These aus dem Gebiete der spekulativen Ideen in die der praktischen Kombinationen überzuführen, erklärte freilich Herr Okonneff, daß in der Politik die Gegenwart nicht Alles sei, daß man mit der Zukunft rechnen müsse und nur dadurch allein zu soliden und dauerhaften Allianzen komme.

Eine preußische Denkschrift.

Die Schlacht bei Sedan war kaum geschlagen, als man in Berlin, wo Herr v. Thile das Auswärtige Amt vertrat, sich beeilte, in einer Denkschrift die Berechtigung eines „Bundesstaates, der den Süden und Norden von Deutschland vereinigt", und insbesondere die Gründe darzulegen, weßhalb ein solcher Bundesstaat die Gleichgewichts-Interessen des Welttheils nicht militärisch gefährde. In dieser Denkschrift wurde dann auch die Gemeinsamkeit der Interessen Rußlands mit denen Deutschlands nachgewiesen. Nachdem zuerst die Bürgschaften aufgezählt waren, welche die seitherige Politik Preußens dem Welttheile biete, wurde jede Befürchtung, daß Preußens Politik auf den Umsturz Oesterreichs ausgehe, als unbegründet abgewiesen. In dieser Beziehung hieß es:

„Die Ergebnisse, zu denen wir inmittelst der letzten Betrachtungen gelangt, sind sehr bedeutsam in Betreff des Charakters der durch Preußen angestrebten deutschen Staateneinigung wie überhaupt seiner Gesammt-Politik.

Wenn diese Macht (Preußen) sich mit großen wider die Gleichgewichts-Interessen des Welttheils gerichteten Plänen trüge, so würde sie die im Jahre 1866 über Oesterreich errungenen großen Erfolge wider dieses im weitesten Umfange auszubeuten gesucht haben. Denn es mußte ihr, unter solcher Voraussetzung vor Allem gerade auf Abschwächung dieser Monarchie ankommen;

und zwar namentlich deshalb, weil, wenn es gelang, dieselbe ins Wanken und zum Sturze zu bringen, sich den angeblichen Projekten der allerweiteste Spielraum geöffnet haben würde. Nun ist aber genau das Gegentheil von dem geschehen. Oesterreich ist durch Preußen nicht gezwungen worden, ihm auch nur einen Quadratfuß seines Gebietes abzutreten, obgleich es letzterem sehr leicht geworden sein würde, mindestens das österreichische Schlesien sich cediren zu lassen. Noch mehr: auch die Erwerbungen Preußens in Deutschland haben sich auf eine Sphäre beschränkt, die von der ungarisch-österreichischen Monarchie möglichst abgelegen, diese nicht berührt. Ungeachtet bedeutende Territorien uns zufielen, ist dadurch mithin dennoch das früher zwischen uns und Oesterreich bestandene Grenzverhältniß nicht tangirt worden. Dasselbe ist, nach dem Jahre 1866, kein anderes geworden, als es zuvor gewesen. Hätten uns ehrgeizige, zunächst eine Superiorität über unsere Nachbarmacht im Süden anstrebende Pläne geleitet, um dieselbe zu meistern und uns dienstbar zu machen, so würden wir, darauf führen alle Schlüsse militärischer und politischer Logik hin, in der Einverleibung des Königreichs Sachsen ein preußisches Hauptinteresse haben erkennen müssen. Allein, obgleich, vom Standpunkt des Rechts aus, diese Forderung am leichtesten durchzusetzen gewesen sein würde, und sonstige Schwierigkeiten ihr am allermindesten entgegenstanden, denn das betreffende Objekt befand sich bis auf die letzte Quadratmeile in Preußens Händen, die sächsische Armee stand geschlagen außer Landes und die überwiegende Majorität des sächsischen Volkes wünschte die Einverleibung in die preußische Monarchie, so verzichtete man in Preußen dennoch darauf. An entscheidender Stelle war man, unsererseits, der Ansicht, daß die sehr bedeutenden Vortheile, welche der direkte Besitz von Sachsen uns allerdings gebracht haben würde, dennoch reichlich aufgewogen wurden durch die politischen, die durch den Verzicht darauf be-

dingt schienen. So blieb, in Hinsicht auf die Stellung Preußens im unmittelbaren Gegenüber von Oesterreich, auch nach dem zerschmetternden Schlage, welcher letzteres bei Sadowa getroffen, der status quo ante gleichwohl erhalten. Mit Recht darf behauptet werden, daß in der ganzen Weltgeschichte sich kaum noch ein zweites Beispiel solcher Schonung des Ueberwundenen durch den Sieger auffinden läßt. Um sie ihrem vollen Werthe nach zu würdigen, wird man wohl thun, in Erwägung zu ziehen, was umgekehrt Preußens Geschick gewesen sein würde, wenn das Glück der Schlachten sich gegen diesen Staat entschieden hätte? Es war schon vor der Eröffnung der böhmischen Campagne ein öffentliches Geheimniß: daß für diesen Fall die Loßreißung von ganz Schlesien und seine Wiedervereinigung mit Oesterreich in Aussicht genommen worden. Man kann hier Bewunderung einer Politik (der preußischen) nicht versagen, welche aus einer solchen Thatsache gleichwohl kein Motiv zur Rancune wider den überwundenen Nachbar genommen, und überhaupt aus ihrem Calcül und ihren Entschließungen Gereiztheit und Leidenschaft durchaus fern gehalten hat. Allein man wird die Frage aufwerfen dürfen: welches die Gründe gewesen sind, die Preußen bestimmt haben, die österreichische Monarchie, welche so lange in Verbindung mit anderen Mächten und ziemlich offen wider seinen eigenen Besitzstand geplant hatte, gleichwohl direkt ungestraft aus der schwersten und entscheidendsten Niederlage hervorgehen zu lassen, von welcher irgend ein Staat in der neuesten Zeit betroffen worden ist? Der Verfasser ist seinerseits tief davon überzeugt, daß, von welchem Standpunkte aus man auch immerhin in den betreffenden Motiven nachforschen möge, man dabei gleichwohl zu keiner anderen Lösung des Räthsels gelangen wird, als zu dieser: daß Preußen den ungeschwächten Fortbestand Oesterreichs als eine europäische politische Nothwendigkeit erkennt, gleich stark geboten durch die allgemeinen Interessen des Gleichgewichts wie durch die

anderen der Ruhe und des Friedens der Welt. Denn so lange die Monarchie der Habsburger besteht, ist sie nicht nur eine Garantie dafür, daß keine andere Macht sich in irgend einer der von ihren Grenzen eingeschlossenen, hochwichtigen und für die Geschicke ganzer Völkerstämme entscheidenden Positionen besetzt; sondern zugleich eine Gewähr gegen den Ausbruch des Haders, der Zwietracht und schließlich des Racen-Kampfes zwischen den verschiedenen und, in Hinsicht auf politische Tendenz und Interessen sehr gegensätzlichen Nationalitäten, die ihr angehören. Man hebe diese hochwichtige Verbindung kontrastirender Völker in einem Reiche durch den Umsturz oder die tief greifende Erschütterung dieses letzteren auf und das Chaos wird sofort und unfehlbar an der Stelle Platz greifen, wo jenes zuvor die Ordnung aufrecht erhalten.

Das, wie gesagt, sind die Bedenken, durch die Preußen sich hat bestimmen lassen, in den Tagen unmittelbar nach der böhmischen Campagne (1866), auf territoriale Gewinnste zu verzichten, die Verluste für Oesterreich gewesen sein würden. Sie beruhen auf der Natur, auf der Struktur und inneren Zusammensetzung des Kaiserstaates. Insofern dieselbe als unveränderlich angesehen werden muß, dürfen sie mithin ebenfalls für unwandelbar gelten! Sie sind mithin unaufgebbare Richtpunkte unserer Politik in Bezug auf die österreichisch-ungarische Monarchie.

Niemand, der die Raumstellung der letzteren Macht, und die Vertheilung der verschiedenen Nationalitäten, im Besonderen der deutschen und slavischen, auf ihrem Territorium in eine nähere Ueberlegung gezogen hat, wird uns hier den Einwand entgegen stellen wollen: daß Preußen — unbeschadet sein Interesse, die habsburgische Monarchie als Großstaat aufrecht zu erhalten, gleichwohl später die Annexirung von deren deutschen Provinzen erstreben dürfe. Wir gestehen offen, daß uns ein näheres Verständniß dafür mangelt, in welcher Weise nämlich

eine solche Einverleibung gedacht werden könnte. Zunächst, und vor Allem, haben wir dawider zu bemerken, daß in Oesterreich das deutsche Volkselement nicht in geschlossenen Gruppen auftritt. Im Gegentheil ist es — und als Beleg dafür wird eine jede genauere ethnographische und Sprachkarte dienen — mit Ausnahme von Ober- und Nieder-Oesterreich, sporadisch, und mehr oder weniger dicht, annähernd über die ganze Oberfläche des Reichs vertheilt. In Ungarn, in Siebenbürgen, in Mähren, in Böhmen selbst, tritt die deutsche Bevölkerung nicht in kompakter und abgerundeter Masse auf. Ueberwiegend in der Form von größeren oder kleineren Enclaven schiebt sie sich, im Gegentheil, allerwärts zwischen das fremde Volksthum ein. Daraus erhellt am klarsten, daß eine pangermanische Politik Preußens, gegenüber von Oesterreich, in Hinsicht auf ihre Durchführbarkeit, zu den allerschwierigsten Problemen gerechnet werden müßte. Ganz unvereinbar aber würde sie mit der vom preußischen Kabinet adoptirten und ihm durch die Umstände, wie wir nachgewiesen zu haben glauben, selbst aufgezwungenen Tendenz, den Kaiserstaat zu stützen und zu schonen, sein. Dazu kommen schließlich noch viele andere Umstände, auf deren gründliche Erörterung wir hier, ohne unserer Schrift eine unbeabsichtigte Ausdehnung zu geben, nicht eingehen können; die aber mindestens anzustreifen uns dennoch nützlich und geboten erscheint. In Oesterreich sind die Deutschen die eigentlichen Träger der Kultur und des Fortschritts. Die Aufgabe, welche ihnen hier gestellt ist, reicht über die gleichartige, in Rußland ihnen vorgesetzte noch bedeutend hinaus. Denn bis zu seinen fernsten Grenzen hin ist das habsburgische Reich mehr oder weniger von unserem Volkselement durchdrungen, was in Bezug auf Rußland nicht im Entferntesten der Fall ist. Ja, in der österreichischen Hauptstadt wird ausschließlich deutsch gesprochen. Die deutsche Sprache ist zugleich überwiegend Vermittlerin für den geistigen Verkehr im ganzen

Staate. Selbst die Presse der von Oesterreich eingeschlossenen fremden Nationalitäten bedient sich ihrer zum großen Theil. Das deutsche Element im Kaiserstaat schwächen wollen, hieße mithin nicht nur die im Reichsverbande eingeschlossene Hauptkraft lähmen, sondern diesen selbst auflockern. Denn für den eigentlichen Zusammenhalt Oesterreichs ist kein Stamm so bedeutsam, wie der Deutsche. Alle anderen Nationalitäten, innerhalb seiner Grenzen, insofern sie nach Selbstständigkeit ringen und eben darum sich loszulösen trachten, sind so zu sagen als zentrifugale Elemente anzusehen. Die Deutschen auf österreichischem Boden allein sind zentripetal. Von welchem Standpunkte auch immerhin man einen Ueberblick über die spätere, wahrscheinliche Entwickelung des in Rede stehenden Staats vorschauend und schlußfolgernd zu erlangen streben mag: als der eigentliche Kernpunkt desselben wird sich immerhin herausstellen, daß die habsburgische Monarchie nur als eine mindestens halbdeutsche Macht existiren kann. Es ist das die Grundbedingung für ihr ferneres Dasein. Preußen kann unmöglich an derselben rühren, es kann nicht Hand anlegen an diese Grundlage der österreichischen Zukunft, ohne sich damit in den schroffsten Widerspruch zu setzen und seinem oben hervorgehobenen Interesse, diese Macht als einen Hauptpfeiler des europäischen Gleichgewichts zu stützen.

Was am Mindesten unsere vaterländische Politik sich vorgesetzt haben kann, das ist eine Abtrennung derjenigen Provinz von dem Nachbarreich, welche dessen Hauptstadt, das in Hinsicht auf Ausdehnung und Einwohnerzahl mit Berlin um den Rang streitende Wien einschließt. Inmitten der einander widerstreitenden Elemente, aus denen die österreichische Monarchie sich zusammensetzt, ist Wien ein Punkt der Einigung; es ist der Schlußstein im ganzen Staatsbau. Nicht ohne, daß der Einsturz des Ganzen dadurch zu einer bedrohlichen Eventualität gemacht würde, könnte er deplacirt werden. Wien ist außerdem als Centrum durch keine

andere Großstadt des Reichs zu ersetzen. Nicht um seiner Lage willen, denn allerdings liegt Pesth-Ofen mehr in dem Schwerpunkt der österreichischen Ländermasse. Allein es bringt in anderer Hinsicht nicht die nothwendigen, unentbehrlichen Verbindungen einer Reichshauptstadt mit. Eine hier ihren Sitz nehmende Regierung würde wesentlich stets nur für eine magyarische, nicht, im weiteren Sinne, für eine österreichische gelten.

Zu dem Allen kommt, daß Preußen mit Wien eine Erwerbung machen würde, der es im bundesstaatlichen Bau des von ihm angestrebten deutschen Staatswesens schwer eine passende Stelle anzuweisen vermöchte. Die Aufgabe, den Gewinn für den Staatszweck zu verwerthen, würde es in Verlegenheit setzen! Unmöglich könnte es als Ausweg gelten, Berlin und Wien sich in die Funktionen eines deutschen Zentrums theilen zu lassen. Denn unfehlbar würde gerade dadurch das am meisten erschwert werden, was zu bewirken uns von der höchsten Wichtigkeit ist: die allmälige Verschmelzung der Interessen des deutschen Nordens und Südens. Der, in vielen Beziehungen fortbestehende Gegensatz zwischen beiden, von dem wir hoffen dürfen, daß er allmälig schwinden werde, erhielte damit, unseren besten Interessen durchaus zuwider, eine neue Stütze. Der Einheit, so weit sie in bundesstaatlicher Form erreicht werden kann, würde die Spaltung substituirt, und beunruhigende Eventualitäten, mit denen wir nicht mehr rechnen zu müssen hoffen, würden auf's Neue in eine uns beängstigende Nähe gerückt.

Wir haben uns, in Betreff des letzten Theils unserer Auseinandersetzung, nur auf einen Abriß beschränkt, auf eine mehr andeutende als gründlich entwickelnde Darlegung, und zwar weil wir die Ueberzeugung haben, daß diese Dinge zu klar sind, um mehr als eine bloße Berührung zu bedürfen, damit sie in das hellste Licht treten.

Eine genaue Auseinandersetzung und Darlegung unserer Beziehungen zu Oesterreich hat bedeutende Schwierigkeiten. Hier indeß kommt es uns nicht unerheblich zu Statten, daß im vorausgehenden Kapitel wir derselben bereits vorgearbeitet haben. Der wichtigste Punkt: Preußens Verhältniß zu den deutsch-österreichischen Provinzen wurde bereits besprochen. Wir können nichts Besseres thun, als an die dabei gewonnenen Ergebnisse anzuknüpfen, und sie für unsere weitere Erörterung zur Grundlage zu machen.

Das Hauptresultat, zu dem die vorstehenden Erwägungen uns geführt haben, ist dieses: daß Preußen für die Erhaltung der österreichischen Monarchie in ihrem heutigen Bestande auf das Allerlebhafteste interessirt ist: daß es, in Anbetracht der heute bestehenden Umstände, von denen nicht anzunehmen ist, daß sie einem Wechsel ausgesetzt sein werden, diesem Interesse eine ungleich höhere Bedeutung beimißt, als den Vortheilen, die es etwa aus den dem Kaiserstaat abzunehmenden Territorien ziehen könnte.

Hinge es von Preußen allein ab, so würde darum auch der, leider zwischen ihm und Oesterreich noch fortbestehende politische Gegensatz längst aufgehoben sein. An Annäherungsversuchen zu solchem Zweck hat es, von Seiten unseres vaterländischen Staats, wahrlich nicht gefehlt. Ja, wir dürfen behaupten: daß schon in der Anlage, welche diesseits dem 1866er Kriege gegeben worden war, das Bestreben Ausdruck fand, denselben zu einer, wenn auch nachdrücklichen, so doch nur kurzen bewaffneten Auseinandersetzung mit Oesterreich zu machen, zu einer politischen Episode so zu sagen, ohne langdauernde Nachwirkungen, und durch welche, namentlich dem späteren einigen und innigen Zusammengehen beider Mächte, kein Eintrag geschehe. Diese Annahme befestigt sich bis zur Evidenz, wenn man beide Kriege, den damaligen und den heutigen mit einander, in

Hinsicht auf das Maß der dabei unsererseits zur Entwickelung gekommenen Leidenschaft vergleicht. Wohl waren die Interessen heilige, für welche Preußen, vor vier Jahren, wider Oesterreich in den Kampf zog, aber der Enthusiasmus, welchen sie anderen Falls erweckt haben würden, wurde durch die Betrachtung: daß es eine Brudermacht sei, auf welche die zerschmetternde Wucht unserer Waffen fiel, fast zum Schweigen gebracht. Unausweichbar war die politische Nothwendigkeit für uns, den Gegner niederzulegen. Allein es geschah, Seitens unserer Armee, fast mit dem Gefühl des Bedauerns, daß es so kommen mußte, und nicht anders.

In dieser den Sieger beherrschenden und seinen Feuereifer dämpfenden Stimmung rücksichtlich des damaligen Gegners liegt ein Erklärungsgrund für Manches, was sonst ohne Erklärung geblieben sein würde. Selbst auf unsere diplomatische Haltung ist sie nicht ohne Einfluß geblieben. Wenn die Intervention des Kaisers Napoleon III. zu Gunsten Oesterreichs damals von Preußen angenommen wurde, ungeachtet sie die Aufgebung bedeutender Chancen erheischte, so geschah es: weil Oesterreich gegenüber unsere vom Staats-Egoismus vertretenen Interessen überhaupt nicht das Ausschlaggebende sind und sein können, weil andere höhere Erwägungen hier die Vorhand haben, wie denn überhaupt: weil es sich hier um einen Ausnahmefall, um etwas isolirt Dastehendes handelte, und in Betreff dessen der nächste Abschluß uns, unter allen Umständen, zugleich als der beste erscheinen mußte. Die französische Drohung an und für sich hat uns nicht bestimmt, auf eine Hinübertragung des damaligen Krieges über die Donau zu verzichten. Denn Frankreich war ungerüstet. Die Vortheile der Bereitschaft und einer überlegenen Bewaffnung befanden sich beide auf unserer Seite mit der Hälfte der Kräfte, welche wir diesem Feinde gegenüber heute eingesetzt haben, hätten wir ihn damals nieder-

schlagen können. Keines Preußen Urtheil entzog sich diese Lage der Verhältnisse, und die Staatsregierung im Besonderen kannte sie genau. Dennoch bequemte man sich zum Frieden, und zwar, wenn man auf den Hauptgrund zurückgeht: weil man Oesterreich nicht zum Aeußersten bringen wollte. Denn, um in einem Doppelkampf am Rhein und gleichzeitig an der Donau zu siegen, würden wir Bedacht darauf haben nehmen müssen, den Krieg auf der einen Front, da wo uns die Ueberwältigung des schwächeren Widerstandes nur noch übrigte, unter allen Umständen zu Ende zu bringen, um baldmöglichst alle Mittel für die auf der anderen Seite zu lösende Aufgabe verfügbar zu haben. Wir hätten uns mithin in dem Fall befunden, wider die Habsburgische Monarchie Hebel anzusetzen, welche diese aus den Angeln gehoben hätten. Bis zu letzterem Punkte, d. h. bis zum völligen Umsturz Oesterreichs, wollten wir die Dinge nicht treiben. Preußen war der Ansicht — und dieselbe rechtfertigt sich eben heute — daß ihm ein anderer Weg, um zur Einigung der deutschen Kleinstaaten unter seinem Vortritt zu gelangen, vom Schicksal vorbehalten sei, der den unschätzbaren Vortheil vor dem ersteren voraus habe, nicht über die Trümmer Oesterreichs zum Ziele zu führen. Für diesen hat es sich entschieden, obwohl er ihm die Nothwendigkeit eines längeren Abwartens auferlegte. Die Zeit dürfte nicht mehr fern sein, wo man auch in unserem großen, zum Theil deutschen Nachbarstaat diese Thatsache allseitig in dem Sinne zu würdigen verstehen wird, wie sie es verdient.

Es muß bedauert werden, daß das Abwarten, zu dem wir uns wesentlich um des Interesses willen bestimmen ließen, das wir an dem Fortbestande der österreichischen Monarchie nehmen, uns eben von dieser letzteren Seite her schlechte Früchte eingetragen hat. Unser Haltmachen am Main, d. h. auf halbem Wege zum Ziele, erweckte bei Freunden und Feinden Zweifel

darüber: ob wir wirklich im Stande sein würden, letzteres später zu erreichen. Die von dem Blitzschlage der Schlacht von Sadowa betäubten Gegner ermannten sich, schöpften Muth und sammelten sich. Was war natürlicher, als daß die österreichischen Staatsmänner von der Hoffnung ergriffen wurden: Preußen könne aus der um die halbe Entfernung vom Ziele abgebliebenen Position wieder hinaus gedrängt werden. Im Besonderen wurden solche Aussichten durch den sich zu großer Schärfe herausbildenden Gegensatz zwischen unserer und der französischen Politik unterstützt. Mit dem abwechselnden Steigen und Fallen der Wahrscheinlichkeit, daß es zwischen den beiden Mächten zum Bruch kommen werde, sind im Grunde genommen die vier Jahre seit dem Friedensschluß von Prag ausgefüllt. An sonstigen Ereignissen sind sie arm. Urtheilen wir nicht zu hart über die Haltung Oesterreichs während dieser Periode. Sie war uns entschieden feindlich oder mindestens doch im höchsten Maße übelwollend. Allein, insofern alle Politik stets menschliches Werk bleibt, werden sich von ihr niemals auch Rancünen und Eingebungen der Leidenschaft fernhalten lassen. Nun wohl denn: die Epoche, von der wir reden, ist auch heute noch nicht für Oesterreich zum Abschluß gekommen. Allein ein jeder neue Sieg, den unsere braven Heere auf französischem Boden gewinnen; ein jeder Schritt, den sie zum Haupt-Operationsobjekt weiter vorwärts thun, rückt diesen Abschluß näher. Schließlich wird und muß er zeitlich zusammenfallen mit der Vollendung des Werkes, welches sich Preußen vorgesetzt hat: Niederwerfung Frankreichs und Aufrichtung des unter seiner eigenen Führung zu einigenden deutschen Bundesstaats. Von dem Augenblick an, wo Beides eine vollendete Thatsache geworden sein wird, muß nothwendiger Weise auch Oesterreich seine Politik, uns gegenüber, von Grund aus ändern. Die Männer an der Spitze, welche seit 1866 den Geschäften vorgestanden, und die Re-

präsentanten der seither befolgten Politik gewesen, die darauf ausging, Preußen im Rücken zu überfallen, wenn es im Kampfe mit Frankreich unglücklich wäre, können nicht füglich den dringend auf eine Aussöhnung mit Preußen angewiesenen Kaiserstaat ferner noch leiten. Wenn ein Ausgleich zwischen beiden Mächten, bei dem die Vergangenheit dem Vergessen übergeben und für ihr zukünftiges gegenseitiges Verhältniß ein neuer Grund gelegt werden muß, zu Stande kommen soll, so müssen die beiden Grafen v. Beust und Adrassy (!) vom Staatsruder abtreten. Den besten Zeitpunkt für den Rücktritt auszuwählen kann man ihrem eigenen Takte überlassen. Mit dem Sturze des französischen Kaiserreichs wird eine neue Zeit anheben, — und jede neue Epoche erträgt nur die Männer, welche mitgewirkt haben, sie herauf zu führen, und schließt die übrigen aus, um sie durch ganz neue zu ersetzen. Ueberhaupt versteht es sich von selbst, daß die Feinde Preußens in Wien und Pesth aus der amtlichen Sphäre sich in das Privatleben zurückziehen werden müssen. Es ist das Interesse Oesterreichs, — nicht etwa das unsrige, — was dies laut und dringend fordert. Preußen seinerseits bietet vorerst nur Eins dafür: den Frieden! Wenn man die europäische Situation, wie sie sich nach dem Kriege gestalten wird, vorschauend prüft, gelangt man zu dem Ergebniß: daß der Charakter bestimmend für die nachfolgende Epoche, namentlich das Verhältniß zwischen Oesterreich und Preußen sein wird. Da kein Grund besteht anzunehmen, daß unsere Dispositionen andere als die für Oesterreich allergünstigsten sind, so wird es wesentlich in die Hand dieser Macht selbst gelegt sein, zu entscheiden, welche Lage sie sich bereiten will. Das Eine ist gewiß: daß es mit der Politik der Rancüne für immer vorüber sein wird. Dieselbe fortsetzen wollen würde diejenigen Staatsmänner, welche es unternähmen, nicht nur vor Oesterreich, sondern vor Europa verantwortlich machen.

Der Welttheil, nachdem er durch die beinahe zwanzigjährige mit Krieg und Blut und Unruhen erfüllte Epoche des zweiten französischen Kaiserreichs hindurch gegangen ist, bedarf der Ruhe. Für die habsburgische Monarchie im Besonderen ist der Frieden, und zwar ein unbewaffneter wahrer Frieden, dringendes Bedürfniß, mehr wie für irgend eine andere Macht. Obwohl Oesterreich nicht mit zu den Staaten zählt, welche, weil an der Spitze der heutigen Kulturbewegung stehend, eben darum zugleich über die reichsten Mittel verfügen, sind seine Staatsausgaben in unserer Zeitperiode zu einer riesigen Höhe gestiegen. Das Armeebudget allein verschlingt jährlich siebenzig Millionen Gulden. Ob in der näher gelegenen Zukunft es gelingen werde, inmitten des finanziellen Verfalls, einen Staatsbankerott dennoch zu vermeiden, scheint schon für die Mitglieder des letzten Kabinets eine offene unentschiedene Frage gewesen zu sein. Die Verbesserung ihres Kredits inmittelst allergründlichster Reformen, im Sinne des Ersparnißsystems, stellt sich der österreich-ungarischen Monarchie als Hauptaufgabe hin. Dieselbe ist aber nur dann lösbar, wenn die Ausgaben für die Armeen auf ein Minimum reducirt werden können. Und allerdings ist, allem Anschein nach, die Epoche, welche mit der Niederwerfung Frankreichs durch Preußen eingeleitet werden wird, dem günstig; desgleichen und vor Allem die Herstellung eines unter Preußens Leitung stehenden deutschen Bundesstaats. Denn es ist das Unterschiedliche der Konföderationen, im Gegensatze zu den straffen und centralisirten Einheitsstaaten, daß ihre Politik sich auf sich selbst zurückwendet, anstatt nach außen hin Ziele, innerhalb der Interessensphäre fremder Mächte, zu verfolgen. Es wird für Oesterreich um so leichter sein, dem ihm von der deutschen Staateneinigung zu gebenden Beispiel zu folgen, als ein anderer großer Nachbar, seit länger als einem Jahrzehnt bereits, auf den Bahnen einer ausschließlich auf sich selbst,

und so zu sagen in sich hinein gewendeten Politik vorschreitet. (Rußland.)

Die österreichische Politik ist nicht auf Deutschland, nicht auf die untere Donau, mindestens zunächst nicht, und nicht auf den Orient hingewiesen, sondern auf ihren eigenen Staat allein. Denselben zu stärken, nachdem so viele Mißgriffe, die man begangen, ihn geschwächt, stellt sich ihr als die höchste Aufgabe hin. Es gilt, im rüstigen Fortschritt auf den Bahnen der Kultur Einwohnerzahl und Reichthum zu heben, und dadurch im Innern zurück zu gewinnen, was man nach außen hin durch den Verlust der italienischen Provinzen eingebüßt. Gelingt das, dann ist Alles wieder eingebracht. Die Wahrzeichen am politischen Himmel stehen günstig für das Unternehmen. Nur noch nicht zu erkennen ist der Staatsmann, der leitend ihm vorstehen wird.

Bei einer Erwägung unserer politischen Verhältnisse zu Rußland empfiehlt es sich zunächst unserer Beachtung, daß Preußen, wenn auch in Europa direkt Nachbar dieser Macht, es dennoch nicht zugleich in Asien ist. Dieser Umstand ist namentlich bedeutungsvoll, weil das Zarenreich, im letzteren Welttheil, nicht nur die Hauptmasse seines Territoriums besitzt, sondern seine Erweiterungstendenz auch mit Entschiedenheit seit dreißig bis vierzig Jahren ausschließlich ihm zugewendet ist. Da England und Frankreich in Asien possessionirt sind, und, selbst die amerikanische Union, in Japan und China, Rußland gegenüber große indirekte Interessen zu wahren hat, die zunächst aus der Stellung von Kalifornien zu diesen Reichen sich ergeben, so befindet sich unter den Großmächten Oesterreich allein in dem nämlichen Fall wie Preußen; allein doch immerhin mit dem durchaus nicht gering anzuschlagenden Unterschiede, daß in Folge seiner durch die Donau bedingten politischen Gravitation zum Pontus Euxinus, d. h. zu einem Meere hin, dessen Ufer sich zwischen Europa und Asien theilen, Umstände denkbar sind, die das Reich der Habs-

burger darauf hinführen und bestimmen könnten, auch hier, im letzteren Erdtheil, Rußland hemmend und hindernd entgegenzutreten.

Sodann ist es im hohen Grade wichtig, daß die auf Europa sich beschränkenden Bestrebungen der preußischen Politik wesentlich nur das eine Ziel, Süddeutschland, also Bayern, Württemberg und Baden bundesstaatlich der Nord-Konförderation anzuschließen, im Auge haben. Denn sie befinden sich in Folge dessen in einer Raumsphäre eingegrenzt, die außer direkter Berührung zu Rußland gelegen, weder den Einwirkungen dieser Macht ausgesetzt ist, noch durch das, was sich in ihr vollzieht, und namentlich wenn es Seitens Preußens geschieht, einen Einfluß auf russische Interessen üben kann.

Die russisch-preußische Grenze ist im Jahre 1814 auf dem Wiener Kongreß, und wir hoffen endgültig und für alle Zeiten, festgestellt worden.

Seitdem ist mehr als ein halbes Jahrhundert verflossen, — eine bewegte Zeit! Allein nichts ist während derselben geschehen, was eine Aenderung dieser Grenzlage auch nur als eine fernstehende Eventualität hätte erscheinen lassen können. Von allem Anfang an stand übrigens fest, daß, welcher Wechsel auch in Hinsicht auf die deutsche und damit europäische Stellung unserer vaterländischen Monarchie dermaleinst eintreten möge, dennoch durch solchen Wandel nimmermehr die Linie berührt und alterirt werden könne, welche die preußischen und russischen Territorien von einander scheidet. Das Jahr 1866 ist darum einflußlos geblieben auf unsere ein und für alle Mal festgestellten Beziehungen zu Rußland. Der Eintritt Preußens in größere staatliche Dimensionen hat gleichwohl unserer dem czarischen Reiche zugewendeten Front nicht um eines Schrittes Länge zugesetzt. Auch wenn in den heute von der Hohenzollern'schen Monarchie präsidirten Staatenbund Bayern, Württemberg und

Baden mit aufgenommen werden, wird unser Verhältniß zu Rußland dadurch, in Hinsicht auf die direkten Raumbeziehungen beider Mächte, nicht um eines Haares Breite geändert. Das heißt offenbar mit anderen Worten: die in Aussicht genommene Erweiterung des Nordbundes läßt die unmittelbaren russischen Interessen durchaus und vollkommen außer Spiel.

Die Behauptung, daß aus dem Fortschreiten unseres vaterländischen Staates auf den Bahnen, die er seit dem Jahre 1866 betreten, bis zu dem Ziele einer bundesstaatlichen Einigung aller außerhalb der österreichischen Grenzen gelegenen deutschen Lande sich nothwendig eine Divergenz, ja ein diametraler Gegensatz der russischen und preußischen politischen Interessen entwickeln müsse, ist mithin eine durchaus bodenlose französische Insinuation. Diese Interessen dürfen, im Gegensatz zu solcher Behauptung, als für alle Zeiten fest verbundene angesehen werden, und zwar auf Grund eines Verhältnisses, das seither seinen Werth unvermindert bewahrt hat und ihn auch behalten wird, auch in einer fern gelegensten Zukunft. Es ist die feste und unwandelbare Stellung, welche Preußen nicht minder wie Rußland und zwar durch seine besten Interessen, wider alle Pläne, Ränke und Intriguen, die auf eine Herstellung des weiland polnischen Reiches abzielen, einzunehmen veranlaßt ist. In anderen Worten ausgedrückt heißt das: unsere auf die durch Frankreich immer wieder aufs Neue aufgeworfene sogenannte polnische Frage Bezug nehmende Politik ist mit der bezüglichen kaiserlich-russischen identisch. Rücksichtlich unseres Nachbarverhältnisses zu Rußland aber bedeutet diese Uebereinstimmung um so mehr, da es gerade die ehemaligen polnischen Lande sind, welche, in unseren und in russischen Händen, dasselbe vermitteln. Ein Interessen-Gegensatz auf Grund des unmittelbaren Aneinandergrenzens der beiden in Rede stehenden Mächte, wie er sich wohl anderwärts überall herausgestellt haben würde, existirt mithin in dem vorliegenden Falle

entschieden nicht. Und das ist augenscheinlich ein Umstand, dem man für die russisch-preußischen Beziehungen nicht füglich eine zu große Bedeutung beimessen kann. Mindestens kann eine bessere Grundlage für das gute Einvernehmen zweier Grenzstaaten nicht gedacht, noch von der Phantasie eines Politikers erfunden werden. Mit der durch ihre größten Interessen bedingten Tendenz, sich gegenseitig Schutz und Beistand zu gewähren, schließen beide Mächte sich genau auf dem Punkte aneinander, der für beide ein bedrohter, und, was Rußland allein angeht, überhaupt der bedrohteste ist. Denn eine jede neue Inscenirung jener gefährlichsten aller französischen politischen Intriguen, die man die polnische Frage nennt, berührt das Zarenreich nachdrücklicher, empfindlicher, tiefer und entscheidender als Preußen. Wäre es überhaupt denkbar, daß eine fremde Macht — und als diese kann Frankreich allein in Betracht kommen — Rußland von den Bahnen abzudrängen vermöchte, auf denen es seit beinahe zwei Jahrhunderten mit unerschütterter Sicherheit einherschreitet, so würde es nur durch eine von ihr im weitesten Umfange vorbereitete und mit den imposantesten Mitteln unterstützte polnische Insurrektion geschehen können. Bei der Ungewißheit, in welcher die schwankenden Interessen der anderen Mächte und ihre noch schwankendere Auffassung derselben die russische Politik in Betreff des wichtigen Fragepunktes lassen, welches ihre Stellung zu einem etwa erneuerten, derartigen französischen Versuche sein würde, bietet ihr Preußen, im Grunde genommen, die einzige Gewähr dawider dar. Und der Werth dieser durch unsere vaterländische Monarchie dem befreundeten Nachbarreiche gebotene Garantie wird sich im Verhältniß erhalten zu der Macht, welche sie dafür einzusetzen im Stande ist. Ein starkes Preußen ist selbstredend eine sicherere Schutzwehr des russischen schwachen Punktes, seiner Herzgrube so zu sagen — denn das sind im eigentlichen Wortsinne seine polnischen Lande — als ein schwaches. Und solange

Preußen aufrecht steht, ist im Grunde genommen von keiner Gefahr für Rußland die Rede, — es sei denn, daß dem Gegner sich Mittel und Wege böten, diese Schutzwehr zu umgehen.

Was, im Gegensatze zu Preußen, Oesterreich angeht, so kann es für Niemanden, der ein reiferes Verständniß der sogenannten polnischen Frage und der in dieselbe einschlagenden Verhältnisse besitzt, einem Zweifel unterliegen, daß seine Stellung zu diesen eine wesentlich verschiedene ist. Die Wiederherstellung des polnischen Reiches würde allerdings, wenn sie im vollen Umfange stattfände, auch für die Habsburgische Monarchie den Verlust einer Provinz bedingen. Galizien würde für dieselbe unter solcher Voraussetzung verloren gehen. Diese Einbuße indeß hätte immerhin nur den Verlust eines Außenpostens zu bedeuten. Die starke, weil nur inmittelst weniger Päße zu forcirende Grenze der Karpathenlinie bliebe Oesterreich erhalten. Damit verbliebe die eigentliche strategische Position der Monarchie gegen Nordosten unberührt. Anders stände es in dem gleichen Falle um Preußen. Lebte Polen dem Gesetze der Geschichte entgegen und im Widerspruch mit dem heutigen staatlichen Besitzrecht in seinen alten Grenzen wieder auf, so wäre unsere Ostprovinz dadurch von dem Rest des Staates abgetrennt, Schlesien selbst in seiner Verbindung mit demselben bedroht und mit dem uns entrissenen Posen und dem Netzdistrikte ein Keil fremden Gebietes gerade in der Richtung auf die Hauptstadt vorgetrieben.

Dieser Unterschied in Hinsicht auf die Stellung der Habsburgischen und Hohenzollern'schen Monarchie zu den polnischen politischen Träumen ist nicht ohne einen faktischen und bedeutsamen Ausdruck in der Geschichte des letzten Jahrzehnts verblieben. Die von Frankreich zu Anfang des Jahres 1863 angezettelte polnische Insurrektion hatte den Zweck, Rußland durch die Wiederherstellung des Reichs der Jagellonen ins Herz zu treffen. Man weiß, wie bereitwillig Oesterreich war, dem bona-

partischen Anschlage dienstbar zu sein. Die Schwierigkeiten, welche seiner Ausführung entgegen standen, beruhten auf dem Widerwillen Englands, sich auf ein derartiges, in Betreff seiner Rückwirkungen unberechenbares Unternehmen einzulassen, und auf der Unmöglichkeit, dem entschiedenen preußischen Widerspruch entgegen, es beim damals noch bestehenden deutschen Bunde durchzusetzen, daß eine Etappenstraße, quer durch Süddeutschland hindurch, den französischen Heeren geöffnet wurde. Im Gegensatz zu dieser letzteren Verbindungslinie zwischen Frankreich und dem ins Auge gefaßten Kriegstheater im russischen Polen wurde eine andere quer durch Oberitalien und die Alpen zweimal übersteigende, von französischen militärischen Autoritäten mit Recht als für zu excentrisch, zu große Umwege und eben darum Zeitverlust und andere Uebelstände bedingend, verworfen. Die damals Rußland deckende und vor einem Krieg, dessen Ausgang mindestens zweifelhaft erscheinen durfte, bewahrende Macht war mithin Preußen, und zwar vermochte sie diesen schwerwiegenden, entscheidenden Liebesdienst dem befreundeten Nachbar zu leisten kraft ihres in jener Zeit noch durch das deutsche Bundesverhältniß vermittelten Einfluß auf die süddeutschen Kleinstaaten Bayern, Württemberg und Baden. Hierin liegt ein in die Augen springender Beweisgrund dafür, daß, wenn immerhin auch zwischen Rußland und dem deutschen Süden keine eigentliche direkte politischen Beziehungen bestehen, dennoch auf Grund von Verhältnissen, die noch für lange Zeit als in Kraft bleibend angesehen werden müssen, d. h. um der Sicherung des russisch-polnischen Besitzstandes willen im Fall eines Zusammengehens Oesterreichs und Frankreichs behufs seiner Bedrohung, das Czarenreich lebhaft dabei interessirt ist, daß die betreffende Sphäre, inmittelst welcher jene beiden Mächte ihre Verbindung militärisch herstellen würden, nicht unter deren Einfluß falle. Nun kann aber füglich gegen eine solche Gefahr keine bessere Garantie gefunden werden, als

der Eintritt Bayerns, Württembergs und Badens in die von Preußen präsidirte Staaten-Einigung. Wenn das Zustandekommen desselben das preußische politische Hauptinteresse ist, so ist es mithin allermindestens auch zugleich ein sehr bedeutendes und zugleich dringliches russisches Interesse. Wir dürfen mithin behaupten, daß nicht nur am Niemen und an der Weichsel, sondern auch an der oberen Donau und am Main Rußland und Preußen gegenseitig auf eine Unterstützung ihrer Politik angewiesen sind und daß namentlich, wenn Preußen seine deutsche Politik zu einem die Nation befriedigenden Schlußpunkt zu führen vermag, dies entschieden, wenn auch indirekt, zum Vortheil Rußlands ausschlagen muß."

Eine russisch-französische Komödie.

Während eines Besuches im Dezember 1871 in Petersburg besuchte Prinz Friedrich Karl von Preußen bei seinem Aufenthalte in Moskau am 17. Dezember auch das von Lontjew und Katkow gegründete Nicolaus-Lyceum. Der Letztere, bekanntlich Hauptredakteur der „Moskauer Zeitung", sagte dabei zu ihm: „Wir wünschen, daß Rußland in seinen Angelegenheiten und der Beurtheilung dessen, was ihm fromme, ganz selbstständig sei. Wir lassen uns in unseren Ansichten vom russischen Interesse leiten, sind aber keineswegs die wüthenden Deutschenfresser, als welche uns die deutschen Zeitungen darstellen." Darauf erwiderte der Prinz: „Ich verstehe Sie. In diesem Sinne würde ich an Ihrer Stelle der enragirteste Russe sein. Was Deutschland betrifft, so wissen Sie selbst — Sie lebten ja in Deutschland — daß die Deutschen ein friedliebendes Volk sind. Gott sei Dank, es ist uns gelungen, große Siege zu erringen; wir wünschen aber nichts, als den Frieden. Die deutsche Kultur hat, wie ich glaube, einige Vorzüge vor der französischen, der in Rußland der Vorrang eingeräumt wurde, und es wäre wünschenswerth, daß die Russen sich mit der deutschen Bildung näher bekannt machten. Wir haben einen großen Erfolg gehabt, aber auch in Rußland geschehen Wunder. Sie vollbringen in einigen Jahren, was andere Völker in Jahrhunderten erreichten. Es ist mir bekannt, daß Sie die Reformen Ihres Kaisers unterstützen. Deutschland wünscht den Frieden und die Freundschaft mit Rußland. Unsere Interessen kollidiren in keiner Weise mit denjenigen

Rußlands. Wenn in Deutschland eine gewisse Unzufriedenheit mit Rußland herrscht, so hat diese einzig in der zu strengen Abschließung seiner Grenzen und der übermäßigen Beengung des Handels durch die Strenge des Tarifs ihren Grund; was aber ist dagegen zu thun? Sich darüber zu beklagen, hat Niemand ein Recht. Was den Tarif betrifft, so waren wir niemals Fürsprecher der hohen Schutzzölle und sind im Gegentheil der Meinung, daß sie uns selbst Nachtheil bringen, indem sie unsere Produktivität lahm legen."

Die „wüthenden Deutschenfresser" in Rußland waren kaum jemals lauter, als gerade damals, wo ihr Vorbeter gegen solche Bezeichnung protestirte. Wenn es nach ihren Sympathieen gegangen wäre, so hätten die zarischen Armeeen gegen Deutschland marschiren müssen; nur des Zaren Wille gab den Ausschlag im entgegengesetzten Sinne. Nach dem Kriege von 1866 schon führte die panslavistische Presse laut und bitter gegen die Politik des deutschen Reichskanzlers das Wort. Noch viel bitterer und lauter that sie dasselbe während des französischen Krieges, wo man in Deutschland wenig darauf achtete, zumal da man sich bei der günstigen Haltung des Kaisers Alexander gern beruhigte. Aber seine Unterthanen dachten und schrieben anders und erklärten gerade heraus, das „unnatürliche Bündniß" zwischen Rußland und Preußen müsse aufhören. Nun muthete ihnen das Dreikaiserbündniß, das bald nach dem Kriege eine ganz neue politische Konstellation der europäischen Mächte schaffen sollte, noch obenein zu, sich mit Oesterreich auszusöhnen.

Das Hauptbestreben des Fürsten Bismarck nach dem letzten Kriege galt der Erhaltung des Friedens. Dieses Ziel glaubte er am ehesten zu erreichen durch mächtige Bundesgenossen. Oesterreich gewann er, nachdem Graf Andrassy die Stelle des Herrn v. Beust eingenommen; der Nachfolger sah die wahren

Interessen Oesterreich-Ungarns nur durch dessen engen Anschluß an Deutschland gewahrt und unterhielt mit dem Reichskanzler die intimsten Beziehungen. Nach diesem ersten Erfolg stellte sich der Reichskanzler die Aufgabe, Rußland, den alten Freund Preußens, und Oesterreich, den neugewonnenen Freund, welche seit dem Krimkriege einander abgeneigt waren, miteinander auszusöhnen und beide durch ein festes Band mit Deutschland zu verbinden. Es handelte sich hier nicht um schriftliche Abmachungen, um Verträge und Protokolle, wohl aber darum, daß diese drei Mächte für die Wahrung und Befestigung des europäischen Friedens und über die zur Erhaltung desselben nöthigen Mittel sich aussprachen, und daß sie durch eingehende Besprechungen der wichtigsten europäischen Fragen, von welchen damals die orientalische im Vordergrund stand, eine Gleichartigkeit der Anschauungen und Pläne erzielten. Diese Bestrebungen fanden ihren deutlichsten Ausdruck in der Drei-Kaiser-Zusammenkunft zu Berlin vom 5. bis 11. September 1872, bei welcher Kaiser Wilhelm in täglichem engen Verkehr mit den Kaisern Alexander und Franz Joseph stand und Fürst Bismarck mit dem Fürsten Gortschakow und dem Grafen Andrassy täglich lange Besprechungen hatte. Wir haben nichts Authentisches über diese Besprechungen; aber die bloße Thatsache der Zusammenkunft der drei größten Monarchen Europas und ihrer ersten Minister war ein beredtes Zeugniß für den Beginn einer neuen Aera, in welcher das deutsche Reich die erste Rolle spielte. Die Bedeutung dieser Zusammenkunft faßte der Reichskanzler in seiner Anrede an die Deputation der Stadt Berlin, welche ihm am 9. September das Ehrenbürgerdiplom überreichte, in den Worten zusammen: „Die freundschaftliche Begegnung der Kaiser wird bei unseren Freunden die Zuversicht in der Erhaltung des Friedens bestärken und unsern Gegnern die Schwierigkeit, ihn zu stören, klar machen!“

So viel Selbstverleugnung Gortschakow besaß, um dem Willen des Kaisers zu dienen, dessen persönliche Stimmung bei den Ereignissen, die unter der Regierung König Wilhelm I. in Preußen und Deutschland eintraten, die russische Politik bestimmte, so verleugnete der Reichskanzler doch niemals eine besondere Vorliebe für Frankreich. Nur seinem persönlichen Pflichtgefühl war es zuzuschreiben, daß er es sich versagte, nach Sedan für die Franzosen zu interveniren. Nach Beendigung des Krieges aber glaubte er, vom Standpunkte der altrussischen Partei, der Panslavisten, deren Bestrebungen er bis zu einem gewissen Grade von jeher getheilt hatte, durch die Zulassung der Niederwerfung Frankreichs einen schweren Fehler begangen zu haben. Von nun gab er seinen Sympathieen für Frankreich einen immer ostensibleren Ausdruck, bis er im Jahre 1875 sich dazu verleiten ließ, die Rolle eines Friedensretters gegenüber dem deutschen Reichskanzler, der als der „Berliner Hitzkopf" von Europa direkt des beabsichtigten Friedensbruches angeklagt wurde, zu improvisiren.

Fürst Gortschakow, der damals nach seiner Ansicht noch auf der Höhe seines politischen Könnens stand, hatte sich durch diplomatische Formlosigkeit eine Lektion zugezogen, welche in der Sendung des Herrn von Radowitz nach Petersburg ihren Ausdruck fand. Zunächst um diese Thatsache vor dem Kaiser Alexander und den fremden Diplomaten zu verdecken, wurde der Radowitz'schen Mission das erdichtete Motiv der „Sondirung Rußlands" im Falle eines Krieges mit Frankreich untergelegt. Mit dieser Fiktion war gleichzeitig der Zweck verbunden, dem Fürsten Gortschakow die Anerkennung in der Pariser Presse zu verschaffen, welche stets sein Bedürfniß war. In dieser Richtung wurde unter Mitwirkung des derzeitigen französischen Botschafters in Berlin, Vicomte Gontaut-Biron, der Plan in Szene gesetzt, die französische Presse und alle Gegner Deutschlands glauben zu

machen, daß Deutschland Frankreich „überfallen" wollte und daran durch den Fürsten Gortschakow verhindert werden müßte.

In dem im Jahre 1880 erschienenen Buche von Ernest Daudet „Souvenirs de la Présidence du Maréchal de Mac Mahon" befindet sich ein ganzes Kapitel hierüber, wie es scheint, auf Grund von direkten Mittheilungen des Duc Decazes, der damals die „Rettungspolitik" für den Fürsten Gortschakow mit besorgte. Es geht daraus nicht weniger wie aus der späteren Veröffentlichung des Generals Leflo hervor, wie in Petersburg die Fabel der deutschen Bedrohung von Frankreich eingefädelt und dann in Berlin durch den französischen Botschafter weiter ausgesponnen worden ist.

Die Vorgänge vom Frühjahr 1875 werden uns von französischer Seite in folgendem Gewande berichtet:

„Anfangs März 1875 äußerte der deutsche Botschafter in London, Graf Münster, gegen seinen wenige Wochen später verstorbenen französischen Kollegen, den Grafen Jarnac, vertraulich, „die Nerven des Reichskanzlers seien doch ganz erschrecklich angegriffen." In der That hielt es Fürst Bismarck damals für angemessen, zugleich mit Belgien und Italien anzubinden. Bei der ersteren Regierung beklagte er sich über gewisse Hirtenbriefe belgischer Bischöfe und sonstige seiner Politik feindliche Veröffentlichungen wie z. B. die Adresse einer klerikalen Gesellschaft in Brüssel an den Bischof von Paderborn, und machte den Anschlag des belgischen Kesselflickers Duchesne oder vielmehr das von diesem dem Erzbischof von Paris gemachte Anerbieten, ihn, den Reichskanzler, zu ermorden, zum Gegenstande einer sehr gereizten diplomatischen Korrespondenz. Beim Quirinal verlangte er wiederum eine Revision des Garantiegesetzes, auf Grund deren die italienische Regierung dem Papste Pius IX. verbieten sollte, noch weiter in Wort oder Schrift gegen Deutschland zu agitiren. Während beide Kabinette sich dieser bedrohlichen

Schritte nach Kräften zu erwehren suchten, eröffnete die gesammte, den Eingebungen des Berliner Kabinetts zugängliche deutsche Presse, das soeben von der Nationalversammlung beschlossene Cadres-Gesetz zum Vorwand nehmend, einen heftigen Federkrieg gegen Frankreich. Die „Kölnische Zeitung" berichtete aus Paris, daß die schon begonnene Entlassung der Altersklasse von 1870 aus dem aktiven Dienst plötzlich wieder eingestellt worden sei, daß der französische Kriegsminister insgeheim beträchtliche Pferdekäufe bewerkstellige, daß man in Versailles die Herstellung einer Tripel-Allianz zwischen Frankreich, Oesterreich und Italien unter der Aegide des Papstes im Schilde führe. Die „Post" veröffentlichte ihren viel erwähnten Alarmartikel: „Der Krieg in Sicht." Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" verwahrte wiederum Oesterreich und Italien gegen den von dem rheinischen Blatte geäußerten Verdacht und die „National-Zeitung" nannte das Effektiv des französischen Heeres ein „kolossales", zugleich auf die Thatsache hinweisend, daß die eben erfolgte Votirung der Verfassung dem Kampfe der Parteien ein Ziel setze und daß alle diese Erscheinungen Deutschland die Augen öffnen sollten. Bei allen Höfen ließen die Vertreter des deutschen Reiches Klagen über die französischen Rüstungen vernehmen. Graf Schweinitz, der deutsche Botschafter in Wien, sagte rund heraus, man habe es nur der Langmuth Deutschlands zu danken, wenn der Krieg zwischen den beiden Nationen noch nicht ausgebrochen sei; die deutsche Reichsregierung erließ in demonstrativer Weise ein Pferdeausfuhrverbot. In Berlin war damals Frankreich durch Herrn von Gontaut-Biron vertreten, einen Staatsmann, der sich des besonderen Wohlwollens des Hofes erfreute, dem Fürsten aber gerade deshalb ein Dorn im Auge war. Kein Wunder, da er seiner Regierung Aeußerungen aus hohem Munde, wie die der Kronprinzessin, hinterbringen konnte, welche eines Tages von dem Reichskanzler sagte: „O dieser Mensch! Ich frage mich

manchmal, ob nicht das Zeug zu einem Cromwell in ihm steckt!" Dieser Herr von Gontaut also gerieth über den aggressiven Ton der deutschen Presse begreiflicherweise in große Bewegung und legte bei dem Staatsminister von Bülow gegen die ungerechten Anklagen derselben Verwahrung ein. Herr von Bülow lehnte jede Verantwortung für den Artikel der „Post" ab, ging aber nicht so weit, auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" zu desavouiren, Fürst Bismarck selbst legte sich noch weniger Zwang an. Er äußerte im engeren Kreise, aber mit der offenbaren Absicht, daß seine Worte weiter verbreitet würden: „Es ist gewiß, daß Frankreich seine militärischen Ausgaben beständig erhöht und in naher Zeit, vielleicht schon 1877, spätestens 1880, sich zu irgend einem tollen Streich hinreißen lassen wird. Wir können nicht warten, bis es so weit gerüstet ist, um uns den Krieg zu erklären, wir müssen ihm zuvorkommen." In demselben Sinne sagte Graf Moltke: „Man mag sich noch so sehr verwahren; ich halte mich nur an die Thatsache, daß die Nationalversammlung beschlossen hat, in jedem Regimente ein viertes Bataillon zu formiren. Das ist offenbar die Rüstung zu einem Kriege, dem wir zuvorkommen müssen, indem wir Frankreich angreifen, ehe es bereit ist." Herr von Gontaut, dem diese Aussprüche zu Ohren kamen, protestirte aufs Neue bei Herrn von Bülow, der ihm aber achselzuckend erwiderte: „Was wollen Sie? Ihr Cadres-Gesetz ist an Allem schuld." Ein anderer deutscher Staatsmann, Herr von Radowitz, mit dem sich Herr von Gontaut über diesen Gegenstand unterhielt und den er von den friedlichen Absichten Frankreichs zu überzeugen suchte, fiel ihm mit den Worten in die Rede: „Können Sie uns versichern, daß Frankreich keine Allianzen zu gewinnen hofft, daß es auf keine Revanche sinnt und daß wir, wenn wir es ruhig gewähren lassen, nicht Alles von ihm zu fürchten haben? Unser Interesse und die Ruhe Europas erheischen daher, daß wir nicht abwarten, bis es seine

Kräfte wieder hergestellt hat, um uns zu vernichten. Sie müssen zugeben, daß ich als Philosoph und Christ Recht habe." Schon meldeten die deutschen Blätter, daß Fürst Hohenlohe beauftragt sei, dem Herzog Decazes Vorstellungen wegen der französischen Rüstungen zu machen. Aus München berichtete der Geschäftsträger Herr Lefebvre de Béhaine, der bayrische Ministerpräsident hätte ihm anvertraut: „Der Reichskanzler glaubt, daß ihr eine Revanche sucht, und will dieser zuvorkommen. Neulich trug er sich mit dem Gedanken, euch zu zwingen, die Hälfte von Belgien zu nehmen und in eine Liga gegen das Papstthum einzutreten. Jetzt will er euch wieder verbieten, eure Armee wieder herzustellen. Er läßt Rußland im Orient freie Hand, weil diese Macht allein sich zwischen ihm und euch ins Mittel legen könnte." In der That fällt in dieselbe Zeit auch eine Mission des Herrn v. Radowitz nach St. Petersburg, über deren Natur man niemals ganz aufgeklärt war und die wahrscheinlich bestimmtere Zwecke nur für den Fall verfolgen sollte, daß Fürst Gortschakow den Einflüsterungen des deutschen Premiers ein gefälliges Ohr leihe. In Wien sah man aber wohl voraus, daß dies nicht der Fall sein werde. Graf Andrassy sagte dem französischen Botschafter Marquis v. Harcourt: „Alles was Deutschland der russischen Regierung, sei es in Petersburg oder bei der bevorstehenden Zusammenkunft der beiden Souveräne vorschlagen kann, dessen Spitze gegen Frankreich gerichtet wäre, wird zurückgewiesen werden, darauf können Sie sich verlassen." In der That soll Gortschakow, als Herr von Radowitz von den französischen Rüstungen zu sprechen anfing, ihm offen ins Gesicht gelacht und einige Tage später geäußert haben: „Ich weiß eigentlich noch immer nicht, weshalb man mir Radowitz geschickt hat. Auf alle Fälle hat er sich überzeugen können, daß Rußland nicht nur sich sebst an dem Kriege nicht betheiligen, sondern sich demselben sogar offen widersetzen wird." In Wien zeigte man sich dem

französischen Botschafter gegenüber ungemein reservirt. Auf die immer dringenderen Fragen des Letzteren gestand Graf Andrassy offen, er wisse von der deutschen Botschaft, daß die französischen Rüstungen Herrn von Bismarck beunruhigten. „Haben Sie uns selbst," fragte nun Herr von Harcourt, „deswegen eine Vorstellung zu machen?" — „O, der Gegenstand ist zu heikel," erwiderte der Minister, und nachdem er nachdenklich geschwiegen, fuhr er fort: „Herr von Bismarck sucht den Krieg mit Frankreich. Jeder Vorwand wird ihm dafür recht sein; wenn Sie ihm aber keinen solchen bieten, wird Rußland den Krieg zu verhindern wissen." — — —

Wenn die gegen Frankreich geplanten Anschläge scheiterten, so heißt es weiter, so geschah es vor Allem Dank dem Herzog von Decazes, der sich hinter das europäische Völkerrecht verschanzte und ohne sich irgend ein Gebot gefallen zu lassen, ohne abzurüsten, ohne von den laut gewordenen Beschwerden auch nur Akt nehmen zu wollen, lediglich erklärte, daß wir nicht gerüstet haben und nicht angreifen wollen; dann Dank England und Rußland, die zu Deutschland sagten: „Wir werden nicht dulden, daß ihr Frankreich, ohne daß es euch herausgefordert hat, den Krieg erklärt."

Der Herzog Decazes versäumte in der That nicht, die guten Dienste dieser beiden Mächte in Anspruch zu nehmen.

Lord Derby hatte sich schon gefragt, ob der Streich nicht eigentlich auf Oesterreich gemünzt wäre; nun erkannte er deutlich, daß er Frankreich galt. Gleichwohl glaubte er nicht, daß das letztere unmittelbar bedroht war. Die Sache, meinte er, würde sich in die Länge ziehen und die Pläne des Herrn von Bismarck würden erst später klar hervortreten; so blieb er einen Theil des April hindurch in einer abwartenden und beobachtenden Haltung. Als er dann am 25. April die Verhältnisse besser übersehen konnte, sagte er zu Herrn Gavard, unserem Geschäftsträger in

London, er könne noch nicht glauben, daß Herr von Bismarck mit dem Gedanken umginge, Frankreich anzugreifen. „Ein solcher Ueberfall," meinte er, „würde auf allgemeine Mißbilligung stoßen. Die englische Regierung würde nicht ermangeln, ihre Pflicht zu thun. Ich versichere Ihnen das so bestimmt, wie es ein konstitutioneller Minister thun kann. Ich habe dem Grafen Münster erklärt, daß ich die umlaufenden Gerüchte von angeblichen Absichten Deutschlands nicht ernst nehmen könnte. Man hat Frankreich nichts vorzuwerfen und an der Mäßigung Ihrer Regierung nichts auszusetzen. Herr von Bismarck hat kein Interesse daran, die Besorgnisse, welche in Europa wach geworden sind, zu unterhalten." An diese Erklärungen schlossen sich dann entsprechende Instruktionen für den englischen Botschafter in Berlin, Lord Odo Russel, und ein Handschreiben der Königin Viktoria an den Kaiser Wilhelm, in welchem an die bekannte Friedensliebe des Letzteren appellirt wurde und das im Wesentlichen besagte: „Ich werde eine Störung des Friedens nicht dulden". Als dann unmittelbar vor dem Besuche des Zaren in Berlin, der am 11. Mai stattfand, Lord Odo Russel seiner Regierung telegraphirte, daß jede Kriegsgefahr nunmehr beseitigt sei, empfahl ihm Lord Derby, sich gleichwohl den Bemühungen Rußlands zu Gunsten der Erhaltung des Friedens anzuschließen.

(Nach dieser Darstellung hat also die englische Diplomatie das Mißverständniß von Anfang an nicht ernst genommen und noch vor der Berliner Entrevue der Kaiser von Deutschland und Rußland behoben geglaubt. Da tritt nun aber Fürst Gortschakow in Scene.)

Sobald Fürst Gortschakow durch unsern Botschafter, General Leflô, Kenntniß von den Befürchtungen Frankreichs erhalten hatte, machte er aus den Sympathien Rußlands für uns kein Hehl. „Bei mir," sagte er zum General Leflô, „brauchen Sie Ihre Regierung nicht zu vertheidigen. Ich weiß am besten, wie

sie für die Beschwichtigung Europa's mitgewirkt hat und daß sie den Frieden nicht zu stören sucht. Mein lieber General, ich habe Ihnen nur eines zu sagen: Seid stark, seid stark." Und diese Empfehlung erinnerte General Leflô an einen andern Ausspruch, den der Zar einst gegen ihn bei einer Revue gethan hatte, indem er ihm seine Armee zeigte. Fürst Gortschakow sagte dann weiter: „Jawohl, seid stark! Ihr seid zu reich, um nicht Neid zu erregen. Die Milliarden, die Ihr gezahlt habt, kehren zu Euch zurück und Frankreich macht Bismarck Sorge. Ich habe es ihm gesagt, denn wir sind über seine Handlungsweise entrüstet. Noch einmal: macht Euch stark!" Bald darauf führte Fürst Gortschakow dieselbe Sprache, diesmal aber fügte er ausdrücklich hinzu: „Ich verspreche Ihnen, mich in Berlin bei Bismarck zu verwenden. Der Zar wird bei dem Kaiser dasselbe thun." Das war etwa vierzehn Tage, bevor der Zar nach Berlin gehen sollte, was dem Versprechen einen besondern Werth gab. Zudem wurde General Leflô bald vom Kaiser empfangen, der ihm seine Sympathien für den Marschall Mac Mahon aussprach. Da er dem Zaren einen Brief des Herzogs Decazes zeigte, der u. A. die Worte enthielt: „Seine Majestät wird uns mit seinem Degen decken," warf Kaiser Alexander ein: „Mit meinem Degen, das ist viel verlangt, mein Wort wird genügen. Beruhigen Sie Decazes, ich gehe nach Berlin und werde dort meinen Gesinnungen für die Erhaltung des Friedens Ausdruck geben. Man kann Ihnen nicht ohne Grund den Krieg erklären und Sie haben sich keine Blöße gegeben. Wenn Deutschland Sie angriffe, würde es denselben Fehler begehen, wie Bonaparte im Jahre 1810 und hätte die Folgen sich selbst zuzuschreiben."

(Alexander glaubte also nicht an die Befürchtungen Frankreichs und beschwichtigte sie mit höflichen Worten; Gortschakow im Gegentheil übertrieb noch die Gefahr, verdächtigte wider besseres Wissen Deutschland, hetzte Frankreich zu herausfordernden

Rüstungen. Das alles erfahren wir von seinen französischen Freunden.)

Inzwischen bot Herr von Gontaut-Biron in Berlin alles auf, die Unschuld der französischen Heeresreformen und die Aufrichtigkeit der Friedensliebe seiner Regierung darzuthun. Herr von Bülow zeigte sich auch von seinen Aufschlüssen befriedigt, wogegen Fürst Hohenlohe in Paris erklärte, daß sie in Berlin nicht genügend erschienen wären. Im französischen Ministerrathe selbst wurden einige Stimmen laut, welche zur Vermeidung jeden falschen Scheines auf Abrüstung drangen; der Herzog von Decazes aber, seines Triumphes im voraus sicher, entgegnete: „Warten Sie doch noch ein wenig! Warum sollten wir abrüsten, da wir nicht gerüstet haben?"

Fürst Hohenlohe, damals wie heute (1880) Botschafter in Paris, ließ in vertrautem Kreise und nicht ohne die Absicht, daß sie dem Herzog Decazes zu Ohren käme, die Aeußerung fallen: „Ich will im Augenblicke des Bruches nicht hier sein. Sobald ich anzeigen werde, daß ich abreise, werdet ihr wissen, was das zu bedeuten hat." Nicht gering war also der Schreck des Ministers des Aeußeren, als ihm Fürst Hohenlohe eines Tages meldete, daß er am selben Abend auf Urlaub gehe. Da ihn der Herzog Decazes forschend anblickte, fügte der deutsche Botschafter beruhigend hinzu: „Ich werde schon in einigen Tagen zurückkehren." Ein ungläubiges Lächeln spielte wehmüthig um die Lippen des Ministers. „Wie dem auch sei," sagte er, „glückliche Reise und kommen Sie recht bald wieder!" Aber der Fürst reiste nicht ab und zu derselben Stunde, da er Paris verlassen sollte, schrieb er vielmehr dem Minister, daß er ihn zu sprechen wünsche. Die Unterredung fand noch am selben Abend statt. „Ich bin," sagte der Botschafter, „von meiner Regierung beauftragt, Ihnen zu eröffnen, daß sie Ihre Rüstungen für eine bedrohliche Handlung ansieht. Wollen Sie davon Akt nehmen!" Es war dies die

erste bestimmte und offizielle Mittheilung, welche Deutschland machte. Der Herzog Decazes sprang auf. „Nein," rief er familiär, davon nehme ich nicht Akt; Ihre Regierung geht von einer ungerechten Voraussetzung aus; Sie selbst wissen es recht gut!" Und während der ganzen Unterredung bot der Minister alles auf, um die gefährliche Mittheilung nicht amtlich entgegen nehmen zu müssen. Kurz darauf sprach er den russischen Botschafter, Fürsten Orlow, schüttete sich bei diesem gründlich das Herz aus und rief aufs neue die guten Dienste des Kabinets von St. Petersburg an. „Was werden Sie thun, wenn Sie nun doch angegriffen werden?" fragte Fürst Orlow. — „Wir werden," entgegnete der Herzog Decazes in festem Tone und auf eigene Faust, „wir werden uns hinter die Loire zurückziehen, dort unsere Armee konzentriren und es den deutschen Heeren freistellen, das übrige Frankreich zu besetzen." — „Das werden Sie nicht thun," rief Fürst Orlow erregt. — „Doch, es ist schon beschlossene Sache und Europa mag mit verschränkten Armen zusehen, wie Frankreich, ohne sich nur zur Wehr zu setzen, verwüstet wird." — „Da muß ich doch mit dem Marschall sprechen," erwiderte der Botschafter. „Sie müssen sich vertheidigen. Glauben Sie, daß ich den Marschall jetzt im Elysee finde?" — „Ich bezweifle es. Er sollte eben heut ein Fort in der Nähe von Paris besichtigen." — Kaum hatten die beiden Staatsmänner sich getrennt, so eilte der Herzog Decazes, nachdem er vernommen, daß der Marschall seinen Ausflug glücklicher Weise auf den folgenden Tag verschoben hatte, zu dem Präsidenten, um dafür zu sorgen, daß derselbe gegen Orlow die nämliche Sprache führe, was auch wirklich geschah und nicht wenig dazu beitrug, die Aktion Rußlands zu beschleunigen. Ebenfalls auf Eingebung des Herzogs Decazes erschien nun in der „Times" der bekannte Alarmruf des Herrn v. Blowitz: eine am Berliner Hofe sehr mächtige Militärpartei, sagte dieser Korrespondent, wolle Frankreich den

Krieg erklären, auf Paris marschieren und von dem Plateau von Avron herab die Festung Belfort und eine Indemnität von zehn Milliarden, in zwanzig Jahren mit fünf Prozent Zinsen und ohne Antizipationstermine zahlbar, fordern. Der Artikel machte merkwürdigerweise in Europa unmittelbar keinen besonderen Eindruck; aber von Berlin ließen sich sofort Verwahrungen vernehmen und schon nach einigen Tagen lenkte die deutsche Presse in friedliche Bahnen ein. Diese erfreuliche Wendung war offenbar der Intervention Englands und Rußlands zu danken. Am 11. Mai trafen die beiden Kaiser in Berlin zusammen und noch an demselben Tage ließ Fürst Bismarck dem Lord Derby seinen Dank für die von der englischen Regierung angebotenen guten Dienste mit der Versicherung aussprechen, daß es nie in seiner Absicht gelegen hätte, den Frieden zu stören. Gleichzeitig sagte Lord Derby zu dem französischen Geschäftsträger, Herrn Gavard: „Der Zar hat sich entschlossen, mit Nachdruck zu sprechen, und jede Gefahr eines Konflikts ist jetzt beseitigt." Am folgenden Tage antwortete der Unterstaatssekretär Bourke im Hause der Gemeinen auf eine Interpellation des Sir Charles Dilke, die Regierung hätte aus Berlin beruhigende Nachrichten erhalten, welche sie zu der Annahme berechtigten, daß der europäische Friede nicht gestört werde. Graf Derby bestätigte dies Herrn Gavard mit dem Beisatze, daß Graf Schuwalow von seinem Souverän eine Depesche des nämlichen Inhalts erhalten hätte und daß Fürst Gortschakow noch ein Circular erlassen werde, um Europa zu beruhigen. „Die Kriegsgefahr ist also für den Augenblick beschworen," fügte Lord Derby hinzu, „ob auch für später, ist eine andere Frage. Doch darf man vielleicht sagen, Deutschland werde aus Rücksicht auf Frankreich keinen Krieg mit Rußland und aus Rücksicht auf Rußland keinen Krieg mit Frankreich anfangen. Es ist uns angenehm gewesen, etwas für Frankreich thun zu können." Um dieselbe Zeit bemerkte Kaiser Wilhelm

gegen den französischen Botschafter, Herr von Gontaut-Biron, alle jene Gerüchte hätten auf grober Uebertreibung und auf Börsenmanövern beruht; etwas später äußerte der deutsche Kaiser gegen den französischen Militär-Bevollmächtigten, Herrn von Polignac: „Man hat uns brouilliren wollen; aber jetzt ist alles vorüber."

So haben im Jahre 1875 der Herzog Decazes und Herr Oppert, genannt von Blowitz, den europäischen Frieden gerettet.

Während dieser französisch-russische Roman spielte, erhielt Fürst Bismarck vom deutschen Botschafter in Petersburg die folgenden Depeschen:

I.

St. Petersburg, den 22. April 1875.

General v. Werder, der gestern Abend wieder hier angekommen ist, hat heute die Ehre gehabt, von Sr. Majestät dem Kaiser Alexander empfangen zu werden.

Der General hat mich gebeten, Ew. Durchlaucht Nachstehendes über die Unterredung zu melden, die er mit Sr. Majestät gehabt hat. Der Kaiser hat ihm Gelegenheit gegeben, ungefähr alle Punkte zu berühren, welche Ew. Durchlaucht mit ihm besprochen haben, und ist von der Auskunft, die ihm Herr v. Werder aus frischer Anschauung hat geben können, offenbar sehr befriedigt gewesen.

Was die französischen Rüstungen betrifft, so hat der Kaiser erzählt, General Leflô habe Ihm „sehr erregt" über die deutschen kriegerischen Vorbereitungen gesprochen. Er habe ihm mit dem Accent der Wahrheit gesagt, es schmerze ihn, zugeben zu müssen, daß in Frankreich noch alles in tiefster Zerrüttung sich befinde. Dies einzugestehen, sei für einen Patrioten hart, aber er könne sein Ehrenwort geben, daß alles, was man von französischen Rüstungen sage, nur auf dem Papier stände und man noch viel Zeit brauchen werde, um die neue Organisation auszuführen.

Dagegen wisse man in Frankreich, daß in Deutschland mit dem größten Eifer gerüstet werde; man fertige dort neue Kanonen und viel Munition an, und das müsse doch darauf hindeuten, daß man sich mit feindlichen Absichten trage.

Der Kaiser hat dem Botschafter hierauf geantwortet, er seinerseits könne ihm Sein Ehrenwort geben, daß die Regierung Seiner Majestät unseres Allergnädigsten Herrn durchaus friedlich gesinnt sei und keineswegs mit Angriffsplänen umginge. Wenn man in Preußen neue Munition anfertige, so käme dies daher, daß man ein neues Gewehr und ein neues Geschütz eingeführt habe, gerade wie in Frankreich; es sei dies daher eine ganz natürliche Erscheinung. — Der General Leflô hat sich durch diese Versicherung beruhigt gezeigt. — Der General v. Werder hat bei dieser Gelegenheit die Bedeutung des neuen französischen Kadregesetzes hervorgehoben und die riesenhaften Ziffern angegeben, welche die französische Armee auf Friedensfuß in circa zwei Jahren erreichen werde.

Das Gespräch ist sodann auf Oesterreich gekommen und der Kaiser hat geäußert, daß von dieser Seite her nichts zu fürchten sei, besonders so lange Graf Andrassy, in den er das vollste Vertrauen setze, am Ruder bleibe und letzteres hoffe er zuversichtlich.

Der Kaiser hat ferner von Sr. Kaiserl. und Königl. Hoheit dem Kronprinzen gesprochen und zwar in den wärmsten Ausdrücken und mit der größten Anerkennung, daß der Kronprinz seine Reise unterbrochen, um bei Seiner Ankunft in Berlin gegenwärtig zu sein.

General v. Werder bat mich ferner, ich möchte Eurer Durchlaucht schreiben, daß er genau der ihm ertheilten Weisung gefolgt sei; es habe sich alles natürlich gemacht, und sei er sehr befriedigt von dieser Unterhaltung gewesen, bei welcher der Kaiser ganz besonders frei und lebendig gesprochen habe.

Der General wird selbstverständlich auch an Se. Majestät den Kaiser und König Bericht erstatten, sich aber in diesem Bericht auf das berufen, was er mir mitgetheilt hat und was ich die Ehre gehabt, hier Euerer Durchlaucht ganz gehorsamst zu berichten.

(gez.) Prinz Reuß.

Sr. Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

II.

St. Petersburg, den 2. Mai 1875.

Der österreichisch-ungarische Botschafter, welcher am nächsten Montag einen vierwöchigen Urlaub nach Oesterreich antritt, ist heute von Sr. Majestät dem Kaiser Alexander empfangen worden, um sich zu verabschieden.

Baron Langenau kam gleich nach der Audienz zu mir und war ganz außerordentlich befriedigt von allem Freundschaftlichen, was ihm der Kaiser gesagt und für seinen Herrn und Kaiser aufgetragen hatte. Die Telegramme, welche zum 29. von Ragusa hierher gelangt waren, und die ehrende Weise, mit welcher Kaiser Franz Joseph die russischen Marineoffiziere dort ausgezeichnet, haben hier den besten Eindruck gemacht.

Außerdem hat der Kaiser auch von der allgemeinen politischen Lage Europas gesprochen und in gewohnter Weise das Thema behandelt, daß, so lange das gute Einverständniß zwischen den drei Kaiserhöfen bestehe, eine Störung des Friedens unmöglich sei, Frankreich könne ohne Allianzen nichts unternehmen, wolle auch nicht den Frieden stören, und halte er deshalb die Besorgniß, welche man in Berlin zu haben scheine, vielleicht für einigermaßen übertrieben. Er zweifle übrigens nicht, daß sich die Wolken zertheilen würden, und was er zur Beruhigung beitragen könne, das solle gewiß geschehen.

Diese Aeußerungen, die mir mein österreichischer Kollege im

engsten Vertrauen mitgetheilt hat, scheinen mir ein neuer Beweis dafür zu sein, daß der Kaiser künstlich in dem Glauben erhalten wird, daß die Unruhe, die zuweilen in die Gemüther kommt, von Berlin ausgehe. Daß diese Ansicht hier im Auswärtigen Ministerium besteht, vom Fürsten Gortschakow nicht bekämpft und von außen her genährt wird, scheint mir keinem Zweifel zu unterliegen Ich suche, wo mir dies nur irgend möglich ist, solchen Ideen entgegenzutreten und bediene mich dabei aller der kräftigen Argumente, mit welchen mich Ew. Durchlaucht ausgerüstet haben. Von entscheidender Wirkung wird aber, wie ich bestimmt hoffe, erst der persönliche Gedankenaustausch sein, der in Berlin bevorsteht, und ich halte daher die jetzige Zusammenkunft des Kaisers mit Sr. Majestät für ganz ungemein erwünscht und für höchst wichtig. Ich werde Eurer Durchlaucht nichts Neues sagen, wenn ich voraussehe, daß Fürst Gortschakow mit Blumen auf den Lippen, aber mit sehr kühlem Herzen in Berlin auftreten wird. Aber zum Glück bringt der Kaiser ein warmes Freundschaftsgefühl mit, welches für offenes Entgegenkommen und Aussprechen empfänglich sein wird.

(gez.) Prinz Reuß.

Sr. Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck, Berlin.

Es folgt hier gleich noch ein Schreiben aus dem Januar 1876:

In dem längeren, sehr intimen Gespräch, welches ich heute bei meiner Abschiedsaudienz mit Seiner Majestät dem Kaiser Alexander hatte, bot sich eine Gelegenheit, die ich nicht vorübergehen lassen wollte, um von den Vorgängen des vorigen Sommers zu sprechen, welche den Gegenstand unserer Unterhaltung in Berlin ausmachten.

Ich sagte dem Kaiser, ich glaubte bemerkt zu haben, wie man von sehr übelwollender Seite her immer bestrebt sei, ihm

Mißtrauen gegen Ew. Durchlaucht einzuflößen. Ich wagte daher, ihm gewissermaßen als ein Vermächtniß, welches ich ihm zurückließe, die Bitte auszusprechen, doch dergleichen Intriguen kein Gehör zu schenken. Mehr vielleicht wie irgend jemand sei ich in der Lage, zu bezeugen, wie mächtig der Wunsch, unsere beiderseitigen Kabinette im guten Einvernehmen zu erhalten, auf die Leitung der Politik meiner Regierung von Einfluß gewesen sei. Ew. Durchlaucht hätten sich durch nichts in dieser Politik irre machen lassen, die die Politik unseres Kaisers sei und bleibe. Schritt für Schritt könne man diesem Streben folgen, und selbst dann, wenn es zuweilen den Anschein gehabt habe, als wenn die Organe der russischen Regierung eine andere Richtung verfolgten. Ihr Vertrauen in ihn, den Kaiser, sei unerschütterlich, dasselbe müsse aber gegenseitig sein, damit die ersprießlichen Früchte für beide Nachbarreiche erwachsen könnten, welche beide Monarchen sehnlichst wünschten.

Der Kaiser nahm diese Auseinandersetzung gut auf und erwiderte: „Sagen Sie dem Fürsten, daß auch ich unbedingtes Vertrauen in ihn setze.“ Er erzählte mir hierauf von den sehr befriedigenden Gesprächen, welche er in Berlin mit Ew. Durchlaucht gehabt; wie er Sie gebeten habe, im Amte zu bleiben, wie er noch heute denselben Wunsch hege. Daß es ein Unglück für die leider noch schlecht gekittete deutsche Einheit wäre, wenn Sie sich von den Geschäften zurückziehen wollten. Und wenn, was Gott verhüten wolle, ein Regierungswechsel bei uns eintreten sollte, dann würden Sie dem Reiche noch viel nöthiger sein als jetzt.

Wie gesagt, er habe Vertrauen in Euere Durchlaucht, Er sei im vorigen Jahre sehr isolirt mit der Ansicht dagestanden, daß Sie gar nicht daran gedacht hätten, den Krieg mit Frankreich zu wollen, und allen denen, die ihm nachträglich für das gedankt hätten, was er für die Erhaltung des Friedens gethan,

habe er sehr entschieden geantwortet, er habe gar nichts thun können, weil Sie ebenso friedliebend gewesen wären, als Er selbst.

Wenn er daher auch gewiß volles Vertrauen in Euer Durchlaucht Aufrichtigkeit setze, so möge ich ihm nicht übel nehmen, wenn er mir sage, daß nicht jedermann dieses Vertrauen theile. Und dies sei die Schuld unserer Presse, und namentlich derjenigen, welche man im vorigen Frühjahr für die Organe des Auswärtigen Amts gehalten hätte. In derselben Weise, wie diese Presse dazu beigetragen habe, durch Alarm-Artikel die Kriegsbefürchtungen zu nähren, habe sie durch nicht ganz geschickte Dementis erst recht den Glauben bestärkt, daß man wirklich Krieg gewollt habe. Er habe dies namentlich deshalb bedauert, weil das Vertrauen der Süddeutschen sowohl, wie auch Oesterreichs zu uns dadurch nicht gewachsen sei. Man fürchte sich vor Ueberraschungen, das habe er erst neulich in Gesprächen konstatiren können.

Ich erwiderte, daß man der deutschen Presse gewiß nicht immer das Wort reden könne, daß sich Euere Durchlaucht selbst bitter über deren Disziplinlosigkeit beklagten, daß wir aber auch voraussetzen könnten, daß er, der Kaiser, sich nicht durch Preßartikel beeinflussen lassen würde, wo er doch mehr wie irgend jemand in der Lage sei, die innersten Gedanken und Ziele meiner Regierung zu kennen

Es sollte mir eine Genugthuung sein, wenn es mir gelungen wäre, etwas von dem Schutt fortzuräumen, der immer und wieder Ihnen in den Weg geworfen wird.

(gez.) Prinz Reuß.

Seiner Durchlaucht, dem Fürsten von Bismarck, Berlin.

Am 9. Februar 1876, also nur wenige Tage nach dem Eintreffen der obigen Depesche in Berlin, erklärte Fürst Bismarck

im Reichstage: „Die Zeitungen beschäftigen sich für meinen Geschmack viel zu sehr mit ausländischen Angelegenheiten. Der Schaden, von dem ich rede, trifft die leichtgläubigen Leute an den Börsen, und das ist schlimm genug. Der Krieg aber wird durch Zeitungs-Artikel niemals herbeigeführt. In neueren Zeiten ist durch Wortstreitigkeiten wohl schwerlich je ein Krieg entstanden, und selbst der französische Krieg von 1870, an dem scheinbar die Presse einen großen Antheil hatte, aber nur die Regierungspresse, ist ganz gewiß nicht von der Presse gemacht, sondern nur von der damaligen kaiserlichen Kamarilla. Er spukte schon 1867 vor, und die ganze Zeitungspresse an sich hätte es nie zum Kriege getrieben. Auf Zeitungs-Artikel hin führt kein Mensch Krieg. Für die Beängstigung der Börse im vorigen Frühjahr sind die Artikel einiger durchaus nicht offiziöser Blätter verantwortlich — ich meine „Die Post", um sie beim Namen zu nennen, für die habe ich meines Wissens niemals einen Artikel schreiben lassen, am allerwenigsten den, der „Krieg in Sicht" überschrieben war, — aber ich habe den Artikel nicht getadelt, denn ich finde, wenn man das Gefühl hat, daß in irgend einem Lande eine Minorität zum Kriege treibt, dann soll man recht laut schreien, damit die Majorität darauf aufmerksam wird; denn die Majorität hat gewöhnlich keine Neigung zum Kriege, der Krieg wird durch Minoritäten, oder, in absoluten Staaten, durch Beherrscher oder Kabinette entzündet. Aber der ist ganz gewiß nicht des Krieges, der Brandlegung verdächtig, der zuerst Feuer schreit.

Wenn es wirklich einen Minister gäbe, der aus irgend einem gänzlich unbegründeten Zwecke zum Kriege drängen wollte, der würde es doch wahrlich ganz anders anfangen, als daß er zuerst in der Presse Lärm schlüge, damit würde er nur die Löschmannschaft rufen; vor allen Dingen müßte er doch die Zustimmung seines Souveräns zu gewinnen suchen."

Es liegt auf der Hand, daß diese Worte des Fürsten Bismarck Bezug hatten auf die kurz zuvor eingetroffene Depesche des Prinzen Reuß, in welcher Alexander II. Blätter, die man als offiziös annahm, der Schürung des Kriegsfeuers beschuldigt hatte.

In derselben Reichstagsrede nannte Fürst Bismarck es eine „kolossale Dummheit", zu sagen: „Es ist möglich, daß wir in einigen Jahren einmal angegriffen werden, damit wir dem nun zuvorkommen, fallen wir rasch über unsere Nachbarn her und hauen sie zusammen, ehe sie sich vollständig erholen, — gewisser maßen Selbstmord aus Besorgniß vor dem Tode, und das inmitten einer ganz behaglichen, ruhigen Stellung, wo kein Mensch gewußt hätte, was eigentlich für ein casus belli, was für ein Grund zum Kriege vorliegen könnte." — „Wir haben nichts zu erobern, nichts zu gewinnen, wir sind zufrieden mit dem, was wir haben, und es ist Verleumdung, wenn man uns irgend einer Eroberungssucht, einer Ausdehnungssucht beschuldigt."

Fürst Bismarck fügte dann etwas geheimnißvoll hinzu: „Es trat damals zu der öffentlichen Leichtgläubigkeit, die ich tadle, der entgegenzuwirken ich für unsere Aufgabe halte, es traten im vorigen Frühjahr noch Verhältnisse ein, die ich hier nicht näher auseinander legen will, der Umstand, daß einzelne Diplomaten aus trüben Quellen schöpften und wegen Mangel an Erfahrung überzeugt waren, daß diese trüben Quellen reines Wasser lieferten, daß Saloneinwirkungen — Personen, die gesellschaftlich hoch genug gestellt waren, um mit politischen Kreisen in Berührung zu kommen, Ueberzeugungen aussprachen, die irrthümlich waren, weil eben diese Personen noch nicht eingeweiht genug waren, um ein politisches Urtheil zu haben, vielleicht auch nicht unparteiisch genug, um das deutsche Reich wohlwollend zu beurtheilen; ich nenne keine Namen, aber ich könnte sie nennen. Es gibt ja hochgestellte Personen, die als politische

Orakel gelten, ohne amtlich dazu berufen zu sein; Personen, die auch mit einem Anschein von Offiziösität und Glaubwürdigkeit korrespondiren, aber mit Unrecht."

Zur Zeit des Kongresses 1878 von dem Pariser Times-Korrespondenten v. Blowitz interviewt kam Fürst Bismarck auf dasselbe Thema. Der Korrespondent berichtete über die Unterhaltung einige Zeit nachher in dem Londoner Blatte, indem er seine Mittheilung durch eine Charakteristik des Reichskanzlers einleitete, die er mit der Kritik zusammenstellte, welche der von ihm ebenfalls besuchte Professor Virchow über den Reichskanzler ausgesprochen hatte. Der Korrespondent fuhr dann fort: „Fürst Bismarck hat es dem Fürsten Gortschakow noch nicht vergeben, daß dieser ihn im Jahre 1875 für fähig hielt, die von den preußischen Militär-Autoritäten gegen Frankreich ausgesonnenen Pläne (?) zu unterstützen. Man glaubt jetzt allgemein, daß Bismarck in der That der ausgesprochene Feind jenes Planes eines nicht zu rechtfertigenden Angriffes war. Man sagt, daß er selbst in einem Augenblick, wo er sich überwältigt glaubte und besorgt war, Deutschland, den Kaiser und sich selbst vor einem solchen Schritt um jeden Preis zu retten, Radowitz (in Petersburg) den Auftrag ertheilte, die denkwürdige Unterredung zu führen, in welcher er die Pläne der Militärpartei enthüllte. (!) Diese Unterredung bildete den Ausgangspunkt der europäischen Untersuchungen und führte zu Lord Derby's Deklaration, dem Circular des Fürsten Gortschakow und dem Verzicht auf alle Angriffspläne in Deutschland. Radowitz würde nicht, wie alle, welche Bismarck kennen, sehen müssen, seinen gegenwärtigen Posten inne haben, wenn er nicht nach den Instruktionen Bismarck's gehandelt hätte, und die Episode ist ebenso ehrenvoll für den Kanzler wie für die Diplomaten, welche so ihm gehorchten. Bismarck ist jedoch nicht bloß auf seinen eigenen guten Ruf, sondern er ist auch auf denjenigen seines Landes eifersüchtig und

er leugnet, daß ein solcher Plan jemals gefaßt wurde. Als ich am Ende meiner Unterredung mit ihm bemerkte, daß Europa auf den Frieden rechnete, sobald es wußte, daß er ihn wünsche, griff er die Phrase begierig auf, um auf den „Schreckschuß" (1875) hinzuweisen und jede Mitschuld an demselben entschieden abzulehnen, mit dem Fürsten Gortschakow wollte er nicht abrechnen und Deutschland sprach er von dem unverantwortlichen Plan, der Europa schreckte, frei. Er sagte:

„Ich würde nicht den Frieden gewünscht haben, wenn ich der Bösewicht gewesen wäre, zu welchem Gortschakow mich 1875 machte. Die ganze Geschichte, welche damals Europa schreckte und welcher ein Brief in der „Times" ein so lautes Echo gab, war nichts als ein von Gortschakow und Gontaut (dem damaligen französischen Botschafter in Berlin) ausgedachtes Komplott. Es war ein Komplott zwischen Gontaut und Gortschakow, welcher begierig war, von den französischen Blättern Lob zu ernten und „der Retter Frankreichs" genannt zu werden. Sie hatten das Ding so arrangirt, daß es an dem Tage der Ankunft des Zaren platzen sollte, welcher als Quos ego auftreten und durch sein bloßes Erscheinen Frankreich Sicherheit, Europa Frieden und Deutschland Ehre geben sollte. Ich habe nie einen Staatsmann unbesonnener handeln sehen — aus Eitelkeit die Freundschaft zweier Regierungen zu kompromittiren, sich selbst den ernstesten Konsequenzen auszusetzen, um sich selbst die Rolle eines Retters zuzuschreiben, als nichts in Gefahr war. Ich sagte dem Kaiser von Rußland und ich sagte Gortschakow: „Wenn Sie eine solche Lust für eine französische Apotheose haben, so haben wir noch Kredit genug in Paris, um Sie in irgend einem Theater erscheinen zu lassen in einem mythologischen Kostüme, mit Flügeln an Ihren Schultern und umgeben von bengalischen Lichtern. Es lohnte sich wirklich nicht, uns als Bösewichter darzustellen zu dem einzigen Zweck, um ein Circular zu erlassen." Jenes famose

Circular fing überdies mit folgenden Worten an: „Der Friede ist jetzt gesichert" und als ich mich über diese Phrase beklagte, welche alle beunruhigende Gerüchte bestätigt hätte, wurde sie verändert in: „Die Erhaltung des Friedens ist jetzt gesichert," was nicht viel weniger sagte. Ich erklärte dem russischen Kanzler: „Sie werden sicher nicht viel Grund zur Beglückwünschung haben, für das, was Sie gethan haben, indem Sie unsere Freundschaft für eine leere Genugthuung riskirten. Ich sage Ihnen jedoch, daß ich ein guter Freund mit Freunden und guter Feind mit Feinden bin." Und Gortschakow hat dies, während er in den beiden letzten Jahren in der orientalischen Affaire engagirt war, herausgefunden. Wäre die Affaire 1875 nicht gewesen, so würde er nicht dort sein, wo er ist und er würde die politische Niederlage erlitten haben, welche er soeben erfahren."

Um diese letztere Stelle vollkommen zu würdigen, muß man dagegen halten, was nach früher veröffentlichten Mittheilungen Fürst Bismarck darüber sagte, wie Graf Schuwalow die von dem Fürsten Gortschakow kompromittirte russische Politik wieder gerettet habe. Der Reichskanzler hat die letzte Phase der orientalischen Krise als eine persönliche Niederlage des Fürsten Gortschakow bezeichnet. Es ist allerdings nicht zweifelhaft, daß die Art, wie Fürst Gortschakow den Abschluß der Friedenspräliminarien mit der Türkei betrieb, die Verheimlichung derselben vor Europa und namentlich vor Fürst Bismarck zu dem großen Rückschlag führte, welcher Rußland aus einer Reihe von Stellungen warf. Diese Taktik Gortschakow's leitet dann wieder auf das gespannte Verhältniß beider Kanzler zurück.

Im Jahre 1887 hat der General Leflô, der französische Botschafter in Petersburg in den siebziger Jahren, „Enthüllungen" gebracht, die den Zweck haben, eine Parallele zwischen der deutschen Kriegslust von 1887 und 1875 zu ziehen. Eine Ausbeutung dieser „Enthüllungen" ist nur denen möglich, welche ihr Urtheil

nicht nach den Thatsachen richten, sondern letztere ihren Zwecken entsprechend umzumodeln pflegen, denn in Wahrheit enthält das, was an den „Enthüllungen" des ehemaligen Botschafters neu ist, durchaus kein Anklagematerial gegen Deutschland.

Der General beginnt, indem er berichtet, man sei im Winter 1874—75 in Frankreich sehr beunruhigt gewesen, weil man erfahren, daß Fürst Bismarck über die rasche Wiederherstellung Frankreichs in militärischer, politischer und wirthschaftlicher Hinsicht sehr aufgebracht sei. Der sich selbst als in steter Angst befindlich hinstellende General benutzte den Gegenstand sofort zu einer Unterredung mit Gortschakow, welcher aber Alles für eine Komödie erklärte. Auch der Zar selbst äußerte sich in diesem Sinne, man wolle in Berlin die Aufmerksamkeit von inneren Verhältnissen nach außen ableiten und dem damals bereits in Frage stehenden Septennat die Wege ebnen. In Wahrheit wolle Niemand den Krieg. Auch der russische Botschafter in Paris, Fürst Orlow, äußerte sich, als er nach Petersburg kam, zu Leflô sehr beruhigend, indem er sich auf die Unterredungen bezog, welche er auf der Durchreise nach Berlin mit dem Fürsten Bismarck gehabt hatte, und der im Februar 1875 in Rußland zum Besuch anwesende Kaiser von Oesterreich erklärte dem General: „Man ist in Berlin ein wenig nervös, allein ich glaube, daß man sich dort sehr beruhigt hat."

Trotzdem ließ die Beunruhigung in Frankreich nicht nach. Der Zar und Fürst Gortschakow bemühten sich daher wiederholt, die Furcht des Generals zu beschwichtigen. Fürst Gortschakow appellirte geradezu an das französische Ehrgefühl; die Schwäche, welche sich in der Kriegsfurcht der französischen Regierung ausspreche, müsse Frankreich in den Augen Europa's herabsetzen. „In jedem Fall," schloß er, „habt Ihr nur Eins zu thun: Euch stark, sehr stark zu machen."

Der General reiste im Februar 1875 nach Paris, um dort

zu beruhigen. Er besuchte den Fürsten Orlow; obgleich derselbe gerade damit beschäftigt war, über die angeblichen Kriegsdrohungen nach Petersburg zu telegraphiren, so erklärte er dem General doch, daß er selbst nicht an deren Vorhandensein glaube. Auch den Marschall Mac Mahon traf Leflô vor seiner Abreise, als er gerade ein Packet eingegangener Depeschen und vertraulicher Berichte las. Der Marschall reichte ihm dieselben und Leflô ersah aus ihnen, daß Deutschland in der That den Krieg, „mit oder ohne Kriegserklärung" beschlossen habe. Es befanden sich unter den Schriftstücken auch zwei Briefe einer der größten Persönlichkeiten Europas, eines Fürsten (oder Prinzen?), dessen Namen Leflô nicht nennen zu dürfen erklärt. In dem einen dieser Briefe hieß es: „Ihr werdet im Frühling angegriffen werden"; im anderen: „Die Anordnungen sind geändert, der Krieg ist auf den September verschoben." Leflô war sehr betrübt, daß seine Regierung gerade ihm, der bei dem Zaren, dem einzigen natürlichen Alliirten Frankreichs, akkreditirter Vertreter Frankreichs sei, bisher über die Kriegsgefahr nichts Vertrauliches mitgetheilt hatte.

In Petersburg wieder angekommen, empfing der General alsbald den Besuch des Fürsten Gortschakow, welcher sich abermals in langer Unterredung bemühte, ihn zu beruhigen. Er fügte zwar dem General den Schmerz zu, daß er erklärte, nicht zu glauben, daß Elsaß werde, was dem General zufolge Frankreich einzig und allein wünsche, friedlich und auf diplomatischem Wege wieder an Frankreich gelangen, versprach ihm aber, wenn er den Zaren nach Berlin begleite, auf den Fürsten Bismarck in friedlichem Sinne einzuwirken; der Zar werde dasselbe beim Kaiser thun. Frankreich könne Nichts thun, als sich stark, sehr stark zu machen. In einer Audienz bei Alexander II. erfuhr Leflô noch viel weiter gehende Beruhigungen; der Zar versicherte ihn, daß weder Kaiser Wilhelm noch der Kronprinz den Krieg wünschten.

Sollte eine wirkliche Bedrohung Frankreichs in Frage kommen, woran er aber nicht glaube, so werde er, der Zar, die französische Regierung benachrichtigen.

Trotz alledem legten sich Leflô's Beängstigungen nicht, er lief mit seinen Klagen von einem Diplomaten zum andern, von diesen wieder zu Gortschakow, traf auch mit dem Zaren zufällig zusammen, der ihn mit einer wohlwollenden Ironie behandelte, was der General nicht bemerkt zu haben scheint. Ihm lag Alles daran, eine Erklärung des Zaren oder Gortschakow's zu erlangen, daß Rußland einen deutschen Angriff gegen Frankreich als einen Rechtsbruch betrachten und nicht dulden werde. Er erhielt jedoch nur allgemeine Hinweise auf die bereits erwähnte Aeußerung des Zaren und die Erklärung des Fürsten Gortschakow, Rußland werde nicht das Schwert ziehen, aber auch ohne das zum Ziel gelangen. In dem brieflichen Berichte an den Herzog Decazes, in welchem alles dies in großer Breite enthalten ist, wird auch noch von einer erfolglosen Mission des Herrn von Radowitz gesprochen. Derselbe habe dem Zaren Kompensationen im Orient versprechen sollen, wenn man Deutschland ungehindert über Frankreich herfallen lasse, sei aber abgewiesen worden.

In der vom 17. Mai datirten Antwort des Herzogs von Decazes erklärt dieser, vor Rußlands festem Willen sei Bismarck zurückgewichen und habe die Schuld der Beunruhigung dem Grafen Moltke aufgebürdet. Frankreich sei jetzt ruhig und werde den Rath des Fürsten Gortschakow befolgen. „Vertrauen, Klugheit, Geduld!" Marschall Mac Mahon habe dem Zaren einen eigenhändigen Brief mit dem Ausdrucke des Dankes für die russische Intervention geschickt.

Die Art, wie nach den Berichten Leflô's Frankreich im Jahre 1875 vor dem Zaren sich gedemüthigt und gekrümmt, bloß um die Zusage seiner Bundesgenossenschaft zu erhalten, dürfte in der Geschichte der Großstaaten wohl ohne Beispiel da-

stehen, und diese Erniedrigung ist noch dazu eine erfolglose gewesen. Eine Schuld Deutschlands ist durch die „Enthüllungen" auch nicht im Entferntesten nachgewiesen, wohl aber, daß Niemand außer der französischen Regierung an dessen kriegerische Absichten glaubte. Gortschakow benutzte die Gelegenheit, eine kleine Komödie zu spielen, um Frankreich an sich zu knüpfen, ohne daß es der geringsten Gegenleistung bedurfte. Wollte Leflô darüber die Welt „aufklären", so hat er seinen Zweck erreicht.

Der General Leflô mag aus eigenem Antriebe oder auf höheren Befehl an die kriegerischen Absichten Deutschlands geglaubt und seinen Befürchtungen in Petersburg Ausdruck gegeben haben; aber nach seinem eigenen Zugeständniß erwies sich diese Furcht als unbegründet.

Als er dem Kaiser Alexander II. von „den schwarzen Punkten" sprach, welche Fürst Bismarck heraufbeschwöre und die geeignet wären, die Ruhe Frankreich aufs tiefste zu erschüttern, antwortete ihm der Zar, der in Bezug auf die deutsche Politik besser informirt war, als alle französischen Staatsmänner, Deutschland sei „sehr entfernt", einen Krieg zu wollen; er, der Zar, wisse bestimmt (pertinemment), daß der Kaiser Wilhelm „ganz entschieden gegen jeden neuen Krieg sei" (résolument opposé á toute nouvelle guerre). — Es beweist dies mehr als alles andere, daß von einem deutscherseits gegen Frankreich geplanten Angriffe im Jahre 1875 nicht die Rede war, denn der Kaiser Wilhelm allein, ohne dessen Willen kein deutscher Soldat ins Feld geschickt werden kann, hat über Krieg und Frieden zu bestimmen, und dieser war, nach dem kompetenten Zeugniß des Kaisers Alexander, „entschieden gegen jeden neuen Krieg".

Die Grundlosigkeit der Leflô'schen Befürchtungen oder Behauptungen tritt noch greller hervor, wenn man die aus der Sendung des Herrn von Radowitz nach Petersburg entnommenen Argumente prüft. Der General Leflô behauptet, Herr von Rado-

witz sei nach Petersburg entsandt worden, um dem Zaren Kompensationen im Orient zu versprechen, wenn er Deutschland ungehindert über Frankreich herfallen lassen wolle. Diese Vorschläge seien abgewiesen worden.

Der General Leflô macht keinen Versuch, diese Erfindung durch Beweismittel oder Indizien zu begründen. Sie ist einfach aus der Luft gegriffen und hat keine andere Unterlage, als die Dreistigkeit, mit der sie erfunden ist. Die Rückkehr des Herrn von Radowitz von seiner Sendung nach Petersburg fand früher statt, als der hohle Kriegslärm überhaupt von französischen Agenten, im Einverständniß mit dem Fürsten Gortschakow, in Scene gesetzt wurde. Sie hatte keinen weiteren Zweck als den der geschäftlichen Vertretung des abwesenden Botschafters durch einen Diplomaten, der den Rang eines Gesandten besaß, dabei die Intentionen der Regierung genau kannte, weil er bis dahin im Auswärtigen Amt in Berlin gearbeitet hatte, und der der Dialektik des Fürsten Gortschakow gewachsen war.

Die oben mitgetheilten Depeschen des deutschen Botschafters in Petersburg geben den besten Kommentar zu den Leflô'schen Enthüllungen.

Der Berliner Kongreß.

Im März 1874 hatte der ungarische Dichter und Parlamentarier Jokay eine Audienz beim Fürsten Bismarck. Man kam auch auf die Politik zu sprechen. Der Fürst bemerkte u. A.: „Den Bemühungen der deutschen Diplomatie ist es gelungen, das Einverständniß zwischen Rußland und der österreichisch-ungarischen Monarchie ins Geleise zu bringen. Jetzt sind wir verbündet, nicht wie dereinst in der heiligen Allianz, damit wir im Einvernehmen der Herrscher die Völker unterdrücken, sondern damit wir durch Sicherung des Friedens die freisinnige Entwickelung der Völker zu einer dauernden machen. Wollte wer immer den Frieden Oesterreich-Ungarns stören, so würde er Deutschland sich gegenüber finden. Es hat aber Niemand ein Interesse, Sie anzugreifen. Warum sollte dies Rußland thun? Sein Gebiet ist von Japan bis zur Ostsee so groß, das Galizien ein kleiner Gewinn dazu wäre. In Asien setzt es seine Eroberungszüge zu dem Zwecke fort, damit es seinen mißvergnügten Elementen Beschäftigung gebe. Der Kaukasus war „Pech" für Rußland. Von Galizien könnte es jenen Theil okkupiren, welchen die Ruthenen bewohnen, 2½ Millionen Halbbarbaren. Was bedarf es dieser? Es hat schon genug an der Russifizirung jener 3 Millionen deutscher Abstammung an der Ostsee und auch diese bringt ihm keinen Nutzen. Rußland braucht europäische

Eroberungen nicht mehr. Auch in Konstantinopel hat Rußland nichts zu erobern. Was würde es denn damit beginnen, wenn man es ihm heute schenken würde?" (Jokay sprach die Hoffnung aus, daß in diesem Falle auch die nationalen Agitationen würden eingestellt werden, welche alle Welt als das Werk russischer Hände bezeichnete.) „Sie müssen wissen, daß es zweierlei russische Politik giebt; die eine ist die Petersburger, die andere die Konstantinopolitaner. Sowie ein Gesandter nach Konstantinopel geht, so wird er sogleich unter den übrigen verrückt; diese hadern fortwährend unter einander, zanken, intriguiren und machen die europäische Politik, als wenn sie ihnen übertragen wäre, aus purer gegenseitiger Antipathie, bis sie abberufen werden. Wenn Ihnen russische Intriguen Ungelegenheiten bereiten, so können diese nur von Konstantinopel kommen, nicht aber von Petersburg und haben somit keinerlei ernste Basis. Der Zar und seine Regierung wollen aufrichtig das Einverständniß aufrecht erhalten."

Bei einer anderen Gelegenheit sagte einmal Fürst Bismarck ähnlich: er lese grundsätzlich die deutsche Diplomatie in Konstantinopel nicht; jeder Diplomat daselbst stehe in Gefahr, nach und nach den üblichen Menschenverstand zu verlieren.

Fürst Bismarck hat, indem er die eigenen Interessen Deutschlands an den orientalischen Dingen leuguet, keine andere Orientpolitik als diejenige, die Interessen Oesterreichs und Rußlands vor einer Kollision zu bewahren. „Die deutsche Politik ist weit entfernt, lediglich um des Prestige willen oder aus Machtgefühl über das Maß der deutschen Interessen hinaus eine leitende Stelle zu beanspruchen." Diesen Ausspruch that Fürst Bismarck 1875 mit Bezug auf die türkische Verwicklung, die damals das Vorspiel zum späteren Kriege bildete. Hat der Ausspruch seine Gültigkeit für die deutsche Politik überhaupt, so trifft er insbesondere bei den orientalischen Dingen zu. Wenn es ein Lieblingsgedanke des Reichskanzlers und der „preu-

ßischen Militärpartei" gewesen wäre, wie man in demselben Jahre Deutschland vorgeworfen hatte, in Frankreich einzubrechen, ehe dort das Heerwesen geordnet war, wenn nur die Furcht vor russischem Einschreiten das Schwert Kaisers Wilhelm in der Scheide zurückgehalten hätte, so würde der Aufstand in der Herzegowina die erwünschte Gelegenheit geboten haben, jenen Gedanken zur That werden zu lassen, Rußland im Osten zu beschäftigen und im Westen ein neues Kriegsdrama unbehelligt in Scene zu setzen. Der „Reichskanzler" protestirte damals gegen die deutsche Presse, welche auf Einmischung in die orientalische Frage drang, mit den Worten:

„Die auswärtige Politik des deutschen Reiches ist bei den Vorgängen in der Türkei nicht in erster Linie betheiligt, vielmehr auf eine reservirte und abwartende Haltung, die sich auf Unterstützung der Wünsche der befreundeten und sachlich unmittelbarer interessirten Großmächte beschränkt, durch die geographische Lage angewiesen. Die Sachlage ist so durchsichtig für Jedermann, daß wir wohl annehmen dürfen, daß in den reichsfreundlichen Kreisen des In- und Auslandes die Artikel auch der achtbarsten Blätter die Besorgniß nicht erwecken werden, als ob die deutsche Politik die gegenwärtige Lage benutzen könnte, um Pläne zu verfolgen oder aufzustellen, welche anderen als zweifellos und unmittelbar deutschen Interessen entspringen. Die deutsche Politik ist weit entfernt, lediglich um des „Prestige" willen oder aus Machtgefühl über das Maß deutscher Interessen hinaus eine leitende Stellung zu beanspruchen. Zu den deutschen Interessen gehört es allerdings, daß man der Freund seiner Freunde bleibt, die Zeitungsartikel aber, welche wir im Sinne haben, erstreben nicht mehr die Unterstützung, sondern die Bevormundung der Politik befreundeter Mächte, und deshalb wird es nützlich sein, zu konstatiren, daß die Reichspolitik solchen Auslassungen absolut fremd ist, und daß überhaupt seit mehreren Monaten keinerlei

offiziöse Mittheilung von Seiten irgend eines Organs des Auswärtigen Amtes an irgend ein öffentliches Blatt stattgefunden hat."

In den verschiedenen Phasen der orientalischen Krisis war das Bestreben des Reichskanzlers darauf gerichtet, den unterdrückten und mißhandelten christlichen Bewohnern der europäischen Türkei ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen, diesen Zweck lieber durch diplomatische Verhandlungen als durch Krieg zu erreichen, den nothwendig gewordenen Krieg auf Rußland und die Türkei zu beschränken, Rußland und Oesterreich, deren Interessen an der unteren Donau auseinander gehen, in gutem Einvernehmen zu erhalten, den Ausbruch eines russisch-englischen Krieges, der leicht zu einem europäischen sich erweitern konnte, zu verhindern und dem Deutschen Reiche, das an Frankreich einen lauernden Beobachter hatte, den Frieden zu wahren. Der Note des Grafen Andrassy vom 30. Dezember 1875, welche das von Oesterreich, Deutschland und Rußland vereinbarte türkische Reformprogramm enthielt, folgte das Berliner Memorandum vom 13. Mai 1876, das Resultat jener Konferenzen, welche zwischen dem Fürsten Bismarck, dem Fürsten Gortschakow und dem Grafen Andrassy vom 10. bis 14. Mai in Berlin stattfanden. Auch Kaiser Alexander war zu jener Zeit in Berlin und hatte mehrere Unterredungen mit Kaiser Wilhelm und jenen drei Staatsmännern. In dem Memorandum waren für den Fall, daß die Pforte die beabsichtigten Vorschläge nicht annehme, „wirksamere Maßregeln" in Aussicht gestellt. Eben deswegen stimmte das englische Kabinet dem Memorandum nicht bei und dieses selbst wurde durch die Gräuel in Bulgarien, durch den Krieg in Serbien und Montenegro, durch die Fortdauer des Aufstandes in Bosnien und der Herzegowina schnell überholt. Das ganze Jahr war die Diplomatie in der größten Thätigkeit. Fürst Bismarck brachte im Sommer einige Wochen in Kissingen

zu. Der Kaiser begab sich nach seiner Badekur in Ems von Koblenz nach Würzburg und hatte dort am 10. Juli mit dem von Kissingen herüberkommenden Reichskanzler eine Zusammenkunft. Auch der englische Botschafter in Berlin, Lord Odo Russel, fand sich in Würzburg ein und verkehrte darauf mit dem Reichskanzler in Kissingen. Gegen das Ende des Jahres wurde der Horizont immer trüber. Im Oktober desselben Jahres wurde der deutsche Reichskanzler von der „Times" als Schiedsrichter angerufen. Dieses Blatt wußte für England und den Kontinent keine andere Rettung, als daß Bismarck die Sache in die Hand nähme, Rußland Halt gebiete und ein deutsch-englisches Bündniß abschließe. „Bismarck braucht nur zu sagen, Deutschland werde Rußland nicht erlauben, sich an der Donau festzusetzen und der Zar wird Mittel finden, in den mächtigen Quellen seiner despotischen Macht, den gewaltigen Strom slavischer Begeisterung zu dämmen, der ihn und die ganze Welt mit in den Krieg reißt. Fürst Bismarck braucht nur zu sprechen und die russischen Umsturzgedanken, die Besetzung Bulgariens u. s. w. werden schwinden. Die beste Sicherheit für den Frieden ist in erster Reihe die feste Haltung einer großen Militärmacht wie Deutschland und nächstdem ein herzliches Einvernehmen zwischen diesem und England zum Zweck, die erforderlichen Veränderungen in der Türkei vorzunehmen." Von Deutschland aus erhielt die „Times" durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" eine scharfe Zurechtweisung. Sie wurde darin erinnert, daß an der Spree und an der Donau auch noch Leute wohnen, welche ihr Urtheil, ob Rußland als Freund oder Feind zu betrachten sei, nicht von der täglich wechselnden Anschauung der „Times" abhängig machen und daß bereits ein Dreikaiserbündniß bestehe, welchem beizutreten England jeden Tag freistehe. „Fürst Bismarck pflegt bei seiner auswärtigen Politik mit den innersten Gefühlen des deutschen Volkes zu rechnen, das nach der Haltung, welche England und

die Engländer im Jahre 1870 und später gegen Deutschland eingenommen, ein Bündniß mit England gegen Rußland nicht befürwortet. Im deutschen Volke leben nichts weniger als Empfindungen, welche die deutsche Politik ermuthigen könnten, für England die Kastanien aus dem Feuer zu holen, und wenn die „Times" in der Türkei Aenderungen für nothwendig hält, so hat sie sich behufs deren Durchführung in Berlin sicherlich an eine unrichtige Adresse gewandt. Deutschland hat kein Interesse daran, in der Orientfrage Opfer an Gut und Blut zu bringen. Wir haben im Jahre 1870 ungeachtet aller Erschwerungen das Geschäft allein gemacht und allerdings auch nachher die Rechnung allein geschrieben; England kann mithin in Deutschland keinen Geschäftsgenossen finden wollen, der das Gewinn- und Verlustkonto der englischen Orientpolitik zu theilen geneigt ist." Diese deutlichen Worte drückten möglichst vollkommen das Ziel der Bismarck'schen Orientpolitik aus: in erster Linie den Ausbruch des Krieges zu verhindern, in zweiter Linie den nothwendig gewordenen Krieg auf die Nächstbetheiligten einzuschränken und dabei Rußland und Oesterreich durch alle Stadien der orientalischen Krisis hindurch in gutem Einvernehmen zu erhalten. Die Konferenz in Konstantinopel sollte den Ausbruch des Krieges verhüten. Lord Salisbury nahm seinen Weg dahin über Berlin, hatte Konferenzen mit Bismarck und eine Audienz bei Kaiser Wilhelm. Dieser sagte ihm: „Die vom Kaiser Alexander angenommene Haltung sei demselben durch die Verhältnisse und durch die an seinen Glaubensgenossen ausgeübten Bedrückungen auferlegt worden; er vertraue jedoch, daß durch die Gewährung billiger Reformen und durch Garantieen für deren Durchführung die Nothwendigkeit einer Besetzung türkischen Gebietes vermieden werde; es sei für Europa unmöglich, fernerhin bloße Versprechungen der Pforte anzunehmen, und unerläßlich, genügende Bürgschaft gegen die Fortdauer der Uebelstände zu

vereinbaren." Bei den Tischgesprächen am 1. und 2. Dezember 1876 sagte der Reichskanzler: „Die Aufgabe Deutschlands sei eine Friedensaufgabe; aber es könne anderen Nationen nicht einen akademischen Rath ertheilen, um sie von einer Aktion zurückzuhalten, die sie in ihrem Lebensinteresse fänden. Gegenwärtig einen Rath an Rußland zu ertheilen, sei mißlich. Die Folge davon würde sein, daß die russische Nation verstimmt würde und dies wäre schlimmer, als eine vorübergehende Differenz mit einer Regierung. Bedenklich würde es sein, wenn Oesterreich in den Konflikt hineingezogen würde und sich in seiner Integrität bedroht fühlen sollte. Dann wäre es Deutschlands Beruf, für den Bestand Oesterreichs und überhaupt im Großen und Ganzen für den der jetzigen Landkarte einzustehen.

Die Interpellation des Abgeordneten Richter über die russische Zollpolitik gab dem Reichskanzler Gelegenheit, obige Aeußerungen zu ergänzen und in der Reichstagssitzung vom 5. Dezember 1876 über Deutschlands Stellung zur orientalischen Frage und besonders zu Rußland sich auszusprechen. Die Interpellation lautete: „Durch einen vor wenigen Tagen erlassenen Ukas hat die russische Regierung angeordnet, daß von Neujahr ab die Eingangszölle in Goldmünze zu entrichten sind. Diese Maßregel, welche einer sehr beträchtlichen Erhöhung der Zölle gleichkommt, ist geeignet, den ohnehin durch die bisherige russische Zollpolitik überaus beschränkten Waarenaustausch mit Rußland noch mehr zu beeinflussen und dadurch die wirthschaftlichen Interessen auch des deutschen Reiches schwer zu schädigen." Ich richte daher an den Herrn Reichskanzler die Frage: Was gedenkt der Herr Reichskanzler zum Schutze der deutschen Industrie in dieser Angelegenheit zu thun?"

Bei Gelegenheit dieser Interpellation entwickelte Fürst Bismarck sein politisches Programm kurz dahin: „Ich werde zu irgend welcher aktiven Betheiligung Deutschlands nicht rathen, so

lange in dem ganzen Streite für Deutschland kein Interesse in Frage steht, welches auch nur die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers werth wäre. Ich habe damit ausdrücken wollen, daß wir mit unseren Landsleuten und Soldaten sparsamer sein müßten, als daß wir sie für eine Politik einsetzen, für die wir kein Interesse haben. Wir sind hier allerdings die Mindestbetheiligten, vielleicht ist Frankreich ebenso wenig betheiligt, von den übrigen betheiligten Mächten, mit denen wir in ungetrübter Freundschaft stehen, kann man das nicht absolut sagen, insoweit für sie die Dinge doch eine solche Gestalt annehmen können, welche die türkischen Interessen zu einheimischen, zu englischen und russischen Interessen machen. Sie sind eben darin in einer anderen Lage als wir; wenn die jetzige orientalische Frage, so weit sie sich übersehen läßt, und nicht überhaupt auf Konjekturen und Phantasieen beruht, für uns überhaupt meinem Urtheile nach keine Kriegsfrage enthält, so enthält sie doch sehr wohl die Aufforderung zu einer außerordentlich vorsichtigen Politik, die sich den anderen Mächten durch ihr Wohlwollen und ihre Friedensliebe empfiehlt, weil sie dadurch keins ihrer Interessen verletzt. — Mein Bestreben und meine mir von Sr. Majestät dem Kaiser gestellte Aufgabe ist: in dem diplomatischen Verkehr dahin zu wirken, daß womöglich die guten Beziehungen, in denen wir zu den drei nächstbetheiligten Mächten stehen, ungetrübt oder doch möglichst wenig getrübt aus dieser Krisis hervorgehen mögen, daß wir sie pflegen sollen, wie wir sie können. Es könnte uns nur dadurch diese Aufgabe verdorben und gestört werden, wenn irgend einer unserer Freunde von uns verlangte, unsere stärkere Freundschaft zu ihm dadurch zu bethätigen, daß wir den anderen Freund, der uns ebenfalls nichts gethan hat, der im Gegentheil unser Freund bleiben will, feindlich behandeln und unsere stärkere Liebe durch Haß gegen den anderen beweisen sollen. Ich bin aber nicht des Glaubens, daß man uns solche

Zumuthungen machen werde; bis jetzt sind sie uns von keiner Seite gemacht worden. Im Gegentheil, unsere Allen gegenüber freundschaftliche und wohlwollende Stellung ist von jedem Einzelnen gewürdigt worden. Man hat dieselbe ganz natürlich gefunden und uns mit jeder unbilligen Zumuthung verschont. Man weiß die Nützlichkeit unserer Stellung zu schätzen; denn wir haben die Möglichkeit, unbehelligt zu vermitteln in einer Richtung hin, die entweder den Krieg verhindert, oder wenn sich das unmöglich erweisen sollte, doch die Mittel bietet, ihn einzuschränken und zu hindern, daß aus dem orientalischen Kriege ein europäischer werde, ein Krieg zwischen zwei europäischen Mächten. Also selbst, wenn die Konferenz scheitern sollte, sei es, daß die Mächte sich unter sich nicht einigen, sei es, daß sie nicht die Zustimmung der Türkei zu ihren Vorschlägen erlangen könnten und in Folge dessen Rußland auf eigene Hand verfahren sollte, so ist es deshalb noch nicht nothwendig, daß dieser Krieg weitere Theilnehmer findet; wenigstens wird unser Bestreben dahin gerichtet sein, so weit freundschaftliche, und beiden Theilnehmern annehmbare Vermittelung das vermag, zu versuchen, das Weitergreifen des Krieges zu hindern. Ich halte es nicht für absolut nothwendig — die englisch-russischen Interessen mögen ja sehr schwierige Berührungspunkte haben und der Ausgleich unter ihnen nicht leicht sein; ob aber eine Kriegsführung zwischen zwei so mächtigen Staaten, von denen keiner doch geographisch in der Lage ist, den andern einen solchen Zwang anzuthun, selbst wenn er siegreich sein sollte, ob nicht beide selbst, durch unsere Vermittelung oder direkt, zu der Ueberzeugung zu bringen sind, daß sie besser thun, sich im friedlichen Ausgleich ihrer Interessen gegenseitig zu verständigen, das muß die Zukunft lehren. Wir hoffen — und jedenfalls wird unser Bestreben dahin gerichtet sein — in erster Linie, daß wir uns den Frieden und die Freundschaft mit unseren bisherigen Freunden bewahren, in

zweiter Linie werden wir, soweit es durch freundschaftliche, von allen Seiten bereitwillig aufgenommene Vermittelung möglich ist, unter absolutem Ausschluß aber jeder drohenden Haltung von unserer Seite, uns bestreben, den Frieden unter den europäischen Mächten unter sich nach Möglichkeit zu erhalten, das heißt also den Krieg, wenn er im Orient ausbrechen sollte, nach Möglichkeit zu lokalisiren. Gelingt das nicht, so entsteht eine neue Lage, über die ich mich in Konjekturen nicht einlassen kann."

Eine Thatsache, die uns von mehreren gleich vertrauenswürdigen Zeugen bestätigt worden ist, mag zeigen, welche Beziehungen zu jener Zeit, wenn nicht zwischen den beiden Regierungen, so doch zwischen den beiden kaiserlichen Familien bestanden. Aus dem Munde des Kaisers Wilhelm empfing der Großfürst Nikolaus die erste Kunde von dem Kommando, welches ihm für einen nahen Zeitpunkt zugedacht war. Er wohnte den Manövern der deutschen Armee im September 1876 bei, als der Kaiser sich in Gegenwart des Prinzen Friedrich Karl und anderer Personen von seinem Gefolge mit den Worten zu ihm wandte: „Sie werden bald berufen sein, den Oberbefehl über eine große Armee zu übernehmen und Ihre militärischen Talente im Felde zu bewähren". Von Kindheit auf hatte sich der Großfürst nur mit Heeresangelegenheiten beschäftigt; daher war er auch mit der diplomatischen Lage weniger vertraut. Die Neuigkeit, welche er aus dem Munde des Kaisers Wilhelm erfuhr, überraschte ihn dermaßen, daß er nicht einmal wußte, gegen wen, ob gegen Oesterreich oder die Türkei der Feldzug gerichtet sein würde, dessen Leitung ihm übertragen werden sollte. Wenn wir uns nicht irren, empfing er Mitte Oktober, einige Tage, nachdem er in Petersburg wieder eingetroffen war, den Befehl, sich sofort nach Livadia zu begeben. Selbst damals blieb der Feind, dem es gelten sollte, noch ein Geheimniß. Die Meisten glaubten, der Krieg wäre in erster Reihe gegen Oesterreich beabsichtigt. Die

serbische Armee war damals noch nicht bei Djunis vernichtet und alle Welt war überzeugt, daß Serbien und Montenegro keines Beistandes bedurften, um mit der Pforte fertig zu werden. Für den Fall eines Krieges mit Oesterreich faßte man höchstens die Nothwendigkeit einer bloßen militärischen Demonstration gegen die Türkei ins Auge. Erst am 29. Oktober eröffnete der Kaiser dem Großfürsten in Livadia, daß er bestimmt sei, eine Expedition gegen die Türkei zu befehligen. „Und welches ist das Ziel des Feldzuges?" fragte Nikolaus. Der Zar sprach als Erwiderung nur ein Wort, aber ein bedeutsames: „Konstantinopel". Diese Antwort erklärt das Telegramm, welches der Großfürst in der Folge von San Stefano an den Kaiser richtete: „Ihr lakonischer Befehl ist ausgeführt worden: Die Armee Eurer Majestät steht vor den Mauern von Konstantinopel."

Der russisch-türkische Krieg brach im Jahre 1877 aus. Am 30. Juni kehrte Fürst Bismarck von Kissingen nach Berlin zurück. Dorthin kamen fast alle deutschen Botschafter und wurden sofort von dem Fürsten empfangen. Der Kronprinz hatte am 1. Juli eine dreistündige Unterredung mit ihm. Am 20. August reiste der Reichskanzler nach Gastein. Der Botschafter in Rom, von Keudell, der Botschafter in Wien, Graf Stolberg, der Präsident der italienischen Abgeordnetenkammer, Crispi, kamen dahin auf Besuch. Auf der Rückreise von Gastein nach Berlin kam der Reichskanzler am 18. September in Salzburg mit dem Grafen Andrassy zusammen. Die beiden Minister hatten an diesem und den zwei folgenden Tagen mehrere Konferenzen miteinander, in welchen das volle Einverständniß über die leitenden Gesichtspunkte der gemeinsamen Politik in Bezug auf die wichtigen schwebenden Fragen von neuem bestätigt und befestigt wurde. Die Interpellation Bennigsens über die Stellung Deutschlands zu den kriegerischen Erfolgen der Russen beantwortete der Reichskanzler am 19. Februar 1878. Die Russen hatten nach der

Eroberung Plewnas und nach ihrem Uebergang über den Balkan die türkische Streitmacht vollständig niedergeworfen, der Pforte die höchst ungünstigen Präliminarien von Adrianopel aufgenöthigt, eine englische Flotte war in das Marmara-Meer eingelaufen, Oesterreich suchte dem Ausbruch eines russisch-englischen Krieges durch den Vorschlag, einen europäischen Kongreß zu berufen, vorzubeugen. Es wurde allgemein gefürchtet, das siegreiche Rußland möchte einen allmächtigen Einfluß auf der Balkaninsel ausüben und dadurch die Interessen Oesterreichs und ebendamit auch die Deutschlands empfindlich schädigen, und es wurde gewünscht, daß Deutschland die Stimme einer uneigennützigen Politik für Aufrechterhaltung des Friedens erhebe, ohne daß irgend welche deutsche Interessen geschädigt würden.

Dieses Mal entwickelte Fürst Bismarck in folgender Weise seine Politik:

„Wenn von vielen Seiten an uns die Zumuthung gekommen ist, aber von keiner Regierung, sondern nur von Stimmen in der Presse und sonstige wohlgemeinte Rathschläge — wir sollten von Hause aus unsere Politik festlegen und sie anderen aufdrängen in irgend einer Form, so muß ich sagen, daß ich das doch mehr für Preßpolitik als für Staatenpolitik halte. Man nehme an, daß wir jetzt auch nur ein festes Programm aussprechen, an das uns zu halten wir, wenn wir es hier von amtlicher Seite öffentlich, nicht nur vor Ihnen, sondern vor Europa verkündigen, gebunden sein würden, so würden wir dadurch bei allen denen, die es für sich günstig finden, eine gewisse Prämie auf ihre Unverträglichkeit setzen. Wir würden ferner uns die Rolle der Vermittelung in der Konferenz, auf die ich den allerhöchsten Werth lege, fast unmöglich machen, weil jeder mit dem menu der deutschen Politik in der Hand uns sagen könnte: soweit kann die deutsche Vermittelung gehen, das kann sie thun, das kann sie nicht thun. Die freie Hand, welche

Deutschland sich erhalten hat, die Ungewißheit über Deutschlands Entschließungen mögen nicht ganz ohne Mitwirkung in der bisherigen Erhaltung des Friedens sein. Spielen Sie die deutsche Karte aus, werfen Sie sie auf den Tisch — und Jeder weiß, wie er sich danach einzurichten oder sie zu umgehen hat. Es ist das nicht praktisch, wenn man den Frieden vermitteln will. Die Vermittelung des Friedens denke ich mir nicht so, daß wir nun bei auseinandergehenden Ansichten den Schiedsrichter spielen und sagen: so soll es sein, und dahinter steht die Macht des deutschen Reichs, sondern ich denke sie mir bescheidener, ja — ohne Vergleich im Uebrigen stehe ich nicht an, Ihnen etwas aus dem gemeinen Leben zu zitiren — mehr als die eines ehrlichen Maklers, der das Geschäft wirklich zu Stande bringen will. Wir sind in der Lage also, einer Macht, die geheime Wünsche hat, die Verlegenheit zu ersparen, bei ihrem, ich will einmal Kongreßgegner sagen, sich entweder einen Korb oder eine unangenehme Antwort zu holen. Wenn wir mit beiden gleich befreundet sind, können wir zuvor die Stimmungen erforschen und dem andern sagen: thue das nicht, versuche es so und so anzubringen. Das ist die Rolle, die ich mir denke, und die den freundschaftlichen Verhältnissen entspricht, in denen wir in erster Linie mit unseren befreundeten Grenznachbaren, Grenznachbaren auf langgedehnten Grenzstrecken, überhaupt leben und dann vermöge der seit einem Lustrum bestehenden Einigkeit der drei Kaiserhöfe. Aber auch dasselbe vertraute Verhältniß, in dem wir mit einem anderen Hauptinteressenten, mit England, uns befinden. Es ist gesagt worden, Deutschland habe sehr wohl die Autorität, setzen wir statt dessen: die Macht gehabt, den Krieg zu verhindern. Daran zweifle ich gar nicht. Es wäre das aber eine sehr große Thorheit, um mich nicht eines stärkeren und geläufigeren Ausdrucks zu bedienen, wenn wir das gethan hätten. Es sind dergleichen Versuche ja doch in der neuesten Geschichte mehrere ge-

wesen. Sie sind nie demjenigen, der auf diese Weise einen Krieg Anderer verhindert, der mit einem quos ego einen Frieden geboten hat, sie sind ihm niemals gedankt worden. Ich erinnere an ein Moment aus unserer vaterländischen Geschichte: an die Verhandlungen von Olmütz. Da hat Kaiser Nikolaus die Rolle gespielt, die der Herr Vorredner (Windthorst) Deutschland zumuthet; er ist gekommen und hat gesagt: „auf den ersten, der hier schießt, schieße ich," und in Folge dessen kam der Frieden zu Stande. Zu wessen Vortheil, zu wessen Nachtheil, politisch berechnet, das gehört der Geschichte an, das will ich hier nicht diskutiren. Ich frage blos: ist diese Rolle, die er dort gespielt hat, dem Kaiser Nikolaus auf einer von beiden Seiten gedankt worden? Bei uns in Preußen ganz gewiß nicht. Die edlen Absichten dieses Herrn wurden verkannt gegenüber der Empfindlichkeit, die das nationale Gefühl einer großen Nation berührt, wenn eine andere Macht ihr gebietet oder verbietet, was sie in einer Frage des eigenen Interesses, die sie glaubt selbst zu verstehen, thun oder lassen soll. Ist es dem Kaiser Nikolaus von Oesterreich gedankt worden? Drei Jahre darauf war der Krimkrieg und ich brauche ein Weiteres nicht zu sagen. Diese Rolle, die Kaiser Nikolaus in Olmütz gespielt hat, muthet der Herr Vorredner uns zu, wenn wir den Krieg vorher hätten verbieten sollen. Ich will ein weiteres Beispiel anführen. Die Lage, in der wir augenblicklich befinden, ist ja vor etwas mehr als 20 Jahren, zur Zeit des Krimkrieges, ziemlich genau schon einmal dagewesen. Ich war damals nicht Minister, aber durch das Vertrauen, mit dem der hochselige König Friedrich Wilhelm IV. mich beehrte, war ich in der Lage, bei den wichtigeren und entscheidenderen Fragen theilzunehmen, und ich weiß ganz genau, wie die Sachen damals verliefen. Ich weiß, welche Künste der Ueberredung, der Drohung bei Preußen angewandt wurden, um uns hineinzutreiben wie einen Hatzhund in einen fremden Krieg, und es war nur —

was dem hochseligen König nicht genug zu danken ist, — der persönliche Widerstand, den der König dagegen geleistet hat, der verhindert hat, daß dieser Mißgriff damals begangen wurde, daß wir einen Krieg führten, der von dem Augenblicke an, wo wir den ersten Schuß thaten, der unserige geworden wäre und Alle hinter und neben uns hätten eine gewisse Erleichterung empfunden und uns gesagt, wenn es genug war. Der hochselige König hat mich damals in schwierigen Momenten von Frankfurt rufen lassen, um die Depeschen in seinem Sinne hier zu bearbeiten und es ist das nach dem damaligen Verfahren in unseren auswärtigen Angelegenheiten durchaus nicht sehr auffallend, daß hier ein halbes Dutzend Gesandte in Gasthöfen waren und Politik gegen ihren Minister trieben. Nun, ist es nicht anerkennenswerth, daß wir damals der Versuchung, Rußland den Krieg zu verbieten oder zu erschweren, widerstanden haben? Es war damals auch das „germanische Interesse", in welchem der Krimkrieg geführt wurde, in dessen Namen unser Beistand gefordert wurde, es war nur das Auffällige, daß der gesammte deutsche Bund diese Ansicht nicht theilte, daß es ein germanisches Interesse wäre. Ich glaube, es war das einzige Mal, wo ich mich in Frankfurt im Bundestage an der Spitze der Majorität befunden habe und wo Oesterreich in der Minorität war. Alle Stimmen waren darüber einig, daß es kein deutsches Interesse sei, trotz des angeblichen Interesses der Donauschifffahrt von Regensburg hinunter, mit welcher viel Humbug getrieben wurde. So kann ich dem Herrn Vorredner anführen, daß eine von ihm sonst so hoch geachtete Autorität, die Mehrheit des alten Bundestags, in diesem Falle nicht auf seiner Seite steht, und nicht meinte, daß es ein germanisches Interesse sei, mit Rußland für Bulgarien Krieg zu führen. Ich kann die Zahl der Interventionen, bei denen man sich gewissermaßen die Finger verbrannt hat, ja aus der neuesten Geschichte noch vermehren. Ich erinnere an die von uns nur

beabsichtige Intervention vor Villafranka. Es war eine Friedensstiftung, die uns nachher von keiner Seite gedankt wurde. Ich erinnere an die Friedensstiftung Napoleons gleich nach der Schlacht von Sadowa — die Sachen sind damals nicht sehr öffentlich geworden — aber was ich mir damals darüber gedacht habe, das weiß ich und ich habe es dem Kaiser Napoleon nicht vergessen, ich habe gut Buch gehalten für seine damalige Intervention, und es wäre vielleicht für die französischen Interessen nützlicher gewesen, Frankreich hätte sich damals nicht zum Friedensstifter aufgeworfen . . . ."

Ueber die Beziehungen zu Oesterreich gab dann Fürst Bismarck noch die folgende Erklärung ab:

„Ich kann dem Herrn Abgeordneten Windthorst versichern, daß er nicht nöthig hat, uns gegenüber die Interessen Oesterreichs zu vertreten. Unsere Beziehungen zu Oesterreich sind die der Gegenseitigkeit, voller Offenheit und des gegenseitigen Vertrauens, was eine große Seltenheit ist, namentlich nach den Vorgängen aus Zeiten, wo andere Parteien in Oesterreich noch mächtiger waren, als sie dies heute sind. Nicht blos von Monarch zu Monarch, nicht blos von Regierung zu Regierung — nein, ich stehe persönlich mit dem Grafen Andrassy zu meiner Freude und zu meiner Ehre in demjenigen freundschaftlichen Verhältniß, welches ihm die Möglichkeit giebt, mir jede Frage, die er für nothwendig hält, im Interesse Oesterreichs offen zu stellen und er hat die Ueberzeugung, daß ich ihm die Wahrheit antworte, und ich habe die Ueberzeugung, daß er mir die Wahrheit über Oesterreichs Absichten sagt. Ein solches Verhältniß ist ein sehr günstiges, wenn man sich gegenüber einen Minister hat, bei dem man von der Wahrheit dessen, was er auf sein Wort versichert vollständig überzeugt ist. In der angenehmen Lage befinden wir uns mit Oesterreich. In früheren Zeiten, die dem Herrn Vorredner gefallen mögen, war es anders; da habe ich österreichische

Kollegen im Bunde mir gegenüber gehabt, denen habe ich gesagt: es ist mir gleichgültig, ob Sie reden, oder ob der Wind durch den Schornstein geht, ich glaube kein Wort von dem, was Sie sagen. Der Graf Andrassy glaubt mir und ich glaube ihm, was er mir sagt und wir brauchen zu diesem Verhältniß die Vermittelung des Herrn Vorredners am allerwenigsten, er würde es nur verderben können."

Die deutsche Reichsregierung erklärte sich am 7. März 1878 bereit, die Einladungen zur Theilnahme an dem Kongreß ergehen zu lassen, sobald sie der Zustimmung sämmtlicher Mächte sicher sei. Aber zwischen den Kabinetten von Petersburg und von London herrschte noch eine bedenkliche Meinungsverschiedenheit. Der ehrliche Makler, Fürst Bismarck, bot alles auf, um die Gefahr eines Krieges zu beseitigen und irgend eine Formel aufzufinden, welche von den beiden rivalisierenden Mächten als Grundlage für den Kongreß anerkannt würde, und brachte es endlich dahin, daß am 30. Mai zwischen dem russischen Botschafter in London, Grafen Schuwalow und dem Lord Salisbury eine Uebereinkunft in London abgeschlossen wurde, in welcher sowohl diejenigen Punkte, über die zwischen beiden Kabinetten ein Einverständniß hergestellt war, als diejenigen, die dem Kongreß zur Entscheidung vorgelegt werden sollten, bezeichnet werden. Jetzt erst erließ der Reichskanzler die Einladungsschreiben zum Berliner Kongreß an die Signaturmächte der Verträge von 1856 und 1871 in einer die Ehre Rußlands schonenden und die Wünsche Englands befriedigenden Form. Am 13. Juni wurde der Kongreß eröffnet. Auf den Vorschlag des Grafen Andrassy wurde dem Fürsten Bismarck das Präsidium übertragen. Die weiteren Bevollmächtigten des deutschen Reiches waren der Staatsminister von Bülow und Fürst Hohenlohe, Botschafter in Paris. Die Berathungen verliefen anfangs so langsam, daß Fürst Bismarck den Bevollmächtigten vorschlug, über die Haupt-

fragen in Privatkonferenzen sich zu vereinbaren, worauf sie durch den Kongreß rasch geordnet werden könnten, und die minder wichtigen Punkte später den Kommissionen zu überlassen, sonst könne er aus Gesundheitsgründen das Präsidium nicht länger fortführen. Auf dies hin kamen die Verhandlungen in rascheren Fluß. Als wegen der Hafenstadt Batum ein Streit sich erhob, da die englischen Bevollmächtigten die Abtretung derselben an Rußland zwar anerkannten, aber verlangten, die Festungswerke sollten geschleift und der Platz zu einem Freihafen erklärt werden, ließ der Reichskanzler den Korrespondenten der Times, Herrn v. Blowitz, zu sich bitten und that ihm seine Ansichten hierüber kund, um durch Veröffentlichung derselben auf die englische Politik einzuwirken. Die streitige Frage wurde dadurch gelöst, daß Rußland sich entschloß, Batum für einen Freihafen zu erklären. Gegen den Vorschlag Englands, daß Oesterreich mit der Occupation Bosniens und der Herzegowina und mit der Verwaltung dieser Provinzen betraut werden solle, protestierten die türkischen Bevollmächtigten. Fürst Bismarck drückte sein Erstaunen darüber aus, daß sie zögerten, der einstimmigen Meinung des Kongresses nachzugeben; sie sollten bedenken, daß der Kongreß durch fortgesetzte Bemühungen und durch unaufhörliche gegenseitige Zugeständnisse es dahin gebracht habe, der Türkei Provinzen zu erhalten, die viel wichtiger seien als die in Frage stehenden. Darauf forderte er sie auf, neue Instruktionen zu verlangen, welche ihnen erlauben würden, den Anschauungen des Kongresses sich anzuschließen. Die Pforte fügte sich in das Unabänderliche und gab ihre Zustimmung.

Der Friede von Berlin wurde am 13. Juli unterzeichnet. Die Berathungen des Berliner Kongresses, welcher am 13. Juni eröffnet worden war, hatten genau einen Monat in Anspruch genommen.

Der Friedensvertrag beginnt mit folgenden Worten:

„Im Namen Gottes des Allmächtigen.

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preußen, Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen u. s. w. und apostolischer König von Ungarn, der Präsident der französischen Republik, Ihre Majestät die Königin des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, Kaiserin von Indien, Seine Majestät der König von Italien, Seine Majestät aller Reussen und Seine Majestät der Kaiser der Ottomanen, —

von dem Wunsche beseelt, die im Orient durch die Ereignisse der letzten Jahre und durch den Krieg, welchem der Präliminar-Vertrag von San-Stefano ein Ziel gesetzt hat, hervorgerufenen Fragen in dem Geiste einer festen europäischen Ordnung in Gemäßheit der Bestimmungen des Pariser Vertrages vom 30. März 1856 zu regeln, sind einmüthig der Ansicht gewesen, daß die Vereinigung zu einem Kongreß das beste Mittel darbieten würde, um ihr Einvernehmen zu erleichtern."

Es folgen darauf die Namen der Bevollmächtigten, — welche

„nach dem Vorschlage der österreichisch-ungarischen Regierung und auf Einladung der deutschen Regierung sich in Berlin versammelt haben."

Aus den Beschlüssen werden hier in Kürze die Hauptpunkte hervorgehoben:

„Bulgarien wird als ein selbstständiges, Tribut zahlendes Fürstenthum unter der Oberherrschaft des Sultans errichtet. Es erhält eine christliche Regierung und eine nationale Miliz. Das Fürstenthum Bulgarien hat zur nördlichen Grenze die Donau, zur östlichen das Schwarze Meer, zur südlichen den Balkan bis zum Bezirk von Sofia. Der Fürst von Bulgarien wird frei durch die Bevölkerung gewählt und durch die Pforte bestätigt mit Zustimmung der Mächte. Kein Mitglied der regierenden Häuser der europäischen Großmächte soll zum Fürsten von Bul-

garien gewählt werden. — Einstweilen wird die vorläufige Organisation Bulgariens, jedoch höchstens auf neun Monate, durch einen russischen Kommissarius unter Kontrolle der Mächte geleitet. — Alle bisherigen Festungen in Bulgarien werden binnen spätestens einem Jahr geschleift. Südlich vom Balkan wird eine Provinz gebildet unter dem Namen Ost-Rumelien, welche unter der direkten politischen und militärischen Autorität des Sultans bleibt, aber bei administrativer Selbstständigkeit. Sie wird einen christlichen Generalgouverneur haben. Der Sultan hat das Recht, für die Vertheidigung der Land- und Seegrenzen der Provinz durch Errichtung von Befestigungen an dieser Grenze und durch Halten von Truppen daselbst zu sorgen.

Eine europäische Kommission wird mit der Pforte die Einrichtungen Ost-Rumeliens feststellen.

Die russische Occupations-Armee in Bulgarien und Ost-Rumelien soll über 50,000 Mann nicht hinausgehen. Die Occupation ist auf neun Monate festgesetzt. In weiteren drei Monaten soll der Durchzug durch Rumänien und die vollständige Räumung dieses Fürstenthums erfolgt sein.

Die Provinzen Bosnien und Herzegowina werden von Oesterreich-Ungarn in Besitz und Verwaltung genommen.

Die Unabhängigkeit Montenegros wird allseitig anerkannt. Das Gebiet erhält eine Erweiterung. Antivari und seine Seeküste werden Montenegro einverleibt; die Häfen bleiben für alle Kriegsschiffe geschlossen.

Die Unabhängigkeit des Fürstenthums Serbien wird unter Erweiterung seines Gebiets anerkannt.

Die Unabhängigkeit des Fürstenthums Rumänien wird anerkannt. Rumänien tritt an Rußland einen Theil des in Folge des Pariser Vertrages von 1856 von Rußland abgezweigten Gebiets von Bessarabien wieder ab. Die das Donaudelta bildenden Inseln, ebenso wie die Schlangen-Inseln werden mit Rumänien

vereinigt. Das Fürstenthum erhält außerdem das im Süden der Dobrudscha gelegene Gebiet bis zu einer Linie von Silistria bis Mangalia.

Um die der freien Schifffahrt auf der Donau, welche als von europäischem Interesse anerkannt worden ist, gesicherten Bürgschaften zu steigern, sollen alle Festungen und Fortifikationen, welche sich am Laufe des Flusses vom Eisernen Thor bis zur Mündung befinden, geschleift und keine neuen errichtet werden. Kein Kriegsschiff darf unterhalb des Eisernen Thores die Donau befahren.

Die europäische Donau-Kommission, in welcher auch Rumänien vertreten sein wird, behält ihre Funktionen und wird sie von jetzt ab bis nach Galatz ausüben, vollständig unabhängig von jeder territorialen Autorität.

Für den Fall, daß die Uebereinkunft betreffs einer Grenzregulirung, welche im Protokoll XIII. vorgesehen ist, zwischen der Pforte und dem Königreich Griechenland nicht zur Ausführung kommen sollte, erklären die Mächte sich bereit, der osmanischen und der griechischen Regierung ihre guten Dienste anzubieten.

In Asien tritt die Pforte dem russischen Reich die Gebiete von Kars, Ardahan und Batum mit dem Hafen ab. Der Kaiser von Rußland erklärt, daß es seine Absicht ist, Batum zu einem Freihafen, der hauptsächlich für den Handel bestimmt ist, zu machen.

Das Thal von Alasch-Kurd und die Stadt Bachazid, welche durch den Vertrag von San-Stefano an Rußland abgetreten waren, werden der Türkei wieder gegeben.

Die Pforte verpflichtet sich, ohne Zeitverlust alle Verbesserungen und Reformen einzuführen, welche die Bedürfnisse in den von Armeniern bewohnten Provinzen erfordern, und ihre Sicherheit gegen Tscherkessen und Kurden zu garantiren.

Die Pforte hat den Willen ausgesprochen, das Prinzip der Religionsfreiheit aufrecht zu erhalten und ihm eine stete Ausdehnung zu geben. In keinem Theile des ottomanischen Reiches soll der Unterschied der Religion irgend Jemandem als ein Grund zum Ausschluß vom Gebrauch der bürgerlichen und politischen Rechte, von der Zulassung zu öffentlichen Aemtern und Ehrenstellen oder die Ausübung der verschiedenen Professionen entgegengestellt werden.

Der Pariser Vertrag vom 30. März 1856 ebenso wie der Londoner Vertrag vom 13. März 1871 werden in allen den Bestimmungen aufrecht erhalten, welche durch die vorstehenden Stipulationen nicht aufgehoben oder modifizirt worden sind (also auch in Bezug auf die Dardanellen)."

Nach der Beendigung der Arbeiten des Kongresses richtete der österreichisch-ungarische Minister Graf Andrassy folgende Dankesworte an den Vorsitzenden Fürsten v. Bismarck:

„Meine Herren! Im Augenblick, wo unsere Anstrengungen zu einem gemeinsamen Einverständniß geführt haben, würde es unmöglich sein, dem hervorragenden Staatsmann, der unsere Arbeiten geleitet hat, unsere Ehrerbietung nicht zu bezeugen. Unabänderlich hat er im Auge gehabt, den Frieden zu sichern und zu befestigen. Zu diesem Zwecke hat er seine ganzen Anstrengungen darauf gerichtet, die Meinungsverschiedenheiten zu versöhnen und der Ungewißheit, die so schwer auf Europa lastete, so schnell als möglich ein Ende zu machen. Dank der Weisheit, der unermüdlichen Energie, mit der unser Präsident unsere Arbeiten geleitet, hat er in einem hohen Grade zu dem schnellen Gelingen des Friedenswerkes, das wir gemeinsam unternommen haben, beigetragen. Ich bin daher sicher, der einmüthigen Zustimmung dieser hohen Versammlung zu begegnen, indem ich Ihnen vorschlage, Sr. Durchlaucht dem Fürsten Bismarck unsere wärmste Dankbarkeit auszudrücken. Auf dem Punkte, uns zu

trennen, glaube ich, Ihren Gefühlen am besten zu entsprechen, indem wir unseren ergebensten Dank für die graziöse Gastfreundschaft bezeugen, deren Gegenstand wir seitens Sr. Majestät des Deutschen Kaisers und der erhabenen Kaiserlichen Familie gewesen sind."

Fürst Bismarck sagte dem Grafen Andrassy und dem Kongreß lebhaften Dank und fügte hinzu:

„Der Geist der Versöhnung und des gegenseitigen Wohlwollens, von dem alle Bevollmächtigten beseelt gewesen sind, haben mir meine Aufgabe erleichtert, die ich bei dem Stande meiner Gesundheit kaum hoffen konnte zu Ende zu führen. In dem Augenblick, wo der Kongreß zur Zufriedenheit der vertretenen Regierungen und ganz Europas bei dem gehofften Resultat anlangt, bitte ich Sie, mir eine freundliche Erinnerung zu bewahren; was mich betrifft, so wird die denkwürdige Epoche, die soeben abgelaufen ist, unverlöschlich in meinem Gedächtniß bleiben."

Zum Schlusse ergriff Fürst Bismarck nochmals das Wort und sagte:

„Ich konstatire, daß die Arbeiten des Kongresses beendigt sind.

Meine Herren, im Augenblick, wo wir uns trennen, scheue ich mich nicht, zu behaupten, daß der Kongreß sich um Europa wohl verdient gemacht hat. Wenn es unmöglich gewesen ist, alle Bestrebungen der öffentlichen Meinungen zu verwirklichen, so wird auf alle Fälle die Geschichte unseren Absichten, unserem Werke Gerechtigkeit widerfahren lassen, und die Bevollmächtigten werden das Bewußtsein haben, in den Grenzen des Möglichen Europa die große Wohlthat des Friedens, der so schwer bedroht gewesen, zurückgegeben und gesichert zu haben. Dieses Ergebniß wird durch keine Kritik, welche der Parteigeist der öffentlichen Meinung einflößen könnte, vermindert werden. Ich habe die

feste Hoffnung, daß die Eintracht Europas mit Gottes Hülfe dauerhaft bleiben wird, und daß die persönlichen und herzlichen Beziehungen, welche während unserer Arbeiten zwischen uns hergestellt worden sind, das gute Einvernehmen zwischen unseren Regierungen kräftigen und befestigen werden."

Bei dem Festmahl, welches unmittelbar nach dem Schlusse des Kongresses im Weißen Saale des Königlichen Schlosses stattfand, brachte der Kronprinz in französischer Sprache ein Hoch auf die Mitglieder des Kongresses und auf ihr Friedenswerk folgenden Inhalts aus:

„Die Hoffnungen, mit denen ich vor einem Monat im Namen des Kaisers die zum Kongreß vereinigten ausgezeichneten Staatsmänner begrüßt habe, sind glücklicherweise in Erfüllung gegangen. Das von Europa so sehr gewünschte Friedenswerk krönt soeben Ihre Anstrengungen. Als Dolmetsch der Gefühle meines erhabenen Vaters bin ich glücklich, meine Huldigung der Weisheit und dem Geist der Versöhnung darzubringen, welche dieses große Resultat herbeigeführt haben.

Das Einvernehmen, welches seine Sicherung gefunden hat, wird eine neue Bürgschaft für den Frieden und für das allgemeine Wohl sein. Der Beistand Deutschlands ist im Voraus Allem gesichert, was darauf abzielt, diese großen Wohlthaten zu sichern und zu erhalten.

Im Namen Sr. Majestät trinke ich auf das Wohlsein der Souveräne und der Regierungen, deren Vertreter soeben an dem denkwürdigen Datum dieses Tages den Vertrag von Berlin unterzeichnet haben."

Um die Bedeutung und den Werth dessen, was erreicht worden, richtig zu würdigen, muß man einerseits die Lage vor dem Kongreß und andererseits die Aufgabe, welche demselben gestellt war, bestimmter ins Auge fassen.

Vor dem Kongreß erschien der Friede Europas unmittelbar

bedroht. Der Friede von San Stefano hatte den Krieg zwischen Rußland und der Türkei zunächst abgeschlossen, aber aus den Fragen von europäischem Interesse schien ein schwererer, umfassenderer Konflikt hervorgehen zu sollen. Der Ausbruch desselben schien so nahe gerückt, so sehr von jedem Zwischenfall vor Konstantinopel abhängig, daß es fraglich war, ob nicht die Gewalt der Thatsachen alle Absichten der Verständigung vereiteln würde.

Bei dem schneidenden Gegensatze der grundsätzlichen Auffassungen und Ansprüche zwischen England und Rußland war es überaus schwierig, einen Boden zu finden, auf welchem der Versuch einer Verständigung überhaupt unternommen werden konnte.

Es war ein erstes glückverheißendes Zeichen und eine erste Bürgschaft des Gelingens, daß eine solche Grundlage für den Kongreß vereinbart werden konnte. Von jenem Augenblicke und seit der wirklichen Berufung des Kongresses löste sich die Spannung und Sorge der Geister in Europa.

Mit gutem Grunde aber durfte Fürst Bismarck darauf hinweisen, daß der Kongreß Europa die große Wohlthat des Friedens, welcher so schwer bedroht war, wiedergeschenkt und innerhalb der Grenzen des Möglichen gesichert habe.

Wenn es nach den Worten des Kanzlers unmöglich gewesen war, alle Wünsche der öffentlichen Meinung zu verwirklichen, so ist darauf hinzuweisen, daß dem Kongreß überhaupt nicht die Aufgabe zufiel und zufallen konnte, eine volle und absolute Lösung der orientalischen Frage zu finden, daß er vielmehr die ganz bestimmte und begrenzte Aufgabe hatte, den vorläufig zwischen Rußland und der Türkei geschlossenen Frieden von San Stefano mit den Interessen und Ansprüchen der übrigen europäischen Mächte und mit den früheren europäischen Verträgen in Einklang zu bringen.

Diese Aufgabe wurde unter allseitigem Einverständniß gelöst und dadurch eben dem Frieden Europas eine neue Bürgschaft gegeben. Dieses Ziel konnte nur erreicht werden, wenn die mannigfachen Wünsche, Ansprüche und Anforderungen, welche außerhalb des Rahmens der betreffenden Verträge zur Geltung zu gelangen suchten, von den jetzigen Vereinbarungen ausgeschlossen wurden, so sehr auch für manche derselben die Sympathien der Mächte zur Geltung gelangten.

Das Wesentlichste bei dem Erfolge des Kongresses war die wirklich vertrauensvolle Gemeinschaft und der allseitig ernste Wunsch und Wille für eine wahrhaftige Friedenspolitik, welcher die Bevollmächtigten aller Großstaaten erfüllte. Dieser gemeinsame Geist allein ermöglichte es, daß die schwierigen Fragen unter den nächstbetheiligten Mächten durch vertrauliche Verständigung zur Lösung vorbereitet wurden, — derselbe Geist ließ die Bevollmächtigten der nicht so unmittelbar betheiligten Staaten ihre aufrichtigen Bemühungen mit denen Deutschlands vereinigen, um das Friedenswerk auf jede Weise zu erleichtern und zu fördern.

Die allseitig vertrauensvolle Stimmung, welche der Grundton und zugleich das bedeutungsvollste Ergebniß des Kongresses war, wurde auch durch die im letzten Augenblicke hervorgetretene, außerhalb des Kongresses vollzogene Thatsache des besonderen Vertrages zwischen England und der Türkei nicht dauernd beeinträchtigt: im Zusammenhange der Ereignisse, wie sie sich durch die Ergebnisse des Krieges und des jetzigen Friedensschlusses gestaltet hatten, und unter dem Wirken des Geistes, welcher die Mächte bei den jüngsten Verhandlungen geleitet hatte, konnte auch jene Thatsache eher eine Bürgschaft weiterer friedlicher Entwickelung im Orient, als der Anlaß erneuter Konflikte sein.

Fürst Bismarck konnte mit voller Ueberzeugung der gemeinsamen Stimmung des Kongresses Ausdruck geben, indem er die

Hoffnung aussprach, daß das Einverständniß Europas mit Gottes Hülfe dauerhaft bleiben werde.

Es ist begreiflich, daß der Kaiser von Rußland den Vertrag von Berlin mit sehr gemischten Empfindungen unterschrieben hat. Fürst Gortschakow hatte sich einen Frieden ausgedacht, den er mit der Pforte schließen wollte, ganz im Stile dessen, welchen Deutschland in den Präliminarien von Versailles Anfang 1871 geschlossen. Nur sollte der Gortschakow'sche Friede noch weit glanzvoller, vor Allem aber in den Früchten, die er dem Sieger brächte unendlich ergiebiger sein. Fürst Gortschakow hätte also am liebsten die orientalische Frage geregelt, ohne irgend eine europäische Macht hineinreden zu lassen, denn Deutschland hatte sich 1871 ebenfalls alle Einmischung in seine Unterhandlungen mit Frankreich verbeten. Der russische Reichskanzler hätte auf diese Weise allerdings den deutschen in seinem Triumph eine große Anzahl Pferdelängen hinter sich gelassen. Denn die orientalische Frage ist die Weltfrage per excellence, während der Gewinn eines Streifens an der französischen Ostgrenze, welcher Deutschland eine Defensivstellung sichert, die es im 17. Jahrhundert verloren und deren Verlust ihm eine Kette von Einbrüchen seines kriegslustigen Nachbarn eingetragen, für die Staaten Europas auch nicht ein Fünkchen Beunruhigung, vielmehr eine nachhaltige Beruhigung hervorrufen konnte. Der russische Reichskanzler mußte indeß, noch ehe es zu Friedens-Unterhandlungen kam, gewisse Veränderungen des türkischen Besitzstandes als abhängig von dem gemeinsamen Willen Europas anerkennen. Er hoffte aber sein Friedensziel durch ein diplomatisches Meisterstück zu erreichen, das er als Friede von San Stefano der erstaunten Welt präsentirte. Er brachte so viel türkischen Länderbesitz in Rußlands mittelbare und unmittelbare Gewalt, er umschlang namentlich Konstantinopel so gründlich, daß das Regiment des Sultans, wenn es diese Lage ange-

nommen, nur noch dadurch hätte fortbestehen können, daß es sich der Petersburger Politik völlig in die Arme geworfen. Dieser Friede — es war, wie jener von Versailles, ein Präliminarfriede — hatte zur Folge, daß England sich ernsthaft zum Krieg anschickte, zum ersten Mal seit Jahrhunderten zu dem Unternehmen, eine Großmacht allein zu bekämpfen. In diese drohende Situation fielen die Reisen Schuwaloff's zwischen Petersburg, Friedrichsruh und London, in Folge deren Fürst Bismarck die Einladungen zum Kongreß in Berlin ergehen ließ. Auf diesem Kongreß wurde der Friede von San Stefano allerdings revidirt, aber was Rußland davon rettete, war angesichts der gefährlichen Situation und angesichts seiner trotz der schließlichen Erfolge durchaus nicht niederschmetternden Kriegsfähigkeit ungemein viel. Daß es so viel rettete, war das Werk Deutschlands, wie die Protokolle des Kongresses unwiderleglich ausweisen.

Rußland hatte sich Batum, den einzigen guten Hafen an der Ostküste des Schwarzen Meeres — obgleich Lord Beaconsfield denselben höhnisch mit Cowes verglich — und die armenischen Festungen, namentlich Kars, welches die russischen Truppen in 50 Jahren dreimal hatten erobern müssen, und damit starke strategische Positionen gesichert, es hatte aber auf einen nicht unwichtigen Theil der blutigen Eroberung wieder verzichten müssen. In Europa war Bessarabien, welches Rußland nach dem Krimkriege hatte abtreten müssen, wiedergewonnen, freilich nicht von dem türkischen Gegner, sondern von dem verbündeten Rumänien, welches für jenen Verlust durch die öde und fieberreiche Dobrudscha entschädigt worden war. Die beiden Verbündeten Rußlands: Montenegro und Serbien, waren mit vergrößertem Gebiet der Oberherrschaft der Türkei entzogen, aber nur, um der Machtsphäre Oesterreichs überantwortet zu werden. Am empfindlichsten für Rußland war die ihm durch die Kriegsdrohung Englands aufgezwungene Lösung der bulgarischen Frage.

Fürst Gortschakow hatte seinen beiden Kollegen auf dem Kongreß, dem Grafen Schuwalow und Herrn Oubril, die Verantwortlichkeit dieser Lösung überlassen. In den entscheidenden Sitzungen des Kongresses glänzte der russische Reichskanzler durch seine Abwesenheit, angeblich wegen Indigestion, die er sich durch den Genuß von Erdbeeren zugezogen hatte. Erst in der Sitzung vom 26. Juni erschien er wieder und überraschte die hohe Versammlung mit folgender Anrede: „Da ich einige Tage nicht an Ihren Berathungen theilnehmen konnte, möchte ich nicht in Ihre Mitte zurückkehren, ohne Ihnen einige Bemerkungen zu machen, die mir durch die Liebe zur Wahrheit und zu meinem Vaterlande eingegeben werden. Während der letzten Berathung haben meine Kollegen Ihnen im Namen Rußlands Zugeständnisse gemacht, welche weit über diejenigen hinausgehen, die es zu machen gedachte. Ich bin zu gut von den Gefühlen unterrichtet, welche meine Kollegen beeinflussen, um etwas gegen die Zugeständnisse zu sagen, zu denen sie sich verpflichtet fühlten. Ich möchte lediglich vor Ihnen erklären, daß Rußland, wie wohl bekannt ist, diese Opfer wegen seiner Liebe zum Frieden gebracht hat, und daß es Wahrheit war, als es sowohl vor als nach dem Kriege erklärte, daß es nur, um den Christen im Orient zu helfen, sich erhoben hat, daß es keine selbstsüchtigen heimlichen Zwecke verfolgte und daß, nachdem es so große Opfer in einem Krieg, der lediglich für das Christenthum und die Civilisation unternommen wurde, gebracht hat, es sich auch imstande zeigt, Opfer für die Wiederherstellung des Friedens zu bringen, auf die ja Ihre Anstrengungen gerichtet sind. Ich glaube, Niemand wird den Ruhm der russischen Armee, welche die glänzendsten Siege errungen hat, in Abrede stellen; aber Rußland wünscht, daß es offenkundig sei, daß es die Lorbeeren des Sieges, die mit dem kostbarsten Blute errungen sind, gegen die Palme des Friedens vertauschen will.“ Deutlicher konnte Fürst Gortschakow

allerdings nicht sagen, daß der eigentliche Besiegte auf dem Kongreß nicht Rußland, sondern der russische Kanzler gewesen, der sein Leben lang nicht der Versuchung widerstehen konnte, durch Nachgiebigkeit gegen populäre Strömungen sich den Beifall zu sichern, der seiner Eitelkeit schmeichelte.

Welcher Art der Widerhall der Sprache, die Fürst Gortschakow im Kongreß geführt hatte, — obgleich Schuwalow die in Rede stehenden Zugeständnisse erst nach eingeholter Zustimmung des Kaisers Alexander machte, — in der russischen Presse war, ist unschwer zu errathen. Wenige Tage nach dem Schluß des Kongresses hielt der Vorsitzende des Moskauer Slavenkomitees — eine Gesellschaft, die sich beim Ausbruch des Krieges zu Sammlungen für die Armee gebildet hatte und der damals offizielle Beziehungen zu den einzelnen Truppenführern gestattet wurden —, der alte Aksakow eine Rede, in der er ausrief: „Der Kongreß sei eine freche Beschimpfung dessen, was Rußland gewollt habe; man habe Rußland eine Narrenkappe mit Schellen aufgesetzt. Der Kongreß sei eine kolossale Absurdität, ein verblüffendes Unding, eine offenbare Schmähung Rußlands, ein krankhaftes Betrügen und Irreführen des eigenen Gewissens, eine Verschwörung gegen das Russenvolk unter Betheiligung von dessen eigenen Vertretern, eine Ohrfeige für Rußland. Rußlands Diplomatie sei gefährlicher als der Nihilismus (der seit dem Attentat der Wjera Sassulitsch auf General Trepow am 5. März in Rußland Orgien feierte)." Die Regierung untersagte die Verbreitung der Rede, löste kurz nachher das Moskauer Komitee auf und wies Aksakow aus, der, wie man sagte, diese rücksichtsvolle Behandlung seinen Beziehungen zu dem Großfürsten-Thronfolger verdankte.

Man sieht, wie scharf Fürst Bismarck die Lage beurtheilte, als er in seiner Abschiedsrede an den Kongreß das Werk desselben im Voraus gegen die Angriffe des „Parteigeistes" in

Schutz nahm. Es giebt kaum ein historisches Ereigniß, um das sich die böswillige Entstellung der Thatsachen, die tendenziöse Verdrehung, ein plumpes Lügengewebe so dicht und so hartnäckig gelagert hat, als um den Berliner Kongreß von 1878. Sämmtliche Beschlüsse dieses Kongresses waren nichts als die Ratifikation eines geheimen Abkommens zwischen dem Grafen Schuwalow und Marquis von Salisbury, also zwischen Rußland und England. Von ihnen gingen, wie das Zustandekommen des Kongresses selber, so auch die Abmachungen selber aus. Und doch brach schon unmittelbar nach dem Schlusse des Kongresses ein Sturm in Rußland los — gegen Deutschland. Die „Times" blies in diesen Sturm noch hinein, indem sie 1879 schrieb:

„Der Vertrag ist in gewissen Beziehungen, wie Bismarck einmal sagte, sein eigener Vertrag und der Kanzler hat ein natürliches Interesse daran bewahrt, die volle Ausführung desselben zu sichern. Es ist beachtenswerth, daß, so eng auch seit einem halben Jahrhundert die Beziehungen zwischen Rußland und Preußen gewesen sind, doch, so oft während dieser Verhandlungen ein bestimmter Gegensatz zwischen den Ansprüchen der westlichen Mächte und Rußland im Orient hervorgetreten ist, Deutschland unter dem Einfluß des Fürsten Bismarck schließlich den Ausschlag zu Gunsten des Westens gegeben hat."

Das war gewissen russischen Kreisen aus der Seele geschrieben. Sie, denen daran liegen mußte, die Fehler und Mißgriffe der russischen Politik damit zu verdecken, daß sie die Schuld auf Fremde schoben, erhielten nun noch Succurs aus England, den sie triumphirend sich zu Nutze machten, während doch der Satz der „Times" mit den Thatsachen und Protokollen der Kongreßverhandlungen in vollem Widerspruch stand. Die Fragen, in welchen zwischen Rußland und dem Westen überhaupt auf dem Kongresse Streit war, und ein Ausschlag gegeben werden konnte, betrafen Batum, die Dobrudscha, die Kriegskosten, Sofia und

überhaupt die bulgarische Grenze. In allen diesen Punkten hat Deutschland nicht, wie die „Times" sagt, die Schale zu Gunsten des Westens, sondern zu Gunsten Rußlands geneigt, und es ist überhaupt auf dem Kongreß von Rußland kein Antrag gestellt worden, den Deutschland nicht unterstützt hätte. Russischer als Rußland zu sein, war allerdings nicht die Aufgabe der deutschen Politik, und was Rußland nicht den Muth hatte zu fordern, darauf mußte es natürlich verzichten. Die oben erwähnten Forderungen hat ihm Deutschland und nur Deutschland durchgesetzt. Daß die deutsche Regierung dabei auf Dankbarkeit und Anerkennung von russischer Seite gerechnet hätte, glauben wir kaum, wäre es doch der Fall, so hätte sich in diesem Punkte allerdings die deutsche Politik geirrt.

Von Fürst Gortschakow wurde später erzählt, er habe gesagt: er sei mit Deutschland wegen dessen mangelnder Unterstützung des großbulgarischen Planes quitt.

Nun hat Graf Schuwalow niemals die Unterstützung Deutschlands für den großbulgarischen Plan nachgesucht und weder er noch ein anderer russischer Diplomat haben hierzu jemals den Auftrag von seiner Regierung gehabt. Nur mit der englischen Regierung hat Graf Schuwalow über die Frage zu unterhandeln gehabt, ob und bis zu welcher Grenze England ohne Kriegsfall der neuen bulgarischen Schöpfung zustimmen würde. Es war dies die Balkangrenze und deren Ergänzung durch Ost-Rumelien. „Erst nachdem dies Programm als eventuelle Kongreßgrundlage zwischen England und Rußland vereinbart war, hat Rußland, verbunden mit Deutschland, unterhandelt und dann allerdings durch den Grafen Schuwalow, im Namen des Kaisers Alexander, das deutsche Kabinet vermocht, den Berliner Kongreß auf der Basis jenes englisch-russischen Abkommens zu berufen. Letzteres geschah, nachdem Deutschland sich aus eigenem Antriebe noch der Zustimmung Oesterreichs im Prinzip versichert

hatte. Nach diesem, wie wir glauben, aktenmäßigen Hergange, ist es also ganz unmöglich, daß Fürst Gortschakow geäußert haben könne, er sei wegen mangelnder Unterstützung Deutschlands für den großbulgarischen Plan nunmehr mit Deutschland quitt. Die deutsche Unterstützung für den großbulgarischen Plan hat Rußland niemals von Deutschland verlangt, wäre sie verlangt worden, so hätte Deutschland in seinen eigenen Interessen kaum einen Grund gehabt, den großbulgarischen Gedanken zu bekämpfen. Für Großbulgarien Krieg zu führen, etwa gegen Oesterreich und England, würde Deutschland allerdings schwerlich bereit gewesen sein, Rußland aber hat auch wiederholt erklärt, daß es darauf nicht rechne; aber auch die friedliche diplomatische Befürwortung Deutschlands hat es von dem deutschen Kabinet niemals verlangt. Rußland hat vorgezogen, mit England direkt und nur mit England über die Basen des Kongresses zu verhandeln. Die Ursachen davon mögen in den Persönlichkeiten der verschiedenen russischen Staatsmänner gelegen haben, die Thatsache aber ist zweifellos, daß in Berlin wenig, in Wien nicht genug und nur in England maßgebend in der dem Kongreß vorhergehenden Zeit von Seiten Rußlands verhandelt wurde. Ebensowenig ist jemals klar geworden, ob eine Verlängerung der russischen Okkupation in Berlin keine Unterstützung finden würde. Das russische Kabinet hat hierüber niemals eine Frage an das Berliner gestellt. Der Kongreß ist durch das deutsche Kabinet auf Wunsch und Antrag des russischen allein berufen worden und auf demselben ist das vor dem Kongreß zwischen Petersburg und London vereinbart gewesene russisch-englische Programm mit deutscher Unterstützung durchgeführt worden."

Das „dunkelste Blatt in seiner dienstlichen Laufbahn" soll Fürst Gortschakow ein anderes Mal den Berliner Vertrag genannt haben. Das wurde von einer russischen Zeitung im Jahre 1883 berichtet und veranlaßte eine lebhafte Erörterung

in der Presse. Jene Mittheilung war auch in die „Kölnische Zeitung“ ohne weiteren Kommentar übergegangen. „Dazu ist nun aber wohl zu bemerken, wurde offiziös geschrieben, daß, wenn Fürst Gortschakow wirklich diese Aeußerung gethan hat, er dennoch die Verantwortung für dieses sogenannte „dunkelste Blatt seiner dienstlichen Laufbahn“ tragen muß, da die Berufung des Kongresses lediglich auf das Verlangen Rußlands geschah.

„Der Reichskanzler Fürst Bismarck war, wie man sich erinnern wird, damals eben in der Genesung von einer sehr schweren Krankheit, die ihn Ostern 1878 befallen hatte, und erklärte sich außer Stande, zu der Verwirklichung dieses russischen Wunsches die Hand zu bieten, weil ihm die Betheiligung an den Geschäften körperlich unmöglich sei. Das wiederholte, bestimmte Verlangen Rußlands, unterstützt durch Bezugnahme auf die persönlichen Wünsche des Kaisers Alexander II., welchem der Reichskanzler jederzeit dankbare Anhängigkeit bewahrt hatte, vermochte den Fürsten Bismarck, sich im Widerspruch mit ärztlichem Rathe Gewalt anzuthun und auf jede Gefahr hin den ihm gegenüber geltend gemachten russischen Interessen und dem Frieden seine Dienste zu widmen, soweit das seine Gesundheit gestattete.

„Fürst Gortschakow war damals leitender Minister des Kaisers Alexander, und es ist kaum möglich, daß dies dringende Verlangen nach Berufung des Kongresses ohne seine Zustimmung und Mitwirkung zum Ausdruck hätte gelangen können. Das russische Kabinet selbst übernahm es, direkt die Zustimmung Englands zu dem Kongreß zu gewinnen, während die deutsche Diplomatie versprach, ihren Einfluß bei den übrigen Mächten für Annahme des Kongresses geltend zu machen, sobald die Zustimmung Englands sicher gestellt wäre. Letzteres geschah mit Erfolg durch den russischen Botschafter in London im Auftrage des damals russischen Reichskanzlers Fürsten Gortschakow, worauf

dann die Einladung zum Kongreß vom deutschen Kabinet an sämmtliche betheiligten Mächte erging. Dies ist der historische Thatbestand. Es ist nützlich, denselben von Zeit zu Zeit wieder festzustellen — angesichts der Bestrebungen eines gewissen Theils der russischen Presse, den Berliner Kongreß als ein für Rußland beklagenswerthes Ergebniß deutscher Politik zu bezeichnen, während derselbe russischen Wünschen entsprang und ausschließlich die Folge russischer Bemühungen gewesen ist."

Die „Nowoje Wremja" druckte diese Darstellung wieder ab, indem sie darauf erwiderte, daß während des Kongresses die deutsche Regierung möglicherweise aus persönlicher Feindseligkeit des Fürsten Bismarck gegen den Fürsten Gortschakow meistentheils auf die Seite der Gegner Rußlands getreten wäre. Der Berliner Vertrag stehe daher, wenigstens in gewissem Maße, als ein für Rußland beklagenswerthes Ergebniß deutscher Politik da. Von Berlin aus wurde darauf erwidert:

„Wenn dem russischen Blatte die diplomatischen Vorgänge vor dem Kongreß unbekannt waren, so ist es dafür nicht zu tadeln, da über jene Vorgänge amtliche Veröffentlichungen nicht vorgelegen haben. Wenn ferner das russische Blatt in Anerkennung der Thatsache, daß Rußland selbst den Kongreß erstrebt und durch Deutschlands Vermittelung herbeigeführt hat, die Richtigkeit unserer Nachrichten anerkannt, so können wir auch die über unveröffentlichte Thatsachen verbreiteten Irrthümer entschuldigen. Ganz anders aber liegt die Sache, wenn die „Nowoje Wremja" über die Vorgänge auf dem Berliner Kongreß selbst, über welche Protokolle und Aktenstücke aller Art amtlich veröffentlicht sind, seinen Lesern die Unwahrheit glaublich machen will, als sei der deutsche Reichskanzler „meistentheils auf die Seite der Gegner Rußlands getreten." Das russische Blatt wird nicht im Stande sein, aus den Kongreßverhandlungen einen

einzigen Fall nachzuweisen, wo russische Anträge von der deutschen Vertretung auf dem Kongreß bekämpft oder auch nur nicht unterstützt worden sind. In einigen Fällen hat sich die deutsche Vertretung gemeinschaftlich mit der russischen in der Minderheit befunden; in den meisten aber ist es dem deutschen Einfluß bei entstehender Meinungsverschiedenheit über russische Wünsche gelungen, den letzteren die Zustimmung der andern Mächte zu verschaffen; mitunter, und gerade bei den wichtigsten Fragen der Gebietsabtretungen an Rußland, nicht ohne Schwierigkeit und nur durch die unumwundene Erklärung, daß Deutschland auf seine Betheiligung an den Kongreßverhandlungen verzichten werde, wenn die russischen Anträge abgelehnt würden."

„Es ist schon bei früheren Besprechungen dieser Frage an anderer bemerkenswerther Stelle geäußert worden, daß die deutsche Unterstützung aller russischen Wünsche voraussichtlich noch weiter gegangen wäre, wenn weitere russische Anträge, als geschehen, überhaupt gestellt worden wären. Dergleichen aber im Sinne der russischen Politik ohne Theilnahme Rußlands zu stellen, wäre eine Aufdringlichkeit gewesen, welche niemand von Deutschland erwarten konnte. Daß die russischen Anträge und also auch die deutsche Unterstützung derselben auf dem Kongreß nicht weiter gingen als geschehen, lag nicht in dem Mangel deutscher Unterstützung, sondern in der Abneigung Rußlands, es auf einen Krieg mit England ankommen zu lassen; und diese Abneigung war wieder dadurch begründet, daß Rußland es versäumt hatte, in dem Zeitpunkte, wo es hierzu die militärische Möglichkeit hatte, Besitz von Konstantinopel und den Meerengen zu ergreifen. Es war ein politischer Fehler, dies zu unterlassen und dann einen Frieden wie den von San Stefano schließen zu wollen. Im Besitze der Meerengen hätte Rußland einen Seekrieg abwarten können. Alle Versuche, die Schuld dieses strategischen Fehlers der deutschen Politik aufzubürden, werden vor der Kritik der Ge-

schichte und auch wohl bei den Lesern der „Nowoje Wremja" auf die Dauer keinen Bestand haben.

„Die Andeutung aber, als ob die Politik des deutschen Reichskanzlers durch persönliche Abneigung gegen Fürst Gortschakow geleitet worden wäre, ist eine unwahre und unwürdige; hätte ein solcher Antagonismus den Kanzler beherrscht, so würde er sicher nicht in seiner Rede vom 19. Februar 1878 in dem von der „Nowoje Wremja" angeführten Sinne gesagt haben, er werde niemals, wo es sich um die Interessen Deutschlands handle, die Verantwortung übernehmen, eine sichere, seit einem Menschenalter erprobte Freundschaft einer großen, mächtigen Nachbarnation dem Kitzel, eine Richterrolle in Europa zu führen, aufzuopfern. Diese Aeußerung würde, wenn er und seine ganze Politik sich unter dem Einfluß einer Abneigung gegen den Fürsten Gortschakow befunden hätte, vollkommen widersinnig erscheinen. Es ist und bleibt eine Thatsache, daß alle Anträge Rußlands ohne Ausnahme auf dem Kongresse die Unterstützung Deutschlands gefunden haben, und Deutschland kann deshalb Rußland gegenüber nur auf das Sprichwort hinweisen: „Undank ist der Welt Lohn." Die Parteilichkeit für Oesterreich, deren die russischen Blätter die deutsche Leitung des Kongresses beschuldigen, ist eine Erfindung zu dem Zwecke, die russische öffentliche Meinung über die von der russischen Strategie während des Krieges und unmittelbar nachher gemachten Fehler zu täuschen und die Schuld Deutschland aufzubürden.

„Unwahr ist es auch, wenn die „Nowoje Wremja" behauptet, daß ein Umschlag der deutschen Politik in ihrem Verhältniß zu Rußland sich im Kongresse vollzogen habe. Wenn dieser Umschlag überhaupt erfolgt ist, so geschah dies erst in Folge der feindlichen Behandlung Deutschlands durch die russische Presse im Jahre 1879, die Deutschland nöthigte, unumwundenen

russischen Drohungen gegenüber seine Sicherheit in Betracht zu ziehen. Zur Zeit des Kongresses stand die deutsche Politik beiden östlichen Kaiserreichen mindestens gleich nahe, wie dies in amtlichen Aktenstücken und Thronreden mehrfach bekundet worden ist. Ihr Streben war auf Erhaltung des Friedens und der Einigkeit unter den drei großen monarchischen Mächten gerichtet. Dies ist auch heute noch der Fall, wenn auch die feindliche Behandlung und die Drohungen, denen Deutschland nach dem Kongreß und besonders 1879 von russischer Seite ausgesetzt war, die Wirkung gehabt haben, daß der deutschen Politik ihre Beziehungen zu Oesterreich als gesicherter für die Zukunft erscheinen mußten. Sie hat jedoch daraus keine Veranlassung genommen, in ihrem Bestreben, auf die Freundschaft Rußlands zu pflegen, irgendwie nachzulassen. Man braucht deshalb, trotz der „Nowoje Wremja" die Hoffnung nicht aufzugeben, daß dieses Streben auf die Dauer erfolgreich sein werde; und daß alle Einflüsterungen, Verleumdungen und Hetzereien einzelner Personen, Parteien und Preßorgane nicht vermögen werden, zwei große Nachbarvölker, wie das deutsche und das russische, ohne jeden zwingenden Grund in Feindschaft oder gar in Krieg miteinander zu bringen. Die Russen haben im Jahre 1878 Konstantinopel zu besetzen unterlassen und dennoch den Vertrag von San Stefano in einer Weise abgeschlossen, die nur durchführbahr, wenn im Besitz Konstantinopels und der Meerengen Rußland einem Kriege mit England in Ruhe entgegensehen konnte."

Diese Eröffnung, welche die inspirirte Berliner Korrespondenz der „K. Z." dem russischen Publikum machte, wirkte in Petersburg mit der Gewalt einer Enthüllung und die ganze Presse beschäftigte sich damit. Fürst Bismarck hatte indessen schon im Frühjahr 1878 mit dem Ausspruch beati possidentes die Situation gezeichnet. Die „Nowoje Wremja", die Tag für Tag die Revanche an Deutschland wegen des Berliner Traktates mehr

oder weniger unverhüllt predigte, schlug für den Augenblick einen veränderten Ton an.

Das Blatt schrieb:

„Der Hinweis darauf, daß Rußland seine ganze Position einbüßte, als es Konstantinopel nicht besetzte, wirft ein ganz neues Licht auf die damaligen Verhältnisse, auf welchen wir aus leicht begreiflichen Gefühlen nicht insistiren. Uns, d. h. der „Nowoje Wremja", fehlte zu jener Zeit jedes Verständniß für die Unterlassung der Besetzung, wir drängten nach Möglichkeit auf den Einzug in Konstantinopel. Sobald dieses in unseren Händen war, hätte der Berliner Vertrag sein heutiges Gesicht nicht erhalten können, er würde nicht jene Folgen gehabt haben, die uns drohend und voll Schwierigkeiten umgeben. Die Diplomaten, die Umgebung des Kaisers und ein Theil der Presse, an deren Spitze der „Golos" stand, waren gegen die Besetzung: sie bestanden darauf, daß man nicht weiter gehe und Europa die Freiheit der Entscheidung lasse. Unser damaliger Botschafter in London, Graf Schuwalow, war die Seele jener Unentschlossenheit, jener leeren Angst, die sich mit dem Namen der Vorsicht aufputzte. Der damalige Minister des Innern, als Vorgesetzter der Presse, bedrohte die Artikel mit Strafe, in welchen die Unumgänglichkeit der Besetzung Konstantinopels dargelegt wurde. Bald prunkte man mit dem Siege, trotzte der ganzen Welt und drohte den Mauern Konstantinopels mit Zerstörung, dann, wenn das mot d'ordre gegeben wurde, war man wieder ganz Demuth, ja Unterwürfigkeit. Der Berliner Vertrag wurde von der europäischen Presse gefeiert, der sich ein Theil der russischen Presse anschloß, die sich in Lobeshymnen geradezu überschlug. Das Publikum aber nahm den Vertrag kalt entgegen und unsere Bevollmächtigten zum Kongreß kehrten nach Hause zurück mit auf immer vernichtetem Ansehen. Selbst ein so hoch in Ansehen stehender Mann wie Fürst Gortschakow verlor dabei seine

Popularität. Rußland aber konnte nicht glauben, daß auf russische Mattherzigkeit alles zurückzuführen sei; man warf die Schuld auf Deutschland, und dieses verlor von diesem Augenblick an alle Sympathien, die sich in das Gegentheil verkehrten. „Der ehrliche Makler hat uns betrogen", so hieß es in jeder Tonart. Wir sind ja sehr zufrieden mit den jetzt gegebenen Aufklärungen und namentlich damit, daß die Initiative zu denselben in Berlin genommen worden ist. Deutschland hat auf dem Berliner Kongreß alle Ansprüche Rußlands ohne Ausnahme unterstützt, so antwortet man uns jetzt und beschuldigt Rußland geradezu des Undankes."

„Die „Nowoje Wremja" schloß mit der Erklärung, daß Rußland nichts Besseres wünsche, als die Wiederherstellung des früheren Verhältnisses zu Deutschland. Dies sei möglich, wenn Rußland darüber beruhigt werde, daß Deutschland nicht der österreichischen Balkanpolitik unter allen Umständen seinen Beistand verpfändet habe. Die Pflege der Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland, die in Aussicht gestellt wird, würde das Gespenst des Krieges verscheuchen, das zwischen den beiden Völkern stehe.

Herr Katkow verstieg sich damals zu folgendem Geständniß:

„Wir traten auf dem Kongresse bereits mit einem fertigen Programm auf, und dieses Programm stammte aus London. Alle unsere Zugeständnisse wurden England und nicht Deutschland zu Gefallen gemacht. Dagegen stand in allen noch offenen Fragen Fürst Bismarck stets auf unserer Seite. Den Interessen seines Landes dienend erschien Bismarck bisweilen russischer selbst als unsere Diplomatie, die keinen nationalen Boden unter seinen Füßen fühlte. Die aus unreiner Quelle stammende Intrigue, der es darauf ankommt, unsere Beziehungen zum Nachbarstaat zu trüben, agitirt jetzt gegen den Berliner Traktat, der uns angeblich vom deutschen Kanzler aufgehalst worden sein

soll. Es ist nichts falscher als diese Insinuation. Sogar das Geschick Bosniens und der Herzegowina war längst vor dem Berliner Kongreß entschieden, unter Vermittelung nicht des deutschen, sondern des russischen Kanzlers, gelegentlich der Entrevue in Reichsstadt."

Ein Berliner Blatt fügte dem Abdrucke dieser Beichte Katkows und anderer die Bemerkung bei: „Man muß abwarten, wie lange man bei dieser Auffassung der Entstehungsgeschichte des Berliner Friedens bleiben wird." — Sehr wahr! Die Geschlagenen von 1883 haben sich schon nach vier Jahren so weit gekräftigt gefühlt, um die Preß-Kampagne von Neuem zu beginnen und auf das schlechte Gedächtniß anderer zu spekuliren. Aber litera scripta manet.

Zweierlei Thatsachen wurden in der letzten Preß-Kampagne in Berlin (1887) verfochten:

1) Deutschland hatte kein Interesse daran, ob ein Kongreß überhaupt stattfand oder nicht. Nur auf Rußlands wiederholtes Verlangen hat Deutschland die Berufung des Kongresses in die Hand genommen. Der Frieden von St. Stefano enthielt nichts, was für Deutschland ein Bedürfniß der Revision desselben geschaffen hätte. Hätte Rußland geglaubt, ihn aufrechthalten zu sollen, so würde es durch Deutschland daran nicht verhindert worden sein. Damit fällt der Vorwurf, als sei Rußland zu dem Kongreß verleitet worden, um sich dort düpiren und vergewaltigen zu lassen.

2) Rußland ist auf dem Kongreß nicht durch Pressionen und nicht gegen seinen Willen zur Besetzung Bosniens und der Herzegownia durch Oesterreich gebracht worden, am wenigsten hat Deutschland dabei mitgewirkt. Die Neutralität Oesterreichs im Jahre 1877 war die vorweggenommene Gegenleistung für Rußlands Zustimmung zur Okkupation und

das ist die Antwort auf die oft aufgeworfene Frage, wie Oesterreich dazu gekommen ist, ohne Schwertstreich zwei Provinzen zu erobern.

Dagegen führten die Pesther Enthüllungen die Initiative zur Einberufung des Kongresses auf Oesterreich-Ungarn zurück, dessen Vorschlag sich Rußland nur mit Widerstreben gefügt habe, und fragten: Ob ein solcher Vorgang möglich gewesen wäre, wenn zwischen Österreich und Rußland bereits lange vor dem Kongresse bindende Abmachungen getroffen waren und Österreich sich in denselben die einzige Errungenschaft, die es vom Berliner Kongreß heimbrachte, nämlich die Besitzergreifung von Bosnien und der Herzegowina, bereits im voraus gesichert hätte.

In der Einleitung zum Berliner Friedensvertrage heißt es: „nach dem Vorschlage der österreichisch-ungarischen Regierung und auf Einladung der deutschen Regierung."

Das russisch-französische Bündniß.

Seit dem Abschlusse des Berliner Friedens, welcher die hochgespannten Erwartungen der russischen Patrioten in so herber Weise enttäuschte, war die Mißstimmung eines großen Theils der politisch denkenden russischen Bevölkerung gegen Deutschland und seine Politik beständig im Wachsen gewesen. Aus der Verstimmung entwickelte sich ein offener Groll, als sich die Reichsregierung mit dem Wiener Kabinet zu gemeinsamen Maßregeln verband, um die vom Osten uns bedrohende Pestgefahr abzuhalten. Ja, als Fürst Bismarck auf Antrag des Reichsgesundheitsamts eine Art von Grenzsperre gegen Rußland verfügte, und damit zugleich, wie nicht geleugnet werden kann, dem russischen Exporthandel schwere Hemmnisse schuf, die freilich nur als das Echo jenes Prohibitiv-Systems gelten konnten, welches Rußland seit so langer Zeit uns gegenüber streng festgehalten, — da war kaum ein Schmähwort zu übeltönend, als daß es nicht von den russischen Zeitungen gegen Deutschland, seinen Staatsleiter und seine Politik geschleudert worden wäre.

Wir waren nach den Aeußerungen der russischen Presse, die sich ja in Moskau und St. Petersburg einer Art von Preßfreiheit zu erfreuen hat, die undankbarste, zugleich aber auch verabscheuenswertheste Nation von der Welt. Von Anklagen und Beschuldigungen stieg man zu Verwünschungen, von Verwünschungen zu Drohungen auf, und wäre es blos auf die

Appetite derjenigen angekommen, welche in Petersburg und Moskau Politik in den Zeitungen zu machen pflegen, so hätte man uns dort schon längst mit Haut und Haar verspeist; freilich auf die Gefahr hin, sich an dem etwas unverdaulichen Bissen gründlich den Magen zu verderben ....

Was aber ernster war, als die heftigen Zornesausbrüche der panslavistischen, deutschfeindlichen Politiker in den Spalten der russischen Zeitungen, das war die sichtbare Ermunterung, welche aus diesem Gebahren für alle die heimlichen und offenen Widersacher des deutschen Reiches erwuchs, denen es Herzensbedürfniß blieb, an Deutschland aus irgend einem Grunde Rache zu üben. Wir brauchen die Zahl dieser unserer Gegner nicht erst einzeln aufzuzählen. Wir Alle kennen sie zur Genüge und wissen, daß sie mit sorgender List den Augenblick erspähen, da sich Deutschland eine Blöße gäbe, die sie benutzen könnten, um es zu demüthigen. Je ungeberdiger aber die russische Presse auftrat und je mehr man vermuthen durfte, daß sie mit hoher obrigkeitlicher Bewilligung eine solche Sprache des Hasses und Abscheus gegen uns führe, um so mehr schwoll unsern Feinden der Kamm. Die seltsamsten Allianzblasen tauchten auf, die kühnsten Hoffnungen wurden bereits eskomptirt und jedes an sich noch so unschuldige Ereigniß wurde breitgeschlagen, um daraus Waffen gegen das deutsche Reich zu schmieden.

Ein Beispiel aus dem März des Jahres 1879 genüge: Eines der am feindlichsten gegen Deutschland gestimmten Blätter war der Petersburger „Golos", dessen auswärtige Politik, wie man behauptete, von keinem Geringeren als dem Geheimen Rath Jomini, der rechten Hand des greisen Staatskanzlers Gortschakow inspirirt wurde, ein Blatt also, das sich nicht ohne Fug rühmen konnte, mit den Absichten und Gesinnungen der leitenden russischen Staatsmänner aufs Innigste vertraut zu sein. Dieses Blatt nun knüpfte an die bevorstehende Ankunft des neuen französischen

Botschafters am russischen Hofe, des Generals Chanzy, folgende erbauliche Betrachtungen und Winke, die wenigstens für uns nicht verloren bleiben sollten. Es hieß da:

„General Chanzy wird Aufklärungen bringen über die internationale Rolle, welche Frankreich in letzter Zeit gespielt hat. Wahrscheinlich führt er genaue Instruktionen von seiner Regierung mit sich, welche die orientalische Frage gegenwärtig stark beschäftigt. Einige Anzeichen sprechen dafür, daß Waddington seine Politik auf dem Berliner Kongreß bereut. Wären nicht in England unbequeme Ereignisse eingetreten, so hätte Frankreich leicht jeden Einfluß im Orient verlieren können. Das ist übrigens auch jetzt noch nicht ganz unmöglich. Beseitigen kann diese Gefahr nur ein vollständiges Einverständniß zwischen Rußland und Frankreich in Bezug auf den Orient. Der jetzigen Sachlage nach kann Rußland eine bedeutende Rolle Frankreichs auf der Balkanhalbinsel, insbesondere was Rumelien betrifft, und eine Rivalität seines Einflusses auf die Pforte mit dem englischen nur erwünscht sein. Dies kann und muß — vom französischen Standpunkt aus — Chanzy sich zu Nutze machen. Voreingenommenheit wird er in St. Petersburg nicht begegnen. Bei uns hat man in maßgebenden Kreisen die plötzlichen türkenfreundlichen Anwandlungen der französischen offiziösen Presse nach der Demission Decazes nie so ganz ernst aufgefaßt."

Verglich man diese Sprache mit Andeutungen, welche in demselben Blatte schon seit geraumer Zeit regelmäßig wiederkehrten, so sollte eine hervorragende Rolle, die man Frankreich im Orient zuerkannt, zweifelsohne den Kitt bilden für die von allen Feinden Deutschlands seit langem ersehnte russisch-französische Allianz, die, wie man überzeugt sein konnte, schwerlich lange auf das Gebiet der orientalischen Politik beschränkt bleiben würde.

Unter diesen Umständen erschien der Trinkspruch auf den

Zaren von besonderer Bedeutung, welchen an Kaiser Wilhelms Geburtstag der deutsche Botschafter in St. Petersburg, General v. Schweinitz, beim Festmahl der deutschen Kolonie gehalten hatte, um so mehr, als dieser Toast von einem notorisch überaus vorsichtigen Diplomaten ganz ersichtlich zum Fenster hinaus gesprochen wurde und somit darauf berechnet war, auch außerhalb des Festsaales vernommen und beherzigt zu werden. Der deutsche Staatsmann mußte seine guten und wohlerwogenen Gründe gehabt haben, so zu sprechen, wie er gethan, da er sich wie folgt vernehmen ließ:

„Je länger ich das ehrenvolle Amt verwalte, als dessen Träger ich auch heute in Ihrer Mitte erscheine, um so mehr wächst meine Verehrung für den erhabenen Monarchen dieses großen Reiches. Ich wünschte, daß meine Beredsamkeit in gleicher Weise zunähme, um dieser Verehrung vollendet Ausdruck zu geben, und ich wünschte, daß meine Stimme laut genug wäre, um auch draußen von Jenen vernommen zu werden, die sich vermessen, an der Freundschaft zu rütteln, welche den Kaiser, dessen Wohl ich jetzt auszubringen die Ehre habe, mit dem unsrigen verbindet. Jene würden dann einsehen, daß ihr Beginnen ein vergebliches und daß diese Freundschaft so fest ist, wie immer, ja fester als je! Seine Majestät der Kaiser Alexander lebe hoch!"

Das felsenfeste Vertrauen auf die Freundschaft der beiden Kaiser hatte gewiß sein Beruhigendes für die etwa besorgten Gemüther unserer Patrioten. Aber die Frage blieb doch noch ungelöst, wen General v. Schweinitz unter den Vermessenen eigentlich gemeint hatte, die es sich angelegen sein ließen, an dieser idealen Freundschaft zu rütteln.

Waren es blos die Herren vom „Golos" und ihre Hintermänner? Mit Kanonen pflegt man sonst nicht nach Spatzen zu schießen, wie ein Wort des Grafen Andrassy lautet. Oder zielten

die Worte des deutschen Botschafters nach höheren Regionen? Enthielten sie einen Wink für Fürst Gortschakow und sein bismarckfeindliches Lager? Richteten sich die mahnenden Worte vielleicht gar an den Großfürsten Thronfolger und seine dänische Gemahlin? . . . .

So fragte man sich damals in Deutschland, und das Resultat der Erwägung war:

„Wir wissen es nicht — aber wir wissen sehr wohl, daß die stolzen Worte des Herrn v. Schweinitz nur für eine sehr beschränkte Zeitdauer ihre beruhigende Geltung besitzen, nur für die Lebensperiode Kaiser Wilhelms und Kaiser Alexanders. Nur bei diesen beiden Souveränen kann von der unerschütterlichen Freundschaft gesprochen werden, welche dieselben und ihre Reiche verbindet; von ihren eventuellen Nachfolgern hat der deutsche Botschafter, der, wie gesagt, ein sehr vorsichtiger Mann ist, nicht zu sprechen gewagt. Daraus ergiebt sich also, daß die Stimmung der politischen Kreise, der Politik treibenden wie der Politik schreibenden, in Rußland energisch gegen uns gerichtet ist; daß nur die persönlichen Freundschaftsgefühle des Zaren für Kaiser Wilhelm im Stande bleiben, diese antideutschen Strömungen zurückzustauen, und daß wir uns eines gewaltsamen Ausbruchs dieses so lange verhaltenen Hasses zu versehen haben, wenn einmal diese Schutzwehr nicht mehr vorhanden sein wird. Darum heißt es für uns, Rußland gegenüber: „Ruhig Blut und haltet das Pulver trocken!“ Und das ist die Lehre, die wir dem Toaste des Generals v. Schweinitz zu entnehmen haben.“

Im September desselben Jahres gab Fürst Gortschakow in Baden-Baden der Stimmung Rußlands gegen Deutschland den entsprechendsten Ausdruck. Ein Redakteur des „Soleil“, Herr Louis Peyramont, hatte, mit einem „von einem der hervorvorragendsten Namen der europäischen Politik“ gezeichneten Empfehlungsschreiben ausgestattet, dem russischen Staatskanzler,

Fürsten Gortschakow, zu Baden im Hotel de l'Europe aufgewartet. Der Fürst war, als der Franzose bei ihm vorsprach, eben im Begriff einen Spaziergang zu machen, und lud den Fremden ein, ihn auf demselben zu begleiten. Während Beide so vor dem Kursaal auf- und niedergingen, entspann sich folgendes Gespräch:

Der Fürst. Es ist für mich ein unerschütterlicher Grundsatz geworden, keinen Journalisten zu empfangen, wie ausgezeichnet er auch sein mag, und nur aus Freundschaft für den hervorragenden Staatsmann, der mir Sie so warm empfiehlt, mache ich für Sie eine Ausnahme. Sie werden aber nicht erwarten, daß ich der Zurückhaltung untreu werde, welche mir die gegenwärtigen Umstände auferlegen. Seit mehr als 24 Jahren leite ich die auswärtigen Angelegenheiten Rußlands. Aus Rücksicht auf meine Gesundheit habe ich schon häufig bei Seiner Majestät darauf gedrungen, mir den Abschied zu geben und noch kürzlich habe ich dieses Ansuchen wiederholt; allein der Kaiser hat bisher von meinem Rücktritte nichts wissen wollen, und doch zähle ich jetzt 81 Jahr und 2 Monate, bei welchem Alter man wohl daran denken darf, sich auszuruhen.

Ich. Durchlaucht scheinen sich aber des besten Wohlseins zu erfreuen.

Der Fürst. Jawohl, die zwei Monate Wildbad und Baden haben mir sehr gut angeschlagen, noch mehr aber die Enthaltung von jeder politischen Arbeit. Deshalb habe ich in Petersburg dringend gebeten, mich während meines Urlaubs in keinem Falle von Politik zu unterhalten.

Ich. Wenn man, wie Eure Durchlaucht, an die tägliche Beschäftigung mit diesen großen Fragen gewöhnt ist, muß es gleichwohl nicht leicht sein, ihnen vollständig den Rücken zu kehren

Der Fürst. Vollständig? Das wäre allerdings zu viel ge-

sagt, aber ich beschäftige mich damit nur sehr wenig. So glaubt man z. B. in den politischen Kreisen, daß die gereizte Polemik, welche in der letzten Zeit zwischen unserer und der deutschen Presse geführt wurde, eine meiner Hauptsorgen gewesen sei: das ist keineswegs der Fall und die leidenschaftlichen Angriffe, denen ich in mehreren Berliner Blättern ausgesetzt war, vermochten nicht einen Augenblick, mich aus der Fassung zu bringen. An ungerechtem Tadel hat es mir zwar seit einigen Tagen nicht gefehlt. Noch gestern sagte ein deutsches Blatt, meine Politik ginge auf Stelzen. Als ob meine Politik nicht bekannt und nicht seit 24 Jahren dieselbe wäre! Was Frankreich betrifft, so erachte ich und habe stets gegen Jedermann ausgesprochen, daß eine anhaltende Schwächung Ihres Landes eine beklagenswerthe Lücke im europäischen Konzert erzeugen würde. Ohne Zweifel danke ich diesen Gesinnungen, aus denen ich nie ein Hehl gemacht habe, die Feindschaft, mit der mich der deutsche Kanzler beehrt. Zu Ihren Staatsmännern habe ich stets gesagt: Seid stark. Das ist für eure eigene Sicherheit und für das europäische Gleichgewicht unerläßlich. So sprach ich zu Herrn Thiers und so zum Herzog Decazes, als er mich in Interlaken besuchte. Welches auch die Regierung Frankreichs sein mag, dies werde ich ihm stets predigen und dazu noch viel Mäßigung und Vorsicht in Ihrem Verkehr mit gewissen Mächten.

Ich. Sieht Eure Durchlaucht nicht für einen gegebenen Augenblick eine Koalition Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und nöthigenfalls Italiens gegen Rußland und Frankreich voraus?

Der Fürst (lächelnd): Aha, da stehen wir an dem Hauptpunkte. (Nach einer Pause): Die Blätter sprechen davon; aber es ist ein Gegenstand, den wir mit Ihrer Erlaubniß jetzt lieber unerörtert lassen. Was uns Russen betrifft, so kann ich Sie nur versichern, daß wir einen Invasionskrieg keineswegs fürchten. Auf alle Fälle ist es aber wohlgethan, auf seiner Hut zu sein,

und einer Ihrer berühmten Fabeldichter hat mit Recht gesagt, daß Vorsicht die Mutter der Weisheit ist.

Ich: Wie sehr ich auch bedauere, daß Eure Durchlaucht den von mir ins Auge gefaßten Verwickelungen und Aussichten nicht näher treten mag, begreife und achte ich doch die Erwägungen, welche Sie hierbei leiten; aber man sagt Eurer Durchlaucht eine Gereiztheit gegen den Fürsten Bismarck wegen des Berliner Vertrages und wegen des von ihm in Deutschland eingeführten Zollregimes nach.

Der Fürst: Ich bin durchaus nicht gegen den deutschen Kanzler gereizt, weil er ein wirthschaftliches System angenommen hat, welches für Rußland unvortheilhaft ist; an seiner Stelle hätte ich wahrscheinlich ebenso gehandelt; denn bei einem Gegenstande, wie dieser, hatte er lediglich auf die deutschen Interessen Rücksicht zu nehmen. Was den Berliner Vertrag angeht, so würde mich eine Dissertation über dieses Thema zu weit führen. Weder ich noch meine Mitunterzeichner glaubten ein Meisterstück zu schaffen, als wir die einzelnen Bestimmungen dieses Traktates annahmen. Rußland hat dabei jedenfalls eine große Mäßigung und aufrichtige Friedensliebe an den Tag gelegt, für die es auf die Anerkennung aller unpartheiischen Leute Anspruch machen darf.

Ich: Um Ew. Durchlaucht nicht lästig zu fallen, will ich nicht weiter in Sie dringen, zumal die Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland durch die Zusammenkunft von Alexandrowo, wie es scheint, die alte Herzlichkeit wiedergewinnen werden.

Der Fürst: Die beiden Souveräne lieben und schätzen einander sehr, und dies wird gewiß genügen, um manche Schwierigkeiten zu beseitigen und die leichten Differenzen, die hier und da sich ergeben könnten, auszugleichen. Noch einmal — und Sie mögen dies Ihren Landsleuten von mir ausrichten — ich hege eine innige Liebe zu Frankreich und glaube davon in den letzten

Jahren überzeugende Beweise geliefert zu haben. Ich erachte es für ein Interesse ersten Ranges, daß es den ihm aus so vielen Gründen gebührenden Platz in Europa einnehme. Es ist dies, sage ich, ein Interesse ersten Ranges nicht bloß für Frankreich, sondern für alle anderen Nationen. Eine Absetzung Frankreichs wäre ein Majestätsverbrechen gegen die Civilisation.

Damit brach der russische Staatsmann die Unterredung ab.

Der Text dieses Zwiegesprächs wurde in vollem Wortlaut auch in der „Nordd. Allg. Ztg." — schwerlich ohne Zustimmung des Auswärtigen Amtes — abgedruckt. In der Zeit, wo dieses Gespräch geführt und bekannt wurde, gab es in Deutschland eine lebhafte Bewegung in den leitenden politischen Kreisen. Am 22. Juni jenes Jahres (1879) war Kaiser Wilhelm nach einer längeren Audienz des Reichskanzlers nach Ems gefahren. Kaum war er dort angelangt, als am 25. Juni die halbamtliche „Provinzial-Korrespondenz" mittheilte, der Kaiser werde demnächst die Freude haben, den Kaiser von Rußland in Ems zu empfangen. Am 27. Juni erklärte die „Nordd. Allg. Ztg." jene Nachricht als „jeder Begründung entbehrend" und behielt damit Recht. Am 9. August fand die Zusammenkunft unseres Kaisers mit Kaiser Franz Josef in Gastein statt. Am 12. August reiste der Kaiser von Gastein ab; am 17. August siedelte Fürst Bismarck seinerseits von Kissingen nach Gastein über. Um diese Zeit empfing er dem Gerüchte nach den italienischen Ministerpräsidenten Cairoli. Unmittelbar nach der Kaiser-Zusammenkunft in Gastein brach die russisch-deutsche Preßfehde mit Hochdruck aus. Am 25. August war der Kaiser in Babelsberg zurück, den 26. August erschien Graf Andrassy bei Fürst Bismarck in Gastein, am 29. August traf Kaiser Alexander in Warschau ein, Feldmarschall von Manteuffel begrüßte ihn dort im Namen des Kaisers. Dann folgte die überraschende Reise Kaiser Wilhelms nach Alexandrowo zur Zusammenkunft mit dem Zaren am

3. September. Die „Nordd. Allg. Ztg." gab über das Verhältniß des Reichskanzlers zur Mission Manteuffels eine vielbesprochene Erklärung ab. Am 8. September vollzog sich der Einmarsch der Oesterreicher in Novibazar, am 11. September forderte Fürst Gortschakow jenen französischen Interviewer auf, seinen Landsleuten zuzurufen: sie sollten sich stark machen. Den 21. September traf Fürst Bismarck in Wien ein, am 25. war er in Berlin zurück, am 9. Oktober reiste er von Berlin ab nach Varzin. Am 22. Oktober war seinerseits dann der Kaiser von Baden-Baden, wohin Graf Stolberg mit einer hochpolitischen Mission gegangen war, nach Berlin zurückgekehrt. Am 16. November trafen der russische Thronfolger in Berlin, der König von Italien in Pegli, am 28. das dänische Königspaar dort ein. Am 30. desselben Monats empfing der Kaiser den Fürsten Gortschakow bei dessen Durchreise nach Berlin. Wir fügen noch den Fall des Ministeriums Waddington um die Jahreswende und die Einbringung der deutschen Heeresvorlage hinzu.

Am 28. Januar 1880 fand seit dem 22. Juni, an welchem Tage der Kaiser nach Ems abreiste, die erste Zusammenkunft zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck statt. Dieser Zusammenkunft ging, nachdem Fürst Bismarck am 26. in Berlin eingetroffen war, am nächsten Tage ein mehrstündiger Besuch voraus, mit welchem der Kronprinz den Reichskanzler beehrte. Am 28. — nach dem Empfange des Reichskanzlers beim Kaiser — wurde Fürst Bismarck vom Kronprinzen empfangen.

Eine Welt von Thatsachen fällt so zwischen die zwei Besprechungen des Kaisers mit seinem leitenden Minister, am 22. Juni 1879 und am 28. Januar 1880, von den tiefgreifenden Aenderungen in der inneren Politik zu schweigen. In der Zwischenzeit schwebte das Gerücht eines Demissionsgesuches des Reichskanzlers in der Luft; man versuchte es bald

an dieser, bald an jener Stelle einzuschieben. Zweifellos ist es, daß die von dem Reichskanzler vertretene auswärtige Politik die Situation vollständig beherrschte. Der Weg, der zu diesem Ziele führte, war aber ebenso zweifellos nicht ohne starke Friktionen gewesen.

Was war geschehen? Nach dem Kongreß von 1878 war es zu einem solchem Verhalten der russischen Diplomatie gekommen, das die deutsche Wachsamkeit ernstlich herausforderte. Im Jahre 1879 nahm alsdann die panslavistische Presse einen so feindseligen Ton an, und verriethen Truppensammlungen an der russischen Grenze, sowie allerlei Manöver der moskowitischen Diplomatie in Paris, die auf ein russisch-französisches Bündniß hindeuteten, so klar die veränderte Situation, daß Fürst Bismarck ihr in Wien mit einem überraschenden Koup entgegentrat. Von dem Tage an, wo Fürst Bismarck aus Wien nach Berlin zurückkehrte bis zu seiner Abreise nach Varzin, hat unser Staatsleben eine der schwersten Krisen durchgemacht. In der ersten Sitzung des Staatsministeriums, wo angeblich von der Reform unserer Verwaltung die Rede gewesen sein sollte, wurde über ganz andere Dinge verhandelt; der Reichskanzler und Ministerpräsident hielt einen tiefdurchdachten Vortrag über die Lage Deutschlands und über die inneren und äußeren Gefahren, denen es vorzubeugen und nöthigenfalls entgegenzutreten galt. Diejenigen, die diesen Vortrag anhörten, wurden davon sehr ergriffen und versicherten, wenn der Fürst öffentlich so gesprochen hätte, würde ganz Deutschland ihm zugejubelt haben. Mit dem in Wien abgeschlossenen Vertrage zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn verhielt es sich folgendermaßen: Nachdem Bismarck und Andrassy sich vollständig geeinigt hatten, wurde in Gegenwart des Kaisers Franz Joseph über diese Vereinbarung ein Protokoll aufgenommen und von diesem Protokolle zwei Exemplare ausgefertigt, jedes dazu bestimmt, von einem der beiden Kaiser unterschrieben zu

werden. Das gesammte preußische Staatsministerium wurde vom Fürsten Bismarck von der Nothwendigkeit jenes hochwichtig politischen Schrittes überzeugt und machte gemeinschaftliche Sache mit ihm. Graf Stolberg reiste nach Baden-Baden, um die Zustimmung des Kaisers zu erlangen. Für den Fall der Nichtgenehmigung lag das Entlassungsgesuch des Reichskanzlers im Kabinet des Kaisers. Man kann sich denken, daß der Kaiser, der stets durch die innigste Freundschaft mit dem russischen Hofe verbunden war, sich nur sehr schwer entschloß, ein Abkommen zu genehmigen, das zwar nur Defensiv-Zwecke verfolgt, aber doch möglicherweise uns in einen Gegensatz zu Rußland verwickeln konnte. Dem Grafen Stolberg gelang es bei seiner achttägigen Anwesenheit, das Bedenken des Kaisers zu überwinden. Dieser ertheilte seine Zustimmung und Unterschrift.

Kaiser Wilhelm hatte den Versuch machen wollen, ob nicht durch eine Zusammenkunft mit dem Kaiser Alexander die russischen Mißverständnisse beseitigt und die Leidenschaften beschwichtigt werden könnten. Der Zar hatte kurz vorher seinem Oheim geschrieben: „Ew. Majestät Kanzler hat die Versprechungen von 1870 vergessen." Die Verstimmung war also keine geringe. Kaiser Alexander, welcher zur Truppeninspektion nach Polen reiste, traf am 29. August in Warschau ein. Am nämlichen Tage kam auch Generalfeldmarschall Manteuffel in Begleitung von fünf preußischen Offizieren in Warschau an. Derselbe erfreute sich der besonderen Gunst und des Vertrauens des russischen Kaisers, war also der rechte Mann für eine Friedensmission. Er hatte dem Kaiser Alexander den Wunsch des Kaisers Wilhelm zu übermitteln, auf der Reise, welche letzterer nach Preußen und Pommern zu den Manövern des 1. und 2. Armeekorps zu machen beabsichtigte, seinen kaiserlichen Neffen in einem Grenzorte zu begrüßen. Hierzu wurde Alexandrowo, die russische Grenzstation an der Thorn- und Warschauer Linie, auserwählt.

Am 3. September begrüßten sich dort beide Kaiser und hatten längere Unterredungen mit einander. Ihre Abreise erfolgte am 4. September Mittags.

Wenn die „Nordd. Allg. Zeitung", welche den Sachverhalt kennen mußte, auf's Bestimmteste versicherte, die Sendung Manteuffels nach Warschau sei nicht in Uebereinstimmung mit dem Fürsten Bismarck erfolgt, so ist daraus ersichtlich, daß dieses ganze Zwischenspiel, die Mission nach Warschau und die Zusammenkunft in Alexandrowo, nicht den Reichskanzler zum Autor hatte, daß dieser aber, obgleich er sich von dem Unternehmen keine Wirkung versprach, auch nicht entgegentreten wollte, weil er wußte, daß es dem Kaiser Herzensbedürfniß war, zur Aufrechterhaltung der russischen Freundschaft zu thun, was er konnte. Die Voraussicht des Reichskanzlers bewährte sich; auch nach der Zusammenkunft der beiden Kaiser dauerten die Angriffe der russischen Presse gegen Deutschland fort, schienen sogar einen neuen Aufschwung zu nehmen. Der 3. September hatte nur ein persönliches, nicht ein politisches Ergebniß; ein sicherer Erfolg war nur dann zu konstatiren, wenn Kaiser Alexander den Fürsten Gortschakow entließ, und dem Grafen Schuwalow oder einem andern dem deutschen Reiche befreundeten Manne das Amt eines Reichskanzlers übertrug. So war denn, trotz dieses Zwischenfalls an der polnischen Grenze, Fürst Bismarck vollständig in der Lage, seine Pläne, wie er sie mit dem Grafen Andrassy in Gastein besprochen hatte, in der Hauptstadt Oeststerreichs weiter zu verfolgen.

Während Bismarck seit dem 9. Oktober in Varzin verweilte, wurde der diplomatische Ausschuß nach Berlin berufen, welcher nach Artikel 8 der Reichsverfassung aus den Bundesrathsbevollmächtigten der Königreiche Baiern, Sachsen und Württemberg, und zwei vom Bundesrath jährlich zu wählenden Bevollmächtigten anderer Bundesstaaten besteht und unter dem

Vorsitz Baierns seine Berathungen vollzieht. Dieser Ausschuß hielt am 16. Oktober seine erste Sitzung und erhielt durch den Grafen Stolberg die erwünschte Auskunft über die europäische Lage und über die neuesten Abmachungen. Die „Kölnische Zeitung" und der „Pesther Lloyd" machten die Mittheilung, daß in dem von den beiden Kaisern am 15. Oktober unterzeichneten Protokoll bestimmt sei, daß jedem Angriff auf den gegenwärtigen Besitzstand der beiden Staaten solidarisch begegnet und daß alle orientalischen Angelegenheiten dem Berliner Vertrage gemäß entschieden werden sollten. Wenn auch über die Wiener Abmachungen noch nichts Authentisches vorliegt, so ist doch so viel sicher, daß zwischen Deutschland und Oesterreich eine Abmachung besteht, nach welcher beide sich ihre Großmachtstellung und ihren Länderbesitzstand verbürgen.

Die Tragweite dieser Allianz gegenüber Rußland wurde von Berlin aus in folgender Weise umgrenzt:

„Das Ergebniß der Wiener Verhandlungen wird sicherlich für das künftige Verhalten Rußlands etwas Maßgebendes, Begrenzendes haben, das ist aber doch etwas ganz anderes, als wenn jemand jenes Ergebniß ein gegen Rußland feindseliges benennt. Deutscherseits müssen wir allerdings den Wunsch hegen, daß im Zarenreiche künftig noch besser als bisher überlegt werde, wie viel von uns billigerweise verlangt werden darf. Bei der Unternehmung des Krimkrieges wurden in Rußland die ungemessensten Ansprüche an die Willfährigkeit Oesterreichs erhoben, welche in Wien ohne Selbstvernichtung gar nicht bewilligt werden konnten, und nachdem die unumgängliche Ablehnung erfolgt war, wurde die sogenannte Undankbarkeit Oesterreichs ein förmlicher Glaubenssatz des russischen Volkes und seiner Regierung. Seit 1878 ist eine preußische oder deutsche Undankbarkeit in Schwung gekommen, welche aber gleichfalls bei keiner rechten Prüfung des Vorwurfs Stich hält. Es kann zu nichts führen, unternimmt

man, abzuwägen, ob seit einer gewissen Zeit und besonders seit 1863 Preußen von Rußland oder dieses von jenem mehr und größere Unterstützung und Förderung empfangen habe; die Meinungen hierüber werden immer getheilt bleiben, in unserem Nachbarlande liebt man die Versicherung, seinerseits einen zurückzuzahlenden Vorschuß geleistet zu haben. Nur daran kann gelegen sein, daß man sich auf beiden Seiten klar macht, welche Lebensbedingungen der Andere hat. Es ist in Rußland oft so gesprochen worden, als wenn es erlaubt gewesen wäre, die österreichischen Slaven auf eine Stufe mit den türkischen zu stellen und für jene ebenso wie für diese letzteren Befreiung vom Joche ihrer Beherrscher zu fordern. Jedermann in Rußland muß aber einsehen, daß solche Reden nur die Wirkung haben können, Oesterreich zum Todfeinde zu bekommen, und daß sie nimmermehr geführt werden dürfen, wenn Friede bestehen soll. Indessen ist es noch nicht genug damit, die österreichischen Slaven vorläufig unangefochten unter habsburgischem Szepter zu lassen; die öffentliche Meinung in Rußland muß sich noch entschließen, einen Schritt weiter zu gehen und einzuräumen, daß auch die Frage der Befreiung der türkischen Slaven oder Christen oder besser gesagt, die Frage der Beseitigung der Türkenherrschaft ohne Rücksichtnahme auf die europäischen Nachbarstaaten nicht gestattet werden darf. Denn daß die ganze Türkei ein gebührendes Erbstück für Rußland sei, das ist doch einmal eine aufs äußerste überspannte Ansicht, die sich weder geschichtlich begründen, weder auf Religions- noch auf Stammesverwandtschaft stützen und sich unter solchen Gesichtspunkten nicht durchführen läßt. In der Türkei leben viele Völker, die mit dem russischen Volke weder stamm- noch religionsverwandt sind, deren Boden aber gleichwohl als ein rechtmäßiges Erbe Rußlands gern in Anspruch genommen wird. Dies können die anderen Staaten nicht anerkennen. Wenn die Türken außer Stande sind, ihre Herrschaft fortzu-

setzen, so ist das eine Angelegenheit, welche außer den Nächstbetheiligten eine jede europäische Großmacht, eine jede nach ihren besonderen Umständen berührt. Wie sollte es auch bei so großen Aenderungen von Besitztiteln anders sein können? Auch der deutsche Reichskanzler hat zu keiner Zeit gesagt, daß es für Deutschland eine orientalische Frage nicht gebe, daß diese Frage uns gleichgültig sei. Er hat wohl erklärt, daß er wegen untergeordneter Streitpunkte dem Kaiser nicht rathen werde, das Schwert Deutschlands in die Waagschale zu werfen, er hat ein anderes Mal erklärt, wir seien an einem Falle nicht so nahe betheiligt wie andere Mächte, und könnten diesen die Austragung überlassen, daß er aber gesagt haben soll, die ganze Zukunft des Orients habe für ihn oder für Deutschland nicht den Werth, um die Knochen eines pommerschen Musketiers daran zu setzen, das ist wohl eine Erinnerung, wobei der wahre Zusammenhang verloren gegangen ist."

Fürst Gortschakow fand denn doch die Antwort, welche ihm auf seine Pariser Konspirationen Fürst Bismarck in der Form eines Wiener Protokolls zuschickte, rund und deutlich genug, um sich veranlaßt zu fühlen, auf der ganzen Linie seiner Angriffspolitik zum Rückzug blasen zu lassen. Auch die russischen Besuche in Berlin wurden als ein, wenn auch nicht untrügliches, Kennzeichen für den politischen Barometerstand angesehen. Zwar brachte der Großfürst Konstantin, der Bruder des Kaisers Alexander, es über sich, auf seiner Rückreise von Paris über Berlin nach Petersburg am 22. Oktober an seinen kaiserlichen Verwandten mit demonstrativer Gleichgültigkeit vorüberzufahren; aber der Großfürst Thronfolger, welcher am meisten der Voreingenommenheit gegen Deutschland beschuldigt wurde, sah sich, als er von dem französischen Kurort Cannes, wo seine Mutter erkrankt war, nach der Heimath zurückreiste, veranlaßt, zwei bedeutungsvolle Besuche zu machen. Veranlassung gab Kaiser

Alexander, welcher von Livadia zwei höhere Offiziere nach einander nach Cannes absandte, um den Thronfolger von seinem Vorsatz, auf der Rückreise Berlin nicht zu berühren, abzubringen. Am 13. November finden wir den Thronfolger nebst seiner Gemahlin und dem dänischen Königspaar in Wien, am 16. und 17. ihn und seine Gemahlin in Berlin im freundlichsten Verkehr mit der kaiserlichen Familie. Ja, selbst Fürst Gortschakow traf in Berlin ein und machte Besuche bei dem Kaiserpaar, welches am 22. Oktober von Baden-Baden zurückgekehrt war, und dem Kronprinzen. Eines Besuches bei Bismarck war er durch dessen Aufenthalt in Varzin überhoben. Der erste Toast, welcher bei dem Festmahl der St. Georgsritter zu Petersburg am 8. Dezember Kaiser Alexander ausbrachte, galt „dem ältesten St. Georgsritter, Kaiser Wilhelm, seinem unwandelbaren Freund." So waren wenigstens die äußerlichen Beziehungen der beiden Höfe zu einander wieder hergestellt.

Fürst Bismarck glänzte durch seine Abwesenheit von Berlin. „Es lag durchaus keine Veranlassung vor, der als Familienbesuch angekündigten Visite des russischen Prinzen durch Herbeicitirung des Fürsten Bismarck eine außergewöhnliche Bedeutung und ein dann vielleicht berechtigtes Aufsehen zu verleihen. Es wäre möglicher Weise selbst im Falle eines Besuches des Kaisers Alexander für den Reichskanzler keine Veranlassung vorhanden gewesen, nach Berlin zu kommen. Deutschland schlägt die Gesundheit und die Arbeitskraft des Fürsten Bismarck zu hoch an, um zu verlangen, daß derselbe fürstlichen Gelegenheitsbesuchen als Dekoration diene. Als König Victor Emanuel im Jahre 1873 in Berlin war, kam der Kanzler auch erst am letzten Tage und auf ausdrückliche Berufung in Folge eines Wunsches des Königs von Italien hier an. Unser Nachbar im Osten wird sich daran gewöhnen müssen, daß Deutschland die Dauerhaftigkeit seiner eigenen, vielleicht nicht ganz werthlosen Freundschaft von

der Dauer und Zuverlässigkeit der Freundschaft abhängig macht, die ihm selbst erwiesen wird."

In den siebziger Jahren wurde von der deutschen Regierung bei vielen Gelegenheiten auf das Drei-Kaiser-Bündniß oder -Verhältniß wie auf einen guten Anker hingewiesen. Die Rede zur Eröffnung des Reichstages am 12. Februar 1880 klang wesentlich anders. Die Regierung verkündigte hier, daß sie, dem Geiste und den Wünschen des deutschen Volkes entsprechend, auch ferner bestrebt sein werde, für die Erhaltung des Friedens nicht nur selbst einzutreten, sondern auch bestrebt sein, die Mitwirkung und die Bürgschaft der gleichgesinnten Mächte zu gewinnen und sicher zu stellen.

Es enthielten diese Worte, mit denen die Rede schloß, sehr deutlich ein neues Programm für Deutschlands auswärtige Politik, wie es aber bei telegraphischen Nachrichten öfters vorkommt, wurden sie nicht sogleich von allen Lesern als die wichtigsten aus der Rede herausgefunden und nicht nach ihrem vollen Sinne erkannt. Die Aufmerksamkeit verweilte mehr bei den an derselben Stelle reichlichst gegebenen Versicherungen deutscher Friedensliebe; in mancher Zeitung fehlte nicht viel daran, daß dem deutschen Kaiser oder seinem Stellstertreter ein Loblied auf die Friedlichkeit der Weltlage in den Mund gelegt wurde; leider enthielt die Rede, genauer angesehen, eher das Gegentheil hiervon. Indem sie dem Reichstage zusicherte, daß die Regierung bestrebt sein werde, die Mitwirkung gleichgesinnter Mächte zu gewinnen, deren Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens sicher zu stellen, machte sie in der That einen nicht zu verkennenden Unterschied zwischen gleichgesinnten Mächten und anderen. Wenn die gleiche Friedensliebe, welche uns beseelte, bei allen Mächten vorausgesetzt werden konnte, so war es nicht nöthig, gleichgesinnte erst zu suchen, um ihre Mitwirkung in Anspruch zu nehmen. Für die Erhaltung eines auf keiner Seite bedrohten oder un-

sicheren Friedens würde man Bürgschaften nicht zu sammeln brauchen. Die deutsche Regierung machte sonach kein Hehl daraus, daß sie unter den gegebenen Verhältnissen es für ihre Aufgabe ansah, sich um die Erhaltung des Friedens besonders zu bemühen.

Wenige Tage nach dem Attentat im Winterpalais, am 2. März desselben Jahres, feierte Kaiser Alexander sein 25jähriges Regierungsjubiläum. Der Reichsrath, sämmtliche Minister, das diplomatische Korps, der Senat und andere Körperschaften brachten demselben ihre Glückwünsche dar. Dunkle Schatten lagen auf dieser Festfeier. Die Erinnerung an die Attentate, die Unheimlichkeit der nihilistischen Mordbande, der allgemeine Glaube an das Eintreten großer Staatsveränderungen, die Unzufriedenheit mit den Resultaten des letzten Türkenkrieges, alles dies war nicht geeignet, eine warme Festfreude hervorzurufen. Und doch hatte Alexander, welcher in sehr bedenklicher Zeit die Regierung übernommen und zunächst den Krimkrieg zu beendigen gehabt hatte, durch seine Reformen, unter welchen die Aufhebung der Leibeigenschaft eine hervorragende historische Bedeutung hat, um sein Volk sich verdient gemacht. In einem Schreiben vom 22. Februar, welches vom Fürsten Bismarck kontrasignirt war und dadurch die Bedeutung eines politischen Aktenstückes erhielt, wünschte Kaiser Wilhelm seinem Neffen Glück zu diesem Festtage, gab der Freude darüber Ausdruck, daß die Freundschaft, die ihre Väter verbunden hatte, sich auch in ihren gegenseitigen Beziehungen bewährt habe, und sprach die Zuversicht aus, daß diese Freundschaft bis an sein Lebensende ungetrübt bestehen werde. Diesem offiziellen Schreiben fügte Kaiser Wilhelm noch ein Privat-Gratulationsschreiben hinzu. In dem Toast, welchen Kaiser Alexander bei dem zur Geburtstagsfeier des Kaiser Wilhelm am 22. März veranstalteten Galadiner ausbrachte, erklärte jener, daß auch er auf die Aufrechterhaltung und Bekräftigung

der mehr als hundertjährigen Beziehungen zwischen Preußen und Rußland rechne und auf das Wohl des Kaisers Wilhelm, seines „besten Freundes" trinke. Ueber Trinksprüche und Geburtstagswünsche pflegt man etwas leicht hinwegzugehen, ohne jedes darin enthaltene Wort politischen Inhalts auf die Goldwage zu legen. Man gesteht Gefühlen das Recht zu, sich zwanglos und lebhaft und selbst mit einiger Uebertreibung zu äußern. Doch giebt es Umstände, in denen auch die Aufmerksamkeit des Publikums durch einen Trinkspruch ernstlich ergriffen und gefesselt wird; einen solchen enthielten die Worte, die in Petersburg der Kaiser bei der Feier des Geburtstages des deutschen Kaisers gesprochen hatte. Nach allem, was in der jüngsten Vergangenheit war erlebt worden, war es in der That ganz unmöglich, daß es nicht überall Eindruck machen sollte, wenn man vernahm, daß der russische Kaiser bei dieser Gelegenheit den unsrigen seinen unveränderlichen, seinen besten Freund genannt und den innigen Wunsch und die Hoffnung kund gegeben hatte, daß die guten Beziehungen, die seit mehr als hundert Jahren zwischen beiden Ländern zu ihrer gegenseitigen Wohlfahrtspflege bestanden, sich erhalten und sich befestigen möchten. Wenn niemals der deutsche Kanzler nach Wien gegangen wäre, um mit den Lenkern Oesterreich-Ungarns zu berathen und Verabredungen zu treffen, so hätte sich Kaiser Alexander auch nicht anders, nicht entschiedener im Sinne der Freundschaft mit Deutschland äußern können, als er jetzt gethan. Es war, wenn wir gewisse Erfahrungen in unserm Gedächtniß zu löschen vermochten, als wenn Fürst Gortschakow die Franzosen nie ermahnt, sich stark zu machen, als wenn die russischen Zeitungen sich nie darauf gefreut hätten, in Königsberg die Kassen und die Speicher zu plündern und auf dem Kreuzberge bei Berlin Kanonen aufzufahren. So ganz, so warm und unbedingt bekannte sich Kaiser Alexander auch jetzt zu denselben freundschaftlichen Gesinnungen, mit denen er uns in

früheren Jahren so oft erfreut hatte, und an deren Aufrichtigkeit auf seiner Seite wir niemals zweifeln konnten.

Der erste Gedanke, der sich den Deutschen hierbei aufdrängte, wie er sich uns heute noch aufdrängt, war der, wie es denn gekommen und zu erklären ist, daß wir seit dem Berliner Kongresse öfters oder stoßweise ein Gegenstand des Uebelwollens von Seiten der Presse und auch einiger Staatsmänner Rußlands gewesen sind? Haben wir das verdient und wodurch haben wir es etwa herbeigeführt? Diese Frage ist bis zur Stunde für viele unserer Volksgenossen mehr oder weniger räthselhaft, wie gut ihnen auch die Thatsache, daß wir jene Unfreundlichkeiten erfahren haben, bekannt geworden ist. Denn sie wissen es nicht anders, als daß Deutschland bei dem türkischen Kriege ein fernstehender Zuschauer war und blieb; durch uns sind die russischen Siege nicht erschwert, nicht aufgehalten worden, unsere Presse und unsere öffentliche Meinung haben sogar zu großem Theile einen selbstständigen, deutschen Standpunkt gegenüber den östlichen Angelegenheiten damals noch nicht gehabt, sie wiederholten und sprachen nach, was man in Petersburg und Moskau darüber gesprochen hatte, es gab für sie noch kein eigenes Urtheil, indem am liebsten gesagt wurde, der Osten liege fern und berühre uns nicht. Es war sonach unsere Zurückhaltung während des Krieges so groß, daß sie nicht größer sein konnte. Und trotzdem hatte sich sofort mit dem Kriege die Stimmung in Rußland gegen uns gewendet; ist das nicht sonderbar?

Was hätten wir denn thun sollen, um diese Stimmung zufrieden zu machen? Wir konnten doch nicht Heere aussenden zur Bekämpfung der Türken. Dies wird auch vielleicht in Moskau eingesehen, und dennoch hat man dort dem russischen Volke eingeredet, es sei durch Deutschland um die Früchte der von seinem Heere erkämpften Siege gebracht worden. Wie hängt dies zusammen? Thatsächlich war es England, das in erster

Linie die Ausführung des sogenannten Vorfriedens von San Stefano verhinderte. Mit den aus Indien und anderen Weltgegenden heranziehenden englischen Streitkräften war Rußland in dem Augenblicke zu kämpfen nicht im Stande. Es bedurfte höchstens noch eines Wortes von Seiten Oesterreichs, um den auf dem Papier stehenden Frieden von San Stefano, der mit Verkennung der Umstände und mit Selbstüberschätzung geschlossen war, ohne weiteres zu begraben. Sobald England es ernstlich forderte und zum Kriege rüstete, trat die russische Regierung von dem Vorfrieden zurück. Unmöglich konnte ihr Deutschland durch sein bloßes Wort wirksam beistehen, ja es konnte ein Wort zu ihren Gunsten schon darum gar nicht sprechen, weil Oesterreich in dem Werke von San Stefano die allerschwerste Gefahr für sich erkannte. Wir lebten mit Oesterreich im Frieden und es war nicht an uns, einen Schritt, der nach seiner Ueberzeugung auf sein Verderben abzielte, zu befürworten, während Rußland seine ersten Ansprüche ohne Schaden herabstimmen konnte. Es sollte daher auch jeder Russe einsehen und einräumen, daß Deutschland nicht berufen war, dazwischen zu treten, als die russische Regierung sich entschließen mußte, die Forderungen Englands anzunehmen.

Erst nachdem dies geschehen und ein förmliches Uebereinkommen zwischen England und Rußland geschlossen war, konnte auf dieser Grundlage ein Friedenskongreß in Berlin abgehalten werden. Weil er aber in Berlin tagte, so ward nun in Moskau und Petersburg in Umlauf gesetzt: also ist es Deutschland, das die Schuld daran trägt, daß Rußlands Grenzen im Friedensschluß hinter den Kriegsopfern und den Siegen im Felde soweit zurückgeblieben ist. Um den hinterlistigen Reden mehr Schwung zu geben, wurde weiter ausgeführt, daß Rußland für seine Haltung gegen Deutschland 1866 und 1870 wahrlich einen bessern Dank verdient hätte. Damit war eine „deutsche Undankbarkeit"

fertig gestellt, ein Seitenstück zu der österreichischen im Zeitalter nach dem Krimkriege. Die letztere ließ sich zwar zurückführen auf ein beißendes Wort eines Ministers von Oesterreich selbst; daß aber die ganze russische Nation so lange an dem Worte hing und ihm vollen Glauben schenkte, das beruhte doch auf einer eigenthümlichen Denkweise oder Gedankenlosigkeit, die wir selbst jetzt gleichfalls näher kennen gelernt haben. Der Kaiser Nikolaus hatte 1849 in Ungarn die Habsburgische Monarchie gewissermaßen gerettet; 1853 verlangte er vom Sultan, was der Kaiser von Oesterreich schlechterdings nicht gutheißen konnte, ohne sich selbst, seine Herrschaft und sein Reich aufzugeben. Würde es nun für den Kaiser von Oesterreich sich gelohnt haben, sich erst von Rußland zu retten, um sich vier Jahre später von Rußland vernichten zu lassen? Gewiß nicht, es wäre ungefähr dasselbe gewesen, wie wenn ein Mensch, der durch einen anderen vor dem Ertrinken bewahrt worden, darauf einwilligen sollte, sich von ihm ausplündern und tödten zu lassen. Man würde einen Menschen, der dies verweigerte, darum nicht undankbar gegen seinen Retter nennen; und so war auch Oesterreich nicht undankbar, als es 1853 keine ihm selbst verderbliche Russenherrschaft auf der Balkanhalbinsel zulassen wollte. Dennoch ist das Wort von seiner Undankbarkeit viele Jahre lang ein Glaubenssatz und eine heftige Leidenschaft des russischen Volkes gewesen.

Im Jahre 1878 kam die Reihe an uns; wir hießen jetzt undankbar, obgleich wir uns in keinem ähnlichen Falle befanden, daß wir einer unerfüllbaren Zumuthung hätten gehorchen müssen, um dem üblen Leumund zu entgehen. Es war für den Theil unseres Volkes, der mit den Wünschen der Panslavisten nicht näher bekannt ist, geradezu unbegreiflich, warum wir plötzlich eines großen Fehlers gegen das Zarenreich beschuldigt wurden. Man bedrohte uns mit Rache und mit Krieg, ohne daß unser Volk wußte, wofür und warum? Die, welche uns bedrohten,

welche Vorstellung mögen sie selbst wohl dabei gehabt haben? Es sei denn, daß sie für möglich halten, Deutschland in ein Verhältniß zu Rußland zu setzen, in welchem es zu allen Dingen und Diensten willfährig zu sein hätte, — und das wäre doch eine schwierige Aufgabe, — so sind auch ihre an die Enttäuschungen des letzten Krieges angeschlossenen Anklagen wider uns gar nicht dazu angethan, einen Angriff Rußlands auf Deutschland auf vernünftige Weise zu begründen.

Der Versuch eines solchen Angriffs im Sommer 1879 war es, der die oben erwähnte Reihe von wichtigen politischen Ereignissen in Deutschland nach sich zog, wobei zu bemerken ist, daß Fürst Gortschakow dafür nicht allein verantwortlich zu machen war. Er hatte sich seit dem Berliner Vertrage fast ganz von den Geschäften zurückgezogen und lebte mehr im Auslande als zu Hause. Die Deutschenhetze trieb er nur noch als Privatmann. Als alleiniger verantwortlicher Staatsmann würde er vermuthlich es nicht so weit haben kommen lassen, als es 1879 Seitens Rußlands geschah. „Für die auswärtige Politik Rußlands ist", so wurde im Monat August jenes Jahres aus Petersburg geschrieben, „neben dem Monarchen selbst in den letzten Jahren überhaupt ein anderer ministerieller Einfluß nicht erkennbar gewesen, als der des Kriegsministers Milutin. Neben demselben haben zeitweise die Grafen Schuwaloff und Ignatieff, sowie Fürst Lobanoff ihren gelegentlichen Einfluß üben können. Stationär ist nur der des Kriegsministers geblieben, welcher den Kaiser auf allen Reisen begleitet und allein in regelmäßigem mündlichen Vortragsverkehr, wie man sagt auch über Gegenstände anderer Ressorts, mit dem Kaiser steht. Die Abneigung des Ministers Milutin gegen die deutsche Nationalität ist bekannt; sie war zunächst gegen die baltischen Deutschen in Rußland und deren Einfluß gerichtet, ist aber zu einem politischen Axiom der ganzen germanischen Race gegenüber geworden. Die Hetzereien

gegen Deutschland traten am stärksten in den Blättern auf, welche dem Kriegsminister ihre Spalten privatim zur Verfügung stellen; das bedeutendste darunter ist der „Golos." Den prägnantesten Ausdruck findet die Politik des Ministers Milutin aber in der Friedensaufstellung der russischen Armee, welche schon vor dem türkischen Kriege so eingerichtet war, wie sie zur Vorbereitung eines Krieges gegen Deutschland oder Oesterreichs erforderlich ist. Dieselben und analoge Aufstellungen sind nach dem Kriege von den Truppen wieder eingenommen worden. Dabei ist der Kriegsminister weit entfernt gewesen, nach den Opfern des Türkenkrieges Ersparnisse an Geld und Menschen ins Auge zu fassen. Unmittelbar nach dem Frieden ist der Friedensetat des russischen Heeres um beinahe 60,000 Mann erhöht worden, und diese Erhöhung ermöglicht für den Kriegsfall eine Verstärkung des mobilen russischen Heeres auf dem westlichen Kriegsschauplatze von etwa 400,000 Mann. Diese Steigerung um den Betrag des gesammten preußischen Heeres von 1860 wird heute gewiß noch zum großen Theile nur auf dem Papier vorhanden sein. Dennoch aber fragte man sich mit Recht: zu welchem Zweck diese neue Last dem russischen Volke auferlegt wird. Von Deutschland oder von Oesterreich oder von Beiden zusammen angegriffen zu werden, kann Rußland unmöglich fürchten. Ein solcher Angriff hätte keinen denkbaren Zweck und keiner der parlamentarischen Körper in Deutschland oder Oesterreich-Ungarn würde einen Pfennig Geld dafür bewilligen, wenn sich eine Regierung fände, die thöricht genug wäre, sich mit solchen Plänen zu tragen. In Rußland aber genügt die alleinige Unterschrift des Kaisers, um Geld, Krieg und Truppen an einem Tag zu beschaffen. Ob Rußland unter solchen Kriegen leidet, ob Europa durch eine solche Politik in der Unruhe erhalten wird, welche den Aufschwung der Geschäfte hindert, für diese Fragen giebt es in Rußland Niemanden, der sie im Interesse des russischen Volkes

erörtern könnte. Die Presse am allerwenigsten, denn es giebt kein russisches Blatt von Bedeutung, welches nicht von einem Beamten, von einer Verzweigung der Staatsgewalt ressortirte, man kann sagen direkt oder indirekt redigirt würde. Ein Kampf zwischen ihnen entsteht nur dadurch, daß verschiedene amtliche Einflüsse sich bekämpfen und faktisch die Centralgewalt fehlt, von welcher sie sämmtlich abhängig sein sollten. Alles, was die im Auslande gelesenen russischen Blätter bringen, wird unter der Protektion und der Autorität eines der höheren und einflußreicheren Beamten geschrieben, wenn der Protektor des Blattes nicht vorzieht, selbst zu schreiben oder schreiben zu lassen. Damit ist nun noch nicht gesagt, daß diejenigen Männer von Bedeutung, welche es für ihre innere russische Politik nützlich finden gegen Deutschland zu hetzen, gegenwärtig das Uebergewicht in den Einflüssen hätten, welche über die auswärtige Politik Rußlands entscheiden; aber wenn jene Staatsmänner nicht sehr mächtig wären, so würde überhaupt in der ganzen russischen Presse diese antideutsche Episode gar nicht zur Erscheinung gekommen sein. Dem russischen Volke, soweit es sich privatim mit Lesen und Schreiben von Zeitungen beschäftigt, fehlt jeder Anlaß und jedes Bedürfniß, sich gegen Deutschland aufzuregen.

Die russische Politik ist in den letzten Jahren nach der Ansicht aller übrigen Europäer nicht mit dem Geschick betrieben worden, welches ihr eigen, als Fürst Gortschakow noch gesund war und die Leitung der Geschäfte in Händen hatte. Diejenigen, welchen die gemachten Fehler zur Last fallen, werden sie natürlich nicht eingestehen; sie bemühen sich vielmehr seit Jahr und Tag, dem unwissenden russischen Volk einzureden einmal, daß Rußland unglücklich sei und sich zu beschweren habe — worüber, das wird sorgfältig verschwiegen — und zweitens, daß der deutsche Nachbar an diesem Unglück Schuld sei. Nun ist auf dem Gebiete der auswärtigen Politik aber gar kein Anlaß vorhanden, sich

unglücklich zu fühlen. Rußland hat einen siegreichen Krieg geführt und durch denselben größere Erfolge erreicht als durch irgend einen seiner früheren Türkenkriege, und wir glauben, daß der russische Bauer, daß das russische Volk überhaupt durchaus nicht das Gefühl hat, unglücklich zu sein aus Mangel an militärischen oder diplomatischen Erfolgen; wir glauben, daß er sich herzlich über den Frieden gefreut und daß sein Mitgefühl mit den stammverwandten Bulgaren unter dem Türkendrucke befriedigt ist, nachdem er durch die heimkehrenden Soldaten erfahren hat, daß es dem bulgarischen Bauer auch unter türkischer Herrschaft so ganz schlecht nicht gegangen ist. Der heimkehrende Soldat mag überhaupt manches zu erzählen haben, und daß es im russischen Volk und selbst im russischen Heer manche Unzufriedenheiten giebt, wollen wir gar nicht bestreiten; wir behaupten nur, daß diese Unzufriedenheiten nicht von dem Auslande verschuldet sind, sondern von den inneren Zuständen Rußlands. Wenn man aber glaubt, daß diese Art von Unzufriedenheit sich durch auswärtige Kriege und durch militärischen Ruhm beschwichtigen und mit dem Blute friedliebender Völker ersticken läßt, so halten wir diese Rechnung für eine irrthümliche. Der erste Napoleon hat diese Politik eine Zeit lang mit scheinbarem Erfolge betrieben, schließlich aber machte er dadurch das uneinige Europa gegen sich einig. Heutzutage sind die Völker durch die Geschichte der beiden französischen Kaiserreiche hinreichend belehrt, um von Haus aus gegen den Staat geeinigt zu sein, welcher es versuchen wollte, seine Angehörigen, anstatt der nothwendigen Reformen, durch Kriege abzufinden, welche man in fortgesetzter Reihenfolge mit anderen Völkern vom Zaune bricht. Der Türkenkrieg war siegreich, und dennoch ist kein Zweifel darüber, daß er die Unzufriedenheit in Rußland gesteigert hat. Wir wollen nicht sagen, der Kaiser, aber seine Regierung ist nach dem Kriege weniger populär als vorher; nicht etwa weil der Krieg zu wenig

Bulgaren „frei" gemacht hat, sondern weil er überhaupt geführt worden war. Die Aussicht auf weitere Kriege — und Niemand weiß, ob immer siegreiche — wird die Popularität des Kaisers Alexander im eigenen Lande nicht steigern und im übrigen Europa schwerlich einen anderen Anklang finden, als daß Rußland seine politische Isolirung, welche es schon heut in demselben Maße wie 1854 erreicht haben dürfte, zu einer vollständigen macht. Europa wird deshalb schwerlich feindlich gegen Rußland werden, aber es wird, wie wir glauben, einig sein in dem Wunsche, sich den Frieden zu erhalten, dessen es bedarf. Wir sehen denselben auch nicht als gefährdet an, sondern haben nur das Bedürfniß, der offiziösen Presse eines befreundeten Nachbarlandes öffentlich darzulegen, wohin die Politik führt, welche sie empfiehlt, und auf wen die Verantwortung für derartig ungerechte Herausforderungen und für die damit verbundenen Störungen des öffentlichen Vertrauens zurückfällt."

Dieser Auffassung zu Trotze ließ die russische Regierung damals auf zwei Stunden von der deutschen Grenze rückwärts eine kriegsbereite Armee an den Eisenbahnen aufstellen. Betreffs des Bündnisses zwischen Rußland und Frankreich steht es fest, daß nicht bloß Decazes zur Zeit des letzten türkischen Krieges sehr ernsthafte Vorschläge von Seiten Rußlands bezüglich einer Allianz erhalten hatte, sondern daß auch im Sommer 1879 etwas derartiges wenigstens im Gange war. Die bloßen Ausbrüche des Hasses der Panslavisten gegen Deutschland in der Presse, die in jenem Sommer ihren Höhepunkt erreichten, würden allein weder den Fürsten Bismarck seine Kur haben unterbrechen lassen, um nach Wien zu eilen, noch den Kaiser Wilhelm vermocht haben, den Zaren Alexander II. in Alexandrowo aufzusuchen, um die „Mißverständnisse" zu beseitigen. Was Bismarck am 6. Dezember 1876 im Reichstage gesagt hatte: „Niemand als die kaiserlich russische Regierung selbst wäre im Stande, in

die erprobte hundertjährige Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland einen Riß zu machen", und was er auf dem Berliner Kongreß dem Fürsten Gortschakoff gesagt: „Zwingen Sie mich nicht, zwischen Ihnen und Oesterreich zu wählen", das traf jetzt zu. Nun waren die Beziehungen zwischen der russischen und der französischen Regierung damals noch nicht so beschaffen, daß man daran denken konnte, einen gemeinsamen Krieg zu unternehmen Die Russen schmeichelten den französischen Monarchisten. Auch als Fürst Gortschakow in Baden-Baden die Ermahnung aussprach, sich stark zu machen, war es ein Orleanist, an den er sich richtete. Volk und Presse in Frankreich blieben bei der Lockung sehr kühl, die meisten Zeitungen gaben zur Antwort, daß Rußland wohl auch noch etwas zu thun habe, um sich stark zu machen, der französischen Nation war zu Muthe, als wenn sie in fremde Dienste genommen werden sollte, und sie lehnte es dankend ab. Am ehesten mochte wohl der russische Kaiser selber, der nur widerwillig für einen Augenblick seiner Umgebung nachgegeben hatte, zur Besinnung zurückkommen. Daher der Toast auf „seinen besten Freund" beim Jubiläum von 1880.

Ein Jahr später, am 13. März 1881, raffte ihn ein grausames Geschick hinweg. Die Situation wurde jetzt von dem Gedanken beherrscht: wie wird der Thronfolger, der nicht gerade als deutschfreundlich, vielmehr als den panslavistischen Ideen zugänglich bekannt war, sich zu Deutschland stellen? Es schien, daß Rußland auch unter der neuen Regierung allmählig in die traditionellen Bahnen wieder einlenkte, daß es wieder Anlehnung an Deutschland und somit auch an Oesterreich suchte. Es erschien insbesondere als eine Besiegelung dieser Tendenz jener Besuch, den Alexander II. unter ganz außerordentlichen Verhältnissen dem deutschen Kaiser im September 1881 in Danzig abstattete. Schon die Anwesenheit des Fürsten Bismarck und die Gefolgschaft des Zaren bewiesen, daß es sich um mehr

handelte, als um eine Erneuerung alter Familienfreundschaft. Und doch dauerte es noch zwei Jahre, nämlich bis November 1883, daß Kaiser Wilhelm in einer Unterredung mit dem Präsidium des preußischen Abgeordnetenhauses versichern konnte: „Die Beziehungen zu Rußland sind überraschend günstig.“ Fürst Saburow, der gerade seit dem Jahre 1879 als russischer Botschafter in Berlin geweilt hatte, und nicht dazu beigetragen haben soll, der später eingetretenen Spannung ihre Schärfe zu nehmen, verließ 1884 die deutsche Metropole. Fürst Orlow trat an seine Stelle, der Bote mit dem Oelzweig.

Der Zusammenkunft des Zaren mit Kaiser Wilhelm in Danzig hatte der Staatssekretär von Giers, Gortschakows Stellvertreter, beigewohnt. Mit der Ernennung desselben zum Minister des Auswärtigen am 9. April 1882 schien der Sieg der russischen Friedenspartei entschieden, wie die Niederlage Ignatiews. Der 11. Juni brachte volle Klarheit in der Sache. Ignatiew wurde seines Postens als Minister des Innern enthoben. Diese Entlassung wurde in Deutschland als diejenige Genugthuung angesehen, welche von Kaiser Alexander für die Skobelew'schen Brandreden erwartet werden konnte. Das Jahr 1883 brachte den Eintritt Italiens in den österreichisch-deutschen Bund und bald darauf eine Trübung der Beziehungen zu Rußland. Mit dem Stande der offiziellen Freundschaftsbezeugungen kontrastirten auffallend die militärischen Aufstellungen Rußlands an der deutschen Ostgrenze, welche mit dem drohenden Ausbruch eines neuen deutsch-französischen Krieges im Sommer des genannten Jahres zusammenfielen. Abermals wandte sich das Blatt friedlich. Am 13. November finden wir Herrn v. Giers, der eine Reise nach Montreux machte, in Berlin, am 14. in Varzin. Seine Versicherungen waren von der Art, daß man sagen konnte, so lange er und Kaiser Alexander III. den Ausschlag in der Politik gäben, würden die friedlichen Beziehungen Deutschlands und

Oesterreichs zu Rußland keine ernstliche Störung erleiden. Darauf wies auch das Schreiben hin, welches der Kaiser schon bei seiner Krönung in Moskau am 27. Mai an Herrn v. Giers richtete: „Die weite Ausdehnung Unseres Reiches und seine nach vielen Millionen zählende Bevölkerung schließen bei Uns jegliche Eroberungspläne aus. Die friedliche Entwicklung der Kräfte Rußlands, das Wohl seiner Söhne auf den verschiedenen Gebieten des bürgerlichen Lebens und das Emporblühen jeder nützlichen Arbeit bilden ausschließlich den Gegenstand der Fürsorge Unserer Regierung und werden vorzugsweise die Antriebe zu Unserer friedliebenden Politik geben, einer Politik, welche unabänderlich die Wahrung Unserer freundschaftlichen, auf Vereinbarungen gegründeten Beziehungen zu den übrigen Mächten sowohl, als auch die Aufrechterhaltung der unantastbaren Würde Unseres Reiches zum Ziele hat. Indem Wir in Ihrer Person stets einen aufgeklärten, eifrigen und nützlichen Verfechter derjenigen Richtung Unserer internationalen Beziehungen gefunden haben, welche Unseren Ansichten entspricht, verleihen Wir Ihnen, um Ihnen Unsere aufrichtigste Anerkennung darzuthun, die Insignien in Brillanten Unseres kaiserlichen Ordens des heiligen Alexander-Newsky."

Diesen Gesinnungen entsprechend, zeichnete Kaiser Alexander III. bei den Krönungsfeierlichkeiten den deutschen Botschafter, General v. Schweinitz, am meisten unter allen Botschaftern aus und wohnte mit seiner Gemahlin und sämmtlichen Großfürsten dem von Jenem am 1. Juni veranstalteten Balle bei. Der Versuch des russischen Hofes, zwischen Kaiser Alexander III., der im Herbst von Kopenhagen nach Petersburg zurückreiste und Kaiser Wilhelm in einem preußischen Ostseehafen eine Zusammenkunft zu veranstalten, soll vom Fürsten Bismarck gleichwohl vereitelt worden sein, damit es Rußland nicht gelänge, den Schein des besten Einvernehmens aufrecht zu erhalten und zu verstärken, während die

militärischen Vorbereitungen an seinen Grenzen fortgesetzt würden. Es folgten die Huldigungen, welche dem deutschen Kronprinzen auf seiner Reise von Genua nach Spanien durch russische Kriegsschiffe bereitet wurden, alsdann die Verlegung russischer Truppen von der Grenze in das Innere des Landes. Katkow schrieb in seiner „Moskauer Zeitung" auf die kriegslustigen Artikel der Pariser Presse: „Als das Ungereimteste unter allen Ungereimtheiten erscheint ein Krieg zwischen Rußland und Deutschland. Wir können mit China, mit der Türkei, mit England, mit Oesterreich-Ungarn in einen Krieg gerathen; aber welchen Sinn hätte wohl für uns ein Krieg mit Deutschland?" In einem späteren Artikel sagte Katkow von Frankreich, es gehe in der inneren Politik einer chaotischen Zersetzung, in der äußeren der Lethargie entgegen. „Und doch verlangen gewisse französische Politiker, Rußland solle sein Schicksal an diesen in der Zersetzung begriffenen Leichnam knüpfen, den Leichnam eines Staates, der, als er noch lebte, stets Rußland zu schaden gesucht hat, stets als erbitterter Gegner Rußlands aufgetreten ist."

Nichts begreiflicher, als daß alle diese Dinge die größte Bestürzung in Paris hervorriefen. Abermals erwiesen sich lange und eifrig gehegte Hoffnungen als leere Illusionen. Es ist immer die alte Geschichte, die zwischen Rußland und Frankreich spielt. Man nähert sich, man ist im Begriff, sich zu finden, da fällt mit einem Male ein Ereigniß herein, welches an die verschiedene Natur dieser Staatswesen, ihre innere Unverträglichkeit erinnert und lange und mühsame Vorbereitungen fallen über den Haufen. Nach dem Krimkriege kokettirten Frankreich und Rußland zusammen, Napoleon ließ die englische Freundschaft erkalten und pflegte sein Verhältniß mit Petersburg. Das ging bis zum polnischen Aufstand 1863. Dem Reiz, sich hier einzumischen, konnte Napoleon nicht widerstehen und Fürst Gortschakow bescheinigte in seinen Noten nach Paris, daß alles aus sei. Von

neuem spannen sich die Fäden und als im Jahre 1867 der Zar in Paris war, machte Kaiser Napoleon die lebhaftesten Versuche, denselben für eine nähere Verbindung zu gewinnen. Manches zog ihn nach dieser Seite. Da fiel der Schuß des Polen Bereszowski; es erfolgte die Beleidigung des Zaren im Justizpalaste, die halbe Freisprechung des Verbrechers unter dem Beifallsruf der Pariser Presse und statt gewonnen, reiste Zar Alexander ergrimmt und erzürnt ab. Seit dem Kriege von 1870 sind die Annäherungen zwischen Rußland und Frankreich bald mehr, bald weniger eifrig von beiden Seiten betrieben worden. Ueber den Sturz Napoleons III. während des Kriegs triumphirte man in Rußland — mit der Republik aber kokettirte man sofort. Gortschakow ließ noch während des Krieges den damaligen Männern an der Spitze Frankreichs erklären, Rußland biete seine Freundschaft an; wenn es auch nicht sofort diese dokumentiren dürfe, so sei doch in der Politik die Gegenwart nicht Alles und man müsse mit der Zukunft rechnen, um zu einer soliden Allianz zu kommen. Ein ganzes Dezennium und mehr ist mit den Versuchen, es zu einem solchen Bündniß zu bringen und zwar auf Kosten Deutschlands, ausgefüllt, gerade wie die frühere Annäherung, zur Zeit Napoleons III., gegen Oesterreich gerichtet war.

Im Jahre 1880 schien ein ernster Riß die Quasi-Alliirten trennen zu sollen. Der bekannte Fall Hartmann ereignete sich; Frankreich verweigerte die Auslieferung des Mörders. Fürst Orloff wurde von Paris abberufen. Man telegraphirte ihm: L'empereur vous appelle immédiatement à Saint-Pétersbourg. In Frankreich und anderswo gab es einen heißen Streit um den Sinn dieser Depesche. War Fürst Orloff nach Petersburg blos berufen oder von seinem Posten zurückberufen? Der Lärm legte sich bald wieder. Es ergab sich, daß nur auf der Oberfläche es heftige Wellen gegeben hatte, die Tiefe aber ruhig geblieben war.

Die zerrissenen Fäden brauchten kaum neu angeknüpft zu werden; sie waren eben nur scheinbar oder vielmehr nur zwischen der Person des Monarchen und der französischen Regierung zerrissen. Auch bei der Behandlung dieser Angelegenheit von Seiten der Petersburger Gesellschaft, ihrer Blätter und der leitenden Staatsmänner, die deren Tendenzen vertreten, zeigte es sich, wie es nur ein ganz bestimmter und oberster Wille war, der ein energisches Auftreten Rußlands gegenüber Frankreich selbst in einer solchen Angelegenheit erzwingen konnte, und mit welcher Zähigkeit man an den dortigen Beziehungen festhielt. Die Arbeit, die zerrissene Lücke wieder zu schließen, war im selben Moment aufgenommen worden, und die Voraussetzung des Fürsten Bismarck, die Differenz würde nicht ernstlich werden, bewahrheitete sich.

Fürst Bismarck kannte die damalige Stimmung in Rußland und ließ sich durch die augenblickliche Aufwallung eines einzelnen Willens nicht täuschen.

Mit der Trennung Frankreichs und Rußlands begann das nationale Werk des Fürsten Bismarck vor 25 Jahren. In den von Poschinger herausgegebenen Depeschen des preußischen Bundes-Gesandten in Frankfurt a. M. aus dem Jahre 1856 nahm Herr v. Bismarck die Wahrscheinlichkeit der Bildung einer russisch-französischen Gruppe zum Ausgangspunkte seiner politischen Berechnung. Er sah damals, wie er sich ausdrückte, nichts, was den natürlichen Zug jener beiden Staaten zu einander hemmen sollte — er hatte jedoch seinen Ausspruch gethan, ohne den Umfang menschlicher Thorheit vollständig Rechnung zu tragen. Napoleon machte den unermeßlichen Fehler, seinen diplomatischen Feldzug für Polen gegen Rußland zu führen. Dieser Feldzug war die Morgengabe, welche das Glück dem neuen preußischen Ministerpräsidenten entgegenbrachte Die Gabe war in Hände gefallen, die sie zu schätzen und zu benutzen wußten. Die Kriegsjahre 1864, 1866 und 1870 sind Zeugnisse dafür. Seit dem

letzten Kriege hat sich für ein französisch-russisches Bündniß der Stoff aufgesammelt in dem Revanchedurst des einen Theils, in der Wahnvorstellung des andern Theils, als sei er von Deutschland und Oesterreich bedroht. Der Harmonie dieses Bundes, der Sympathie beider Theile für einander hat Michael Katkow den adäquaten Ausdruck in einem Privatbrief an einen Freund (1887) mit den Worten geliehen: „Ich hasse Frankreich auf den Tod, weil es stets in Vergangenheit und Gegenwart der Heerd liberaler und revolutionärer Bewegungen gewesen und ich verzweifle nicht daran, es eines Tage zum zweiten Male durch die Heere der Ordnung besetzt zu sehen. Aber heute, wo Rußland von Deutschland und Oesterreich bedroht wird, ist das Bündniß mit Frankreich eine unvermeidliche, wenn auch unangenehme Nothwendigkeit."

Das Jahr 1883 hatte, wie wir gesehen, das Bündniß Frankreichs und Rußlands dem Ausbruche eines gemeinsamen Krieges gegen Deutschland sehr nahe gebracht, aber es zerfiel abermals. Das Jahr 1884 vollendete das im Herbst 1883 begonnene Friedenswerk zwischen Deutschland und Rußland. Am siebzigjährigen Gedenktage der Schlacht von Bar-sur-Aube, wo Kaiser Wilhelm als jugendlicher Prinz unter den Augen seines Vaters zum ersten Mal dem feindlichen Feuer sich aussetzte, empfing der Kaiser eine russische Deputation unter Führung des russischen Großfürsten Michael Nikolajewitsch, welche ihm die Glückwünsche des Kaisers Alexander III. zu der vor siebzig Jahren erfolgten Beleihung des St. Georgsordens überbrachte. Im Saale des Königlichen Palais zu Berlin fand am 27. Februar ein politisch-militärisches Fest statt, wie es in den Zeiten unzweifelhafter Intimität zwischen den Höfen von Berlin und Petersburg kein Gegenstück hatte. Und diese Feierlichkeit bildete nur ein einziges Glied in der Reihe von Vorgängen, die sich seit dem Besuche des Herrn von Giers in Friedrichsruhe geradezu

drängten: die Sendung des Grafen Herbert Bismarck nach Petersburg, die Uebertragung des Berliner Postens an den Fürsten Orloff, die Mission des Fürsten Dolgorucki in Berlin und Friedrichsruhe waren diesem militärischen Feste im Palais vorausgegangen; der Trinkspruch des Generalgouverneurs von Polen, des Generals Gurko, auf die preußische Armee war um so charakteristischer für die Situation, als dieser tapfere Truppenführer zum Erben Skobelews gestempelt werden sollte. Diese Freundschaftserweisungen, in solcher Fülle gegeben, mit so viel Entgegenkommen acceptirt, waren unverwerfliche, unbezweifelbare Zeichen für eine gründlich veränderte Stellung zwischen Deutschland und Rußland. Aus solcher Situation ging das Drei-Kaiser-Verhältniß hervor, auf dessen in Berlin erfolgtem Abschlusse sodann die Drei-Kaiser-Begegnung in Skierniewice im Monat September beruhte. Wurde das Bündniß schon im November 1883 geschlossen, als Herr von Giers mit dem Fürsten Bismarck zusammentraf? Oder erst durch den Grafen Herbert Bismarck in Petersburg? Oder noch später? Von Oesterreich hörte man während dieser wichtigen Vorgänge des Herbstes 1883 und des Frühjahrs 1884 gar nichts. Man wird mit ihm nur durch die diplomatischen Vertreter Deutschlands und Rußlands verhandelt haben.

Das Drei-Kaiser-Bündniß erhielt ein Jahr später noch eine Bekräftigung, durch die Begegnung der Monarchen Rußlands und Oesterreichs in Kremsier. Kaiser Alexander III. hatte seit seiner Thronbesteigung (1881) den österreichischen Boden nicht betreten. Im Januar 1885 zeichnete Fürst Bismarck im Reichstage, einer Bemerkung des Abg. Windthorst gegenüber, der behauptet hatte: „Wir sind von Feinden umgeben", die auswärtige Politik mit den Worten:

„Von Feinden umgeben waren wir vielleicht im Anfang der siebziger Jahre, von Feinden oder von unsicheren Freunden, aber mit der jetzigen Situation ist diese Behauptung doch kaum

verträglich. Wo sind denn die Feinde, von denen wir umgeben sind? Ich sehe rund um nur befreundete Regierungen, mit denen wir in den engsten, vertrauensvollen Beziehungen stehen. Vielleicht können Sie mir eine nennen, die Sie besonders fürchten? Ich würde für diese Belehrung in meinem Fache und auf meinem Gebiete sehr dankbar sein. Vielleicht ist mir irgend eine Ecke der europäischen Politik, aus der ein Ungewitter über uns losbrechen könnte, vollständig entgangen. Daß wir mit den beiden östlichen Mächten, den beiden Kaiserreichen in intimen und sicheren Verhältnissen leben, dürfte auch von dem Herrn Vorredner nicht in Zweifel gezogen werden, und diese Verbindung an sich bildet ein starkes Dach und eine starke Wölbung, von der gestützt jedes von den drei Kaiserreichen schon manches aushalten kann, was ihm von anderer Seite kommen könnte. Wir leben mit Italien in intimer und guter Freundschaft, in sicheren Verhältnissen, das Gleiche ist mit Spanien der Fall. Wir haben mit Frankreich seit vielen Jahren — ich kann wohl sagen, seit der Zeit von 1866 — nicht in so guten Beziehungen gestanden, wie heute. Es ist das Ergebniß einer weisen und gemäßigten Regierung in Frankreich, die die Wohlthaten des Friedens ihrerseits eben so hoch zu schätzen weiß, wie wir: beide Regierungen wissen, daß es auf dem Kontinent kaum eine größere Kalamität giebt, als einen deutsch-französischen Krieg. Mit England leben wir in gutem Einvernehmen. Daß England in dem Bewußtsein „Britannia rules the waves' etwas verwunderlich aussieht, wenn die Landratte von Vetter — als die wir ihm erscheinen — plötzlich zur See fährt, ist nicht zu verwundern; die Verwunderung wird indeß von den höchsten und leitenden Kreisen in England in keiner Weise getheilt. Also bin ich es der öffentlichen Beruhigung schuldig, zu erklären, daß der Herr Abg. Windthorst im Irrthum ist, wenn er meinte, wir wären von Feinden umgeben."

Zu diesen Kundgebungen über die Weltlage bemerkte ein

Berliner Blatt: „Anläßlich der Monarchenzusammenkunft in Skiernivice schon, und damals, als die westafrikanische Konferenz hier zusammentrat, hoben wir als den schönsten und großartigsten Erfolg, welche die Leitung der auswärtigen Politik Deutschlands zu verzeichnen habe, die Ueberwindung des europäischen Mißtrauens gegen das so rasch als eine Macht ersten Ranges ins Leben getretene deutsche Reich hervor. In Wahrheit ist es fast zu wenig gesagt, wenn man nur von einer Beseitigung des Mißtrauens redet; allenthalben, namentlich aber auch in den kleineren und schwächeren Staaten, welche fremden Ehrgeiz und fremde Eroberungssucht am meisten zu fürchten haben, gilt das Gedeihen des deutschen Reichs, seine ruhige innere Entwicklung und seine Konsolidirung nach außen geradezu als die sicherste Bürgschaft des Weltfriedens. Natürlich war eine solche Beurtheilung der neuen Großmacht erst möglich, nachdem durch unwiderlegliche Thatsachen der Beweis geliefert war, daß das deutsche Kaiserreich in Wirklichkeit die Erhaltung des Weltfriedens zum leitenden Gesichtspunkt seiner auswärtigen Politik mache. Nach den trüben Erfahrungen, welche die Völker Europas in früheren Zeiten gemacht, konnte es nicht eben Wunder nehmen, daß allenthalben außerhalb der deutschen Grenzen mit Besorgniß auf die so überraschend schnell entstandene neue Macht geblickt und den ersten Bethätigungen ihrer furchtbaren Kraft mit Unruhe entgegengesehen wurde. Europa hat, wenn wir von der fast ganz der Kriegsgeschichte angehörenden Zeit Napoleons I. absehen, zwei Perioden französischen Uebergewichts hinter sich: die erste fällt mit der Regierungszeit Ludwig XIV., die zweite mit derjenigen Napoleons III. zusammen. In beiden Perioden kam unser Erdtheil, ja, die Welt über Beunruhigungen durch ehrgeizige und eroberungssüchtige Anwandlungen der dominirenden Macht nicht hinaus, und „Grenzberichtigungsfragen", natürlich stets zum Vortheil Frankreichs, verschwanden kaum in der Tages-

ordnung. Europa war also, was friedfertigen Machtgebrauch anbelangt, nicht verwöhnt, und es legte an Deutschland den Maßstab, den ihm die Zeiten französischer Vorherrschaft an die Hand gegeben hatten. Bald athmeten indeß die Kleinen und Schwachen auf, das deutsche Reich zog weder verstaubte Ansprüche aus alten Aktenschränken hervor, noch zeigte es irgendwelche Neigung, seine friedlichen Nachbarn durch neukonstruirte Forderungen zu behelligen. Als sodann die Frage, welche man in Europa gewohnheitsmäßig als identisch mit einem Weltkriege betrachtete, die orientalische, in Fluß kam, war es wieder die deutsche Diplomatie, welche sich das hervorragendste Verdienst um die Lokalisirung und zeitliche Beschränkung des Kampfes erwarb. Die Liquidation der Türkei, soweit ihr Besitz unhaltbar geworden, ist erfolgt, ohne daß außer Rußland der Pforte und der Balkanhalbinsel irgend ein europäischer Staat in den Strudel des Konflikts hineingezogen worden wäre. Längere Zeit währte es, bis auch die Großmächte sich in die Neuordnung der kontinentalen Machtverhältnisse fanden; es fanden auf Grund von Erwägungen, welche hier der Eifersucht, dort der Rachsucht entstammten, wiederholte Zettelungen statt; aber auch dieser Gefahren wußte die deutsche Diplomatie in solchem Maße Herr zu werden, daß sie schließlich in die Monarchenzusammenkunft von Skierniwice ausmündeten, welche seitdem das starke Gewölbe des europäischen Friedens bildet, das, Fürst Bismarcks Zeugniß zufolge, wohl im Stande ist, auch einem außergewöhnlich starken Stoße zu widerstehen. Wie groß die Anziehungskraft dieser Allianz ist, beweist am besten die heutige Haltung der französischen Regierung; keineswegs blos die Rücksicht auf seine auswärtigen Verwicklungen, sondern ganz ebenso die Erkenntniß, daß die stetige innere Entwicklung Frankreichs die sicherste Bürgschaft in einer freundschaftlichen Stellung zu der Weltpolitik der Centralmächte haben würde, bewog das Kabinet Ferry zu einer Annäherung

an Deutschland, so intim, wie eine solche seit der Zeit vor 1866 nie mehr vorgekommen war. Kurz, in keiner Ecke Europas sitzt gegenwärtig ein auf Krieg sinnender Feind Deutschlands. Indem Fürst Bismarck diese Worte vor dem deutschen Reichstag öffentlich aussprach, wußte er, daß ihnen von keiner Seite ein Dementi nachfolgen würde."

Zwei Monat später, am 30. März 1885, brach das Ministerium Jules Ferry plötzlich zusammen. Es hatte über zwei Jahre bestanden, es war als der lebendige Beweis, daß die Republik mit Regierungsstetigkeit recht wohl vereinbar sei, überschwänglich gefeiert worden, es schien über eine Kammermehrheit zu verfügen, die nahezu zwei Drittel sämmtlicher Abgeordneten umfaßte; allein eine einzige Nachricht aus Ostasien, eine einzige Stunde wüsten Tumults in der Kammer genügte, um ein Kabinet zu zermalmen, das man felsenfest gegründet glauben konnte. Abgeordnete, die Vertrauensvotum nach Vertrauensvotum abgegeben, Credit nach Credit bewilligt hatten, schrieen am lautesten gegen den „Verbrecher Jules Ferry" und seine Kolonialpolitik; Leute, die sich noch Tags vorher nicht tief genug vor ihm hatten bücken können, riefen ihm die heftigsten Schimpfworte zu, und der Ministerpräsident, der sich daran gewöhnt hatte, von der Kammer nach jeder Rede wie ein Heldentenor mit Händeklatschen und Bravorufen ausgezeichnet zu werden, verließ das Parlamentsgebäude auf einer Leiter, mit deren Hilfe er über die Hintermauer des Gartens in das Ministerial-Hotel am Quai d'Orsay gelangte.

Die französische Politik hat in den letzten Jahren einen strengen Parallelismus mit der russischen gezeigt. In der Zeit des besten Einvernehmens zwischen Rußland und Deutschland, wo Fürst Orlow nach Berlin kam, waltete das Ministerium Ferry in Frankreich, das nicht zum wenigsten deshalb fiel, weil es sich enger an die Politik Deutschlands angeschlossen hatte. Auf dieses Ministerium bezog sich das Kompliment, das Fürst

Bismarck im Jahre 1885 der französischen wegen ihrer Friedensliebe machte, und zwar in demselben Athemzuge, wo er den Dreikaiserbund als eine starke Wölbung bezeichnete, von der gestützt, jedes der drei Mächte jedem Angriff trotze. Die Depression der angenehmen Temperatur erfolgte von Osten und Westen her fast gleichzeitig. Den Chauvinismus der französischen Revanche accompagnirte derjenige der panslavistischen Eifersucht und Verdächtigung Deutschlands. Die bulgarische Frage riß den alten Gegensatz wieder auf, zunächst denjenigen zwischen Rußland und Oesterreich, für welches letztere wiederum Deutschland verantwortlich gemacht wurde.

Eine der wesentlichsten Aenderungen des Friedensvertrages von San Stefano, welche in Berlin durchgesetzt wurden, war die Trennung Ostrumeliens von Bulgarien. Diese Trennung war die oberste und unerläßliche Bedingung, welche England stellte und der Erfolg des Grafen Beaconsfield in diesem Punkte erregte jenen Sturm in der russischen Presse, der noch heute nicht ganz verstummt ist. Allerdings rechnete Rußland mit einem Faktor, der sich später als unbekannte Größe herausgestellt hat. Man ging allgemein von der Voraussetzung aus, daß Rußland in Bulgarien unbestritten einen maßgebenden Einfluß ausüben werde. Ostrumelien nun umfaßt die letzten natürlichen Bollwerke, welche den Rest der europäischen Türkei gegen Norden schützen. Verfügt Rußland, unmittelbar oder mittelbar, über Ostrumelien, so liegt Konstantinopel offen und wehrlos im Angesicht der russischen Truppen. Das Zarenreich hatte seine Vorposten bis an die Meerenge vorgeschoben. Diese Erwägung leitete den Grafen Ignatiew bei dem Abschluß des Friedens von San Stefano; dieselbe Erwägung zwang England und Oesterreich, um jeden Preis die Bildung eines großbulgarischen Staates zu hindern. Aber selbst nach der Belassung von Ostrumelien unter der Botmäßigkeit der Pforte erschien die gebietende Stellung

Rußlands in dem bulgarischen Gemeinwesen als eine solche Gefährdung des europäischen Gleichgewichts, daß zu seiner Sicherung die habsburgische Monarchie sich die Besetzung von Bosnien und der Herzegowina ausbedang. Auf dem Wege nach dem Goldenen Horn hielten beide Staaten mithin gleichen Schritt.

Als ein gefügiges Werkzeug des Zaren kam Fürst Alexander nach Bulgarien; als Stichblatt der russischen Wuthausfälle hat er das Land verlassen müssen. Aber wenn je Attentate auf eine einzelne Person sich als Thorheit erwiesen, so bei dem Handstreiche gegen den Battenberger. Rußland ist vom Regen unter die Traufe gekommen; es hat bei den Südslaven jedes Ansehen, jede Anhänglichkeit eingebüßt. Nicht nur in Bulgarien, sondern auch in Rumänien hat die Begeisterung für das Zarenreich eine beträchtliche Abkühlung erlitten, und die Machtsphäre Rußlands gegen Konstantinopel reicht heute nicht so weit wie vor dem orientalischen Kriege. Um so größer sind die moralischen und territorialen Eroberungen, welche im letzten Jahrzehnte Oesterreich gemacht hat.

Angesichts dieser Entwickelungen der Lage im Orient ist es nicht möglich, die bulgarischen Wirren gering anzuschlagen. Es ist vielmehr natürlich, daß gerade seit der Vereinigung von Ostrumelien mit Bulgarien die Stimmung in Rußland eine erregte geworden ist. Allerdings wirkte der Staatsstreich von Philippopel (1885) auf alle Welt mit der ungeschwächten Kraft einer gelungenen Ueberraschung, auch auf die russische Prrsse, auch auf die österreichische Regierung. Noch galt Fürst Alexander als der Liebling seines kaiserlichen Vetters, noch galt er den Bulgaren als der Mauerbrecher für das Zarenreich. In Rußland jubelte man zuerst der Union zu, man sah die Hauptbestimmung des Friedens von San Stefano wieder hergestellt. Und in Oesterreich hielt man den Fürsten von Bulgarien so sicher für ein Werkzeug des Moskowiterthums, daß man Serbien zum Kriege

gegen Bulgarien veranlaßte — freilich auch nicht amtlich; auch König Milan handelte ganz auf eigene Verantwortung; auch er stürzte sich auf eigene Gefahr in Abenteuer. Aber als die bulgarischen Truppen bei Pirot standen, mußten sie doch widerwillig Halt machen, weil Oesterreich die Mittheilung gemacht hatte, sie würden ferner nicht nur serbischen Bataillonen begegnen. Hätte man damals schon die Gesinnung des Fürsten Alexander gekannt, hätte man seine weitere Haltung geahnt, niemals hätte die russische Presse über die kühne That des Dr. Stransky gejubelt und niemals hätte Serbien gegen Bulgarien zum Schwerte gegriffen.

Dieser Wandel, der sich, fast jäh und unvermittelt, in Bulgarien vollzogen, erklärt auch die veränderte Stellung, welche die nächstbetheiligten Mächte jetzt zu der Verbindung von Ostrumelien mit Bulgarien einnehmen. Rußland wünscht diese Verbindung — wenn auf dem bulgarischen Throne eine Marionette wie der Mingrelier sitzt; dann ist das Streben des Zarenreiches der vollen Verwirklichung näher denn je. Aber es wird niemals seine Zustimmung zu dieser Vereinigung geben, so lange österreichischer Einfluß in Sofia gebietet; sonst ist es dem Ziele seiner Wünsche ferner als seit Jahrzehnten. Und ebenso ist Oesterreich für oder gegen die Union, je nachdem Bulgarien unter österreichischem oder russischem Einflusse steht. Jedenfalls hat Oesterreich schon vor Monaten durch den Mund des Grafen Kalnoky in den Delegationen erklärt, daß sich die Union nicht einfach rückgängig machen lasse. Die Wiederherstellung des früheren Zustandes liegt weder in den Interessen noch in der Absicht der österreichisch-ungarischen Monarchie. Jeder Fürst von Bulgarien hat daher, so weit er nicht in russischem Fahrwasser schwimmt, Förderung seitens Oesterreichs zu erwarten, das in diesem Falle ein minder dringendes Interesse daran hat, die Union mit Ostrumelien aufrecht zu erhalten.

„Ueber die Politik, welche Deutschland in der Orientfrage verfolgt, hat der Reichskanzler sich wiederholt ausgesprochen. Das Wort von dem „bischen Herzegowina" gilt noch heute. Deutschland hat kein Interesse im Orient und mischt sich daher nicht in die etwaigen Zustände dort", sagte noch 1887 im Februar die „Nordd. Allg. Zeitung." Kurz zuvor hatte Fürst Bismarck im Reichstage die Auslassungen der Presse über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Fürsten Alexander kritisirt, wobei er zu dem Schlusse kam, daß uns Bulgarien so gleichgültig sei wie Hekuba. „Die Beziehungen zu Rußland", sagte er, „sind dieselben, wie unter Alexander II.; es ist sicher, daß sie unsrerseits nicht werden gestört werden." Fürst Bismarck glaubt nicht, daß Rußland uns angreifen wird oder daß es von einem von anderer Seite auf Deutschland erfolgenden Angriff Vortheil ziehen will. Betreffs Bulgariens haben wir kein eigenes Interesse; er (der Kanzler) hätte verdient, wegen Landesverraths vor Gericht gestellt zu werden, wenn er solche „Dummheiten" unternommen hätte, wie die fortschrittliche und klerikale Presse sie ihm wegen Bulgariens zugemuthet hätte. Das Verhältniß zu Oesterreich wurde dahin definirt, daß das Bündniß zwischen Deutschland und Oesterreich eine festere Vereinigung geschaffen habe, als im deutschen Bunde oder im alten Reiche bestand; doch wurde später hinzugefügt, daß zwar für jeden von beiden Theilen die Existenz des anderen wesentlich sei, daß darum die Politik der beiden Reiche nicht in allen Einzelheiten identisch zu sein, nicht jedes für alle Interessen des anderen einzutreten brauche. Und vorher war im Gegensatz zu der Zuversicht, daß zwischen Deutschland und Rußland kein Kriegsgrund vorhanden sei, hervorgehoben worden, schwieriger liege allerdings die Erhaltung des Friedens zwischen Oesterreich und Rußland — woraus sich in Verbindung mit der Erklärung, daß wir für Oesterreichs Existenz als Großmacht einzutreten haben, offenbar die Even-

tualität ergiebt, daß Deutschland trotz allem, was vorher über unsere eigenen Beziehungen zu Rußland gesagt war, in einen Krieg zwischen diesem und Rußland verwickelt werden kann.

Vielleicht noch bedeutungsvoller als die Erklärungen über die Beziehungen Deutschlands zu Rußland und Oesterreich, waren die über unser Verhältniß zu Frankreich. Hier entwickelte der Kanzler die ganze Offenheit, welche schon so oft Erstaunen erregt hat. In erster Reihe gegen Frankreich, sagte er, bedürfen wir der Verstärkung des Heeres. Noch hat kein französisches Ministerium gewagt, den Frankfurter Frieden öffentlich als endgültig anzuerkennen; so lange aber keine dortige Regierung dies dürfe, sei der Krieg mit Frankreich nur eine Frage der Zeit; er könne in zehn Jahren, aber auch in zehn Tagen oder zehn Wochen kommen, je nachdem man in Frankreich die Hoffnung habe, uns überlegen zu sein, oder je nachdem man des Krieges als eines Ventiles gegen innere Schwierigkeiten bedürfe. In diesem Zusammenhang wurde direkt von der Möglichkeit eines Ministeriums Boulanger gesprochen. Deutschland werde so wenig, wie anläßlich der Luxemburger Verwickelungen den Krieg nur darum beschleunigen, weil man besser, als der Gegner gerüstet zu sein glaube, man könne der „Vorsehung nicht in die Karten blicken", vielleicht bedeute Verzögerung des Krieges Vermeidung desselben. Komme er aber, so werde er die ernstesten Folgen haben; wir müßten für den Fall des Unterliegens gefaßt sein, auf den Verlust nicht bloß Elsaß-Lothringens, sondern auch des Rheinlandes, Schleswig-Holsteins, vielleicht Posens, auf die Wiederherstellung des Königreichs Hannover, auf eine Aussaugung bis auf die Knochen. Aber wenn wir wieder Sieger blieben, dann würde der Frieden auch anders aussehen, als der von 1871; wir würden dann Frankreich für ein Menschenalter bündnißunfähig machen.

Als Fürst Bismarck sich so äußerte, war die Arbeit der Regulirung der europäischen diplomatischen Beziehungen, welche

im Hintergrunde der großen Krisis des Winters 1886—87 lag, noch im Fluß. Das Drei-Kaiser-Bündniß lief im Frühjahr ab. Wurde es nicht erneuert, so erhielten die Theilhaber Deutschland und Oesterreich einerseits und Rußland andererseits ihre volle diplomatische Bewegungsfreiheit wieder. Die „Moskauer Zeitung" natürlich freute sich, daß der „unglückliche" Vertrag zu Ende gehe, der Rußland zur Nichtigkeit verurtheilt habe. Der Inhalt des Vertrages habe sich zwar in undurchdringliches Schweigen gehüllt; ja selbst die Existenz eines geschriebenen Vertrages sei lange geheim geblieben; erst in der letzten Zeit sei dies kundbar und daraus klar geworden, warum Rußland mehr und mehr die Bedeutung einer selbstständigen Macht eingebüßt hat und warum es Schritt für Schritt aus dem Osten verdrängt wurde. Jetzt mehrten sich, berichtete Herr Katkow, die Zeichen, daß Rußland seine Freiheit wieder erlangen wolle. Da werde nun Alles aufgeboten, Drohungen und Lockungen, Sophismen und Betrug, Prinzipienreiterei, der Kosmopolitismus der russischen Diplomatie, die Programmlosigkeit der russischen Politik, Koalitionsgespenster. Je näher der Termin des Bündnisses rücke, destomehr demaskire sich die Politik, die Rußland aufs neue in ihre Netze ziehen wolle. In diesem Tone ging es in dem Organe des Herrn Katkow spaltenlang weiter. Es war dies im Monat März.

Eine Moskauer Korrespondenz der Kölnischen Zeitung vom 23. Juni erinnerte daran, indem sie bemerkte:

„Mit der französischen Ministerkrisis dürfte möglicherweise ein entscheidender Abschnitt in der russischen Politik abschließen, und es ist von Interesse, einen Rückblick auf denselben zu werfen. Allgemein ist noch erinnerlich, in welch unerhörter Weise Katkow kurz vor Ostern den Minister des Auswärtigen, Herrn v. Giers, angriff. Katkow kam mit einem sehr gelinden Verweise davon und man glaubte, daß Herrn v. Giers eine andere Genugthuung, durch Verleihung des Wladimir-Ordens erster Klasse, zu Theil

werden würde. Die Verleihung dieses Ordens war auch beschlossene Sache; eigenthümliche Verhältnisse machten sie jedoch rückgängig. Katkow war nach Gatschina gekommen, um sich zu rechtfertigen, und fand anfänglich beim Zaren keine besonders gnädige Aufnahme; schließlich gelang es ihm jedoch, dem Zaren seinen politischen Standpunkt darzulegen, der darin gipfelte: Rußland solle keinerlei Abmachungen oder Verträge mit Deutschland oder Oesterreich abschließen, im Gegentheil diesen beiden Mächten gegenüber völlig freie Hand behalten und eine ausgesprochen wohlwollende Stellung zu Frankreich annehmen. Katkow wußte namentlich mit scheinbar so überzeugenden Gründen auszuführen, welcher Schaden Rußland aus irgend einem bindenden Verhältniß zu Deutschland oder Oesterreich erwüchse, daß der Zar ihm befahl, sich mit Giers über diese Verhältnisse auszusprechen und auch dessen ja völlig entgegengesetzte Ansicht anzuhören. Katkow begab sich zu Giers; doch ließ dieser ihm sagen, er sei beschäftigt und könne ihn nicht empfangen. Katkow suchte hierauf den Departementschef im Ministerium des Auswärtigen, Sinowjew, auf, der anfänglich glaubte, Katkow sei bei Giers gewesen, um sich zu entschuldigen, und die Bemerkung einfließen ließ, der Minister habe wirklich einigen Grund, sich verletzt zu fühlen. Katkow erwiderte hierauf, es liege ihm fern, Herrn v. Giers um Entschuldigung zu bitten; er sei nur auf ausdrücklichen Wunsch des Zaren gekommen, um Herrn v. Giers seinen politischen Standpunkt klarzulegen.

Als Giers am folgenden Tage zum Vortrag beim Zaren erschien, fragte ihn dieser, ob er Katkow gesprochen, und war ungehalten darüber, daß der Minister ihn nicht empfangen. Giers nahm die Gelegenheit wahr, um den Zaren um seinen Abschied zu bitten, wobei er betonte, daß sein Rath unter den jetzigen Umständen wohl kaum noch von Nutzen oder Einfluß sein könne. Der Zar nahm diese Bitte sehr übel und erwiderte

Herrn v. Giers, daß der Zar seine Minister ernenne und sie ebenso auch verabschiede, wenn er es etwa für nützlich hielte, nicht wenn es jenen gerade einfiele zu gehen. Das nächste war denn, daß er die bereits vollzogene Urkunde, welche Herrn v. Giers den Wladimir-Orden verlieh, zerriß. Katkow arbeitete nun eifrig an dem Sturz des Herrn v. Giers und wünschte Graf Ignatiew an dessen Stelle zu sehen, von welchem aber der Zar nichts wissen wollte. Da er mit diesem Anwärter nicht durchdrang, versuchte Katkow den Berliner Botschafer, den Grafen Schuwalow, an die Stelle v. Giers zu bringen. Mitten in diese Ränke fiel wie ein Blitz aus heiterem Himmel die französische Ministerkrisis, welche die ungesunden, haltlosen und durchaus unzuverlässigen Verhältnisse der französischen Republik in das ungünstigste Licht stellte. Diese Krisis versetzte dem Einfluß und der Politik Katkows an leitender Stelle einen schweren Schlag und bewies die Richtigkeit der Giers'schen Anschauungen. Man kann wohl bestimmt annehmen, daß die Verabschiedung eines Ränkespinners, wie jener famose General Bogdanowitsch einer war, der in Paris Propaganda für ein russisch-französisches Bündniß machte, eine unmittelbare Folge der jetzigen Strömung ist. Auch heißt es, daß der ehemalige Botschafter in Berlin, der letzige Senator Saburow, der an den Enthüllungen Tatischews betheiligt sein soll, sowie letzterer selbst, der allerdings nur noch nominell im Staatsdienste steht, wegen jener Enthüllungen verabschiedet werden sollen. Dem Zaren hat diese indiskrete Veröffentlichung diplomatischer geheimer Aktenstücke sehr mißfallen, und dieses Mißfallen ist auch Katkow ausgesprochen worden, der die Enthüllungen in seiner Moskauer „Wjedomosti" veröffentlichte. Herrn Katkow ist auch eine nachgesuchte Audienz in Gatschina nicht bewilligt worden. Jedenfalls ist die französische Ministerkrisis für die jetzige russische Politik von großer Bedeutung gewesen."

Eine Wirkung hat sich aber nicht gezeigt.

Im Monat März, als die Frage wegen Erneuerung des Drei-Kaiser-Bündnisses besonders lebhaft die Gemüther beschäftigte, brachte der „Pester Lloyd", wahrscheinlich um das wieder wachgerufene Mißtrauen der Ungarn, als könne die Drei-Kaiser-Politik wieder den ausschlaggebenden Einfluß auf die Geschicke Europas gewinnen, zu beschwichtigen, eine augenscheinlich offiziöse Darstellung, welche bezweckte, die in der Phantasie mancher Politiker ungebührlich übertriebene Bedeutung der Natur des Drei-Kaiser-Verhältnisses auf ihr rechtes Maß zurückzuführen. Er suchte zunächst davon zu überzeugen, daß die Erneuerung des Dreibundes Deutschland-Oesterreich-Italien keineswegs das Erlöschen des Drei-Kaiser-Verhältnisses, sowie dasselbe bisher bestand, nothwendig bedinge und daß, sowie bisher neben dem Bündnisse Deutschlands, Oesterreich-Ungarn und Italien das Einvernehmen der drei Kaiser bestanden habe, dasselbe auch in der Zukunft weiter bestehen könne. Das genannte Blatt wies dann darauf hin, daß dieses „Verhältniß" auf keinerlei geschriebenem Vertrag, auf keinerlei bestimmten Abmachungen, sondern ausschließlich auf dem zu Skierniewice vereinbarten Einvernehmen der drei mächtigen Souveräne, die gegenseitigen Interessen jederzeit zu Rathe zu ziehen und eventuell auftauchende Streitfragen im Wege gegenseitiger Verständigung zu lösen, beruhe, daß man daher auch nicht von einem Bunde sprechen könne. Zwar habe der Glaube an die Kraft dieses politischen „Seelenbundes" inzwischen eine starke Erschütterung erlitten, aber es liege bis jetzt kein Anzeichen dafür vor, daß einer der betheiligten Souveräne sich wirklich von demselben losgesagt habe. Der Unterschied in der Natur des „Einvernehmens der drei Kaiser" und des Dreibundes der drei anderen Reiche liege allerdings klar zu Tage und bestehe darin, daß diesem die Kraft zugetraut werden dürfte, im entscheidenden Augenblick den Frieden

der Welt zu bewahren, während jenes bewiesen, daß ihm diese Kraft nicht eigen sei. Dann hieß es weiter:

„Immerhin mag also das Drei-Kaiser-Verhältniß wie bisher, auch künftighin fortbestehen. Mit seinem schattenhaften Dasein ist es eigentlich längst zu einer bloßen Formel herabgesunken, deren die Diplomatie sich zuweilen zu bestimmten Zwecken bedient. Die Triple-Alliance Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und Italiens ist dagegen zu einem hervorragenden wichtigen Faktor der europäischen Politik herangereift und wird durch keinen Kaiserbund und keine andere Alliance in den Schatten gestellt. Das Gegengewicht dieser Triple-Alliance könnte höchstens in einer Verbindung Frankreichs mit Rußland gesehen werden, in der Verwirklichung jener Idee, mit welcher Franzosen und Russen seit langer Zeit spielen und die bisher doch niemals aus der Sphäre chauvinistischer Pläne in den Bereich politischer Realitäten getreten ist. Auch jetzt noch, nachdem die Triple-Alliance eine offene, bekannte, notorische Thatsache ist, ist es nicht leicht, an das Zustandekommen eines engeren Bündnisses zwischen Frankreich und Rußland zu glauben. Die erste Vorbedingung für ein solches Bündniß: die Identität der Interessen ist nicht vorhanden. Die Gemeinsamkeit des Vorgehens wäre nur auf Grund eines aggressiven Programms herzustellen, eines Programms, dessen Verwirklichung gerade durch den Bestand des mächtigen mitteleuropäischen Bündnisses, dem im Bedarfsfalle sich noch andere auf die Erhaltung der gegenwärtigen staatlichen Ordnung bedachten Staaten, also England und die Türkei und in weiterer Linie vielleicht noch Serbien und Rumänien anschließen würden, ungemein erschwert, wenn nicht gänzlich vereitelt würde."

Die Tendenz dieser Ausführung war offenbar die, davon zu überzeugen, daß Oesterreich in der Verfolgung seiner Interessen an der Donau durch das Drei-Kaiser-Verhältniß nicht mehr gehindert sein würde. Auch wurde dieses nicht erneuert.

Dem Verhältniß zwischen Deutschland und Rußland gab die Nordd. Allg. Zeitung im April einen bezeichnenden Ausdruck, indem sie von dem Irrthum der französischen Blätter sprach, daß sie die Haltung von Katkow und seinem in Paris ansässigen Agenten Cyon, sowie die Korrespondenzen russischer Militärs, welche Französinnen geheirathet haben und in Frankreich begütert sind, für die „russische Politik" ansehen. „Diese Politik wird vom Kaiser von Rußland, durch sein Organ d. h. seinen auswärtigen Minister, Herrn v. Giers betrieben, sie ist eine friedliebende und gegen Deutschland vielleicht gleichgültige, aber sicher nicht feindliche. Die französische Presse schmeichelt sich und den Revanchepolitikern in Frankreich mit der Hoffnung, es werde zwischen Deutschland und Rußland ein Krieg ausbrechen und dann sei der Moment für Frankreich gekommen, auch seinerseits Deutschland anzufallen. — Wir halten es mehr für Frankreich als für Deutschland nachtheilig, wenn es der Pariser Presse gelingt, diesen Irrthum in der öffentlichen Meinung zu befestigen und auszubilden."

Also „vielleicht gleichgültig" aber doch friedliebend ist die russische Regierungspolitik.

Im Anfang des Monats September unterzog die „Kölnische Zeitung" unsere Beziehungen zu dem Nachbarreich einer kritischen Besprechung.

Sie wies darauf hin, daß die Erfahrungen, welche wir mit Rußland gemacht hätten, nicht sehr ermuthigender Natur seien. So allgemein in Deutschland die Ueberzeugung verbreitet sei, daß die Wiederherstellung der alten herzlichen Beziehungen zwischen den beiden mächtigen Nachbarreichen lediglich den beiderseitigen Interessen entsprechen würde, ebenso allgemein sei die Besorgniß, daß es selbst der bewährten Staatskunst des Fürsten Bismarck nicht gelingen werde, Rußland zur Umkehr von der betretenen Bahn zu bewegen. Durch das deutsche Volk gehe ein Ahnen, daß alle jene Volkskräfte, die wir unter das russische Volk beugen

lassen, einst gegen uns in Reih une Glied treten werden. Die deutsche Staatskunst habe unter diesen Umständen eine schwere und verantwortungsvolle Aufgabe zu bewältigen. Sie dürfe den deutsch-französischen Wettbewerb um die russische Gunst nicht in ein deutsch-französisches Wettkriechen ausarten lassen, sollen wir an unserer nationalen Würde nicht empfindliche Einbuße erleiden.

Die „Kölnische Zeitung" warnte, wie man sieht, „die deutsche Staatskunst" davor, sich mit Frankreich in „Wettkriechen" um die Gunst Rußlands einzulassen. Sie berief sich im weiteren Verlauf des Artikels darauf, daß „ein junger russischer Diplomat" erzählt habe, „Herr v. Giers habe scherzhaft geäußert, Fürst Bismarck stelle sich in der bulgarischen Angelegenheit dermaßen auf den russischen Standpunkt, daß man zweifeln könne, ob er deutscher oder russischer Minister sei." Hierauf erwiderte die Norddeutsche Allgemeine Zeitung:

„Wir überlassen es den Lesern, den Werth dieses Belastungsmaterials zu beurtheilen. Die Aufgabe, welche die deutsche Politik sich gestellt hat und die Wege, auf denen sie dieselbe zu lösen sucht, liegen klar genug zu Tage. Man hat dieser Politik bisher den Vorzug der Offenheit nicht abgesprochen; ihre Handlungen haben sich immer gedeckt mit ihren Worten. Die Weltlage stellt derselben im Interesse des Reiches und seiner Würde gegenwärtig keine anderen Aufgaben, als die der Erhaltung des Friedens, so lange derselbe mit Ehren haltbar sein wird. Der Ausgangspunkt dieser Thätigkeit kann, wenn letztere berechtigt und erfolgreich bleiben soll, nur auf dem Boden der Verträge gesucht werden, welche Deutschland geschlossen hat. Wenn die im übrigen erfolgreichen Arbeiten der deutschen Politik im Interesse des Friedens seit drei Jahren in jedem Sommer durch Bulgarien und seine Fürsten gestört werden, so kann das diesem Balkanlande unmöglich das Wohlwollen der deutschen Politiker zuwenden. Wir stellen nicht den Satz als Richtschnur auf:

knock down the first who breaks peace, aber wir finden es den Interessen unserer ebenso friedliebenden wie wehrhaften Nation entsprechend, daß Deutschland sein volles Gewicht im Rathe Europas dafür einsetzt, daß die ehrgeizigen bulgarischen Fürsten und Minister, welche geneigt sind, Feuer in Europa anzulegen, durch Europa zur Ruhe verwiesen werden. Der Prinz von Koburg so gut wie der von Battenberg vor ihm haben die Verträge gebrochen, auf Grund deren Bulgarien überhaupt existent geworden ist. Deutschland hält an diesen Verträgen fest, nicht aus Gefälligkeit gegen andere Mächte, sondern aus Achtung vor der eigenen Unterschrift, und weil jede Basis für seine Friedensbestrebungen fortfallen würde, wenn man die Verträge, welche unter dem Vorsitze Deutschlands geschaffen wurden, nach beliebiger politischer Konvenienz zu Gunsten strebsamer junger Fürsten ignoriren wollte. In diesem Sinne widerstand die Regierung vor einem Jahre dem Preßsturm zu Gunsten Battenbergs, und widersteht sie heut der Zumuthung, die von ihr vollzogenen Verträge und damit die Basis ihrer Friedenspolitik dem von ihr von Haus aus gemißbilligten Orleans-Koburgischen Unternehmen zu opfern.

Wir hoffen daß der Verfasser des Artikels in Nr. 243 der „Köln. Ztg." aus dieser Darstellung entnehmen werde, daß die deutsche Politik sich nicht in einem Wettlaufe mit Frankreich um die Gunst Rußlands befindet, sondern in voller Selbstständigkeit die Bahnen wandelt, welche sie durch die Interessen des deutschen Reichs für angezeigt und durch die bestehenden Verträge für geboten hält. Wir empfehlen dem Verfasser jenes Artikels, wenn er die Politik der Regierung mißbilligt, lieber an der Einsicht, als an dem Ehrgefühl ihrer Leiter zu zweifeln."

Daß dem Verhalten Oesterreichs, Englands und Italiens nicht bloß in Bezug auf die orientalischen Dinge gewisse Verabredungen zu Grunde liegen, scheint unbestreitbar. Diese

drei Reiche finden sich, so oft ein Anlaß vorliegt, Stellung zu einer Frage zu nehmen, immer schnell zusammen und zwar so schnell, daß man auf ein vorbereitetes Einverständniß daraus schließen darf. Es ist das eben jetzt den Neuerungen in Bulgarien gegenüber beobachtet worden und es war das ebenso vor einem Jahre beim Sturze des Fürsten Alexander. Daß in der Rede des damaligen Ministers des Aeußeren in Rom, Herrn Robilant, auf die Interpellation eines Deputirten Rußland und Frankreich gar nicht erwähnt wurden, und daß offen gesagt war, Italien stehe in der bulgarischen Frage an der Seite Oesterreichs und Englands und sei entschlossen, im Verein mit diesen sich einer Russificirung Bulgariens zu widersetzen, wurde in Paris und noch mehr in Petersburg übel vermerkt. Für Italien und seinen Handel ist es, wie für Oesterreich und England ein Lebensinteresse, daß Rußland nicht auf der Balkanhalbinsel allmächtig wird und daß dieses nicht seine Vorposten bis zur Küste des Adriatischen Meeres vorschiebt. In derselben Rede des erwähnten italienischen Staatsmannes hieß es in Bezug auf England: „Ich brauche nicht erst zu sagen, daß Gründe besonderer Freundschaft uns an diese Macht ketten und daß wir diese Freundschaft, wenn die Ereignisse es erfordern sollten, immer besser pflegen werden, denn sie gehört zu einer der Ueberlieferungen italienischer Politik und kann weder durch den Wandel der Zeit noch durch den der Umstände irgend welche Trübung erfahren." Der Minister fuhr fort zu erklären, daß die intimen Beziehungen Italiens zum deutsch-österreichischen Bundesverhältnisse davon nicht berührt würden. Diese Beziehungen beständen für sich.

In Bezug auf die Berufung des Prinzen Ferdinand auf den bulgarischen Thron waren alle Mächte in formaler Hinsicht einverstanden, nämlich, daß vom Standpunkte des Berliner Vertrags das Vorgehen des Prinzen Ferdinand als ein illegales und rechtswidriges zu betrachten und die Anerkennung desselben

als Fürsten von Bulgarien folglich zu versagen sei. Aber darüber hinaus machten sich alsbald verschiedene Ansichten geltend.

Deutschland, das übrigens für seine Stellung in dieser Frage nicht erst den russischen Protest abgewartet hat, und Frankreich legten die vollkommenste Uebereinstimmung mit der Petersburger Auffassung an den Tag und beide Reiche würden wohl, obschon aus ganz verschiedenen Beweggründen, Rußland kein Hinderniß bereiten, wenn ihm das Mandat zur Wiederherstellung des Status quo ante zufiele, sofern sich aus der neuesten Wandlung der bulgarischen Angelegenheit eine Bedrohung des europäischen Friedens ergeben, Prinz Ferdinand diesem allen Ernstes im Wege stehen sollte.

England, Oesterreich und Italien hingegen wollen zwar strikte Aufrechterhaltung des Berliner Vertrages, aber nicht im Wege der Gewalt, sondern durch Auffindung eines Modus, kraft dessen die illegale Thronerhebung des Prinzen Ferdinand in eine legale übergeleitet werden könnte. Am weitestens links in dieser Gruppe befindet sich Italien. Es bestreitet die Rechtswidrigkeit des Verfahrens der bulgarischen Regentschaft und der großen Sobranje, hat halbamtlich sogar zu verstehen gegeben, daß, wenngleich Ferdinands Wahl gegen den Berliner Vertrag verstoße, er doch berechtigt gewesen wäre, dem Rufe des bulgarischen Volkes Folge zu leisten und daß ihm für seine Person kein Rechtsbruch vorgeworfen werden könne, da er den Bestimmungen des Berliner Vertrages fernstehe

Deutschland ist übrigens in dieser Frage entschiedener Mißdeutung unterzogen worden. Wie immer, ist auch hierbei dem Fürsten Bismarck die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens ohne jedwede Preisgebung oder willkürliche Deutung irgend eines Rechtes der oberste leitende Gesichtspunkt gewesen. Es ist nicht wahr, daß, wie französische Stimmen behaupteten, eine geheime Uebereinkunft mit Petersburg die Stellung unseres Reichskanzlers

BRIGHAM YOUNG UNIVERSITY
3 1197 22467 3647

zu beeinflussen vermocht hätte. In den Beziehungen zwischen beiden Kabinetten hat der formale Charakter derselben nie etwas zu wünschen übrig gelassen, und die Sympathien des Leiters der deutschen Politik für den Zaren persönlich haben nie einer Abschwächung unterlegen. Aber von einer Aenderung der auswärtigen wie inneren Politik Rußlands zu Gunsten Deutschlands ist bis jetzt drüben und hüben ebenfalls nichts wahrzunehmen gewesen.

Doch auch von Oesterreich hat sich die deutsche Politik in dieser Frage keineswegs abgesondert, ungeachtet einiger bei dem Wiener Kabinet vorwaltenden abweichenden Ansichten. Deutschland, das nicht wie Oesterreich-Ungarn ein naheliegend vitales Interesse an dem Schicksale der Balkanstaaten hat, trägt abweichenden Anschauungen der befreundeten Regierung um so mehr Rechnung, als sich beide Mächte in ihrem letzten Ziele, Aufrechterhaltung des europäischen Friedens, eins wissen. Unter diesem Gesichtspunkte erscheint die deutsche Politik überall als die übereinstimmende.

Frankreich allein sprang aus rein selbstischem Beweggrunde dem russischen Protest gegen die bulgarische Wahl zur Seite, hoffend, sich dort allein zu finden und Arm in Arm mit dem ersehnten, vielumworbenen Verbündeten Europa in die Schranken zu rufen. Aber in demselben Augenblicke empfand es einen, vermuthlich auch wohlberechneten Gegenstoß, indem es Deutschland an der Seite des Zaren vorfand. Aber wir sind überzeugt, daß die arge Verlegenheit, welche es sich aus seiner blinden Willfährigkeit zugezogen, weder die kleinste noch letzte in der bulgarischen Frage sein wird.

Druck von A. Winser, Berlin SW., Friedrichstr. 214.